



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

80. Sitzung

3. Wahlperiode

Donnerstag, 25. April 2002, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsident Hinrich Kuessner, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsident Andreas Bluhm

Inhalt

Mitteilungen des Präsidenten	5211	Antrag der Fraktion der CDU: Messepräsenz des Landes Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 3/2820 –	5216
		Rainer Prachtl, CDU.....	5216
		Minister Dr. Otto Ebnet	5218, 5229
		Karsten Neumann, PDS	5219, 5222, 5230
		Eckhardt Rehberg, CDU	5222, 5228
		Minister Dr. Till Backhaus	5225, 5227
		Wolfgang Riemann, CDU.....	5226
		Ute Schildt, SPD	5227
		B e s c h l u s s	5230
Fragestunde – Drucksache 3/2839 –	5211	Antrag der Fraktionen der PDS und SPD: Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost an West – Drucksache 3/2824 –	5230
Wolfgang Riemann, CDU.....	5211, 5212	Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 3/2865 –	5230
Minister Dr. Otto Ebnet	5211, 5212	Angelika Gramkow, PDS	5230
Dr. Manfred Reißmann, SPD	5212, 5213	Ministerin Dr. Martina Bunge	5231
Minister Dr. Peter Kauffold	5213, 5214, 5215	Dr. Armin Jäger, CDU	5232
Steffie Schnoor, CDU	5213, 5215	Dr. Margret Seemann, SPD	5234, 5239
Nils Albrecht, CDU.....	5213		
Dr. Gerhard Bartels, PDS.....	5214, 5215		
Jörg Vierkant, CDU	5214		
Reinhardt Thomas, CDU.....	5214		
Harry Glawe, CDU	5215		
Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS: Behandlung der Unterrichtungen aus der zweiten und dritten Wahlperiode – Drucksache 3/2816 –	5216		
B e s c h l u s s	5216		

Irene Müller, PDS	5236, 5239, 5240	Beate Mahr, SPD	5258
Eckhardt Rehberg, CDU	5238	Torsten Koplín, PDS	5259
B e s c h l u s s	5240	Ministerin Sigrid Keler	5260
		B e s c h l u s s	5262

Antrag der Fraktion der CDU:

**Sicherung der geriatrischen Rehabilitation
in Mecklenburg-Vorpommern**

– Drucksache 3/2821 –	5240
Harry Glawe, CDU	5240, 5250
Ministerin Dr. Martina Bunge	5242
Dr. Manfred Reißmann, SPD	5244
Nils Albrecht, CDU	5246
Torsten Koplín, PDS	5248, 5251
B e s c h l u s s	5252

Antrag der Fraktion der CDU:

**Landesprogramm zur Förderung von Investi-
tionen zur qualitativen und quantitativen Ver-
besserung der Situation bei den Pflege- und
Behinderteneinrichtungen sowie den Gemein-
schaftseinrichtungen der Altenhilfe des Landes**

– Drucksache 3/2822 –	5252
Harry Glawe, CDU	5252, 5260
Ministerin Dr. Martina Bunge	5254
Dr. Margret Seemann, SPD	5255, 5260
Nils Albrecht, CDU	5257, 5258

Antrag der Abgeordneten

Martin Brick, Gesine Skrzepski und
Reinhardt Thomas, Fraktion der CDU:
**Offshore-Anlagen zur Windenergienutzung
Bericht zur Umsetzung der
Seeanlagenverordnung**

– Drucksache 3/2815 –	5262
Reinhardt Thomas, CDU	5262
Dr. Henning Klostermann, SPD ...	5264, 5268, 5269
Gesine Skrzepski, CDU	5266, 5268, 5269
Minister Helmut Holter	5269
Martin Brick, CDU	5272, 5276
Birgit Schwebs, PDS	5273
Minister Dr. Wolfgang Methling	5275, 5276
B e s c h l u s s	5277, 5278
Götz Kreuzer, PDS (zur Geschäftsordnung)	5277

Nächste Sitzung

Mittwoch, 29. Mai 2002	5277
------------------------------	------

Beginn: 9.00 Uhr

Präsident Hinrich Kuessner: Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie zur 80. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort. Nach Paragraph 4 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung benenne ich für die heutige Sitzung die Abgeordnete Frau Peters zur Schriftführerin.

(Beifall Minister Dr. Gottfried Timm – Wolfgang Riemann, CDU: Oh!)

Minister dürfen keinen Beifall geben.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Er hat aus Versehen auf den Tisch geklopft.)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16:** Fragestunde. Die Fragen an die Landesregierung liegen Ihnen auf Drucksache 3/2839 vor.

**Fragestunde
– Drucksache 3/2839 –**

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Wirtschaftsministers, hierzu die **Fragen 1 und 2** des Abgeordneten Wolfgang Riemann. Bitte sehr, Herr Riemann.

Wolfgang Riemann, CDU: Herr Präsident! Herr Minister! Seit mehreren Monaten bestehen erhebliche Differenzen bei den Preisen für Diesel- und Vergaserkraftstoffe zwischen der Insel Usedom, der Stadt Wolgast und dem Rest von Mecklenburg-Vorpommern. Es hat zu dieser Hochpreispolitik der Mineralölkonzerne insbesondere auf der Insel Usedom und in der beschriebenen Region mehrere Kleine Anfragen von mir gegeben.

1. Vor dem Hintergrund der seit Monaten bestehenden erheblichen Differenzen der Preise für Diesel- und Vergaserkraftstoffe (bis zu 0,09 Euro) zwischen Ostvorpommern (hier insbesondere die Insel Usedom und die Stadt Wolgast) und dem Rest des Landes Mecklenburg-Vorpommern, sowie in Auswertung mehrerer Kleiner Anfragen zu dieser Problematik in den letzten Jahren frage ich die Landesregierung: In welchen Abständen und mit welchen Ergebnissen wurden Preisprüfungen bei Diesel- und Vergaserkraftstoffen in der o. g. Region und hinsichtlich kartellrechtlicher Preisabsprachen durch die Landesregierung veranlasst?

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Wir wollen unseren Minol-Pirol wiederhaben! – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS)

Minister Dr. Otto Ebnet: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Wirtschaftsministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern als Landeskartellbehörde führt in stichprobenartiger Weise Preiserhebungen im Bereich der Kraftstoffabgabemärkte des Landes durch. Durch die jeweilige Entwicklung der Marktstrukturen in diesem Bereich veranlasst, wird seitens der Landesregierung gegebenenfalls die Einleitung von wettbewerbsrechtlichen Missbrauchsverfahren geprüft.

Die vorliegenden monatlichen Erhebungen des Kraftstoffpreinsniveaus der letzten Monate, betreffend die Region Ostvorpommern, ergaben vergleichsweise keine längerfristig angelegten überhöhten Preisstellungen. Es gibt bisher keinen Anhaltspunkt für das missbräuchliche Aus-

nutzen einer marktbeherrschenden Stellung und damit Ausgangspunkt für ein wettbewerbsrechtliches Missbrauchsverfahren gegenüber den Mineralölgesellschaften.

Wolfgang Riemann, CDU: Darf ich eine Zusatzfrage stellen?

Präsident Hinrich Kuessner: Bitte sehr, Herr Riemann.

Wolfgang Riemann, CDU: Herr Minister, halten Sie Preisdifferenzen über Wochen hinweg von 9 Cent je Liter für nicht maßgeblich?

Minister Dr. Otto Ebnet: Herr Riemann, das Ganze ist keine Gefühlsfrage. Mich stört das auch, was sich da abspielt. Das Ganze ist eine Rechtsfrage bei der Landeskartellbehörde und die Rechtslage ist so, dass die Entwicklung der Kraftstoffpreise kartellrechtlich nur in einem größeren Zusammenhang beurteilt werden kann, in einem größeren Zusammenhang wohl gemerkt. Eine Betrachtung der Kraftstoffpreise auf Bundesebene verändert das Bild jedoch erheblich. Im bundesweiten Vergleich bestehen Preisdifferenzen, die beträchtlich größer sind als die in Mecklenburg-Vorpommern gemessenen. So differierten zu Beginn des Jahres die Kraftstoffpreise im Bundesgebiet nicht selten um 4 bis 6 Cent. Dagegen entspricht das Benzinpreinsniveau in Mecklenburg-Vorpommern etwa dem Bundesdurchschnitt. Abweichungen sind zwar da, aber sie sind relativ moderat. So lag der Preis für Benzin in Wolgast im Durchschnitt nur um 1,9 Cent höher als im Bundesdurchschnitt. Der für Diesel war sogar um 0,3 Cent geringer. Auch ich würde mir niedrigere Preise wünschen, aber die Anforderungen, die das Kartellrecht für Missbrauchsverfahren stellt, sind demnach leider nicht erfüllt.

Wolfgang Riemann, CDU: Darf ich noch eine Zusatzfrage stellen?

Präsident Hinrich Kuessner: Bitte sehr, Herr Riemann, zweite Zusatzfrage.

Wolfgang Riemann, CDU: Herr Minister, halten Sie die massiven Preiserhöhungen mit der ersten Reisewelle zu Ostern hier im Land, aber insbesondere auch in meiner Region, für prüfungswürdig?

Minister Dr. Otto Ebnet: Herr Riemann, es gibt ein Urteil des Berliner Kammergerichts, das versucht hat, den Missbrauchstatbestand zu greifen. Und danach hat in einer Entscheidung das Berliner Kammergericht einen Missbrauchszuschlag von 25 Prozent verlangt. Die 25 Prozent haben wir, wie es dieses Urteil verlangt, nicht erreicht, so dass also die rechtlichen Möglichkeiten, hier einzuschreiten, im Rahmen dieses Urteils nicht gegeben sind. Dass es ärgerlich ist, dass immer wieder vor Ostern, oder wenn die Hauptreisezeit beginnt, die Benzinpreise an den Tankstellen – das ist aber nicht nur hier im Land so – irgendwie naturgesetzlich nach oben zu gehen scheinen, ist klar. Und dass dieses natürlich auch nicht gut ist für den Tourismus, ist auch klar. Allerdings, wie gesagt, ein kartellrechtliches Verfahren daraus herzuleiten, erfordert noch mehr Anhaltspunkte und noch ein weiteres Abweichen von dem, was als Bundesdurchschnitt zu ermitteln ist.

Präsident Hinrich Kuessner: So, Herr Riemann, kommen Sie jetzt bitte zu Frage 2.

Wolfgang Riemann, CDU: Ich frage Sie, Herr Minister:

2. Aus aktuellem Anlass des seit Wochen sich zuspitzenden Streites um Fahrten der „Adler“-Schiffe zwischen der Insel Usedom und der Stadt Świnoujście, der bereits schon zu Entlassungen geführt hat, frage ich die Landesregierung:

Was hat die Landesregierung bisher unternommen bei der

- a) Stadt Świnoujście,
- b) Region Westpommern,
- c) Regierung in Warschau,
- d) Bundesregierung,

um diesen Streit im Interesse der Erhaltung der Arbeitsplätze bei der Insel- und Hallig-Reederei sowie in der Tourismuswirtschaft der Insel Usedom beizulegen?

Minister Dr. Otto Ebnet: Wir haben eine ganze Menge unternommen, Herr Riemann. Ich möchte darauf hinweisen, es gibt grundsätzlich zwei Wege, auf denen die Landesregierung im angesprochenen Streit der Insel- und Halligreederei Sven Paulsen mit den polnischen Behörden zu einer Lösung beitragen kann. Der erste Weg ist der formale Weg, der in internationalen Angelegenheiten, und darum geht es in diesem Fall, einzuhalten ist. Und der zweite Weg sind die informellen Wege über die bestehenden Kontakte zur polnischen Seite.

Zunächst zum ersten Weg. Den formalen Weg einhaltend hat sich die Landesregierung aufgrund der in auswärtigen Angelegenheiten bei der Bundesregierung liegenden Zuständigkeit an das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen gewandt. Hierzu hat das Wirtschaftsministerium das Bundesministerium mit Schreiben vom 28.03.2002 gebeten, sich mit dem polnischen Ministerium für Transport und Seewirtschaft in Verbindung zu setzen, um zunächst einen Aufschub der hafenbehördlichen Regelung des Seeamtes Stettin zu erreichen und anschließend nach Lösungen suchen zu können. Dessen ungeachtet sind die für die Fahrgast-schiffahrt nachteiligen Regelungen mit Wirkung vom 09.04.2002 in Kraft getreten. Das Bundeswirtschaftsministerium steht in der Angelegenheit weiterhin mit dem Bundesministerium in ständigem Kontakt. Die Bemühungen richten sich gegenwärtig auf eine Zusammenkunft der gemischten deutsch-polnischen Seeschiffahrtskommission. In diesem Rahmen soll geklärt werden, ob bilaterale Vereinbarungen mit Polen durch das Seeamt Stettin verletzt wurden. So weit zum formalen Weg.

Neben diesem formal vorgeschriebenen und einzuhaltenden Weg hat sich die Landesregierung darüber hinaus auch auf dem informellen Weg um eine Lösung des Problems bemüht. So hat Herr Paulsen bereits zu einem früheren Zeitpunkt mit der Fachabteilung des Wirtschaftsministeriums ein Gespräch und einen Meinungsaustausch geführt. Die dabei und auch später erhaltenen Informationen sind von der Fachabteilung an das Bundesverkehrsministerium mit der Bitte um Berücksichtigung im Rahmen deutsch-polnischer Kontakte weitergeleitet worden. Der Leiter meiner Verkehrsabteilung hat wiederum zu einem früheren Zeitpunkt mit dem ihm persönlich bekannten seinerzeitigen Leiter der polnischen Handelsabteilung in Berlin in der Sache ein informelles Gespräch geführt. Darüber hinaus hat die Landesregierung im Ergebnis ständiger informeller Kontakte über die IHK Neubranden-

burg, bei der ich mich ausdrücklich bedanken möchte an der Stelle, erreicht, dass gestern, am 24.04.2002, im Hafen Swinemünde eine Vor-Ort-Begehung mit den polnischen Behörden durchgeführt wurde, an der auch das Wirtschaftsministerium teilgenommen hat.

Über diese von der Landesregierung beschrifteten Wege hinaus erwartet die Landesregierung von der Insel- und Halligreederei Sven Paulsen, dass sie auch ihrerseits alle Möglichkeiten ausschöpft, um zu einer für alle Seiten vernünftigen Lösung zu kommen. Ziel der Landesregierung ist es, die gegenwärtig eingeschränkte touristische Attraktivität der Verkehre wiederherzustellen.

Wolfgang Riemann, CDU: Darf ich eine Zusatzfrage stellen?

Präsident Hinrich Kuessner: Bitte sehr.

Wolfgang Riemann, CDU: Herr Minister, ist Ihnen bekannt, dass durch diese Reederei mehr als 600.000 Besucher ein attraktives Angebot erhalten auf der Insel Usedom und dass durch die Verzehnfachung der Liegegebühren und durch die verminderte Abfertigungskapazität sich diese Summe an Touristen, die dort dieses Angebot erhalten können, halbieren wird?

Minister Dr. Otto Ebnet: Dies ist der Landesregierung bekannt. Und deshalb wird es auch sehr verständlich, warum sich die Landesregierung so engagiert, wobei ich nicht genau weiß, ob die Verzehnfachung der Liegegebühren noch der aktuelle Stand ist. Hier soll eine Senkung zustande gekommen sein. Ich hoffe, das ist schon geschehen und geschieht nicht erst in allzu ferner Zukunft.

Wolfgang Riemann, CDU: Eine weitere Zusatzfrage?

Präsident Hinrich Kuessner: Bitte sehr, Herr Riemann.

Wolfgang Riemann, CDU: Herr Minister ist Ihnen bekannt, dass sich bis gestern, einschließlich der Begehung gestern, an der das Wirtschaftsministerium teilgenommen hat, an den Tatbeständen nichts geändert hat?

Minister Dr. Otto Ebnet: An den Liegeplätzen, Herr Riemann? Jetzt muss ich zurückfragen.

Wolfgang Riemann, CDU: An den Tatbeständen der erhöhten Liegegebühr und an den Tatbeständen der verzögerten Abfertigung, an den Tatbeständen des Herausdrängens aus dem attraktiven Hafen in den Nordbereich.

Minister Dr. Otto Ebnet: Dieses ist hoffentlich demnächst zu ändern und nicht in allzu ferner Zukunft, wie ich gesagt habe. Dass sich bis gestern nichts geändert hatte, ist klar. Und dass der Zustand eine wesentliche Verschlechterung gegenüber dem ist, was bisher gewesen ist, ist auch klar. Dass das Verständnis auf deutscher Seite für die Änderung, die stattgefunden hat, nicht so vorhanden sein kann, das dürfen Sie auch unterstellen.

Wolfgang Riemann, CDU: Danke schön.

Präsident Hinrich Kuessner: Schönen Dank.

Wir kommen dann zum Geschäftsbereich des Ministers für Bildung, Wissenschaft und Kultur und zunächst zu den **Fragen 3 und 4** vom Abgeordneten Herrn Reißmann. Bitte sehr, Herr Reißmann.

Dr. Manfred Reißmann, SPD: Herr Minister!

3. Der Landtag hat am 21.09.2001 gemäß seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 3/2208 die Landesregierung aufgefordert, „mit der Universität Rostock einen Vertrag zur Wiedereinrichtung des Studienganges Zahnmedizin“ mit der Maßgabe der Kostenneutralität abzuschließen. Der Landtag sollte bis zum 15.11.2001 bzw. nach Fristverlängerung bis zum 06.12.2001 über den Text des Vertrages unterrichtet werden. In Drucksache 3/2489 vom 10.12.2001 legte die Landesregierung die Gründe für ein Nichtzustandekommen eines von beiden Seiten akzeptierten Vertrages dar. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist die o. g. Beschlussempfehlung nicht umgesetzt. Wie sieht der aktuelle Stand der Verhandlungen aus und wann ist mit einem Vertragsabschluss zu rechnen?

Minister Dr. Peter Kauffold: Herr Präsident! Herr Abgeordneter Rißmann! Ihre Anfrage beantworte ich wie folgt: Aufgrund der Diskussionen bei der Sitzung des Landtages am 13.12.2001 hat das Bildungsministerium die Universität in dem Bemühen, zu den bis dahin noch strittigen Regelungen der Paragraphen 5 und 6 Einvernehmen zu erzielen, am 15.02.2002 zu weiteren Gesprächen gebeten.

Zur Erinnerung: Der Paragraph 5 befasst sich mit der Gewährleistung der Kostenneutralität, Paragraph 6 regelt den Umgang mit Bilanzverlusten. In diesen Gesprächen konnte auf der Ebene der Verhandlungspartner hinsichtlich der beiden noch strittigen Regelungen Einvernehmen hergestellt werden. Mit Schreiben des Bildungsministeriums vom 25.02.2002 wurde der Universität Rostock der überarbeitete Vertragstext übersandt, der, wie der Rektor in seinem Antwortschreiben vom 28.02. bestätigt, nun zwar auch hinsichtlich dieser beiden genannten Paragraphen, nicht jedoch in Bezug auf die erläuternde Anlage zu a) zu Paragraph 5 seine Zustimmung findet. Damit vermochte die Hochschule dem Zusammenhang zwischen der Kostenneutralität des Studienganges Zahnmedizin und der gegebenenfalls hilfswweisen Haftung des Universitätshaushaltes für die Kostenneutralität erneut nicht zu entsprechen. Die Landesregierung hat dem Auftrag des Landtages entsprochen und gemäß Landtagsbeschluss vom 21.09.01 intensiv mit der Universität verhandelt. Die Spielräume sind mit dem der Universität am 25.02. dieses Jahres vorgelegten Vertragsentwurf ausgeschöpft.

Dr. Manfred Rißmann, SPD:

4. Die Universität Rostock hat bisher keine Unterschrift zu den von der Landesregierung vorgelegten Vertragsentwürfen geleistet. Welche Gründe werden hier von Seiten der Universität angeführt?

Minister Dr. Peter Kauffold: Herr Abgeordneter, ich beantworte Ihre Frage wie folgt: Ich verweise auf meine Antwort zur Frage 3. Im Übrigen gehe ich davon aus, dass sich die Gremien der Universität im Monat Mai mit dem Vertragsentwurf befassen werden. Dafür haben wir keine genaue definitive Auskunft, aber es liegen Informationen vor, die mich das annehmen lassen.

Dr. Manfred Rißmann, SPD: Gestatten Sie eine Zusatzfrage?

Präsident Hinrich Kuessner: Bitte sehr, Herr Rißmann.

Dr. Manfred Rißmann, SPD: Herr Minister, wäre aus Ihrer Sicht, wenn die Universität selber von der Kostenneutralität oder annähernd erreichbaren Kostenneutralität ausgeht, eine Unterschrift der Universität vorstellbar?

Minister Dr. Peter Kauffold: Wenn die Universität den vorgelegten Vertragsentwurf akzeptiert, sehe ich keinen Grund, der Wiedereröffnung des Studienganges nicht zuzustimmen.

Dr. Manfred Rißmann, SPD: Ich bedanke mich.

Präsident Hinrich Kuessner: Frau Schnoor, bitte, eine Zusatzfrage.

Steffie Schnoor, CDU: Herr Minister, in den Verhandlungen zur Zahnmedizin war immer wieder die Rede davon, mögliche Klinikumsdefizite im Zusammenhang mit der Wiedereinrichtung des Studienganges Zahnmedizin durch Mittel aus dem Landeszuschuss für Forschung und Lehre abzudecken. Inwieweit wird der Landeszuschuss für Forschung und Lehre heute bereits zur Deckung von Klinikumsmedizin eingesetzt?

Minister Dr. Peter Kauffold: Frau Abgeordnete, wenn ich Ihre Frage richtig verstanden habe, möchte ich sie wie folgt beantworten:

Der Klinikumshaushalt ist seit Jahren defizitär. Selbstverständlich, wenn er zur Deckung von möglichen Defiziten der Zahnmedizin herangezogen werden soll, ist dafür keine Masse vorhanden. Sofern Masse vorhanden ist, dann nur im Zuschuss für Forschung und Lehre, wird er selbstverständlich zur Deckung auch von möglichen Defiziten der Zahnmedizin herangezogen. Das ist aber nicht der Fall.

Die in der Zahnmedizin entstehenden Defizite sollen nicht in Anspruch genommen werden, das ist hier auch mehrfach betont worden. Überschüsse sollten in Anspruch genommen werden, um Defizite, die im Zuschuss für Forschung und Lehre entstehen, abzudecken. Aber eventuelle Defizite, die in der Zahnmedizin anfallen, und zwar im Bereich der Polikliniken, dürfen nicht aus dem Forschungs- und -Lehre-Zuschuss gedeckt werden, wenn er dadurch weiter defizitär wird.

Steffie Schnoor, CDU: Danke, Herr Minister, Sie haben mich verwirrt.

Präsident Hinrich Kuessner: Eine weitere Zusatzfrage, Frau Schnoor? – Herr Albrecht hat eine Zusatzfrage. Bitte sehr.

Nils Albrecht, CDU: Danke, Herr Präsident.

Herr Minister, ich frage Sie auch noch mal konkret vor diesem Hintergrund: Die Verwendung der Mittel für Forschung und Lehre mit Mitteln aus dem Kapitel 0774 des Einzelplans 07 – inwieweit entspräche das einem sachgerechten Umgang? Können Sie das bitte noch mal konkretisieren?

Minister Dr. Peter Kauffold: Also das kann ich nur noch mal wiederholen. Der Zuschuss für Forschung und Lehre ist dafür bestimmt, um anfallende Kosten im Bereich der Klinika zu decken. Das Gesamtergebnis ist aber ohnehin schon defizitär. Und die Klinika sind gehalten, diese Defizite nach besten Kräften abzubauen.

Präsident Hinrich Kuessner: Wir kommen zu den **Fragen 5 und 6** des Abgeordneten Bartels. Bitte sehr, Herr Bartels.

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Herr Minister!

5. Um die Verhandlungen wieder in Gang zu bringen – die ja längere Zeit geruht haben –, ist auf Initiative einiger Abgeordneter eine neue Protokollnotiz zur Interpretation des vorliegenden Vertragsentwurfes – insbesondere auf die Anlage 2 a – angefertigt worden.

Welche Position nimmt die Landesregierung zu diesem Vermittlungsvorschlag ein?

Minister Dr. Peter Kauffold: Herr Abgeordneter, ich beantworte Ihre Frage wie folgt:

Die Landesregierung wurde mit Landtagsbeschluss vom 21.09.2001 aufgefordert, mit der Universität einen Vertrag zum bekannten Gegenstand abzuschließen. Verhandlungspartner sind somit die Vertreter der Landesregierung und die Vertreter der Universität. Dennoch hat die Landesregierung den von Ihnen zugeleiteten Vermittlungsvorschlag gern geprüft. Inhaltlich ergibt sich jedoch aus diesem Vorschlag keine Sicherung der einzuhaltenen Kostenneutralität. Vielmehr würde die im Vermittlungsvorschlag so bezeichnete Strukturrisikorückstellung aus Einnahmen der zahnmedizinischen Polikliniken die derzeitige finanzielle Gesamtsituation des Klinikums noch weiter verschlechtern. Zum Beispiel schließt das Klinikum das Geschäftsjahr 01 mit einem Defizit von voraussichtlich circa 2,5 Millionen DM ab. Wären hier Rückstellungen aus Einnahmen gebildet worden, hätte sich das Defizit um mindestens 500.000 DM, also 250.000 Euro erhöht. Es würde sich also, wenn pro Patient ein Beitrag, eine Sicherheit dort abgeführt würde, das Defizit weiter erhöhen.

Von der Universität ist der Landesregierung seit Vorlage des Vertrages vom 25.02.2002 kein erneuter Verhandlungsvorschlag, keine Protokollnotiz übergeben worden. Da die Positionen beider Verhandlungspartner mehrfach und intensiv ausgetauscht wurden, ist eine Weiterführung der Verhandlungen nicht vorgesehen. Ich gehe im Übrigen davon aus, dass der Vertragsentwurf zur Wiedereinrichtung des Studienganges Zahnmedizin in den Gremien der Universität im Mai behandelt wird.

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Gestatten Sie eine Zusatzfrage?

Präsident Hinrich Kuessner: Bitte sehr, Herr Bartels.

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Herr Minister, ist Ihnen bekannt, dass der Vermittlungsvorschlag mit Wissen der Regierung abgestimmt war, mit der Universität, dass man also nicht davon ausgehen kann zu sagen, dass die Universität sich nicht gerührt hat, sondern sie sich offiziell nicht gemeldet hat auf Bitte der genannten Abgeordneten?

Minister Dr. Peter Kauffold: Nein, das ist mir nicht bekannt.

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das tut mir Leid. Dann werde ich in Zukunft wohl meine Aktivitäten über die Medien starten müssen.

Gestatten Sie eine zweite Zusatzfrage?

Präsident Hinrich Kuessner: Bitte sehr, Herr Bartels.

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ist es richtig, dass die Polikliniken in der Medizinischen Fakultät wesentlicher Bestandteil der Arbeit in Forschung und Lehre sind, und ist von daher der partielle Einsatz von entsprechenden Mitteln auch für die Zahnmedizin zur Sicherung nicht durchaus sachgerecht?

Minister Dr. Peter Kauffold: Herr Bartels, ich sehe keinen Bezug zu dem Auftrag, den der Landtag erteilt hat, und zu meinen Pflichten als Minister. Zu meinen Pflichten gehört, dafür zu sorgen, dass die Universität ihre Haushalte einhält. Und zu meinen Pflichten entsprechend Ihrem Auftrag gehört, dass die Kostenneutralität in einem Vertragsentwurf zu gewährleisten ist. Wenn die Universität den Studiengang Zahnmedizin weiter betreiben will, dann muss sie die Kostenneutralität gewährleisten.

Präsident Hinrich Kuessner: Jetzt kommt eine Zusatzfrage des Abgeordneten Vierkant. Bitte sehr, Herr Vierkant.

Jörg Vierkant, CDU: Wie beurteilen Sie, Herr Minister, die Verhandlungsführung Ihres Ministeriums und des Finanzministeriums hinsichtlich der Akzeptanz der Universität als gleichberechtigten Verhandlungspartner eben benannter Ministerien?

Minister Dr. Peter Kauffold: Ich verweise auf Aktivitäten, die zur Klärung des Sachverhaltes vorliegen. Die Aktivitätenliste umfasste bisher drei Seiten und, ich glaube, nahezu 50 Positionen. Im Einzelnen werden wir Ihnen das in einer Unterrichtungsvorlage mitteilen, die für den Mai vorgesehen ist.

Präsident Hinrich Kuessner: Herr Thomas, eine Zusatzfrage. Bitte sehr.

Reinhardt Thomas, CDU: Herr Minister, inwieweit haben die Verhandlungen der Landesregierung mit der Universität Rostock zur Zahnmedizin aus Ihrer Sicht die Autonomiefähigkeit der Universität Rostock unter Beweis gestellt?

Minister Dr. Peter Kauffold: Sie haben sie in keiner Weise in Mitleidenschaft gezogen.

(Steffie Schnoor, CDU: Was?)

Der Senat der Universität hat sich ausgesprochen für die Fortführung des Studienganges Zahnmedizin. Wir haben einen Auftrag des Landtages und sind der Landesregierung gegenüber verpflichtet zur Einhaltung der Haushaltsordnung und das Ganze betrifft die Kostenneutralität. Die strittigen Punkte zwischen Landesregierung und Universität beziehen sich ausschließlich auf die Kostenneutralität. Und dazu gehört, dass jemand, der entscheidet, auch haftet. Und wir stimmen der Wiedereröffnung des Studienganges Zahnmedizin zu, wenn diese Kostenneutralität gewährleistet ist.

Reinhardt Thomas, CDU: Danke.

Präsident Hinrich Kuessner: Wir kommen zur zweiten Frage des Abgeordneten Bartels. Bitte sehr.

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Herr Minister!

6. Ein wesentliches Ziel der vom Landtag beschlossenen Beschlussempfehlung auf Drucksache 3/2208 stellt die rechtzeitige Anmeldung des Studienganges Zahnmedizin bei der Zentralen Vermittlungsstelle (ZVS) dar.

Mit welchen Aktivitäten möchte die Landesregierung zur Realisierung dieses wesentlichen Ziels des Landtagsbeschlusses beitragen?

Minister Dr. Peter Kauffold: Seit der Vorlage des Konzeptes der Universität Rostock zur Wiedereinrichtung des Studienganges Zahnmedizin vom 06.04.2001, also fast genau vor einem Jahr, hat die Landesregierung in einem

kontinuierlichen Abstimmungs- und Verhandlungsprozess mit der Universität gestanden. Ich habe darauf schon Bezug genommen in Beantwortung der Zusatzfrage des Abgeordneten Thomas. Ich habe auch auf die Chronologie verwiesen. Die Chronologie der Aktivitäten umfasst inzwischen 45 Positionen inklusive 5 Verhandlungsrunden mit der Universität. Am 25.02.2002 hat die Landesregierung der Universität einen sechsten, für das Bildungsministerium unterschriftsreifen Vertragsentwurf vorgelegt. Es liegt nun in der Hand der Universität, diesen Vertrag zu unterschreiben. Nimmt sie den Vertrag an, würde ich den Studiengang Zahnmedizin bei der ZVS unverzüglich wieder anmelden.

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Gestatten Sie eine Zusatzfrage?

Präsident Hinrich Kuessner: Bitte sehr.

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Herr Minister, würden Sie mir zustimmen, dass in den bisherigen Verhandlungen beide Verhandlungspartner wesentliche Schritte aufeinander zu gemacht haben und dass es von daher eigentlich möglich sein müsste, einen weiteren kleinen Schritt aufeinander zuzugehen, um das Problem endlich vom Tisch zu kriegen?

Minister Dr. Peter Kauffold: Also, Herr Abgeordneter Bartels, Sie stellen fest, dass die Verhandlungspartner wesentlich aufeinander zugegangen sind. Das beantwortet zugleich auch durch Sie die Zusatzfragen, die von der CDU-Fraktion gestellt worden sind. Es handelt sich aber bei dem Schritt, der offen ist, um eine Position, die nicht mehr erreichbar ist, weil die Verhandlungsspielräume der Landesregierung ausgeschöpft sind. Das Problem besteht in der Haftung für eventuell auftretende Defizite. Ich bin sehr verwundert, dass die Universität, die ja durch ihre zahnmedizinischen Vertreter wiederholt auch vor dem Ausschuss dargelegt hat, dass Defizite nicht entstehen werden, nicht zustimmen, diese Defizite gegebenenfalls aus dem Universitätshaushalt zu decken. Wir können einer Deckung dieser Defizite aus dem ohnehin defizitären Haushalt im Bereich der Medizin nicht zustimmen.

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Gestatten Sie eine weitere Zusatzfrage?

Präsident Hinrich Kuessner: Bitte sehr.

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Herr Minister, ist es nicht so, dass am Ende Verhandlungspartner so lange miteinander verhandeln müssen, bis sie zu einem Ergebnis gekommen sind, wenn denn beide Seiten ein Ergebnis wollen?

Minister Dr. Peter Kauffold: Herr Abgeordneter, mit dieser Frage habe ich so ausgesprochene Probleme, muss ich Ihnen sagen, weil wir ja in langen komplizierten Verhandlungsrunden uns immer wieder aufeinander zu bewegt haben und jetzt ein Punkt offen ist, der eigentlich den Vorstellungen, die man bei einem Geschäftsgebaren zugrunde legen muss, die überhaupt nicht mehr einsichtig sind, muss ich sagen, aus unserer Sicht. Und wir können uns dort nicht bewegen. Die Frage ist: Ist die Universität bereit, im Falle möglicher Defizite, die sie ja vorher ausgeschlossen hat und die sie wiederholt ausgeschlossen hat, zu haften? Und zwar nicht über einen defizitären Teil ihres Haushaltes, bei dem es gar nichts mehr zu haften gibt, der eigentlich nur aufgestockt werden kann, oder über den Universitätshaushalt. Und sind diejenigen, die diesen Beschluss gefasst haben, nämlich die Mitglieder des Sena-

tes, bereit, auch für das, was sie beschlossen haben, die Haftung zu übernehmen?

(Beifall Siegfried Friese, SPD:
Richtig. Das ist die Frage.)

Präsident Hinrich Kuessner: So, jetzt eine Zusatzfrage von Frau Schnoor. Bitte sehr, Frau Schnoor.

Steffie Schnoor, CDU: Herr Minister, seit den gefassten Landtagsbeschlüssen ist ja viel Zeit ins Land gegangen. Sehen Sie für die Zukunft des Studienganges Zahnmedizin einen Schaden durch diesen entstandenen Zeitverlust?

Minister Dr. Peter Kauffold: Die Landesregierung ist der Universität sehr entgegengekommen dadurch, dass sie die Einschreibung von Studenten zugelassen hat, um Zeiträume zu überbrücken. Die CDU-Fraktion hat diese Entscheidung der Landesregierung durchaus begrüßt. Ich sehe also keine Probleme darin, diesen Studiengang weiter fortzuführen, wenn ein Verhandlungsergebnis erreicht wird. Für uns sind die Verhandlungsspielräume ausgeschöpft. Es liegt an der Universität, diesen Vertrag zu unterschreiben, der hier vorgelegt wird und der durchaus ein billiger Vertrag ist.

Präsident Hinrich Kuessner: Herr Glawe, eine Zusatzfrage. Bitte sehr.

Harry Glawe, CDU: Herr Minister, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie der Ansicht sind, dass die Einnahmen in der Poliklinik durch die Universität Rostock im Bereich der zahnärztlichen Vereinigung nicht kostendeckend sind?

Minister Dr. Peter Kauffold: Noch mal Ihre Frage bitte.

Harry Glawe, CDU: Dass die Einnahmeseite im Bereich der Poliklinik bei der Abrechnung bei der zahnärztlichen Vereinigung nicht kostendeckend ist.

Minister Dr. Peter Kauffold: Diese Frage muss ich nicht beantworten. Die Frage, die hier steht, ist alleine die, ob der Betrieb der Polikliniken im Bereich der Zahnmedizin Defizite verursacht oder nicht. Die Universität hat ja wiederholt auch in den Ausschüssen darauf hingewiesen, dass solche Defizite nicht entstehen werden. Wir wissen aber, dass das Gesamtklinikum bisher defizitär ist. Und wir wissen aber auch, dass das Risiko von Defiziten am geringsten ist in der Zahnmedizin. Sollten aber dennoch Defizite entstehen, muss die Universität sicherstellen, dass sie gedeckt werden. Das ist das Problem und ein weiteres Problem besteht nicht.

(Beifall Siegfried Friese, SPD: Richtig.)

Präsident Hinrich Kuessner: Bitte sehr, eine weitere Zusatzfrage, Herr Glawe.

Harry Glawe, CDU: Herr Minister, Sie haben ja gerade gesagt, dass im Bereich der Zahnmedizin Defizite wenig wahrscheinlich sind. Es müsste doch möglich sein, dass Ihre Mitarbeiter sozusagen einen Regelkreis schließen, dass die Einnahmen dann auch im Bereich der Zahnmedizin verbleiben.

Minister Dr. Peter Kauffold: Ich hoffe, dass der Rektor der Universität seinem Senat deutlich macht, dass solche Defizite nicht zu erwarten sind, so dass die Mitglieder des Senates, die sich entschieden haben für die Wiedereröffnung der Zahnmedizin, ein sehr geringes Risiko sehen, gegebenenfalls auch aus ihren Haushalten dafür zu haften.

Präsident Hinrich Kuessner: Zwei Zusatzfragen haben wir immer, Herr Glawe.

Harry Glawe, CDU: Schade.

Präsident Hinrich Kuessner: So ist unsere Geschäftsordnung.

Schönen Dank, Herr Minister.

Wir sind damit am Ende der Fragestunde.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU und PDS – Behandlung der Unterrichtungen aus der zweiten und dritten Wahlperiode, auf Drucksache 3/2816.

**Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS:
Behandlung der Unterrichtungen aus
der zweiten und dritten Wahlperiode
– Drucksache 3/2816 –**

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS auf Drucksache 3/2816. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS auf Drucksache 3/2816 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Messepräsenz des Landes Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 3/2820.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Messepräsenz des Landes
Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 3/2820 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Prachtl von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Prachtl.

Rainer Prachtl, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein ausgesprochen großartiges und bewegendes Ereignis war das Eröffnungskonzert des Musiklandes Mecklenburg-Vorpommern am 20. April in der Neubrandenburger Konzertkirche.

(Siegfried Friese, SPD: Richtig.)

Es waren vor allem die genialen, bezaubernden Klänge von Mussorgskis „Bilder einer Ausstellung“. Sein musikalisch umgesetzter Besuch einer Ausstellung – sein Promenieren sozusagen vom Gnom zum Schloss, zum Marktplatz – zeigt sehr deutlich, welche Wirkungen Ausstellungen und auch Messen auf uns Menschen haben. Aramäische, persische, griechische, jüdische, römische Händler wussten schon im Laufe der Menschheitsgeschichte um das Präsentieren von Waren unterschiedlichster Art. So betont schon Euripides: „Probieren weckt die Lust zum Kauf.“ Mit diesem Handel, dem Präsentieren, entstanden sehr früh Messen und Ausstellungen, die in friedlichen Zeiten zur Blüte des Gemeinwesens führten.

Wir haben eine friedliche Zeit, wir haben unser Land Mecklenburg-Vorpommern, auf das wir stolz sind. Aber wie steht es um die Wirtschaftskraft dieses schönen Landes? Erdrückt uns nicht die Sorge um die Arbeitslosigkeit vieler Menschen? Es besteht also Handlungsbedarf und deshalb ist die CDU-Fraktion davon überzeugt, dass ver-

stärkt, wie geschichtlich aufgezeigt und wie zurzeit auch international bewiesen, die Messepräsenz unseres Landes verbessert werden muss.

Es geht um die Beantwortung der Frage: Sind wir auf strukturbestimmenden nationalen und internationalen Messen angemessen vertreten? Was ist bei uns unter anderem strukturbestimmend und was wird von den Politikern aller Parteien gern für die eigene Präsentation genutzt? Sie wissen, die Bildchen mit Pferd, die Bildchen mit dem Bierglas.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Kochbücher!)

Das auch. Es sind der Tourismus, die Produkte der Landwirtschaft sowie deren Vermarktung und auch hervorragende Kochbücher. Vielen Dank, dass Sie mir damit auch ein Stück die Ehre geben.

Die touristische Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern kann und muss gelobt werden, aber selbst die Landesregierung hat erkannt, dass die rote Laterne im Auslandstourismus nicht der geeignete Platz für unser Land ist.

(Angelika Gramkow, PDS: Ach, Herr Prachtl!)

Haben wir natürlich, selbstverständlich!

Hier gilt auch nicht ...

(Angelika Gramkow, PDS: Können Sie nicht auch mal was Schönes sagen?)

Ja, ich hab doch gerade gelobt. Da müssen Sie mal richtig hinhören!

Und hier gilt auch nicht die Entschuldigung, liebe Frau Gramkow, hier gilt nicht die Entschuldigung, dass wir nicht einen entscheidenden Städtetourismus haben. Was ist denn mit der schönen Stadt Schwerin? Das müssten Sie doch gerade wissen. Denken Sie an die Hansestädte Wismar, Rostock, Stralsund! Und ich darf noch mein bescheidenes Neubrandenburg hinzufügen. Sind diese Städte nicht vorzeigbar?

(Angelika Gramkow, PDS: Doch, und wie!)

Oldenburg hat 7,6 Millionen Tagestouristen, davon viele ausländische Besucher. Sie kennen doch die Werbung: „Wer ist faul?“ Da könnten wir sagen: „Wer ist Oldenburg?“ Bitte! Also, wir haben Schwerin, wir haben unsere Städte, da brauchen wir uns also nicht dahinter zu verstecken.

Ich möchte hier auch ein überzeugendes – liebe Frau Gramkow, hören Sie gut zu –,

(Angelika Gramkow, PDS: Ich höre immer zu.)

ein überzeugendes Beispiel anführen, was wir im Auslandstourismus machen: Auf Nachfrage im Tourismusausschuss wurde uns bestätigt, dass Osteuropa ein wichtiges Quellgebiet ist, ein wichtiges Quellgebiet. Da wollen wir Touristen herhaben. Nun stellen Sie sich Folgendes vor: In diesem Jahr 2002 gibt es 90 internationale Messen. Und die Osteuropäer sind gut, 30 Messen bieten sie an. 30 Messen! Und Sie wissen, wir sind mit den Polen die Größten, wir sind mit den Russen die Größten, wir verehren das Baltikum. Und nun stellen Sie sich vor, wie viel Messen wir besuchen in Osteuropa! Stellen Sie sich vor, wie viel Messen wir touristisch besuchen! Wie viel, Herr Ministerpräsident? – Gar keine!

(Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig, keine einzige!)

Kann man nur sagen: Ohne weiteren Kommentar!

Nun einige Bemerkungen zum Bereich Landwirtschaft und Produktveredlung. Da es zu selten praktizierte Fairness in Wahlkampfzeiten gibt – der Minister ist jetzt nicht da –, möchte ich hier auch mal danken. Dem Landwirtschaftsminister sei gedankt. Die Grüne Woche hat er besser herausgestellt, als es vorher war. Das ist in Ordnung so, das ist ein erster richtiger Schritt.

(Minister Dr. Wolfgang Methling:
Ich werde ihm das ausrichten.)

Lieber Herr Backhaus, nehmen Sie das entgegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, PDS
und einzelnen Abgeordneten der CDU)

So. Und da kann auch die rechte Seite klatschen. Was er verdient hat, hat er verdient, wenn er auch in manchen Sachen nicht alles gut macht.

(Zuruf von Dr. Henning Klostermann, SPD)

Dass wir es in fast zwölf Jahren ...

Sie hätten die CDU mal irgendwann so loben sollen. So was habe ich noch nie gehört. Aber das kommt vielleicht auch noch mal irgendwann.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD
und PDS – Barbara Borchardt, PDS:
Das haben Sie auch schon gehört.)

Ich muss auf meine Redezeit aufpassen.

Dass wir es in fast ...

Präsident Hinrich Kuessner: Sie kriegen, wenn die anderen stören, etwas mehr, Herr Prachtl.

Rainer Prachtl, CDU: Dass wir es in fast zwölf Jahren nicht geschafft haben, unsere Spitzenprodukte der Landwirtschaft und der Lebensmittelproduktion so zu vermarkten, dass zum Beispiel für Touristen ein Kaufbedürfnis, ja förmlich die Lust besteht wie für Schwarzwälder Obstler oder Schwarzwaldschinken, ist kein Geheimnis. Dass es bei uns nicht besteht, belegt auch unsere Messebeteiligung, die diese Bereiche tangiert. Ich nenne zwei: die Nahrungs- und Genussmittelausstellung ANUGA und die Internorga. Die Internorga habe ich persönlich besucht und die Aussteller unseres Landes teilten meine Meinung: Dies kann es vom Land nicht gewesen sein. Und jetzt hören Sie sich mal die Zahlen der Internorga an! Es gibt 725 deutsche Aussteller. 725! Und wie viele sind von Mecklenburg-Vorpommern dabei? – Liebe Freunde, es sind nur 12. Auch ohne Kommentar!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nun zu einem anderen Thema. Die Regierung wird wissen, der Herr Ministerpräsident vermutlich auch, dass die AUMA der Verband der deutschen Messewirtschaft ist. Die AUMA bestimmt den deutschen und internationalen Messemarkt, die AUMA informiert Aussteller und Besucher und unterstützt das Marketing der deutschen Veranstalter. Es ist die Topadresse für Messen und Ausstellungen. Vertreten im Arbeitskreis für Auslandsmessebeteiligungen bei der AUMA sind die Spitzenorganisationen der deutschen Wirtschaft, die Bundesministerien und die Bundesländer.

Nun machen wir mal einen Versuch: Steigen wir ins Internet ein. Wen entdecken wir da? – Wie üblich die Bayern. Die haben etwa 50 internationale Messen. Und so können Sie Land für Land durchchecken. Selbst wenn Sie

Höppners Land nehmen, Sachsen-Anhalt – ich nenne es jetzt wirklich mal ohne Wahlkampfattribut –, dann stellen Sie fest, die Sachsen-Anhalter zeigen ihre Ausstellungsflagge. Und wenn Sie dann das bedeutende touristische Mecklenburg-Vorpommern anklicken, dann stellen Sie fest, dass auf der Internetseite als einziges Land folgender Ausdruck erscheint: Keine Daten gefunden.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Ich kann nur sagen: Glückwunsch! Was für ein Marketing! Und, Herr Ministerpräsident, wenn Sie betonen, was Sie in Neubrandenburg gemacht haben, wer nicht das schöne Mecklenburg-Vorpommern besucht, kommt nicht in den Himmel, dann kann ich nur sagen, Ihnen wird der Internet-Engel die rote Karte zeigen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zwar nicht die Wirtschaft, ...

(Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff:
Haben Sie auf „MV tut gut“ geklickt?)

Na, Herr Ministerpräsident, wissen Sie, in den Sprüchen Salomon 12, 27 heißt es schon: „Einem Lässigen gerät sein Handel nicht“.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zwar nicht die Wirtschaft, aber die Kunst betreffend, möchte ich am Rande anmerken, warum wir nicht stärker deutschlandweit und international weltbedeutende Kunstschätze unseres Landes ausstellen. Ich nenne nur drei Bereiche: Wir haben 550 Gemälde der holländisch-flämischen Malerei des 17. Jahrhunderts, wir haben hervorragende Rembrandt-Bestände und unsere Barlach'schen Kunstwerke. Wer etwas so Bedeutendes hat, sollte es als Perle unseres Landes leuchten lassen.

(Peter Ritter, PDS: Wir haben auch das
Reuter-Museum in Stavenhagen. –
Siegfried Friese, SPD: Soll der Staat
jetzt auch noch die Museen übernehmen?)

Die letzte Komposition der „Bilder einer Ausstellung“ ...

(Sylvia Bretschneider, SPD:
Was hat das mit dem Antrag zu tun?)

Ich hab gesagt, am Rande bemerkt, die Kunst wird viel zu wenig beachtet. Und, Frau Bretschneider, Ihre Bemerkung war da vollkommen überflüssig. Mancher ist ein großes Licht, nur leuchten und wärmen kann er nicht. Das wird auf Sie zutreffen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Die letzte Komposition der „Bilder einer Ausstellung“ von Mussorgski ist „Das Tor von Kiew“. Glockenklang, Leben, Bewegung, Offenheit kennzeichnen diese herrliche Komposition. Ich wünsche mir, dass Sie dem Antrag der CDU-Fraktion zustimmen, damit die Tore unseres Landes ähnlich dem Kiewer Tor noch offener sind, dass unsere Glocken auch in anderen Ländern gehört werden. Unsere Menschen haben diesbezüglich eine bessere Politik verdient.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Wirtschaftsminister Herr Ebnet. Bitte sehr, Herr Minister.

Minister Dr. Otto Ebnet: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Zuerst, Herr Prachtl, ich find's ein bisschen schade. Das mit der roten Laterne und der roten Karte,

(Beifall Angelika Gramkow, PDS –
Barbara Borchardt, PDS:
Sachsen-Anhalt lässt grüßen.)

das war schon stark daneben. Ich habe immer gedacht, das wäre nicht Ihr Niveau und Sie wären sich zu schade dafür. Aber nun gut, wenn's sein muss, muss es sein. Ich finde, es ist trotzdem nicht der richtige Stil und der richtige Ton, mit dem man miteinander umgehen soll.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich würde ganz gerne zur Sache reden, und zwar zur Sache, die Sie uns in Ihrem Antrag vorgelegt haben, Herr Prachtl. Ich fand es bemerkenswert, dass Sie auf Ihren Antrag gar nicht eingegangen sind. Sie haben über alle möglichen Messen gesprochen. Das würde ich auch ganz gerne tun, über Tourismussmessen, finde ich wunderbar, sind wir auch gut beteiligt als Landesregierung. Über das Messezentrum in Rostock könnte man auch etwas sagen. Natürlich, was bisher nicht da war, kann auch im Internet nicht zu finden sein. Aber wir haben ja auch Kontakte mit der AUMA. Und der Geschäftsführer der AUMA war eigens da bei der Messeeröffnung in Rostock. Das wird sich alles ändern durch den Neubau der Messe in Rostock. Schauen wir nicht immer zurück in die Vergangenheit! Wenn Sie sagen, das war bisher nicht so, das weiß ich auch, dass wir bisher kein Messezentrum hier im Land hatten. Der Neubau ist erst in der letzten Woche eröffnet worden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und das heißt, das, was Sie als Missstand hier anprangern, ist ja schon abgestellt. Jetzt muss es noch ins Internet. Aber die Sache steht und 75 Millionen DM sind dafür ausgegeben worden. Das ist eine wunderbare Sache in Rostock geworden. Also nicht immer dieser Blick zurück, was früher noch nicht gewesen ist, das bringt uns heute auch nicht weiter.

Meine Damen und Herren, wenn ich Ihren Antrag jetzt richtig verstanden habe, anders als Herr Prachtl ihn wohl verstanden hat, dann geht es darum, jetzt zitiere ich aus Ihrer Begründung: „Aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion ist es unverzichtbar, dass Mecklenburg-Vorpommern als Investitionsstandort im Nordosten Deutschlands bekannter wird.“ Herr Prachtl, die Begründung hätten Sie vielleicht auch zur Kenntnis nehmen sollen, dann wäre Ihre Rede unter Umständen etwas anders ausgefallen.

Jetzt will ich mal eingehen auf den Antrag der CDU-Fraktion und auf den Investitionsstandort Mecklenburg-Vorpommern. Es muss ja irgendjemand auch mal etwas dazu sagen, bisher ist es noch nicht geschehen.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Ich glaube, das Ziel, das die CDU-Fraktion mit ihrem Antrag verfolgt, ist richtig. Es geht schon in die richtige Richtung und es ist auch ein Ziel, das die Landesregierung verfolgt. Wir arbeiten bereits daran, dass das geschieht,

und deshalb haben wir eine Standortoffensive gestartet, um den Investitionsstandort Mecklenburg-Vorpommern voranzubringen. Wir fördern die Teilnahme unserer Unternehmen an Messen. Damit wollen wir unsere Unternehmen unterstützen und ihnen den Weg auf neue Märkte ebnen, damit noch mehr an Messen teilnehmen, als das bisher der Fall ist. Auf der Biotechnika zum Beispiel ist Mecklenburg-Vorpommern hervorragend vertreten, aber es ist noch recht unterschiedlich. Und mehr Messepräsenz ist natürlich noch besser. Deshalb tun wir auch etwas dafür. Und bei der Messenförderung heißt unser Ziel: Qualität statt Quantität.

(Siegfried Friese, SPD: Richtig.)

Das muss man auch beachten. Nicht die Zahl der besuchten Messen ist für uns der Erfolgsmaßstab, sondern der tatsächliche Erfolg unserer Unternehmen auf den Messen, die sie besuchen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und darauf richten wir die Messenförderung des Landes aus.

Parallel dazu, das ist ein Thema, das daneben steht, arbeiten wir daran, dass das Land selbst sich verstärkt auf wichtigen Messen präsentiert. Die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung bereitet eine Präsentation der wichtigen Gewerbestandorte des Landes, die wir jetzt festgelegt haben, auf der EXPO REAL vor, einer großen Gewerbeimmobilienmesse in München im Herbst 2002. Da werden wir vertreten sein. Der Landesverband Hafengewirtschaft Mecklenburg-Vorpommern organisiert auf der TRANSP0 2003 einen Gemeinschaftsstand, der für den Standort Mecklenburg-Vorpommern wirbt. Das werden wir unterstützen. Wir identifizieren gegenwärtig die Messen, bei denen wir sinnvoll – ich betone, sinnvoll – mit einer Landespräsentation für Mecklenburg-Vorpommern werben können.

Aber, meine Damen und Herren, das allein ist es nicht mit der Investorenwerbung und mit der Standortwerbung für Mecklenburg-Vorpommern, das allein wird uns noch nicht dahin bringen, wohin wir wollen. Denn mit einem Stand auf der Messe präsent zu sein, sich zu präsentieren, ist sinnvoll, aber es ist eine doch eher passive Art der Investorensuche. Vielleicht kommen die potentiellen Investoren am Stand vorbei und informieren sich über das Angebot des Landes, vielleicht tun sie das aber auch nicht. Wir beziehungsweise die Stadt Schwerin hat das versucht auf der Hannover Messe, da war eher das Zweite der Fall. Und deshalb müssen wir aktiver sein und deshalb tut die Landesregierung auch viel mehr.

Meine Damen und Herren, wir haben die Stärken und Schwächen des Landes analysiert, wir haben untersucht, in welchen Branchen unsere Stärken liegen. Das sind zum Beispiel maritime Industrie, Lebensmittel-, Holzindustrie, Biotechnologie und Tourismus. Und wir haben geographische Schwerpunkte für die Investorensuche gesetzt: Das ist Süddeutschland, weil dort in den Ballungsräumen, die aus allen Nähten platzen, in denen die Grundstückspreise unglaublich hoch sind, der Platz für Gewerbeansiedlungen knapp und teuer ist. Und da überlegt man sich schon bei einer Neuansiedlung, ob nicht ein Alternativstandort besser wäre. Dann ist das Skandinavien, wo wir tätig sein wollen, wegen der Nähe, und das sind das übrige Europa und ausgewählte Länder wie zum Beispiel USA, Japan,

Israel und China. Vor allem in diesen Regionen wollen wir Investoren ansprechen.

Wir setzen nun branchenbezogen und für bestimmte Zielregionen Ansiedlungsmanager ein, um Investoren für Mecklenburg-Vorpommern zu gewinnen. Diese Ansiedlungsmanager werden in hohem Maß erfolgsorientiert bezahlt. Fünf Verträge haben wir inzwischen abgeschlossen. Und Aufgabe dieser Ansiedlungsmanager ist es, auf Unternehmen zuzugehen, also sich nicht auf einer Messe zu präsentieren, statisch, da sind wir, da muss jemand vorbeikommen, sondern wir gehen zu den anderen hin, wir gehen auf die anderen zu, wir gehen auf die Unternehmen zu und versuchen, die dann einzeln zu überzeugen, dass Mecklenburg-Vorpommern für sie ein guter Standort ist. Das ist ein aktiver Ansatz.

Wir wollen auch noch geeignete Beratungsunternehmen in die Investorensuche mit einbeziehen. Da gibt es zum Beispiel Beratungsunternehmen, die sich auf bestimmte Branchen spezialisiert haben. Deren Wissen, deren Kenntnisse auch aus den einzelnen Unternehmen heraus wollen wir für uns nutzen. Auch mit dem Industrial Investment Council werden wir die Zusammenarbeit verstärken, wobei ich betonen muss, dass das natürlich nicht nur von einem aus geschehen kann, da gehören zwei dazu. Ich hoffe, dass die Bereitschaft für eine noch stärkere Zusammenarbeit auf beiden Seiten vorhanden ist.

Meine Damen und Herren, wir gehen aktiv auf Investoren zu und wir können Investoren auch einiges bieten. Investitionsvorhaben werden bei uns vom ersten Kontakt bis zum Abschluss des Vorhabens begleitet. Wir entwickeln eine Reihe von großen Gewerbe- und Industriegebieten für Investoren mit viel Platzbedarf. Diese Großstandorte werden national und international beworben und vermarktet. Wir verstärken die Zusammenarbeit mit den regionalen Fördereinrichtungen in den Landkreisen und Städten bei der Werbung und Begleitung von Investoren. Wir fördern fünf Regionalmanagementprojekte, die dann die regionale Standortwerbung und -betreuung auch in die Hand nehmen sollen, hier im Land mit jeweils ungefähr einer halben Million Euro, jeweils ungefähr einer halben Million Euro! Wir erweitern die flächendeckende Gewerbeflächendatenbank bei der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung. Und ich möchte darauf hinweisen, da müssen alle Kreise und kreisfreien Städte vertreten sein, alle, bitte schön,

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

und deshalb arbeiten wir weiter daran, die Nachzügler dafür zu gewinnen. Da wäre ich dankbar, wenn auch die CDU-Fraktion uns hierbei unterstützen würde.

Wir bieten Investoren ausgesuchte und entwickelte Standorte passender Größe an und wir haben gerade erst ein neues Investorenportal im Internet in Betrieb genommen, zugeschnitten auf den Bedarf von Unternehmen. Unsere Investoren sollen sich nicht durch allerlei Unnötiges klicken müssen, bis sie da sind, wo sie hin wollen. Sie sollen die Informationen, die sie brauchen, möglichst schnell und möglichst einfach finden können. Seit der CeBIT 2002 setzen wir zudem auf den Messeständen eine neue CD-ROM für die Imagewerbung des Landes ein.

Und, meine Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern, das ist unser Ziel, muss als Investitionsstandort bekannter werden, noch bekannter werden.

(Beifall Siegfried Friese, SPD,
und Ute Schildt, SPD)

Und Sie sehen, wir arbeiten intensiv daran. Die Standortoffensive der Landesregierung läuft. Wir werben für den Investitionsstandort Mecklenburg-Vorpommern, damit mehr Investoren wissen, dass es gute Gründe gibt, in Mecklenburg-Vorpommern zu investieren, und damit mehr Informationen und weniger Vorurteile mitspielen, wenn über den Wirtschaftsstandort Mecklenburg-Vorpommern gesprochen wird.

Meine Damen und Herren, eins ist mir noch wichtig, das möchte ich zum Schluss noch sagen: Diese Werbung, die wir betreiben, mit großem Aufwand betreiben, wird aber dadurch konterkariert und dann wieder zunichte gemacht, wenn sich Menschen und wenn sich Politiker aus dem Land hinstellen und sagen, das haben wir noch nicht, das können wir noch nicht.

(Georg Nolte, CDU: Das haben
Sie ja acht Jahre erfolgreich getan.)

Und wenn wir sagen, wir haben Defizite und so weiter, wir haben noch nicht alles erreicht, das ist klar, da gibt es noch eine ganze Menge zu arbeiten, aber ich bitte darum, bei allen politischen Äußerungen, die man tut und die man ja manchmal auch mit einem bestimmten Zweck verbindet, darauf zu achten, dass nicht das Land runtergemacht wird, dass nicht die Wirtschaft runtergemacht wird hier im Land, dass nicht die Menschen runtergemacht werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Denken Sie daran, dass Worte auch eine Wirkung haben und dass sie eine Wirkung haben sollten, die dem Wohl des Landes dient! – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Neumann von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Neumann.

Karsten Neumann, PDS: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Messepräsenz des Landes wird, wie auch die CDU weiß oder zumindest wissen könnte, im Rahmen des Außenwirtschaftskreises abgestimmt und das Landesmesseprogramm gemeinsam mit den Kammern, der Vereinigung der Unternehmensverbände, der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung, dem Technologie- und Gewerbezentrum, der Agrarmarketinggesellschaft des Landes sowie dem Wirtschaftsministerium, dem Landwirtschaftsministerium und der Staatskanzlei erarbeitet. Über die Messebeteiligungen des Landes und die Initiativen zur Investorenwerbung hat der Wirtschaftsminister soeben ausführlich berichtet.

Vor allem konzentriert sich das Land auf die Unterstützung von Messebesuchen von Unternehmen und durch Unternehmen. Und wenn ich mich nicht sehr irre, ist das auch eine von der CDU bevorzugte Art der Förderung. Der von der CDU als Beispiel genannte Nichtauftritt des Landes auf der MIPIM eröffnet eine Liste von Messen, auf denen das Land eben nicht vertreten ist, und diese könnte auch fast unendlich fortgesetzt werden.

Die Abstimmung der Messen, an denen das Land oder Landesgesellschaften teilnehmen, wird seit fast zehn Jahren praktiziert und im Übrigen hat die CDU in ihrer Verantwortung dieses Verfahren eingeführt. Wäre sie also an der sachlichen Frage der Messebeteiligung interessiert, hätte sie direkt einen entsprechenden Vorschlag an das Wirt-

schaftsministerium oder zum Beispiel über die Vereinigung der Unternehmensverbände an diesen Außenwirtschaftskreis richten können.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Aber offensichtlich ist dieser Vorschlag keiner langfristigen Überlegung geschuldet, sondern heiße beziehungsweise lauwarmer Wahlkampfluft.

(Beifall Ute Schildt, SPD, und
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS –
Sylvia Bretschneider, SPD: Genau.)

Herr Rehberg, ich gebe Ihnen gerne noch eine Liste von Messen, die Sie natürlich auf eigene Kosten, vielleicht aber sogar gefördert durch die Messeförderung des Landes besuchen können, um Werbung für unser Land zu machen.

Hier könnte ich eigentlich in den Ausführungen enden, wäre da nicht Herr Rehberg nach mir auf der Rednerliste und wäre da nicht der Versuch der CDU, mit diesem Antrag die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass die Landesregierung nicht einmal in der Lage sei, die Messepräsenz des Landes richtig zu bestimmen, also keine Wirtschaftskompetenz besäße. Wie sieht es denn mit der wirtschaftspolitischen Kompetenz der CDU aus? Unter Juristen heißt es immer so schön: Ein Blick ins Gesetz verhindert Geschwätz.

(Heiterkeit bei Sylvia Bretschneider, SPD)

Bei einem genauen Blick in das Wirtschaftsprogramm der CDU verschlägt es einem dabei glatt die Sprache. Nur zwei Beispiele:

Erstens. Die CDU erkennt dort, ich zitiere, „ziellozes Fördern und Handeln der heute politisch Verantwortlichen“. Ich darf nur daran erinnern, um eben solches zielloses und verschwenderisches Handeln der CDU-geführten Regierung in den vergangenen Legislaturperioden zu untersuchen, hat dieser Landtag einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss einrichten müssen. Sehen Sie in die Berichte!

Zweitens. Die CDU verlangt beispielsweise im Bahnbetrieb die strikte Trennung von Netz und Betrieb. Wer war denn dagegen, als die PDS dies gefordert hat?

Die CDU fordert für sich ein, Konzepte für die Lösung vieler Probleme zu haben. Dabei unterstellt sie an vielen Stellen und immer wieder gern, dass die Landesregierung nicht tätig sei, wodurch erst die Probleme entstehen, und sie, die CDU, verbreitet jetzt die Lösungsvorschläge.

Zum Beispiel Standortoffensive und das Werben um Investoren: Die Landesregierung hat schon lange eine Standortoffensive begonnen und im Übrigen im Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit mit den Akteuren verabredet. Es besteht ein Internetinvestorenportal, das potentiellen Investoren Informationen über Gewerbegebiete und Fördermöglichkeiten bietet und ihnen Ansprechpartner direkt vermittelt. Es wurden Großstandorte entwickelt, auch dazu hat der Minister bereits gesprochen.

Oder der Punkt Orientierung auf Technologieentwicklung: Die CDU verschweigt, dass eine solche Orientierung im Land schon lange stattgefunden hat.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Nicht nur, dass die Mittel im Landeshaushalt gegenüber dem Vorjahr von 7,9 Millionen Euro auf 8,5 Millio-

nen Euro gestiegen sind, im Zukunftsfonds des Landes haben die Fraktionen von SPD und PDS weitere zusätzliche Millionen für die Entwicklung wichtiger und zukunfts-trächtiger Technologien bereitgestellt. Ansonsten war es im Übrigen die CDU, die sich gegen eine Beteiligung des Landes in der BioCon Valley GmbH ausgesprochen hat.

(Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig. –
Nils Albrecht, CDU: Solche Peanutsbeträge.)

Die CDU will mit anderen Ländern eine Imagekampagne für Ostdeutschland entwickeln. Wir reden seit Jahren von den Errungenschaften der Menschen in unserem Land. Wenn Sie von einer Investorenkampagne für Ostdeutschland und für Mecklenburg-Vorpommern sprechen, besteht die realistische Gefahr, dass nur die schöne Landschaft und die geographische Lage und im Übrigen der Spitzenkandidat der CDU übrig bleiben. Wer aber auf der einen Seite Niedriglohn fordert und von Niedriglohn spricht, muss sich gefallen lassen, dass man den Vergleich heranzieht: Was nicht viel kostet, taugt nicht viel.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Und das ist wahrlich kein gutes und schon gar kein zutreffendes Image für die Menschen in diesem Land, für die Unternehmerinnen und Unternehmer, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

(Beifall Siegfried Friese, SPD, und
Ute Schildt, SPD – Nils Albrecht, CDU:
Ich denke, Sie haben das Wahlprogramm gelesen.)

Wer die rote Laterne hoch hält, wie Sie es beständig tun, wird nicht mal eine Motte anlocken, vielleicht Herrn Stoiber, aber auch der wird dann schnell wieder gehen. So soll Ihre Imagekampagne aussehen?

Sie fordern Netzwerke. Auch hier lässt sich wieder nur an das Stimmverhalten der CDU zu BioCon Valley erinnern. Wenn es praktisch wird, wenn es praktisch wird bei diesen Entscheidungen, ergreift die CDU die Flucht in Ausflüchte.

Sie fordern eine Leitbilddiskussion und verkennen dabei offensichtlich, dass diese in unserem Land schon längst stattfindet und sehr weit fortgeschritten ist.

(Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Sowohl in den regionalen Raumordnungsprogrammen – schauen Sie rein! –, in den regionalen Entwicklungsprogrammen, in der Denkwerkstatt oder im Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramm der Regierung und nicht zuletzt in den Wahlprogrammen der Parteien sind Vorstellungen zum Leitbild für unser Land enthalten.

(Nils Albrecht, CDU: Das sind keine Leitbilder.)

Bezogen Sie das jetzt auf Ihr eigenes?

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Beteiligungskapital: Das Land hat durch den Zukunftsfonds das Kapital der Beteiligungsgesellschaft und der Bürgerschaftsbank erhöht. Die Zugangsmöglichkeiten dazu müssen die Banken nach ihren betriebswirtschaftlichen Möglichkeiten formulieren. Da die Beteiligungsgesellschaft im Rahmen der Einführung der Regelungen von Basel II jedoch selbst „gerated“ wird und damit ihre Beteiligungsvergabemöglichkeiten einem transparenten, aber sicherlich nicht einfacheren Modus unterliegen werden,

ist natürlich die Frage zu stellen, wie denn die CDU einen vereinfachten Zugang zu den Bürgerschaftsmitteln des Landes sichern will. Diese Mittel dürfen nicht verschwendet werden.

Ganz neben den bereits bestehenden Gegebenheiten liegt die CDU mit ihrer Forderung zur Existenzgründerförderung und Beratungsförderung bestehender Unternehmen. Diese sind bereits in unterschiedlichsten Formen realisiert. Erinnert sei an die Existenzgründungsförderung, die im Wirtschaftsministerium und durch die Arbeitsämter finanziert wird, die Förderung der Qualifizierung von Existenzgründerinnen und Existenzgründern im ASP, 2,3 Millionen Euro, Zuschuss zum Lebensunterhalt für Existenzgründerinnen und Existenzgründer im ASP, 6,5 Millionen Euro, und die Beratungsförderung im Wirtschaftsministerium.

In all diesen Punkten versucht die CDU permanent, auf einen fahrenden Zug aufzuspringen und sich dann gegenüber den Fahrgästen als Lokführer auszugeben. Das wird Ihnen aber nicht gelingen!

Aber Sie täuschen ja nicht nur, sondern schaffen sich Ihr eigenes verzerrtes Bild von der Wirklichkeit, um dieses dann zu bekämpfen. SPD und PDS hätten den Transrapid verhindert. Welche Ehre und welche Überschätzung?! Sie als Wanderprediger der Marktwirtschaft wollen ernsthaft den Wählerinnen und Wählern vermitteln, dass SPD und PDS Herrn Mehdorn veranlassen könnten, ein Pleitegeschäft anzufangen?!

(Nils Albrecht, CDU: Das brauchen wir nicht zu vermitteln, das wissen die!)

Ich zitiere Dr. Volkhard Jung, ehemals Lehrbeauftragter für „Magnetisches Schweben“ an der Universität Karlsruhe, aus der Fachzeitschrift „Internationales Verkehrswesen“ vom April dieses Jahres zur Wirtschaftlichkeit des Transrapids auf der Strecke Hamburg–Berlin: „Gravierender wären höhere Reisekosten; den zirka um 16 DEM erhöhten Reisekosten stehen jedoch entsprechende Zeiterparnisse gegenüber. Und eine Stunde Zeitersparnis dürfte diesen Aufpreis wert sein. Gravierender wäre der Wegfall des größten Teils der Fernzüge, um den Transrapid zwischen Berlin und Hamburg rentabel zu machen. Genau aber dadurch hätte die DB AG Einnahmeverluste, die durch Kosteneinsparungen nicht ausgeglichen werden könnten. So entstünde ein Verlust von 230 Mio. DEM/a, der durch Gewinne des Transrapids nicht ausgeglichen werden könnte. So ist es verständlich, dass Bahnchef Mehdorn erst einmal ‚nein‘ gesagt hat“.

Gestern wurde in den Schweriner Haushalten ein Falblatt des CDU-OB-Kandidaten für diese Stadt, Herrn Claußen, verteilt, wo er unter der Überschrift „Unglaublich“ darstellt, dass die dämliche Aussage, wie ich zugebe, des Herrn Dähn BMW aus Schwerin vertrieben hätte und sie deshalb in die CDU-geführte Stadt Leipzig umgesiedelt wären.

(Heiterkeit bei Heidemarie Beyer, SPD – Reinhard Dankert, SPD: Die ist gar nicht CDU-geführt.)

Es ist wirklich unglaublich, den Bürgerinnen und Bürgern zuzumuten, dass sie das glauben sollen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

An anderen Stellen versucht die CDU dann tatsächlich, eigene Ideen zu entwickeln.

(Zurufe von Heidemarie Beyer, SPD, und Reinhard Dankert, SPD)

Wo bleibt dabei aber die notwendige Realität zwischen den eigenen Forderungen nach Haushaltskonsolidierung und dem Versprechen, die Finanzierung von offenen Unternehmensforderungen durch das Land zu übernehmen? Das Land könnte dann den Unternehmen den langwierigen Rechtsstreit abnehmen und selbst Pleite machen?

Ein anderes Kind der CDU ist das Wirtschaftsförderzentrum Nord-Ost WINO. Es hat angeblich das Ziel, eine effizientere Gestaltung der Wirtschaftsförderung für Investoren zu erreichen.

(Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Dieses Ziel streben wir auch an. Und bestimmt muss an einer bestehenden Förderstruktur im Land wirklich gearbeitet werden. Aber zusammengeführt werden sollen das Landesförderinstitut, LFI, zur Nord/LB gehörend, das Technologieberatungsinstitut, TBI, Wirtschaftsfördergesellschaften und die Standortmanager. Diese Einrichtungen arbeiten aber nun mal inhaltlich sehr unterschiedlich. Das LFI prüft Vollständigkeit, rechnerische Richtigkeit und die Widerspruchsfreiheit von Investitionsanträgen.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Im TBI werden wissenschaftlich-technische Entwicklungsvorhaben auf technische Realisierbarkeit, auf ihren Neuheitsgrad und ihre betriebswirtschaftliche Umsetzbarkeit geprüft, also eine begleitende, inhaltlich beratende Aufgabe. Wirtschaftsfördergesellschaft und Standortmanager beraten Unternehmen bei der konkreten Standortwahl, helfen Vernetzungen mit anderen Unternehmen herzustellen und vermarkten Standorte. Und deshalb: Unterschiedliche Aufgaben verlangen Personen mit unterschiedlichen Qualifikationen und Fähigkeiten. Einsparungen ergeben sich, wenn überhaupt, im Verwaltungsbereich, die aber durch erhöhten Aufwand in der Abstimmung zunichte gemacht würden, völlig abgesehen davon, dass Unternehmensberater die umfassende Betreuung von Investoren als Aufgabe haben und eine staatliche Konkurrenz in diesem Bereich bestimmt nicht hilfreich ist.

(Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Und Sie wären die Ersten, die wegen staatlicher Konkurrenz und Einmischung Zeter und Mordio schreien würden.

Die von der CDU vorgeschlagene Lösung bringt nebenher gesellschaftsrechtliche Probleme, die jeder kennt, der sich damit mal beschäftigt hat. Im Ergebnis Wahlkampfrhetorik.

(Nils Albrecht, CDU: Jaja.)

An anderen Stellen zeigt das Programm der CDU eher schlicht und ergreifend unsoziales Herangehen an die Lösung von Problemen in diesem Land. Zum Beispiel mit der Aussage, ich zitiere, ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, ich muss Sie mal unterbrechen und möchte Sie daran erinnern, dass wir den Tagesordnungspunkt „Messepräsenz des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ debattieren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Norbert Baunach, SPD: Dazu redet wohl gar keiner heute. – Sylvia Bretschneider, SPD: Dazu redet keiner außer dem Minister. – Dr. Arnold Schoenburg, PDS: Wer hat heute schon dazu geredet?)

Karsten Neumann, PDS: Würde sich der Antrag der CDU tatsächlich mit dieser Frage befassen, könnte ich das auch tun.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist eine Frechheit gegenüber dem ... So was Dreistes! So was Dreistes! Das kann doch wohl nicht wahr sein!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie doch, das Thema jetzt zu beachten.

Karsten Neumann, PDS: Ich denke, wir haben gestern bei der Auseinandersetzung zur A 14 erlebt, wie die CDU in der Lage ist, mit solchen Anträgen das Thema immer um das Thema herum zu entwickeln. Und dem beuge ich ganz einfach mit meinem Redebeitrag vor, Frau Präsidentin, weil es für mich dann nicht mehr die Gelegenheit gibt, nach Herrn Rehberg entsprechend zu reagieren.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU, und Steffie Schnoor, CDU)

Sozialhilfebeziehern, die Arbeit aufnehmen, will die CDU ihren Lohn belassen und nicht auf die Sozialhilfe anrechnen. Den Lohn will auch die PDS belassen. Sie sollen doch von Unternehmen existenzsichernd entlohnt werden.

(Nils Albrecht, CDU: Wovon reden Sie denn?)

Oder will die CDU Arbeit ohne Arbeitsvertrag und Lohn unterhalb der Sozialhilfe? Dann sagen Sie das den Menschen im Land! Sagen Sie den Menschen doch klar und deutlich, die CDU will weniger Einnahmen des Staates und seiner Sozialsysteme, mehr Ausgaben des Staates, und das alles finanziert durch den Lohnverzicht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, den Verzicht auf Rentensteigerung durch Rentnerinnen und Rentner, den Verzicht auf Hilfe für die Hilfsbedürftigen im Land und im Übrigen Freibier für alle.

(Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Ja, wir haben wirtschaftliche Probleme in diesem Land und wir haben soziale Probleme im Land. Aber wahltaktisches und ideologisches Säbelrasseln bringt uns und dieses Land keinen Zentimeter voran.

(Nils Albrecht, CDU: Dann lassen Sie das doch sein!)

Wirtschaftskompetenz heißt aber auch, die wirtschaftliche Entwicklung mit den sozialen und ökologischen Erfordernissen in Übereinstimmung zu bringen. Das kann und will die CDU nicht. Wirtschaftskompetenz hieße auch, wenigstens die soziale Marktwirtschaft zu erhalten. Das kann und will die CDU nicht. Wirtschaftskompetenz hieße aber zumindest, Kenntnis über die Wirtschaftsförderung und die Strukturen im Land zu haben.

(Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Aber selbst das kann und will die CDU nicht. Und deshalb, meine Damen und Herren von der CDU, lehnen wir Ihren Antrag ab,

(Nils Albrecht, CDU: Unglaublich!)

genau wie es die Wählerinnen und Wähler dieses Landes am 22. September tun werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende Herr Rehberg von der Fraktion der CDU.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich bin Herrn Neumann ausdrücklich dankbar, dass er so intensiv aus dem CDU-Wahlprogramm zum Thema Wirtschaft hier vorgetragen hat.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Barbara Borchardt, PDS: Da steht ja nun nicht viel drin. Das sind ja alles alte Kamellen.)

Und ich denke, Herr Neumann, eins unterscheidet Ihr Wahlprogramm, was verabschiedet ist, und unseres: Bei Ihnen habe ich so gut wie nichts zur Wirtschaft finden können.

(Barbara Borchardt, PDS: Sie wollten nichts finden. – Karsten Neumann, PDS: Weil Sie es nicht gelesen haben.)

Sie sehen, wo die Kompetenzen liegen – aktives Standortmarketing. Meine sehr verehrten Damen und Herren, und dieses aktive Standortmarketing hätte das Land Mecklenburg-Vorpommern mit einem Technologieprojekt Transrapid viel besser betreiben können als ohne.

Wer hier über betriebswirtschaftliche Zahlen zu diesem Thema redet, der soll zwei Fakten nicht vergessen:

Erstens. Millionen Euro des Deutschen Steuerzahlers fließen nach China, damit dort in China eine Referenzstrecke gebaut wird.

Zweitens. Die Strecken in Nordrhein-Westfalen und in Bayern sind ein Drittel so lang wie die zwischen Hamburg und Berlin und genauso teuer. Das ist die Realität!

(Karsten Neumann, PDS: 65 Prozent sozusagen.)

Wer dann davon spricht, dass Herr Mehdorn betriebswirtschaftliche Aspekte im Auge hatte, ich glaube, der liegt völlig fehl und daneben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und zum Standortmarketing gehört auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass ich das nicht einseitig sehe. Zum Standortmarketing für Mecklenburg-Vorpommern gehören die Naturlandschaft, die Kreidefelsen von Rügen, dazu gehört die Backsteingotik, dazu gehört auch „Turandot“ in diesem Sommer, hier vor und von dem Schweriner Staatstheater aufgeführt.

(Beifall Lorenz Caffier, CDU, und Rainer Prachtl, CDU)

Dieses gehört zusammen. Dazu gehören nicht einfach fünf Gewerbegebiete und mehr, sondern das ganze Land. Damit muss man werben und das war die Einlassung von Rainer Prachtl. Das war genau der richtige landespolitische Ansatz zu diesem Thema.

Und wenn Sie nur einmal sehen, wie unter dieser Maßgabe, ohne eine Dachmarke in Mecklenburg-Vorpommern 48 Unternehmen des Landes sich auf der Hannover Messe präsentiert haben, teilweise auf Gemeinschaftsständen, branchenbezogen. Aber wie soll denn ein Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern, das dort fünf Quadratmeter hat, überhaupt wahrgenommen werden? Werden unsere Unternehmen nicht viel eher wahrgenommen unter einer Dachmarke, wo wir nicht nur auf der Han-

nover Messe auf die jeweiligen Informations- oder Kommunikationstechnologiebereiche setzen, sondern glaubwürdig dies mit unserem Land Mecklenburg-Vorpommern verbinden?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Barbara Borchardt, PDS: Wer spricht denn das ab, Herr Rehberg? Dagegen spricht doch gar keiner. Sie verkünden doch hier nichts Neues!)

Dann sollten Sie es tun! Dann machen Sie es doch!

(Barbara Borchardt, PDS: Ach, Mann! Sie wollen das doch einfach nicht wahrhaben.)

Dann gehen Sie doch mal hin, wo andere Länder professionell seit Jahrzehnten – wie der Freistaat Bayern oder seit 1990 der Freistaat Sachsen – in dieser Art und Weise werben, ihr Land als Dachmarke setzen

(Barbara Borchardt, PDS: Jaja.)

und Industrie, Tourismus und alles andere darunter einbeziehen! Das ist bis heute nicht ansatzweise geschehen, obwohl ...

(Barbara Borchardt, PDS: Bis heute nicht ansatzweise?)

Das ist bis heute nicht ansatzweise geschehen.

(Barbara Borchardt, PDS: Die ganzen zwölf Jahre nicht? Das ist aber interessant! Das ist aber interessant!)

Genau so ist das.

Und wenn ich über die Rahmenbedingungen der Messepräsenz des Landes Mecklenburg-Vorpommern hier rede, dann ist natürlich auch die Frage zu stellen nach den Finanzen, nach den Realitäten, die wir haben. Da muss ich am Dienstagabend hören, die DEHOGA und der Tourismusverband des Landes beklagen, dass wir nach wie vor bei 2 Millionen Euro stehen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei 2 Millionen Euro! Andere Länder, Konkurrenzländer von uns, stocken in dieser Situation massiv auf,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

wo es darum geht, dass nicht nur Neugier der entscheidende Faktor ist, hier hineinzukommen, sondern dass man sich richtig präsentieren muss.

(Barbara Borchardt, PDS: Sie werten alles immer nur mit der Bereitstellung von Geld. Alles andere interessiert Sie nicht.)

Und das so glorreiche Bündnis für Arbeit, meine Damen und Herren, in dem der Ministerpräsident der Öffentlichkeit vorgaukelt, dass in diesem Land etwas nach vorne ginge, hat sich mit dem Thema Messepräsenz nach unserer Kenntnis noch nicht einmal beschäftigt. Wie wollen wir denn eigentlich unseren leistungsfähigen Mittelstand bekannt machen, wenn wir beim Marketing so wenig tun? Wollen wir auf dem niedrigen Niveau bei der Außenwirtschaft bleiben oder wollen wir den zu erwartenden Aufschwung im Export an uns vorbeilaufen lassen?

Und jetzt komme ich doch noch einmal zu dem bürokratischen Hemmnis. Nach meiner Kenntnis – man kann mich da ja gerne korrigieren – sind direkt für Messeförderungsunternehmen 1 Million Euro im Landeshaushalt eingestellt. Dann gucken Sie sich mal die Richtlinien an, wie man an das Geld herankommen kann! Und dann gucken

Sie sich mal an – Herr Neumann lobt das sogar noch –, welche Kreise ein Unternehmen laufen muss, um an einen müden Euro heranzukommen!

(Beifall Gesine Skrzepski, CDU)

Das kann man doch nicht loben, dass die Unternehmen Kreise laufen müssen. Einen Ansprechpartner brauchen sie dafür und nicht ein halbes Dutzend oder ein ganzes Dutzend.

(Karsten Neumann, PDS: Das sind aber Ihre eigenen Interessenvertretungen, die daran beteiligt sind, Ihre eigenen! – Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

Wissen Sie, Herr Kollege Neumann, mir geht es doch nicht um Interessenvertretung.

(Barbara Borchardt, PDS: Ach nee?! Was machen Sie denn hier?)

Mir geht es darum, dass unsere Unternehmen kurze, schnelle Wege haben, damit sie auf Messen präsent sein können. Und mir geht es darum, dass die Landesregierung sich den Hut dafür aufsetzt,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

und das haben Sie in den letzten vier Jahren nicht getan. Sie haben Zeit gehabt.

(Zuruf von Karsten Neumann, PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hannover ist ein Thema. Aber offenbar gibt es wenig Geld und viel Bürokratie. Messförderung à la Ebnet und Keler. Und jetzt kommen Sie mir doch mal nicht damit, dass kein Geld da ist. Meine Damen und Herren, wo ist es sinnvoller, Geld einzusetzen?

(Barbara Borchardt, PDS: Na, jetzt kommt doch der ÖBS, ne? Die Schulsozialarbeiter.)

Einem Unternehmen Geld zu geben oder im Programm „Jugend baut“

(Barbara Borchardt, PDS: Ja.)

pro Nase fast 35.000 Euro auszugeben und dann noch zu sagen, das machen wir deswegen, damit junge Bauarbeiter wieder in Arbeit kommen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt 34.000 arbeitslose Bauarbeiter in Mecklenburg-Vorpommern. „Jugend baut“ nimmt dem Mittelstand Arbeit weg und führt nicht dazu, dass Menschen wieder in Arbeit kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Barbara Borchardt, PDS: Das stimmt doch gar nicht, das wissen Sie ganz genau. Das stimmt nicht. – Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD)

Das ist die Wahrheit!

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Oh, sind Sie ein Ideologe! Sie haben aber Scheuklappen, Herr Rehberg!)

Warum sind wir denn nicht präsent auf nationalen und internationalen Messen? Warum haben wir denn keinen Landesstand?

(Barbara Borchardt, PDS: Das stimmt nicht, wir sind immer präsent.)

Und, Herr Minister Ebnet, Sie haben, Sie haben keinen,

(Zurufe von Minister Dr. Otto Ebnet
und Sylvia Bretschneider, SPD –
Glocke der Vizepräsidentin)

Sie haben keinen Messestand mit der Dachmarke
Mecklenburg-Vorpommern, ...

Dann zeigen Sie uns den mall!

... denn dann müssten Sie auf der Grünen Woche, auf
der Internorga, auf der Hannover Messe oder wo auch
immer mit diesem Messestand mit der Dachmarke
Mecklenburg-Vorpommern präsent sein. Das sind Sie
nicht.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der
SPD und PDS – Karsten Neumann, PDS:

Also, auf der Tourismusmesse waren
Sie doch, oder wie? – Zurufe von
Minister Dr. Till Backhaus und
Minister Dr. Wolfgang Methling –
Glocke der Vizepräsidentin)

Erzählen Sie doch nicht!

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und
Herren auf der Regierungsbank, ...

Eckhardt Rehberg, CDU: Erzählen Sie doch nicht,
dass das Land Mecklenburg-Vorpommern wie der Frei-
staat Sachsen mit einer Dachmarke auf den Messen prä-
sent ist. Das ist doch einfach nicht wahr.

(Karsten Neumann, PDS: Wenigstens hätten Sie es
sich angucken können. – Barbara Borchardt, PDS:

Sie sind der größte Ignorant in diesem Land. –
Minister Dr. Wolfgang Methling: Das reimt sich. –
Barbara Borchardt, PDS: Was? – Minister
Dr. Wolfgang Methling: Das reimt sich.)

Und jetzt will ich noch einmal etwas zu Cannes sagen,
meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich will noch
etwas Cannes zu sagen. Wie kann es sein, wenn Sie wirk-
lich Standortbewerbung ernst meinen, Marketing ernst
meinen,

(Ministerin Dr. Martina Bunge: Er ist Dichter. –
Zuruf von Minister Dr. Wolfgang Methling)

dass der Antrag der Stadt Schwerin, auf der MIPIM in
Cannes mit einem Stand vertreten zu sein, abschlägig
beschieden wurde?

Meine Damen und Herren, ich bin dahin gefahren, weil
so was muss man sich ja mal angucken,

(Barbara Borchardt, PDS: Das ist
wahr. Das muss man sich angucken.)

wie andere europäische Länder mit ihren Stärken wer-
ben. Wenn Sie sich den Gemeinschaftsstand des Landes
Polen angesehen haben, 400 Quadratmeter, profession-
nell, jede Region des Landes vertreten.

(Karsten Neumann, PDS: Das hätten
Sie auch bei der ITB sehen können.)

Übrigens hat Stettin geworben unter drei Facetten:
Industrieimmobilien, Ferienressorts und Wassersportzen-
tren,

(Zuruf von Irene Müller, PDS)

das heißt, nicht einseitig ausgerichtet, sondern kom-
pakt und professionell.

Die Stadt Schwerin wollte auch dorthin, und zwar woll-
te sie sich präsentieren zwischen Hamburg und Berlin.
Das wurde abgelehnt vom Land, kein Geld.

(Nils Albrecht, CDU: Traurig! Traurig! Das
ist traurig. – Zuruf von Beate Mahr, SPD)

Das sind die Tatsachen. Und gerade Schwerin hat ja
mit dem Gewerbegebiet Göhrener Tannen durch die
BMW-Bewerbung durchaus einen guten Ruf erlangt und
diese Chance lässt man vorbeiziehen, meine Damen und
Herren?! Wissen Sie, was ich da nicht verstehe, ist, ein
Objekt aus Mecklenburg-Vorpommern habe ich dort vor-
gefunden,

(Irene Müller, PDS: Wie arbeiten Ihre Kollegen
eigentlich im Wirtschaftsausschuss mit?)

und zwar die Fundus-Gruppe, und zwar auf dem Ge-
meinschaftsstand Berlin/Brandenburg. Die hat mit Heill-
gendamm geworben. Ist das nicht traurig? Ist es nicht die
Chance gewesen, sowohl Göhrener Tannen zu präsentie-
ren als auch das Objekt Heiligendamm der Fundus-Grup-
pe? Das ist doch die Stärke unseres Landes, die Facetten,
und das müssen wir dort herausstreichen. Dies und nichts
anderes!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und, ja, meine Damen und Herren, Herr Minister Ebnet,
Sie ziehen nach. Wir haben einen Antrag eingereicht und
gestern sagen Sie in einer Pressemitteilung, dass Sie ver-
schiedene Standortmanager über die GFE unter Vertrag
genommen hätten. Wenn unser Antrag zumindest dazu
führt, dass Sie sich bewegen, dann hätte er seinen Zweck
schon erfüllt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei Andreas Bluhm, PDS –
Barbara Borchardt, PDS: Überschätzen Sie
sich mal bloß nicht! – Karsten Neumann, PDS:
Schauen Sie mal in den Haushaltsplan
und die Haushaltsdiskussion!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, hier wird da-
von gesprochen, Qualität geht vor Quantität. Nun frage
ich mich ganz besorgt, der Internetauftritt ist ja teilweise
gar nicht so schlecht, aber wie bewerben Sie eigentlich
die Internetadresse? Wie bewerben Sie die Adresse
www.wm.mv-regierung.de? Wo machen Sie das? Wie soll
das jemand finden, der in Portugal, in London wohnt, der
im Industriebereich tätig ist, ein großer Tourismusanbie-
ter? Wie machen Sie das?

(Karsten Neumann, PDS: Dann nehmen wir eben
mecklenburg-vorpommern.de. – Zurufe von
Reinhard Dankert, SPD, und Irene Müller, PDS)

Oder wie geht es dann weiter, wenn Sie von Qualität
reden, das war ja Ihr Anspruch, wie kommt man dann auf
das Investorenportal, auf das Gesundheitsportal und so
weiter und so fort?

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Zuruf von Bodo Krumbholz, SPD)

Das heißt, dann muss ich schon über Anzeigen werben,
dann muss ich zum Beispiel auf den Briefen der Landes-
regierung ganz explizit darauf hinweisen.

(Andreas Bluhm, PDS: Ja, mit Anzeigen
ist das ja so eine Sache hier im Land. –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wissen Sie, wenn man so ein Internetangebot auflegt, das der Werbung für unser Land und für neue Investoren dient, und diese Adresse nicht bewirbt, dann ist das so, als wenn der Ministerpräsident seine Visitenkarte in den Wald hängen würde.

(Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Meine Damen und Herren, ich denke, dass hier mehr getan werden muss, entschieden mehr, und dass es auch kompakter und gezielt sein muss.

Zum Schluss, meine Damen und Herren, Herr Minister Ebnet, ich kann Ihnen gerne Auszüge geben, das geht ganz schnell, über Reden, die Mitglieder von SPD und PDS bis 1998 in diesem Landtag gehalten haben.

(Barbara Borchardt, PDS: Die waren gut, ne?!)

Das kann ich sehr gerne tun. Ich bin immer dafür, dass man Defizite benennt und dass man Politik kritisiert. Aber was ich nicht akzeptiere, ist, dass man dadurch das Land schlechtredet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Barbara Borchardt, PDS: So viel Selbstkritik hätte ich jetzt nicht erwartet. – Karsten Neumann, PDS: So viel Selbstkritik!)

Wenn Sie nicht einmal zwei Probleme in diesem Land zur Kenntnis nehmen, und zwar dass uns in den letzten beiden Jahren 24.000 junge Menschen verlassen haben und dass das allein ein Einnahmeverlust im Länderfinanzausgleich ist, nur dieser eine Punkt, von 50 Millionen Euro in den letzten beiden Jahren.

(Reinhard Dankert, SPD: Das hat Sachsen auch hinzunehmen, die 3 Millionen.)

Ich habe gestern mit Erschrecken zur Kenntnis genommen, dass in den letzten drei Jahren, meine Damen und Herren, in den letzten drei Jahren wir ein Minus an Beschäftigung haben von 85.000, gesunken von 625.000 zum Jahreswechsel 1998/1999 auf 540.000 im Januar 2002. Und wer diese Tatsachen ignoriert, aber auf der anderen Seite gerade im Bereich des Marketings zu wenig tut, da frage ich mich ganz einfach: Was haben Sie eigentlich die letzten dreieinhalb Jahre gemacht, meine Damen und Herren, was haben Sie getan?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und wer Probleme schönredet, Herr Kollege Neumann, da gab es schon eine deftige Quittung am vergangenen Wochenende, am 21. April, in Magdeburg.

(Karsten Neumann, PDS: Ich habe nichts schöngeredet, nicht mal Ihr Programm.)

Und ich wäre an Ihrer Stelle sehr, sehr vorsichtig. Es gibt ein altes deutsches Sprichwort: „Hochmut kommt vor dem Fall.“ – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Barbara Borchardt, PDS: Das stimmt. – Torsten Koplín, PDS: Das gilt auch für Sie! Das gilt auch für Sie!)

Vizepräsidentin Renate Holznapel: Danke schön, Herr Rehberg.

Das Wort hat jetzt der Landwirtschaftsminister Herr Dr. Backhaus.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben ja gerade wieder erlebt, wie man mit Bravour das Land Mecklenburg-Vorpommern schlechtredet.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Minister Dr. Wolfgang Methling: Mit Bravour.)

Mit Bravour, mit Bravour.

Herr Rehberg, ich werde versuchen, Ihnen an zehn Beispielen einiges deutlich zu machen.

Ich habe mich auch gefreut, ich habe ja nur noch einen Teil von dem mitbekommen, was Herr Prachtl hier gesagt hat. Ich glaube, die Art und Weise, wie das dargestellt worden ist, was ich zumindest gehört habe, akzeptiere ich für mich erst mal persönlich. Ich glaube auch, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern die Potenzen, die es hat, bei weitem noch nicht ausgespielt hat und dass wir hier weiterarbeiten müssen.

(Beifall Rainer Prachtl, CDU)

Aber die Unternehmer, die sich hier engagieren – und ich sage es hier sehr deutlich –, sind meistens die gleichen, ein und dieselben, die bereit sind, sich einzubringen, ob in die Kultur, in die Natur oder letzten Endes auch in das, was meinen Bereich ausmacht, in die Ernährungswirtschaft. Und es ist nun mal einer der stärksten Bereiche, die wir haben. Und wenn ich die Grüne Woche sehe, dann nehme ich zur Kenntnis – es ist ja auch viel Publikum hier –, die Leute, und zwar nicht nur aus dem Ausland, auch nicht nur Herr Stoiber, der bei uns in der Halle war – Herr Rehberg, ich habe Sie dort gar nicht gesehen, ich selber habe Sie nicht gesehen –,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

aber sogar Herr Stoiber hat mit großem Engagement vertreten, dass die Ernährungswirtschaft und das, was das Land Mecklenburg-Vorpommern auf der Grünen Woche leistet, hervorragend ist. Frau Merkel ist dort gewesen, hat das in ähnlicher Weise gesagt.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Können sie doch! Können sie doch!)

Da kann ich doch nur sagen: Herzlichen Dank an die Unternehmerinnen und Unternehmer, die mit uns gemeinsam so etwas gemacht haben!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und dann sage ich auch, ich habe immer wieder aufgenommen, dass viele Gäste aus dem eigenen Lande, aus der Ferne gesagt haben, Mensch, darauf könnt ihr stolz sein, was ihr hier geleistet habt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und Sie reden das alles wieder schlecht.

Die ITB – dazu hat der Wirtschaftsminister ja sicherlich auch etwas gesagt, glaube ich –, eine hervorragend gelungene Darstellung, die in der Ferne auch wahrgenommen worden ist und hervorragend aufgenommen wurde. Die Bremer Fischmesse – ich habe sie nicht gesehen –,

(Barbara Borchardt, PDS: Er isst keinen Fisch.)

Gemeinschaftsstand des Landes Mecklenburg-Vorpommern, ein hervorragendes Engagement. Die Bremer sind neidisch auf das, was wir dort geleistet haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Über zehn Unternehmen, die Marktführer mittlerweile in Deutschland sind, sind mit völlig neuen Produkten dabei gewesen, haben sich ausdrücklich bedankt für das gemeinsame Engagement.

Und ich sage auch noch etwas: Innerhalb der Verantwortung, der klaren Verantwortung der CDU hat es das Agrarmarketing gegeben. Mit welchen Problemen es behaftet war, wissen wir heute. Wir haben es geändert mit der Wirtschaft, mit der Opposition letzten Endes im Einvernehmen, sage ich hier in aller Klarheit. Wir haben einen Verein gegründet, der sich ganz explizit für diese Dachmarke engagiert. Und was ist? Wir haben mittlerweile fast 2 Milliarden an Umsatz des Landes Mecklenburg-Vorpommern pro Jahr hier gebündelt. Ist das nichts, Herr Rehberg?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Sie sprechen die Internorga an. Ich weiß nicht, wo Sie da gewesen sind. Dachmarke, unter einem Dach alle Unternehmen, die es wollten, zusammengezogen, zusammengezogen.

(Barbara Borchardt, PDS: Vielleicht müssten wir sie mal fotografieren und sie ihnen zeigen.)

Ich habe Sie dort nicht gesehen. Hohes Engagement, schöne neue Verträge unterzeichnet.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Die BioFach in Nürnberg, im gelobten Land, das Sie ja in der Zukunft vertreten wollen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, PDS und Martin Brick, CDU)

Kann ich nur sagen, ich habe Sie dort auch nicht gesehen. Unter einem Dach alle Unternehmen, die es wollten, die mit ökologischen Produkten dort aufgetreten sind, unter einem Dach „Mecklenburg-Vorpommern – MV tut gut“ zusammengefasst und mit guten Ergebnissen nach Hause gekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Die Landesgartenschau, Sie werden ja nach meinen Kenntnissen am Sonnabend zur Eröffnung mit dabei sein. Ich glaube, auch das ist ein Signal an die Bevölkerung des Landes Mecklenburg-Vorpommern, auch in der Vorstufe zur IGA, ganz klar dem Ansinnen: Mecklenburg-Vorpommern stellt sich vor, Kultur, Natur, mit allem, was dazugehört, eine tolle Sache. Auch dies darf man doch mal sagen.

(Rainer Prachtl, CDU: Lieber Herr Minister, aber mit Ausladung des Tourismusausschusses.)

Na, das kann ich mir nicht vorstellen. Damit habe ich nichts zu tun.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wenn das so ist, wenn das so ist ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jaja.)

Na, langsam, langsam!

Wenn das so ist, kann ich das nur bedauern. Kommen Sie da mit hin, machen Sie eine eigene Aktion da! Ich werde Sie unterstützen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Dr. Armin Jäger, CDU: Na prima!)

Die IGA ist ganz klar auch in der öffentlichen Darstellung ein tolles Ereignis für das Land Mecklenburg-Vorpommern, wo wir international werben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ein Parteikollege von Ihnen, vom Bundeskanzler im Übrigen ernannt, Herr Staatssekretär a. D. Feiter, den ich persönlich sehr schätze, CDU, fährt als Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der weiten Welt herum, unter anderem ist er ja wohl auch in Cannes gewesen, um Nationen zu gewinnen, sich in Mecklenburg-Vorpommern zu engagieren und zu investieren.

Die Messe in Rostock: Auch hier hätten Sie erkennen müssen,

(Barbara Borchardt, PDS: Was man nicht erkennen will, kann man nicht erkennen.)

dass die Ernährungswirtschaft unter einem Dach ange treten ist, in der Mecklenburger Holländermühle. Ich weiß nicht, ob Sie da waren und das nicht zur Kenntnis genommen haben.

(Peter Ritter, PDS: Sie wollen es ja nicht. –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ich denke, er braucht einen Blindenhund. –
Karsten Neumann, PDS: Der arme Blindenhund.)

Die AgroBalt, eine international anerkannte Messe der drei baltischen Republiken – ich habe Sie da noch nicht gesehen –, auch hier gibt es einen Gemeinschaftsstand als Dachmarke Mecklenburg-Vorpommern.

So, und das Allerletzte: Wir werden weitermachen, auch mit kleineren Aktionen.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Darauf möchte ich auch ausdrücklich hinweisen. Wir werden auch in Berlin-Dahlem, in der Domäne Dahlem, eine wunderbare Veranstaltung machen, um die Berliner auf die Produkte des Landes Mecklenburg-Vorpommern hinzuweisen, unter der Dachmarke „Mecklenburg-Vorpommern – MV tut gut“. Insofern weiß ich nicht, wovon Sie manchmal hier reden. Es tut mir wirklich Leid. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Barbara Borchardt, PDS: Das weiß er doch selber nicht.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Minister, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Riemann?

Minister Dr. Till Backhaus: Ja.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Riemann.

Wolfgang Riemann, CDU: Herr Minister, Sie haben ja Ihre Messepräsentation hervorgehoben. Ist Ihnen bekannt, dass Sie über das Dreifache an Mitteln für Ihren

Wirtschaftszweig verfügen im Vergleich mit dem Wirtschaftsministerium?

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU –
Zuruf von Annegrit Koberger, PDS)

Minister Dr. Till Backhaus: Herr Riemann, mir ist so viel bekannt. Ich bin ja auch bei Ihnen in Koserow gewesen zu den Heringstagen. Das habe ich auch gerne gemacht.

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Das kommt nicht wieder vor. – Heiterkeit bei Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das hat er auch präsentiert.)

Wolfgang Riemann, CDU: Auch schön.

Minister Dr. Till Backhaus: Auch das ist ein wichtiger Zweig. Deswegen kann ich Ihnen nur sagen, dass wir zwischen den Häusern mittlerweile so bündeln, dass die Häuser versuchen, wirklich das herauszuholen, was für das Land Mecklenburg-Vorpommern möglich ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und das hat es in der Vergangenheit nie gegeben.

Nehmen wir doch mal die Grüne Woche, wo der Wirtschaftsminister mit gefördert hat oder auch der Umweltminister. Oder nehmen wir doch einfach nur mal – ich habe es bewusst ausgelassen – die MeLa. Die MeLa ist eine der größten Messen der ländlichen Räume der Landwirtschaft, die wir im norddeutschen Raum haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Da fördern alle drei Häuser und das Arbeitsministerium ist auch noch mit dabei. Ich weiß nicht, was Sie von mir wollen.

(Torsten Koplín, PDS: Er denkt doch in Schablonen. – Heinz Müller, SPD: Provozieren will er, sonst nichts.)

Lassen Sie uns gemeinsam hier alles dafür tun, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern sich weiterentwickeln kann und dass die jungen Menschen hier eine Perspektive bekommen, anstatt es schlechtzureden. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Zuruf von Irene Müller, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schildt von der Fraktion der SPD.

Ute Schildt, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Rehberg, eines muss man Ihnen zugestehen: Sie bleiben Ihrer Linie treu.

(Torsten Koplín, PDS: Auch wenn sie falsch ist.)

Sie reden das Land Mecklenburg-Vorpommern kontinuierlich schlecht. Das haben Sie auch in diesem Redebeitrag getan.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Herr Prachtl, Sie haben sicherlich rhetorische Fähigkeiten und Sie sind auch akzeptiert mit Ihrem Background,

was Kultur betrifft, was Tourismus betrifft, all das, was Sie hier vertreten und mit viel Enthusiasmus verkauft haben.

(Peter Ritter, PDS: Unmöglich!)

Aber im Internet kennen Sie sich noch nicht ganz so gut aus,

(Beifall und Heiterkeit bei
einzelnen Abgeordneten der PDS)

das muss noch ein bisschen wachsen. Und deshalb muss ich einfach noch mal hinzufügen: Gucken Sie mal rein unter „Net-Tour“ und unter „MV tut gut“! Das sind Darstellungen im Internet, die Sie finden können, wo Sie das vielleicht finden, was Sie noch gesucht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, klingeln gehört zum Geschäft. Das ist ein altes Sprichwort und es gilt immer noch. Und deshalb ist es gerade in einer Zeit, wo Werbung von allen Seiten auf uns einströmt, um uns als Verbraucher oder als Nutzer für sich zu gewinnen, ganz wichtig, präsent zu sein. Und Messen sind ein sehr wichtiges Mittel. Ganze Branchen haben sich entwickelt, Psychologen werden angesetzt, um Produkte besser an den Mann und die Frau zu bringen. Wer hier verschläft oder spart, kann sich schnell wieder verabschieden oder findet gar nicht erst den Zutritt zur Wunderwelt Markt. Deshalb, meine Damen und Herren, ist es unbestritten: Werbung ist für das Land Mecklenburg-Vorpommern als Investitionsstandort und für die Produkte unseres Landes, ob touristische Highlights, innovative Produkte der Bio- und Medizintechnologie, des Schiffbaus oder der Land- und Ernährungsindustrie unerlässlich, sie brauchen einen Zugang zum Markt, müssen die Chance erhalten, sich im Konzert der Konkurrenten zu behaupten.

Messen bieten dafür eine hervorragende Plattform, die durch die Landesregierung in großer Breite vorbereitet wird. Und eine zielgerichtete Auswahl wird vorgenommen. Das Wirtschaftsministerium erarbeitet jährlich im Rahmen des Außenwirtschaftskreises des Landes Mecklenburg-Vorpommern ein Landesmesseprogramm. Herr Neumann ist schon darauf eingegangen. Die Kammern arbeiten gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium, dem Landwirtschaftsministerium, der Staatskanzlei, dem Technologie- und Gewerbezentrum Schwerin/Wismar, der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung und der Vereinigung der Unternehmerverbände an dieser Zielstellung. Das heißt, alle, die vertreten werden möchten, haben einen Ansprechpartner, der sich dort einbringen kann, kompetent einbringen kann, und der an so einer Entscheidungsfindung mitarbeitet.

Allein 2002 sind 30 Auslandsmessebeteiligungen vorgesehen, die in unterschiedlicher Federführung der Außenwirtschaftskreismitglieder vorbereitet werden. Die Beteiligung von mindestens drei Unternehmen ist immer Voraussetzung für die Teilnahme des Landes. Die Zuschüsse für die Aussteller sind als Absatz- und Exporthilfen sehr deutlich definiert. Ihnen allen ist die entsprechende Broschüre zugegangen, die Sie auch außen, wenn Sie im Wahlkreis tätig sind, verwenden können.

Es ist beachtlich, dass sich Unternehmen unseres Landes 2001 schon zum dritten Mal zum Beispiel in New Orleans auf der PITTCON darstellten. Diese Messe für angewandte Chemie und angewandte Spektroskopie wird durch vier Aussteller aus M-V erfolgreich genutzt. Meine

Damen und Herren, hier arbeiten Menschen, deren Produkte sich mit denen gestandener Konzerne in der Branche erfolgreich messen. Ich wünsche mir, dass auch viel mehr Bürger unseres Landes ein Gespür dafür bekommen, dass hier Hochtechnologie entwickelt wird, die zukünftige Arbeitsplätze möglich macht. Wir sind kein Land der Superlative, aber wir besitzen Potentiale, die sich in der Welt messen können. Das müssen die Menschen wissen, das müssen wir raustragen und das müssen wir nicht schlechttreden, Herr Rehberg. Oder die BIO 2001 in San Diego oder die ENVIRO PRO in Mexiko, eine internationale Fachmesse für Umwelttechnologie, oder die Martinec in China – Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern sind vertreten. Ist das nichts? Ist das nicht Werbung auch für unser Land?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Martin Brick, CDU: Aber es ist nicht genug.)

Darauf bin ich stolz, meine Damen und Herren von der CDU, denn Sie vergessen ja oft in Ihrer Außendarstellung unseres Landes, diese Chancen beim Namen zu nennen. Hochqualifizierte Entwicklungs- und Forschungsarbeit zeigt Erfolge.

Gerade Klein- und Mittelstandsunternehmen finden durch das Land Förderung in der Messebeteiligung. Dafür gibt es eine Richtlinie im Land. Die Beteiligung an Messen in der Bundesrepublik und in Mecklenburg-Vorpommern erfreut sich immer größerer Beliebtheit, weil der Erfolg sich immer wieder einstellt. Die Organisation von Firmengemeinschaftsständen werden per Ausschreibung an Durchführungsgesellschaften übergeben. 2002 wurden 16 Messebeteiligungen ausgeschrieben, zwei an die Kammer Neubrandenburg übergeben und eine wurde unentgeltlich für uns organisiert. Minister Backhaus hat sehr deutlich die Messen der Ernährungswirtschaft gekennzeichnet.

Ich war zum Beispiel auf der MeLa und auf der Grünen Woche, auf der ITB auch als Mitglied des Wirtschaftsausschusses und viele unserer Kollegen haben diese Messen besucht. Und ich muss Ihnen sagen, ich bin froh über das, was ich da gesehen habe.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Das war eine Präsentation, die neugierig gemacht hat und die nicht nur den Vergleich nicht scheuen muss, nein, sie war Spitze,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

sie war Spitze in der Darstellung. Und die Gesellschaften, die den Auftrag bekommen haben, haben hervorragende Arbeit geleistet. Herr Rehberg, Sie haben kein Recht, das schlechtzureden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Gucken Sie sich das an! Und sprechen Sie mit den Ausstellern, die dort waren, denn es sind Erfolge, die diese Aussteller dort verzeichnen für sich als Unternehmen, und sie wecken die Neugier auf unser Land,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

auf unser Land, ein schönes Land mit innovativen Menschen. Das ist Mecklenburg-Vorpommern. Und das zeichnet diese Messen aus. Viele haben erkannt, dass im

großen Geklingel unsere Glocke einen besonders schönen Klang braucht, und den hat sie.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und deshalb, meine Damen und Herren von der CDU, kann ich Ihren Antrag nur mit Verwunderung betrachten. Wieder einmal haben Sie zum Handeln aufgefordert, wo bereits gut gehandelt wird. Ich sage nicht, dass es nicht immer noch Reserven gibt, und da können Sie sich gern einbringen in der konkreten Sache, doch diesen Antrag in dieser Form lehnen wir ab.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznel: Danke, Frau Schildt.

Aufgrund des Paragraphen 85 unserer Geschäftsordnung ist noch Redezeit zur Verfügung. Um das Wort hat der Fraktionsvorsitzende Herr Rehberg gebeten. Bitte, Herr Rehberg.

(Dr. Arnold Schoenburg, PDS:
Der will sich jetzt entschuldigen. –
Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Rede von Minister Backhaus hat bewiesen, dass wir Recht haben mit unserem Antrag. Er hat nämlich dargestellt, wie einseitig ausgerichtet

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es. So ist es.)

die Aktivitäten der Landesregierung sind, sehr einseitig auf die Ernährungsgüterwirtschaft, auf den Tourismus –

(Unruhe bei Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus –
Glocke der Vizepräsidentin –
Torsten Koplín, PDS: Peinlich! Peinlich!)

aber das ganze Segment der Bewerbung des Landes ist kompakt –, dass insbesondere im Immobilienbereich, ob im Industrieimmobilienbereich und im sonstigen Bereich, so gut wie nichts läuft. Das ist das eine.

Und das andere: Herr Minister Backhaus, Herr Ebnet, ich muss doch noch ein bisschen Wasser in den Wein gießen. Ich muss mit großem Bedauern zur Kenntnis nehmen, wenn eine große Volkspartei aus Deutschland nach Rostock in die Messehalle gehen wollte, das wird nicht möglich sein.

(Minister Dr. Wolfgang Methling:
Ach so? Warum?)

Ja, Herr Backhaus, das habe ich mir angeguckt.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der PDS – Glocke der Vizepräsidentin)

Wissen Sie, ich hätte erwartet, wenn wir solch ein Zentrum eröffnen, dass wir es multifunktional machen und dass es nicht einseitig ausgerichtet ist. Gucken Sie sich unter dem Blickwinkel Multifunktionalität – nur, weil Sie es so hoch gelobt haben, habe ich das noch mal gesagt – dieses Ausstellungszentrum an!

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Welches?)

Und dann fahren wir beide mal nach Erfurt und gucken uns etwas an, was nur ein Drittel so teuer war. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Annegrit Koburger, PDS: Wir haben vielleicht
in Rostock noch ein paar andere Potentiale.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Rehberg.

Das Wort hat jetzt der Wirtschaftsminister Herr Dr. Ebnet.

Minister Dr. Otto Ebnet: Also, Herr Rehberg, jetzt muss man auch nicht unbedingt Messehallen bauen, um der CDU den Bundesparteitag zu ermöglichen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS – Eckhardt Rehberg, CDU: Darum geht es doch gar nicht! Genau das ist Ihre Eigenschaft, genau das ist es.)

Herr Rehberg, ich verstehe eins nicht: Sind Sie denn nicht in der Lage, da, wo wirklich was Gutes geleistet worden ist, auch mal zu sagen, das ist gut? Das kriegen Sie einfach nicht fertig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Martin Brick, CDU: Es geht doch nicht darum, dass es nicht gut ist. Es geht darum, dass es nicht gut genug ist.)

Und eins erschreckt mich schon: Wir haben ein Riesendefizit hier im Land, wir haben mehrere Defizite, aber ein Riesendefizit haben wir, nämlich ein Informationsdefizit der CDU.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Sylvia Bretschneider, SPD: Jawohl.)

Herr Rehberg, Sie sprechen über Messen. Jetzt weiß ich nicht, ich bin ja auch nicht immer auf jeder Messe jeden Tag, aber mir ist nicht bekannt, dass Sie zum Beispiel auf der Hannover Messe gewesen wären, dass Sie auf der CeBIT gewesen wären, dass Sie auf der BioTechnica gewesen wären, auf den Tourismusmessen und so weiter.

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, Andreas Bluhm, PDS, und Minister Dr. Wolfgang Methling)

Auf der ITB müssten Sie eigentlich gewesen sein. Ich habe Sie nicht gesehen, aber das kann mir entgangen sein.

(Torsten Koplín, PDS: Aber er hat eine Meinung dazu.)

Auf der Grünen Woche – ich weiß es nicht. Kurz und gut, ich sehe Sie auf keiner Messe, aber Sie sprechen über Messen und Sie sprechen über etwas Fantastisches, ja, aber nicht über die Realität,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

so, wie es dort ist. Es läuft ganz anders dort auf den Messen, als Sie das hier schildern. Hier haben wir wieder ein Informationsdefizit. Herr Rehberg, ich kann nur sagen: Schwach in der Recherche, aber stark in der Meinung. So kann man Politik nicht betreiben.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

So, und dann reden Sie also über die Tourismuswerbung. Natürlich, wir betreiben auch Wirtschaftswerbung, auch Standortwerbung über den Tourismus. Das ist doch gut eingefahren. Da haben wir doch hervorragende Erfolge erzielt, auch auf den Messepräsentationen. Auf der Internationalen Tourismusbörse zum Beispiel in Berlin war Mecklenburg-Vorpommern neben den Kubanern, die

auch gut waren, das Glanzlicht auf dieser Messe. Ja ist denn das nichts? Das nehmen Sie einfach nicht zur Kenntnis. Das läuft doch!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Karsten Neumann, PDS)

Unsere Kampagne „MV tut gut“ ist der Renner, läuft doch hervorragend.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Dann kann man doch auch mal sagen, das ist gut.

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

Dann sprechen Sie über die Absatzförderung, über die Außenwirtschaft. Herr Rehberg, Ihnen ist entgangen, dass wir ja genau bei der Exportförderung einen Dämpfer aus Brüssel bekommen haben, weil das, was wir dieses Jahr gemacht haben, im Moment suspendiert worden ist. Da läuft ein Prüfverfahren. Die EU sagt, ihr dürft keine Exportförderung machen. Da sind wir im Moment ein bisschen gebunden. Aber das ist ein Zeichen dafür, dass wir ja genau das gemacht haben und machen würden, was Sie von uns verlangen, wo Sie sagen, wir tun nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Dann, Herr Rehberg, finde ich eines auch ein bisschen billig: Sie sagen, dafür muss man mehr Geld ausgeben und dafür muss man mehr Geld ausgeben. Natürlich, mehr Geld ist immer schön, da hat man's leichter im Leben.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Martin Brick, CDU)

Aber sagen Sie doch bitte in der Sache, was mehr gemacht werden muss! Und wenn wir mit 2 Millionen Euro eine ganze Menge bewirken, dann sind wir ordentlich umgegangen, dann haben wir aus relativ wenig Geld – aber andere Länder haben auch nicht mehr – unglaublich viel gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und dann könnten Sie sagen, das ist gut, dass wir so effizient mit den Mitteln umgegangen sind. Das hätte ja eigentlich eher ein Lob verdient.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Heidemarie Beyer, SPD)

Herr Rehberg, Sie scheinen in letzter Zeit nur auf einer Messe gewesen zu sein – das war die in Cannes. Wir können nicht als Landesregierung auf jeder Messe vertreten sein, wir können nicht auf jeder Messe vertreten sein. Die Einschätzung, was die Messe in Cannes betrifft, ist etwas schwierig. Es ist normalerweise eine Immobilienmesse für Edlimmobilen.

(Heiterkeit bei Minister Dr. Wolfgang Methling: Ja, deswegen war er da. – Sylvia Bretschneider, SPD: Das passt ja dann zur CDU.)

Normalerweise!

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Ja, Entschuldigung, Herr Rehberg, es waren Sie dort, ich nicht. Also gut, jetzt berichte ich.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

Nein, da haben wir auch welche. Das muss nicht falsch sein. Aber so ein Messeauftritt, der muss vorbereitet sein. Und da geht es natürlich nicht, dass man ein paar Wochen, bevor die Messe beginnt, sagt, wir wollen dahin, dann wendet man sich als Stadt Schwerin schließlich nicht an die Landesregierung, sondern an die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung. Na gut, das ist auch ein Weg. Es klappt in dieser Kürze der Zeit nicht mehr.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ändert
sich ja jetzt in der Landesregierung.)

Und die Messe ist natürlich wahnsinnig teuer. Ich habe mit dem Brandenburger Bauminister, der dort war – nicht der Wirtschaftsminister, von Brandenburg war auch nicht der Wirtschaftsminister dort, sondern der Bauminister –, gesprochen, weil ich sehen wollte, ein Bild war in der Zeitung, Sie mit dem Bauminister von Brandenburg, was denn rausgekommen ist. Und dann hat er inhaltlich so etwa gesagt, also Potsdam war ja auch da, aber mit Potsdam scheinen die Geschäftsanbahnungen schwierig gewesen zu sein, er hat Gespräche geführt als Bau- und Verkehrsminister über den Flughafen Schönefeld, Schönefeld und dort das Umfeld. Das ist etwas, was er in der Tat als Bau- und Verkehrsminister dort sicher mit Fachkundigen besprechen kann, was aber noch nicht das Thema aufgreift, das Sie uns also heute hier präsentiert haben.

Herr Rehberg, ich habe nur einfach eine Bitte: Nicht immer nur das Haar in der Suppe suchen

(Minister Dr. Wolfgang Methling:
Auch die Suppe.)

und nicht immer nur über die schlechte Seite reden, Herr Rehberg! Herr Rehberg, wir können Imagewerbung fürs Land, positive Werbung betreiben, rauf und runter und noch und noch. Wenn Sie sich dann vor dem Wirtschaftsrat der CDU in Hamburg hinstellen und nach einem Bericht der „Welt“ etwa sinngemäß sagen, liebe Unternehmer in Hamburg, kommt ja nicht nach Mecklenburg-Vorpommern zum Investieren, dann ist das alles wieder eingerissen, was wir uns mühsam aufgebaut haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und deshalb meine herzliche Bitte: Bei allem Wahlkampfgetöse, das von Ihrer Seite im Moment schon früher beginnt als von anderen und was Sie ja auch sehr lautstark machen, wenn Sie meinen, das hilft Ihnen, vergessen Sie nicht die Nebenwirkungen und achten Sie auf die Nebenwirkungen! Die Nebenwirkungen könnten sehr schädlich sein für Mecklenburg-Vorpommern. Und ich bitte Sie, das zu beachten und dieses nicht aus dem Auge zu verlieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt Herr Neumann von der Fraktion der PDS.

Karsten Neumann, PDS: Ich glaube, wir können alle gemeinsam feststellen, dass die Debatte zu dem Antrag der CDU eines klar und deutlich gezeigt hat: Dieser Antrag war und ist eine Luftnummer.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Sie wollen die Realitäten nicht zur Kenntnis nehmen. Sie wollen nicht zur Kenntnis nehmen, was durch diese Landesregierung gemacht wird. Aber selbst wenn man das alles akzeptiert, akzeptiert, dass die Opposition auch das Recht und die Verpflichtung hat, diese Regierung zu kritisieren, und sie dabei vielleicht sogar schlechtreden darf, das Schlimme ist, Sie reden damit auch die Unternehmen in diesem Lande schlecht, selbst ihre Verbände reden Sie schlecht, die IHKn reden Sie schlecht, die Menschen in diesem Land reden Sie schlecht. Und über diese Nebenwirkungen sollten Sie sich sehr wohl Gedanken machen!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Friedbert Grams, CDU: Das hat keiner gesagt.)

Und im Übrigen möchte ich die Gelegenheit nutzen, mich bei der Präsidentin für meine ungebührliche Bemerkung vorhin zu entschuldigen. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Neumann.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2820. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2820 bei Zustimmung der CDU-Fraktion mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der PDS abgelehnt.

(Harry Glawe, CDU: Oh schade!)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 19:** Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost an West, Drucksache 3/2824. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2865 vor.

**Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:
Angleichung des aktuellen
Rentenwertes Ost an West
– Drucksache 3/2824 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 3/2865 –**

Das Wort zur Begründung hat die Fraktionsvorsitzende Frau Gramkow von der Fraktion der PDS.

Angelika Gramkow, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit dem Antrag „Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost an West“, über den ich mich wirklich sehr freue, bringen die Koalitionsfraktionen ein Anliegen in das Parlament, das ein Signal geben soll, ein Signal für die heutige Generation der Rentnerinnen und Rentner in den ostdeutschen Ländern, die mit ihrer Lebensarbeit die Last des Krieges und des Wiederaufbaus getragen haben.

(Beifall Annegrit Koburger, PDS)

Wir wollen ein Signal setzen für soziale Gerechtigkeit, für soziale Gleichstellung für Seniorinnen und Senioren im

Osten der Bundesrepublik Deutschland. Und dieses Signal ist dringend erforderlich.

Nach zwölf Jahren der Wiedervereinigung wollen und können wir es nicht mehr akzeptieren, dass die versprochene Angleichung der Rente wie allerdings auch die der Löhne und Gehälter immer weiter hinausgezögert wird. Bereits mit dem Rentenüberleitungsgesetz 1991 war für die neuen Bundesländer ein gesondertes Anpassungsverfahren festgelegt, um zu garantieren, dass die Renten rasch dem Niveau West angeglichen werden können.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Dieses Verfahren wurde auch in den ersten Jahren angewandt. Aber erinnern wir uns: Anpassung der Renten und der Rentenhöhe an die allgemeine Lohnerhöhung plus eines gewissen Prozentsatzes für die Rentnerinnen und Rentner im Osten war Ausdruck der schrittweisen Angleichung an das Rentenniveau West. Nach Vorstellung der damaligen Regierung sollte diese Aufholphase bis 1995 abgeschlossen sein.

Welches Fazit müssen wir heute ziehen? Die Angleichung der Einkommensverhältnisse erfolgte entschieden langsamer und auch die geplante Anpassung der Renten wurde auf ein Minimum heruntergesetzt. Die Standardrente in den neuen Bundesländern beträgt heute 87 Prozent der Standardrente in den gebrauchten Ländern. Während Anfang der 90er Jahre spürbar an einer Angleichung der Renten gearbeitet wurde, soll nach den jetzigen Vorstellungen der Bundesregierung eine vollständige Angleichung des ostdeutschen Rentenniveaus an das westdeutsche bis zum Jahr 2030 erfolgt sein. Dieser Zeitraum wird nicht nur von den Betroffenen als nicht hinnehmbar abgelehnt, sondern auch für uns ist dieser Zeitraum nicht zu akzeptieren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Harry Glawe, CDU: Sie haben doch gestern genau das Gegenteil gemacht.)

Ich brauche sicher nicht auszuführen, welche Lösung diese Zeitverzögerung mit einkalkuliert. Also muss die Zeitspanne auf ein überschaubares Maß gekürzt werden. Noch in diesem Jahrzehnt sollte die Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost an West erfolgen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Dr. Margret Seemann, SPD)

Das ist eine generelle Forderung der Rentnerinnen und Rentner, der Verbände, der Gewerkschaften und nicht zuletzt hat das zweite Altenparlament in Mecklenburg-Vorpommern diese Forderung artikuliert. Und im Vorweg an die CDU-Fraktion:

(Harry Glawe, CDU: Jo.)

Über die Parteigrenzen hinweg besteht diese Forderung der Menschen, die es verdient haben, dass man dieser Forderung nachkommt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Harry Glawe, CDU: Das ist richtig. Jawohl!)

Die Begründung dazu ist doch eindeutig. Es geht um die im Grundgesetz garantierte Gleichheit vor dem Gesetz und den Schutz vor Benachteiligung. Es geht um die Angleichung der Lebensverhältnisse Ost und West. Es geht um soziale Gleichstellung und Gerechtigkeit für die

ältere Generation, das gleiche Altersruhegeld, die gleiche Rente für die gleiche geleistete Lebensarbeitszeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Dr. Margret Seemann, SPD)

Die Differenzierung in der Rentenberechnung nach einkommens- und strukturschwachen Regionen ist aber abzulehnen. Auch in Westdeutschland gibt es, unter anderem bedingt durch Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur, Unterschiede im Entgeltniveau. Das war jetzt die Rentensprache. Seit eh und je wird ein einheitlicher Rentenwert in den alten Bundesländern angewandt. Oder ist uns eine Bayernrente beziehungsweise Ostfriesenrente in Schleswig-Holstein bekannt?

(Heiterkeit bei Dr. Margret Seemann, SPD)

Im Westen ist es selbstverständlich, dass alle Rentnerinnen und Rentner den aktuellen Rentenwert – und jetzt sage ich ihn mal, 49,51 DM – erhalten. Die Festlegung ist vom 01.07.2001. Und deshalb ist es doch nicht nachvollziehbar, warum dieser Rentenwert im Osten nur 43,12 DM beträgt. Verzeihen Sie mir, ich habe die Cent-Umrechnung oben liegen lassen. Dieser Unterschied führt zum Beispiel bei einer gleichen Rente nach 45 Jahren Erwerbsarbeit bei den Rentnerinnen und Rentnern hier bei uns im Land zu einer Einbuße von circa 140 Euro im Monat. Diese Einbuße können wir keiner Rentnerin und keinem Rentner mehr erklären.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Dr. Margret Seemann, SPD)

Wir fordern deshalb, dass die Angleichung der Renten zügig in Angriff genommen wird, damit die ältere Generation die Herstellung einheitlicher Lebensbedingungen im geeinten Deutschland noch erlebt. Und wir fordern, dass dieses Parlament, nachdem sich die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern in dem uns vorliegenden Programm „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ klar positioniert hat, dass auch dieser Landtag sagt, mit dieser Ungleichheit wollen wir gemeinsam aufhören.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Gramkow.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Sozialministerin Frau Dr. Bunge.

Ministerin Dr. Martina Bunge: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, 1991 wurden im Bundestag in Bonn die Weichen gestellt, um die DDR-Renten in bundesdeutsches Recht zu überführen. Vieles ist gelungen, bei etlichem gibt es noch Handlungsbedarf.

Auf dem heute zu besprechenden Gebiet hatte die damalige Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP die euphorische Annahme, dass die Angleichung der Lebensverhältnisse, also auch der Einkommensverhältnisse, bis 1995 erreicht werden könnte. Dementsprechend wurden Übergangsregelungen wie zu den Sozialzuschlägen oder zu den Auffüllbeträgen terminisiert. Letztere, also die Sozialzuschläge und die Auffüllbeträge, wurden pünktlich 1996 abgeschafft beziehungsweise abgeschmolzen,

doch das Rentenniveau Ost beträgt heute noch keine 100 Prozent, sondern erst 87,2. Es ist verständlich, dass 3,5 Millionen ältere Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern zwölf Jahre nach der deutschen Einheit ungeduldig werden, enttäuscht sind ob der nicht eingelösten Versprechen.

(Barbara Borchardt, PDS: Mehr als verständlich.)

Nachvollziehbar ist auch, dass die Älteren geradezu erobert sind, wenn ihre Rentendurchschnitte mit denen in den alten Bundesländern verglichen werden und dann festgestellt wird, dass es keinen Handlungsbedarf gibt.

(Vizepräsident Andreas Bluhm
übernimmt den Vorsitz.)

Sicher ist der Zahlenvergleich imposant: Durchschnittsrente West – letzte Erhebung 2000 will ich hier einmal nennen – 1.334 DM, dagegen Ost 1.484, bei den Männern West 1.861, Ost 1.921, bei den Frauen West 892 und Ost gar 1.200 DM. Die Pfennige habe ich jetzt mal weggelassen. Dahinter verbergen sich lange Zeiten der Berufstätigkeit von Männern und Frauen in der DDR, ungebrochene Erwerbsbiographien, wie das im Rentendeutsch beziehungsweise besser Rentenchinesisch heißt.

(Beifall und Heiterkeit bei
Annegrit Koburger, PDS)

Dahinter verbirgt sich aber auch – und das wird häufig nicht erwähnt –, dass alle Berufsgruppen aus der DDR in die bundesdeutsche gesetzliche Rentenversicherung überführt wurden. In der Bundesrepublik hingegen gehören etliche Berufs- und Statusgruppen gesonderten Altersversorgungen an, wie beispielsweise die Beamtenversorgung, Berufsständische Versorgungswerke freier Berufe, zum Beispiel von Ärzten, Apothekern, Architekten und so weiter und so fort, oder die Versorgung Bund und Länder für öffentliche Verwaltungen.

(Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Zumeist Gutverdienende bleiben damit bei der Durchschnittsbildung West außen vor, also es gehen nur Otto und Marie Normalverbraucher in die Durchschnittsrente ein und die wird verglichen mit dem gesamten Beschäftigungsspektrum der DDR – von der gering verdienenden Textilarbeiterin bis zum gut dotierten Professor.

(Nils Albrecht, CDU: Genossen.)

Es werden also Äpfel mit Birnen verglichen.

Vielleicht können Sie wenigstens bei dem Thema mal sachlich bleiben!

(Irene Müller, PDS: Oh je! Das wird
schwierig. – Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Als Beruhigungsspiel ist dieser Vergleich des Durchschnitts folglich völlig untauglich.

Nicht unbeachtet bleiben darf bei dieser Problematik auch, dass den Ostrentnerinnen und -rentnern im Vergleich zu den Ruheständlern West kaum private Altersvorsorge wie Wohneigentum oder Kapitalbildung zusätzlich zur Verfügung steht und sie auch keine nennenswerten betrieblichen Altersversorgungen haben, und die wenigen, die es gab, wurden ersatzlos gestrichen.

Diese ganzheitliche Betrachtung macht deutlich, dass im Osten das erklärte Ziel der Alterssicherung, Erhalt des Lebensstandards, nicht erreicht wird. Im Gegenteil,

Altersarmut zieht auch hier langsam ein, vor allem bei denen, die nach zehn Jahren Arbeitslosigkeit nach der Wende jetzt in die Rente gehen. Und diese Tendenz setzt sich durch die gebrochenen Erwerbsbiographien vor allem durch lange Arbeitslosigkeit fort.

Der Satz, den Rentnerinnen und Rentnern im Osten geht es doch gut, stimmt nur im Vergleich zu Langzeitarbeitslosen und SozialhilfeempfängerInnen, Jugendlichen, die den Berufsstart nicht packen. Aber dieser Vergleich ist ein schwacher Trost. Es besteht also Handlungsbedarf.

Nun ist die rechtliche Umsetzung aber nicht einfach, denn die Entwicklung der Renten folgt der Entwicklung der durchschnittlichen Löhne und Gehälter. Selbst wenn die schrittweise Angleichung der Einkommen im öffentlichen Dienst bis 2007, wie jetzt vereinbart, erfolgen sollte, ist damit das Problem der Rentnerinnen und Rentner nicht erledigt, denn in den Lohn- und Gehaltsdurchschnitt gehen natürlich alle im Bereich der freien Wirtschaft mit tariflicher oder untertariflicher Bezahlung, der Niedriglohnbereich, ein. Keiner weiß heute genau, wann sich die Durchschnittseinkommen angeglichen haben werden. Daher sind kursierende Zeitangaben wie das Jahr 2030 nicht unmöglich. Die letzte Positionierung, relativ offizielle Positionierung des Verbandes der Rentenversicherungsträger geht von 2017 aus. Aber auch diese Zeitspanne ist, meine ich, für Rentnerinnen und Rentner ob deren begrenzten Lebensperspektive unzumutbar. Deshalb muss die Entscheidung her, die Rentenentwicklung Ost von der Lohn- und Gehaltsentwicklung abzukoppeln.

Sicher folgen daraus noch andere Änderungen im Rentenrecht. Zum Beispiel muss gesichert werden, dass sich für die heute Erwerbstätigen das Einkommen bei der jährlichen Rentenpunktbewertung, der so genannten Entgeltpunktermittlung, durch die Wichtung an einem dann höheren, stufenweise angeglichenen, aber faktisch fiktiven Durchschnitt nicht entwertet.

Doch Rentenrecht ist nicht naturgegeben. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Ich meine, nach der Klärung des Solidarpakts II ist das Gebot der Stunde, endlich ein politisches Zeichen zu setzen und den historischen Akt der Einheit Deutschlands auch auf dem Gebiet der Alterssicherung zu vollziehen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Ministerin.

Als Nächster hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Jäger für die Fraktion der CDU.

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Frau Kollegin Koburger, wenn Sie Ihren Lachanfall eingestellt haben,

(Irene Müller, PDS: Wird's
jetzt ein bisschen lustig?)

darf ich vielleicht weitermachen.

Es wundert Sie, dass ich hier stehe, und das soll Sie auch wundern, weil das, was wir eben von der Sozialministerin gehört haben, wage ich gar nicht den älteren Mitbürgern in unserer Stadt zu sagen,

(Zuruf von Götz Kreuzer, PDS)

und schon gar nicht dort, wo im Augenblick meine Mutter in dieser Stadt ist, wo ich oft mit älteren Bürgerinnen – es sind ja meistens die Damen, die uns überleben – rede. Ich wage es gar nicht zu sagen.

(Torsten Koplín, PDS: Warum? – Irene Müller, PDS: Wollen sie die Wahrheit nicht hören?)

Denn wissen Sie, meine Damen und Herren, und da mag Ihnen das Lachen ein bisschen im Hals stecken bleiben, zwischen dem großen Getöse, das wir eben gehört haben, und dem, was Wirklichkeit ist, liegen Welten und die Welten liegen im Folgenden:

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Irene Müller, PDS: Wie bitte? – Zuruf von Torsten Koplín, PDS)

1991 wurde – und das hat auch die Sozialministerin erkannt – eine eigentlich richtige Entscheidung getroffen. Wir wollten alle ...

(Dr. Martina Bunge, PDS: Ich war dabei. Ich kann das genau beurteilen.)

Ja, Sie waren damals noch als Mitarbeiterin in einer Fraktion dabei. Das weiß ich sehr wohl.

(Irene Müller, PDS: Das sehen aber die Betroffenen ganz anders.)

Und wir wissen genau,

(Dr. Martina Bunge, PDS: Ich weiß genau, was da geschehen ist.)

warum damals diese Entscheidung getroffen wurde, weil – ich sage es jetzt ein bisschen verkürzt und vielleicht auch nicht ganz richtig – man wollte, dass die älteren Bürger auch noch etwas von der Rentenerhöhung haben. Das war der Hintergrund. Und dieser Konsens über alle Fraktionen hat genau bis 1999 gehalten. Auch das wissen wir alle.

(Irene Müller, PDS: Bis 1995 wollte Herr Kohl angeglichen haben.)

Auch das wissen wir alle. Ich darf daran erinnern, dass das Gesetz zur Sanierung des Bundeshaushaltes – das war bezeichnenderweise das Gesetz, das die Solidarität aufgab am 22. Dezember 1999, da gab es diese Landesregierung schon

(Irene Müller, PDS: Das Versprechen war bis 1995 in der Bundesregierung.)

und diese Landesregierung hat dem im Bundesrat zugestimmt – die Solidarität aufgebrochen hat.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Martina Bunge, PDS: Quatsch! – Irene Müller, PDS: Was hat das damit zu tun?)

Meine Damen und Herren, auch da beziehe ich mich auf das,

(Irene Müller, PDS: Sie hätten vielleicht doch Herrn Glawe reden lassen sollen.)

was die Frau Sozialministerin eben gesagt hat, es hat eine Abkopplung der Renten

(Dr. Martina Bunge, PDS: Nach wie vor werden Ost und West unterschiedlich angeglichen.)

von der wirtschaftlichen Entwicklung gegeben,

(Irene Müller, PDS: Es geht um den aktuellen Rentenwert, Herr Jäger.)

weg von dem, was an Bruttoeinnahmen da war, an Steigerung der Bruttoeinnahmen, heruntergebrochen unter Herrn Eichel und Herrn Riester.

(Dr. Martina Bunge, PDS: Es ist doch schade, dass Sie darüber reden, wovon Sie keine Ahnung haben. – Irene Müller, PDS: Es geht um den aktuellen Rentenwert.)

Lassen Sie mich doch ausreden! Sie können sich ja noch mal zu Wort melden.

(Dr. Martina Bunge, PDS: Ich dachte, Sie bringen als Jurist was.)

Unter Herrn Eichel und Herrn Riester wurde ein Prinzip,

(Irene Müller, PDS: Sie hätten doch den Sozialexperten reden lassen sollen.)

das sich in der Rentenversicherung durchaus bewährt hat, nämlich das Anknüpfen an die Erwerbseinkommen, aufgegeben und an der Inflationsrate festgemacht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Martina Bunge, PDS: Quatsch! Das ist ein Quatsch!)

Meine Damen und Herren, das war falsch.

Das hat – und das will ich auch sagen – am 11. Mai 2001 der Bundesrat teilweise wieder bereinigt. Darüber wären wir froh, wenn es nicht anschließend weitere Anpassungsformeln gegeben hätte, und es bedeutet, dass die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger in unserem Lande an der Entwicklung der Einnahmen nicht teilnehmen in dem Maße, wie es ihnen zustehen würde.

(Irene Müller, PDS: Wir sprechen hier von etwas anderen Dingen, ganz praktisch.)

Und da brauchen wir nicht über Lebensschicksale und theoretisch zu reden. Fragen Sie die älteren Damen und Herren, wie es ihnen heute geht und warum sie sauer sind, sauer auf eine Politik,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

die sich in Allgemeinheiten erschöpft, wie wir sie hier eben gerade von unserer Sozialministerin gehört haben,

(Irene Müller, PDS: Das waren ganz konkrete Zahlen, ganz konkrete Zahlen. – Harry Glawe, CDU: Oi, oi, oi! – Dr. Martina Bunge, PDS: Sie hätten da noch was lernen können, Herr Rehberg.)

die weit von dem weg waren – zu dem Konkreten werden wir gleich kommen –, was ich nach der Rede von Frau Kollegin Gramkow eigentlich erwartet hatte, denn dem konnte ich in vollem Umfang zustimmen. Wir wollen Konkretes sehen, wir wollen wissen, wie es weitergeht.

Meine Damen und Herren, wenn Sie es wirklich ernst meinen, wenn Sie tatsächlich wissen wollen, was denn geschehen soll, wo die Leitlinien liegen sollen, dann bitte ich Sie ganz herzlich, sich mal unseren Ergänzungsantrag anzusehen.

(Irene Müller, PDS: Na, der ist erst allgemein.)

Und dieser Ergänzungsantrag wird sehr konkret, wenn wir sagen, dass die Landesregierung ...

(Dr. Margret Seemann, SPD: Der ist so was von konkret, Herr Jäger. Ich bin begeistert. – Torsten Koplín, PDS: Diese Regierung hat sich positioniert.)

Frau Seemann, ich weiß, dass das schwierig ist, wenn es konkret wird,

(Irene Müller, PDS: Welches Wort in dem Antrag ist konkret?)

aber allgemeines Gemurmel ist billig. Wirklich etwas zu tun, davor drücken Sie sich seit Monaten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Margret Seemann, SPD: Da ist nicht ein Wort konkret.)

Frau Kollegin Seemann, ...

(Irene Müller, PDS: Sie wollen den Antrag aufweichen. So ist es. – Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU, und Eckhardt Rehberg, CDU)

Nein, liebe Frau Kollegin, da bitte ich Sie wirklich, noch mal zuzuhören.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ihren ersten Satz wollen wir voll übernehmen. Der ist prima, der ist richtig.

(Irene Müller, PDS: Jawohl, und der ist konkret.)

Es muss etwas geschehen. Und in dem zweiten Satz in der Nummer 2 wollen wir genau das hineinschreiben, was geschehen soll, nämlich, dass die Landesregierung uns in der nächsten Landtagssitzung berichten soll,

(Angelika Gramkow, PDS: Das hat sie doch schon aufgeschrieben.)

in welchem Zeitrahmen, in welcher Höhe, in welcher Folge

(Angelika Gramkow, PDS: Das steht doch alles im Bericht.)

dann die Anpassung der Renten in Ost und West erfolgen wird.

(Irene Müller, PDS: Lesen Sie doch mal den Plan „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“! Da steht das schon drin. Lesen Sie mal den Plan!)

Das ist doch nicht zu viel verlangt. Man muss doch von einer Landesregierung wissen, wo sie hinsteuert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Annegrit Koburger, PDS: Dann müssen Sie mal die Unterrichtungen lesen.)

Wir wollen es jedenfalls als CDU-Fraktion wissen.

Und, meine Damen und Herren, wenn Sie sich darüber nicht einig sind, dann versuchen Sie doch einfach, der Landesregierung auch den Spielraum durch diesen Beschluss zu schaffen, mit ihnen, mit den Fraktionen darüber zu reden. Dann wird es eine Meinungsbildung geben, dann werden wir in der nächsten Landtagssitzung wissen, was die Landesregierung will, und dann werden wir darüber debattieren.

(Irene Müller, PDS: Fragen Sie mal Herrn Glawe, der weiß es.)

Ich bitte Sie herzlich, werden Sie so konkret, wie die Menschen das im Lande verdienen! Lassen Sie uns die-

sen Antrag in der veränderten Form und dann alle zusammen und einheitlich beschließen! Dann geht es vielleicht ein kleines Stück weiter. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Irene Müller, PDS: Peinlich, peinlich, peinlich!)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Jäger.

Als Nächstes erhält das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Seemann für die Fraktion der SPD.

Dr. Margret Seemann, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Herr Dr. Jäger, diese Rede war schlichtweg peinlich. Sie wussten überhaupt nicht, wovon Sie reden.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD, und Irene Müller, PDS)

Sie hatten versprochen, bis 1995 entsprechende Angleichungen vorzunehmen,

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig. – Irene Müller, PDS: Genau.)

Sie haben das Wort gebrochen. Und Sie haben damit das Vertrauen in Politik in erheblichem Maße beschädigt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nach wie vor steht die Angleichung der „Ostrenten“ an die „Westrenten“ aus. Dies allerdings auch nicht ohne Grund. Aufgrund der Abhängigkeit der allgemeinen Rentenwerte von der Lohn- und Gehaltsentwicklung, wonach die Renten den Löhnen folgen, kann eine Anhebung der Renten auch nur in dem Maße geschehen, wie sich die Lohn- und Gehaltsentwicklung angleicht. Deshalb setzt unser Antrag natürlich die Lohnangleichung an das Westniveau mit voraus. Wir alle wissen, dass diese Angleichung einer gesamtgesellschaftlichen Anstrengung bedarf und nicht leicht sein wird, aber sie ist notwendig. Sie ist notwendig, um die Abwanderung junger Menschen zu verhindern, um Mecklenburg-Vorpommern attraktiver für Fachkräfte aus anderen Bundesländern und dem Ausland werden zu lassen, und somit Voraussetzung, um dem Fachkräftemangel entgegenwirken zu können, sei dies im Sozial- oder im Gesundheitsbereich.

Einiges haben wir in dieser Legislaturperiode im Bereich der Renten schon erreicht. Mit dem 2. AAÜG-Änderungsgesetz haben wir Lücken und Ungerechtigkeiten, die bei der Überleitung zahlreicher Zusatz- und Sonderversorgungssysteme der ehemaligen DDR in die gesamtdeutsche Rentenversicherung unter Verantwortung der Regierung Kohl entstanden waren, korrigiert.

(Irene Müller, PDS: Genau so ist es nämlich. – Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

Damit wurden auch die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes umgesetzt. Reichsbahner und Mitarbeiter der Post haben nun endlich ihre Rentenlücken geschlossen. Für die Opfer politischer Verfolgung wurde durch die Änderung im Beruflichen Rehabilitationsgesetz eine Lösung erreicht, die mit dem System der gesetzlichen Rentenversicherung vereinbar ist. Auch Bezieher von Blinden- und Sonderpflegegeld oder Invalidenrente sollen bald mehr Geld erhalten. Darauf bin ich gestern schon eingegangen.

Die Angleichung der Lebensverhältnisse Ost und West vollzieht sich wesentlich langsamer, meine Damen und Herren, als im Einigungsvertrag dokumentiert. Insbesondere die ältere Generation ist davon betroffen und sollte noch erleben dürfen, dass die Herstellung einheitlicher Lebensbedingungen ein erklärtes Ziel von uns allen ist. Die Rentenangleichung ist notwendig aus Respekt gegenüber den betroffenen Rentnerinnen und Rentnern. Sie ist auch notwendig, um der Verschlechterung der Lebenslage von circa 900.000 Frauen mit Auffüllbeträgen entgegenzuwirken.

Mit dieser Problematik befasste sich auch das 2. Altenparlament Mecklenburg-Vorpommern und verabschiedete eine Entschließung zur Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost an West. Diese Entschließung wurde von uns mitgetragen, denn die Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost an West ist unseres Erachtens eine sehr berechtigte Forderung der Delegierten des 2. Altenparlaments Mecklenburg-Vorpommern und soll durch diesen Antrag vom Landtag unterstützt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Rentenwert ist der Betrag, der einer Rente für ein Jahr mit einer durchschnittlichen Beitragszahlung entspricht. Er wird durch die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates jeweils am 1. Juli eines Jahres festgelegt. Durch die Erhöhung des aktuellen Rentenwertes wird die Rente an die Veränderung der Löhne und Gehälter angepasst. Im Osten steigen die Renten um 2,11 Prozent, im Westen um 1,91 Prozent. Der Zahlbetrag der Renten im Westen steigt dabei mehr als der im Osten. Die Ursache liegt darin, dass der aktuelle Rentenwert je Entgeltpunkt im Osten 42,26, im Westen 48,59 DM beträgt. 1,91 Prozent von 48,59 DM entspricht 0,92 DM, 2,11 Prozent von 42,26 DM jedoch nur 0,89 DM. Daraus folgt, dass im Osten ein geringer steigender Zahlbetrag erwartet wird. Damit ergibt sich eine wachsende Abweichung zwischen den Zahlbeträgen Ost und West. Der aktuelle Rentenwert Ost beträgt ab 1. Juli 2001 43,15 DM, der Rentenwert West 49,51 DM. Dadurch werden die Rentnerinnen und Rentner immer weiter benachteiligt. Nach der Rentenerhöhung 2001 beträgt die Eckrente West nach 45 Beitragsjahren circa 2.297 DM brutto, die Eckrente Ost dagegen circa 1.941 DM brutto. Für Juli 2002 hat das Kabinett eine Rentenerhöhung um 2,89 Prozent in den neuen Bundesländern beschlossen. Mit der Rentenanpassung 2002 nähern sich die Renten in Ost und West somit weiter an, meine Damen und Herren. Das Verhältnis der durchschnittlich verfügbaren Standardrente in den neuen Ländern zur vergleichbaren Rente in den alten Ländern wird ab 01.02.2002 87,8 Prozent betragen. Zurzeit liegt sie bei circa 87,2 Prozent. Die Standardrente steigt im Ergebnis der Rentenanpassung zum 1. Juli 2002 im Westen von derzeit rund 1.139 Euro auf rund 1.164 Euro und im Osten von derzeit rund 993 Euro auf rund 1.022 Euro. Die Rentenanpassungsverordnung 2002 bedarf allerdings noch der Zustimmung des Bundesrates.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die noch immer bestehenden Unterschiede zwischen Ost und West im Bereich der Löhne, Gehälter und Renten werden als soziale Ungerechtigkeit empfunden. Zudem fördert diese Situation die negative Wanderungsbewegung für die ost-deutschen Bundesländer, der entgegengesteuert werden muss. Um in naher Zukunft die Angleichung der Löhne und Gehälter sowie der Renten an das Westniveau zu gewährleisten, wird aus diesem Grunde ein Stufenplan der Angleichung benötigt. Dies bezieht sich zwar auf den

öffentlichen Dienst, jedoch muss auch an alle Tarifpartner appelliert werden, ebenfalls Stufenpläne zur Angleichung des Ostniveaus an das Westniveau zu vereinbaren.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, auf dem Parteitag der SPD in Magdeburg wurde von uns folgender Beschluss gefasst, den ich voll und ganz unterstütze: „Die Angleichung der aktuellen Rentenwerte Ost an West wird nach einem Stufenplan noch in diesem Jahrzehnt erfolgen. Dazu muss bei der jährlichen Rentenanpassung bis zur 100%igen Angleichung der Standardrenten die Rente in den neuen Bundesländern um mindestens 2 Prozentpunkte mehr erhöht werden als in den alten Bundesländern.“ Ich denke, nach zwölf Jahren wird es auch Zeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und nun noch einige Worte zu Ihrem ach so konkreten Antrag, meine Damen und Herren von der CDU. Sie fordern zur nächsten Landtagssitzung einen Bericht der Landesregierung, wie und in welchem Zeitrahmen aus Ihrer Sicht die Angleichung der allgemeinen Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern an die allgemeinen Lebensverhältnisse in den alten Bundesländern erfolgt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das erinnert sehr stark an die Schlagworte zu blühenden Landschaften,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

mit denen Sie den Eindruck erweckt haben, dass diese ganzen Sachen ganz unkompliziert erfolgen.

(Harry Glawe, CDU: Das ist vorbei.)

Sie wissen ganz genau, meine Damen und Herren,

(Peter Ritter, PDS: Es fängt gerade wieder an zu blühen.)

dass mehrere Probleme bestehen und Maßnahmen ergriffen werden müssen, dass unter anderem wir dafür auch die Solidarität der alten Bundesländer benötigen. Und ich möchte in dem Zusammenhang nur mal an Herrn Koch, an Herrn Stoiber, an Herrn Teufel erinnern,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Harry Glawe, CDU: Das ist ja peinlich hier. –
Torsten Koplín, PDS: Das ist die Realität.)

die beim Bundesverfassungsgericht den Risikostrukturausgleich beklagen. Und wenn sie damit durchkommen – Sie können darüber lachen, für die Bevölkerung hier ist das traurig –,

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

weil wir Krankenkassenbeiträge von über 20 Prozent bekommen werden,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

weil die Leistungen gekürzt werden müssen, und davon sind dann gerade und in großem Stile die Rentnerinnen und Rentner betroffen.

(Nils Albrecht, CDU: Gucken Sie sich mal die Glaspaläste der AOK an!)

Das wissen Sie ganz genau, da brauchen Sie hier nicht zu lachen.

(Nils Albrecht, CDU: Wollte Herr Koch nicht zum Film gehen als begabter Schauspieler?)

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, wie konkret Sie arbeiten, wird doch deutlich, wenn man sich mal anguckt, welche Maßnahmen oder Thesen Sie uns im Sozialausschuss zum Bevölkerungsrückgang vorgestellt haben. Unter Punkt 3 haben Sie uns als Thesen angeboten, um den Bevölkerungsrückgang zu reduzieren: „Die Landespolitik kann dem Bevölkerungsrückgang entgegenwirken durch Schaffung von Anreizen,“ – nein, wie konkret – „Prioritäten der finanziellen Förderung,“ – da weiß auch jeder, was damit gemeint ist –

(Nils Albrecht, CDU: Dass Sie das nicht wissen, ist klar. – Dr. Armin Jäger, CDU:

Dass Sie das nicht kapierten! – Reinhard Dankert, SPD: Aber, Herr Jäger!)

„Anpassung gesetzlicher und untergesetzlicher Bestimmungen an sich verändernde Bedürfnisse.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie hauen Schlagworte heraus,

(Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Irene Müller, PDS)

Sie versuchen Stimmung zu machen und glauben, die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern fallen darauf noch mal herein. Da irren Sie sich.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD,
und Reinhard Dankert, SPD –
Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Dieser Antrag ist eine klare Aufgabe an die Landesregierung, sich für die Anpassung der Renten in Ost und West einzusetzen, und dieser Antrag ist von Seiten der Regierungskoalition gekommen. Das scheint Ihnen nicht zu passen. Ihren Änderungsantrag lehnen wir ab.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Dr. Seemann.

Als Nächstes hat das Wort die Abgeordnete Frau Müller für die Fraktion der PDS.

Irene Müller, PDS: Werte Damen und Herren! Werter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Liebe CDU-Fraktion! Es ist manchmal vielleicht doch besser, wenn man den sozialpolitischen Experten sprechen lässt und nicht jemand anderen. Ich glaube, Herr Glawe hätte wenigstens von hier vorn aus nicht aktuellen Renten-anpassungswert und Rentenreformgesetz durcheinander gebracht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Außerdem erscheint mir folgende Rechnung sehr eigenartig. Ich habe sehr wohl gelernt in den vergangenen zwölf Jahren, dass es Menschen gibt, unter anderem auch welche, die hier sitzen, die von sich behaupten, dass sie erst am 03.10.1990 geboren sind. Allerdings wusste ich bisher noch nicht, dass Rentengesetzlichkeiten in der Bundesrepublik Deutschland erst seit 1999 existieren.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Da dachte ich eigentlich, die gibt es schon viel länger.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Ja. Die waren ja auch gut.)

Darauf werden wir mal zurückkommen.

(Ministerin Dr. Martina Bunge: Ja, deshalb hat das Bundesverfassungsgericht geurteilt. Na, prima!)

Ich muss auch darauf eingehen, dass sehr wohl die Beiträge von Frau Gramkow, von Frau Dr. Seemann und natürlich auch von unserer Sozialministerin ganz konkret waren, nämlich mit ganz konkreten Fakten, wie es steht mit der Rentengerechtigkeit in Deutschland, und zwar in Gesamtdeutschland im Vergleich Ost und West zueinander, auch wenn wir eigentlich überhaupt nicht mehr vergleichen wollen oder sollten nach zwölf Jahren.

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

Es ist dringend notwendig, dass sofort begonnen wird mit der Rentenangleichung Ost und West, mit den Angleichungen des aktuellen Rentenwertes, ganz besonders dabei bemerkt,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

denn die Rentnerinnen und Rentner – und ich spreche von den Altersrentnerinnen und -rentnern in unserem Lande – haben es verdient, haben es sich über Jahre verdient und werden im Moment noch betrogen, nämlich um ihre erarbeitete Rente. Die Anpassung sollte bereits 1995, bitte bereits 1995 vonstatten gegangen sein. Das war das Versprechen des Einigungskanzlers Kohl vor 1999, 1995. Dieses Versprechen ist nicht eingehalten worden. Es gab viele Verzögerungsaktionen, viele Taktiken, um immer wieder zu begründen, dass es überhaupt nicht geht. Diesen Verzögerungen, diesen Taktiken

(Barbara Borchardt, PDS: Neben vielen anderen.)

können unsere Rentnerinnen und Rentner nicht mehr glauben und wir auch nicht.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Beifall bei einzelnen Abgeordneten der
SPD und PDS – Nils Albrecht, CDU: Jaja.)

Es ist Wortbruch, es ist ganz einfach Wortbruch, was seitdem geschehen ist, und das darf nicht so weitergehen.

Unser Rentenanspruch hier zur Anpassung aktueller Rentenwerte Ost an West ist ein ganz konkreter Antrag, werte CDU-Fraktion, ein ganz konkreter Antrag, der unserer Sozialministerin den Rücken freihalten soll, beim Bundesminister zu agieren, im Bundesrat zu agieren, denn wir hatten bisher das Problem, dass die westlichen Minister die ganze Problematik Rente Ost einfach nicht begreifen wollten, nicht zuhörten und unsere Minister dementsprechend allein agierten.

(Nils Albrecht, CDU: Und das wird
sich jetzt ändern durch Frau Bunge.)

Wir wollen mit dem Antrag, dass unsere Ministerin arbeiten kann, im Rücken den Antrag des Parlamentes. Und das ist legitim.

(Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Meine Damen und Herren, es kursieren die Zahlen, von wegen bis 2030 ist alles passiert.

(Nils Albrecht, CDU: Ah ja.)

Ich habe zu DDR-Zeiten mein Abitur gemacht.

(Nils Albrecht, CDU: Frau Bunge
öffnet das Wunderhorn.)

Ich gebe zu, mir hat in der zehnten Klasse der normale 10-Klassen-Abschluss nicht geschadet, denn ich kann noch ein bisschen rechnen. Und wer vor 1990 schon Altersrentnerin oder -rentner war oder es dann ab 1990 wurde bis jetzt,

(Gesine Skrzepski, CDU:
Der hätte 380 DM Ost bekommen.)

darf im Jahre 2030 darauf gucken, dass er hundert oder mehr als hundert Jahre alt ist. Das ist aber nett, dass diese dann die gleiche Rente haben sollen wie ihre Westrentnerinnen und -rentner. Hoffentlich halten sie alle durch!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das haben Sie doch beschlossen. Da können wir doch nichts dafür.)

Die Rentenreform, das Rentenreformgesetz ab 1999 nahm leider keinen Einfluss auf den Rentenwert, die Rentenangleichung Ost an West.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es.)

Demzufolge hier heute unser Antrag, damit die Ministerin weiter agieren kann,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

und da sollten wir bitte schön über die Grenzen hinaus agieren.

Und vielleicht durfte Herr Glawe ja deshalb hier nicht reden, weil er sich schon ein bisschen rausgelehnt hat. Er hat nämlich beim 2. Altenparlament, bei der Landesrentnerinnenratssitzung im vorigen Jahr in Lohmen und bei der Landesseniorenratssitzung dieses Jahr im Schweriner Schloss jedes Mal sehr wohl erklärt,

(Barbara Borchardt, PDS:
Gut, dass du ihn erinnerst.)

dass wir unsere Landesregierung dahin gehend unterstützen müssen, dass natürlich diese Rentenangleichung Ost an West gemacht wird im Bund.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU:
Richtig, das wollen wir doch auch.)

Hätten Sie es ihn mal sagen lassen, Herr Jäger, oder hätten Sie wenigstens so viel Mumm besessen, es in Ihrer Rede mit zu erwähnen. Das ist nämlich wichtig.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist unser Antrag. –
Dr. Ulrich Born, CDU: Genau darum geht's doch.)

Und ich dachte wirklich, dass wir heute einen gemeinsamen Antrag hinkriegen. Demzufolge noch mal zu Ihrem Antrag:

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Sie wollen eine zeitliche Abfolge, wie denn unsere Regierung nun bitte schön agieren wird.

(Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

Mein lieber Herr Jäger, meine liebe CDU-Fraktion, hätten Sie doch bitte mal Herrn Glawe gefragt.

(Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

Herr Glawe hat nämlich das Landesprogramm „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ schon gelesen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, wir auch. –
Annegrit Koberger, PDS: Nein, Sie nicht. –
Torsten Koplin, PDS: Sonst würden
Sie nicht so einen Antrag stellen.)

Nein, Sie nicht. Oder Sie waren nicht des Lesens mächtig,

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der SPD und PDS)

denn dort steht drin, dass es innerhalb von acht Jahren, also in diesem Jahrzehnt, wenn Sie rechnen können, abgehandelt sein soll. Das steht da drin.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, ja, ja. –
Harry Glawe, CDU: Aber dann! –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wissen Sie nicht, was acht Jahre sind? Das sind beide Hände und zwei Finger weg.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Heiterkeit bei Annegrit Koberger, PDS)

Natürlich haben unsere Rentnerinnen und Rentner be-
griffen, dass ebenfalls eine Angleichung der Löhne und
Gehälter unwahrscheinlich wichtig ist, und demzufolge
müssen wir sagen, Versprechen von blühenden Land-
schaften, wie Herr Kohl das gemacht hat, sind vom Winde
verweht. Auch mit ruhiger Hand und dem Wort ist es nicht
allein zu machen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Auf geht's!)

Und dieses Wort von Chefsache hat in der Zwi-
schenzeit auch irgendwie ein kleines bisschen einen an-
rühigen Namen bekommen.

(Nils Albrecht, CDU: Ein kleines bisschen.)

Unsere Rentnerinnen und Rentner glauben es nicht
mehr, deswegen müssen wir handeln und deswegen
unser Antrag.

Und, meine Damen und Herren von der CDU, wenn
Herr Stoiber jetzt als Chefsachenmensch durch die Ge-
gend tobt, überlegen Sie es sich bitte noch mal. Das Wort
ist ziemlich abgegriffen

(Torsten Koplin, PDS:
Herzessache, Herzessache.)

und könnte zum Unwort des Jahres werden.

Zu den anderen Dingen haben meine Kolleginnen und
Kollegen schon etwas gesagt.

Eine Sache möchte ich noch erwähnen. Unsere Rent-
nerinnen und Rentner hier im Osten Deutschlands sind
doppelt betrogen im Moment. Sie sind einmal deshalb
betrogen, weil ihre Rentenentgeltpunkte durch ihren
geringeren Verdienst im Osten Deutschlands sowieso
schon niedriger sind. Die Entgeltwerte bitte, nicht die Ent-
geltpunkte.

Wenn ich aber eine geringere Summe auch noch mit
einem geringeren Wert multipliziere – das bekomme ich
auch ohne PISA-Studie hin –,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

wird der Gesamtwert niedriger,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

also zweimal niedriger und das dürfen wir uns hier nicht
mehr gefallen lassen.

Bitte stimmen Sie unserem Antrag, liebe CDU-Fraktion,
unverändert zu. Wir wollen einen Antrag haben,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

der ganz klipp und klar die Angelegenheit Rente der Ministerin in die Hand gibt, um sie zu regeln. Der Zeitfaktor ist geregelt. Gucken Sie bitte ins Seniorenprogramm!

(Dr. Ulrich Born, CDU: Der Ministerin müssen wir das konkreter machen, sonst passiert überhaupt nichts.)

Doch, konkreter als acht Jahre. Nicht mal das akzeptieren Sie ja.

Und diese Gemeinpunkte, allgemeines Leben, da können wir uns gern unterhalten. Bringen Sie sich bei den Anträgen zur demographischen Entwicklung dementsprechend ein,

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

aber verweichen Sie unseren Rentenanspruch hier nicht! – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Als Nächster hat das Wort der Fraktionsvorsitzende der CDU Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich bin der PDS außerordentlich dankbar,

(Barbara Borchardt, PDS: Was denn nun?)

dass sie mit diesem Antrag das Thema Rente auf die Tagesordnung gesetzt hat, damit eines der großen Versäumnisse der rot-grünen Bundesregierung seit 1998 deutlich gemacht wird.

(Barbara Borchardt, PDS: Ach, nur der rot-grünen. Sie sind mal wieder außen vor. – Irene Müller, PDS: Und Ihrer Regierung seit 1990?)

Die Renten sind eine der großen Erfolgsgeschichten der deutschen Einheit von 1990 bis 1998 und danach kam ein ganz gravierender Bruch.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Genau so.)

Wer sich ein Stück weit zurückerinnert,

(Heidemarie Beyer, SPD: Deswegen sind Sie ja auch abgewählt worden, wegen der Erfolgsgeschichte.)

dass die Mindestrenten am 30. Juni 1990 330 DDR-Mark betragen haben, dass die Durchschnittsrente damals etwa 500 Mark betrug und dass im ersten Ansatz nach dem 1. Juli die Durchschnittsrente 650 Mark betragen hat, das waren weniger als 40 Prozent der Relation,

(Torsten Koplín, PDS: Sie vergleichen Äpfel mit Birnen.)

und dass dann bis – und das ist der ganz entscheidende Maßstab – 1999 84 Prozent des Vergleichswertes erreicht wurden, und das in nur acht Jahren, das ist eine gewaltige Leistung,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

insbesondere der Solidargemeinschaft in West und in Ost und gerade auch in West. Und dann kam nachher ein Bundeskanzler Schröder, der im März 1998 gesagt hat, mit mir wird es keine Abkopplung der Renten von der Nettolohnentwicklung geben.

Die Wahrheit ist Folgendes gewesen: Mit Zustimmung dieser Landesregierung von SPD und PDS im Jahr 2000 lediglich eine Inflationsrate von 0,6 Prozent, beschämend für den Osten, weil die Inflationsrate im Westen höher liegt. Man hat die gesamtdeutsche genommen. Das ist die Wahrheit gewesen!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Margret Seemann, SPD: Wissen Sie, wie viele Jahre wir unter der Inflationsrate geblieben sind?!)

Das nächste Beschämende – und deswegen freue ich mich, dass dieser Antrag noch einmal auf die Tagesordnung gekommen ist –

(Reinhard Dankert, SPD: Die Entwicklung ging doch schief. Deswegen ist doch das passiert. – Dr. Margret Seemann, SPD: 17 Jahre ist das unterhalb der Rate geblieben. 17 Jahre lang!)

ist das Verhalten des Ministerpräsidenten Ringstorff zur Rentenreform,

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

und zwar die Abkopplung der Renten von der Nettolohnentwicklung. Heute gelten nämlich die Bruttolöhne.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Das ist die Realität!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Irene Müller, PDS)

Die Rentner haben nichts, aber auch gar nichts von Steuerentlastung. Aber was Rentnerinnen und Rentner in diesem Land zu tragen haben, das sind alle Belastungen, insbesondere die älteren Mitbürger auf dem flachen Land, Stichwort Ökosteuern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Nils Albrecht, CDU: Genau! – Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

Wer heute auch im Alter klarkommen will, der muss mobil sein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Und hier zitiere ich den Vorsitzenden des Sozialverbandes VdK. Es waren auch zwei Kolleginnen und Kollegen aus dem Landtag mit dabei. Dort sagte Herr Hirrlinger: „Das, was in den letzten Jahren gelaufen ist bei der Angleichung der Renten, ist irreparabel.“ Sie haben es geschafft, meine Damen und Herren von der SPD, mit den Grünen in Berlin und unter Zustimmung der PDS, dass 1999 bis heute pro Jahr die Rentenangleichung nur um 0,5 Prozent gestiegen ist.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist das.)

Das ist die Wahrheit! Das haben Sie geschafft!

(Nils Albrecht, CDU: Unglaublich!)

Wenn Sie jetzt einmal ausrechnen 0,5 Prozent Angleichung, dann brauchen Sie, wenn Sie so weitermachen, noch einmal 26 Jahre.

(Nils Albrecht, CDU: Und nicht dieses Jahrzehnt.)

Wenn Sie sagen, in acht Jahren ein Stufenprogramm –

(Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

wissen Sie, was Sie hier reinschreiben, ein Stufenprogramm? Wovon ist die Rente denn abhängig? Von den gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten, von vielen anderen Dingen mehr, von der demographischen Entwicklung.

(Irene Müller, PDS: Wir sprechen vom aktuellen Rentenwert, Herr Rehberg.)

Sehen Sie sich die Probleme mit der Riester-Rente an!

(Barbara Borchardt, PDS: Es geht um den Rentenwert und nicht um das, was Sie da faseln.)

Passen Sie mal auf: Der Rentenwert ist doch abhängig von der Lohnentwicklung in den neuen Bundesländern, auch wenn auf Bruttolohn umgestellt wurde. Das ist doch einfach die Realität.

(Irene Müller, PDS: Wenn ich mit etwas Geringerem multipliziere, kriege ich auch was Kleineres raus. Meine Güte!)

Das ist doch abhängig von den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer hier den Rentnern vorgaukelt, dass die Rentenangleichung unter Rot-Grün in der Zukunft schneller gehen soll,

(Harry Glawe, CDU: Die ist langsamer gegangen. Stillstand.)

dem kann ich nur eins sagen: Denken Sie an die letzten vier Jahre: 0,5 Prozent pro Jahr! Und denken Sie an die Jahre zwischen 1990 und 1998/99 auf 84 Prozent. Das sind die Realitäten in der Politik!

Gehen Sie davon aus, dass gerade unter der CDU die Namen Norbert Blüm und Walter Katzer ganz vornan stehen!

(Barbara Borchardt, PDS: Oh!)

Das sind Politiker, die maßgeblich das Solidarsystem der Renten in Deutschland geprägt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Gehen Sie davon aus, dass wir die Solidarität ernst nehmen mit den älteren Mitbürgern. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Das Wort hat noch einmal die Abgeordnete Frau Müller von der Fraktion der PDS.

Irene Müller, PDS: Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche es noch mal, obwohl Bildungsresistenz manchmal sehr heftig ist.

(Gesine Skrzepski, CDU: Oh, oh!)

Wenn ich eine Zahl mit einer Zahl multipliziere, dann bekomme ich eine dritte heraus.

(Zuruf von Jörg Vierkant, CDU)

Wenn ich eine Zahl mit einer kleineren Zahl multipliziere, dann bekomme ich eine kleinere heraus. Das ist das, worüber wir hier heute reden, der aktuelle Rentenwert.

Ich bitte Sie zu akzeptieren, es gibt nicht nur uns im Parlament, es gibt viele, viele Betroffene.

(Georg Nolte, CDU: Und warum haben Sie dann das Blindengeld eingefroren?)

Und darum müssen Sie akzeptieren, dass es die Rentnerinnen und Rentner waren, die Seniorinnen und Senioren in ihren Vereinen und Verbänden, der Landesrentnerbeirat, das Altenparlament, die von uns verlangt

haben als Parlament, wir möchten eine Initiative ergreifen, damit der aktuelle Rentenwert Ost an West angepasst wird.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, weil Sie das zurückgeführt haben. – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Und genau das machen wir hier. Und da gibt es kein Aber und kein Wenn. Diesen Fakt haben wir aufgenommen und haben ihn hier formuliert.

(Georg Nolte, CDU: Haben Sie denn mit dem Blindengeld das Gegenteil gemacht? – Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Barbara Borchardt, PDS)

Und, Herr Rehberg, wenn Sie eine Zahl nennen zu Geldern, die wir zu DDR-Zeiten bekommen haben, zu der Anzahl und der Höhe der Lebenshaltungskosten in der DDR,

(Harry Glawe, CDU: Ja, die kriegen was zurück, ja, ja!)

und das dann adäquat vergleichen mit heute – das hinkt.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das ist Apfel mit Birnen verglichen.)

Das hinkt nicht nur Zweibeinigen, das hinkt auch bei Dreibeinigen und bei Vierbeinigen. Das passt einfach nicht zusammen.

(Beifall Heinz Müller, SPD, und Dr. Margret Seemann, SPD – Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, und Georg Nolte, CDU)

Fakt ist, dass unsere Rentnerinnen und Rentner das Recht haben, nach dem gleichen Rentenwert behandelt zu werden.

(Barbara Borchardt, PDS: Das ist der Punkt.)

Und diesen gleichen Rentenwert hat es 1991 nicht gegeben, obwohl er schon gefordert wurde, 1995 nicht, 1996 nicht, 1997 nicht.

(Georg Nolte, CDU: Hätten wir es mal zu DDR-Zeiten gefordert.)

Und dann tut es mir Leid, da hat schon die CDU versagt.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Herr Kohl hatte es bis 1995 versprochen – bis 1995! – und nichts ist passiert. Gar nichts!

(Beifall Dr. Manfred Reißmann, SPD)

Und da haben auch Sie hier im Landtag nicht ein einziges Mal Ihr Wort im Parlament ergriffen. Nicht einmal!

(Beifall Peter Ritter, PDS – Zurufe von Georg Nolte, CDU, und Gesine Skrzepski, CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Frau Abgeordnete Müller, gestatten Sie eine Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Seemann?

Irene Müller, PDS: Ja.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist aus der SPD-Broschüre.)

Dr. Margret Seemann, SPD: Frau Müller, Herr Rehberg hat sich hier zur Anpassung der Rente an die Inflationsrate geäußert. Ist Ihnen bekannt, dass unter der Regierung Kohl acht Jahre lang eine Rentenanpassung

unterhalb der Inflationsrate erfolgt ist? Und ist Ihnen bekannt, dass unter der Regierung Kohl eingeführt worden ist die Rentenanpassung nach Netto- statt nach Bruttolöhnen?

Irene Müller, PDS: Genau so ist es.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na fein!)

Dr. Margret Seemann, SPD: Danke.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das führte dann zu 84 Prozent.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Abgeordnete Müller.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2865.

(Zuruf aus dem Plenum: Die CDU kriegt Strafrechte. – Peter Ritter, PDS: Die brauchen sie nicht mehr.)

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenstimmen? –

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU und Angelika Gramkow, PDS)

Ich lasse dann wegen der Irritation noch einmal abstimmen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Zurufe von Ministerin Sigrid Keler und Angelika Gramkow, PDS)

Ich lasse abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2865. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Dr. Ulrich Born, CDU: Lassen Sie sich nicht verwirren, Frau Gramkow! – Angelika Gramkow, PDS: Doch, ich war verwirrt. Ich gebe es zu. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Danke schön. Die Gegenstimmen? – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU bei Jastimmen der Fraktion der CDU und Neinstimmen der Fraktionen der SPD und PDS abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/2824. Wer dem Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf der Drucksache 3/2824 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/2824 einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, wir sind im Zeitplan etwas voraus, aber nach Rücksprache mit dem Einbringer des nächsten Antrages werden wir nun in die Mittagspause eintreten. Wir setzen die Beratung pünktlich um 12.40 Uhr fort.

Unterbrechung: 11.39 Uhr

Wiederbeginn: 12.45 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 20**: Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Sicherung der geriatrischen Rehabilitation in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 3/2821.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Sicherung der geriatrischen Rehabilitation
in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 3/2821 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Glawe für die Fraktion der CDU.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion hat aus gegebenem Anlass die Sicherung der geriatrischen Rehabilitation in Mecklenburg-Vorpommern auf die Tagesordnung gesetzt. 21,65 Prozent aller Bürger in Mecklenburg-Vorpommern sind über 60 Jahre. Das ist statistisch gesehen sehr viel. Das Land Mecklenburg-Vorpommern wirbt mit dem Image eines Gesundheitslandes. Dazu gehört auch die ältere Generation und daher haben wir uns entschieden, dieses Thema aufzugreifen.

Die Geriatrie ist auch bekannt als Altersheilkunde. Ihr kommt hier eine besondere Bedeutung zu. Sie umfasst die Diagnose und Therapie biologisch alter multimorbider Menschen mit akuten oder chronischen Erkrankungen und berücksichtigt dabei die physiologischen, pathologischen und psychopathologischen Besonderheiten des Alters. Ziel der Geriatrie sind Gesundheit und weitergehende Wiederherstellung der Alltagskompetenz sowie Vermeidung von Pflegebedürftigkeit. Daraus folgt, dass Rehabilitation innerhalb der Geriatrie eine zentrale Rolle spielt. Die geriatrische Rehabilitation stellt ein umfassendes Geschehen dar, das weit über die auf Heilung, Besserung sowie Linderung ausgerichtete medizinische Behandlung im herkömmlichen Sinne hinausgeht und auch medizinische, soziale und psychische Aspekte beinhaltet.

Meine Damen und Herren, im Land Mecklenburg-Vorpommern gibt es drei geriatrische Rehabilitationseinrichtungen, und zwar an den Standorten Tessin, Greifswald und Neubrandenburg, die in den letzten Jahren, vor allen Dingen im Jahr 2001, fast unter der Wirtschaftlichkeitsgrenze gearbeitet haben. Das ist eine Tatsache. Und der Druck war so groß, dass sich Mitarbeiter dieser Einrichtungen an die Öffentlichkeit und auch an die CDU-Fraktion gewandt haben, natürlich auch an das Sozialministerium.

Meine Damen und Herren, es steht die Frage: Ist das Konzept der geriatrischen Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern ausgewogen oder nicht? Sichert es alle Interessen? Werden die Probleme in diesem Land gelöst und wo stehen wir im Vergleich zum Bundesdurchschnitt? Und da ja die PDS in besonderer Weise die soziale Kompetenz in diesem Land gepachtet hat

(Angelika Gramkow, PDS: Wer sagt das denn, Herr Glawe? – Volker Schlotmann, SPD: Herr Glawe! – Zurufe von Dr. Margret Seemann, SPD, und Torsten Koplín, PDS)

und von sich behauptet, sie ist das soziale Gewissen in Mecklenburg-Vorpommern, möchte ich darauf hinweisen, dass es in Fragen der Geriatrie bei weitem nicht so ist.

Meine Damen und Herren, es fehlen Problemlösungen für ein versorgungsspezifisches Budget in diesem Bereich, es fehlen effiziente Organisationsstrukturen und vor allen Dingen ist die Zugänglichkeit nach dem Alter mit definiert und das halten wir für nicht richtig.

Wie läuft ein Einweisungsverfahren an? Die Einweisung erfolgt in eine Klinik, in ein Krankenhaus. Wenn Reha-Bedarf festgestellt wird, stellt derjenige Betreffende einen Antrag an die Kasse und der MDK entscheidet hier im Land Mecklenburg-Vorpommern, ob eine Rehabilitation stattfindet oder nicht. Oftmals werden bis zu 70 Prozent von Anträgen abgelehnt. Und andererseits wird sozusagen der niedergelassene Arzt gar nicht in die Entscheidung mit einbezogen. Meine Damen und Herren, das halten wir für einen fatalen Fehler.

Auch ist es so, dass in diesem Bereich Arbeitsplätze bei Krankenschwestern und Pflegern, bei Ärzten im Land Mecklenburg-Vorpommern gefährdet sind, und zwar dadurch gefährdet, dass eine Auslastung – an einem Beispiel nachzulesen in der „Ostsee-Zeitung“ – in einer Einrichtung in unserem Land bei 40,1 Prozent liegt. Und das ist ganz klar unter den Wirtschaftlichkeitsgrenzen. Auch ist es so, dass die AOK, die größte Gesundheitskasse im Land Mecklenburg-Vorpommern, in der Regel nur 20 Reha-Tage genehmigt. Der Bundesdurchschnitt beträgt 25. Eigentlich wären 28 Tage nötig.

(Angelika Gramkow, PDS: Dann müssen Sie mal die AOK fragen, warum sie das tut.)

Ja, das fragen Sie mal!

(Angelika Gramkow, PDS: Ich nicht! Bitte nicht das auch noch!)

Sie haben die Aufsicht, Frau Kollegin Gramkow. Sie haben sie nicht persönlich, aber Sie als PDS besetzen dieses Ministerium. Fragen Sie mal! Ich habe nachgefragt.

(Torsten Koplín, PDS: Wir sagen gleich unsere Meinung dazu.)

Ja, Sie können Ihre Meinung ruhig sagen.

In diesem Bereich sind im vorigen Jahr 1.880 Fälle behandelt worden, aber das reicht bei weitem nicht aus, um diesen Einrichtungen auf Dauer zu helfen. Und wir fordern Sie als Koalitionäre auf, hier endlich für Klarheit im Geriatrieplan des Landes zu sorgen, denn ohne diese Klarheit werden wir auf Dauer nicht arbeiten können. Das wirft ja auch einen gewissen Blick auf den fehlenden Landespflegeplan, der schon seit zwei Jahren überfällig ist,

(Torsten Koplín, PDS: Das ist ein anderer Tagesordnungspunkt.)

und ich weiß nicht, Frau Ministerin, warum die CDU-Fraktion Sie immer erst zum Arbeiten tragen muss.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

So kann es in diesem Land nicht vorwärts gehen.

(Torsten Koplín, PDS: Unterstellung! Wir haben eine sehr fleißige Ministerin.)

Sie produzieren Stillstand.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Gegen welche Ministerin ging das jetzt? –
Dr. Margret Seemann, SPD: Welcher
Landkreis ist das? Uecker-Randow? –
Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Frau Ministerin Bunge, ich fordere Sie auf,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Was, was? –
Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

die Probleme in der Geriatrie über Ihre Aufsicht zu klären!

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Herr Glawe, Sie verkennen die Zuständigkeit. –
Torsten Koplín, PDS: Zuständigkeiten beachten!)

Sie haben ja auch in dieser Angelegenheit genügend Briefe von Betroffenen bekommen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Überlegen Sie sich jedes weitere Wort! – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Ich überlege mir gar nichts.

(Heinz Müller, SPD: Das merkt man. –
Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD,
und Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Ich sage Ihnen hier die Meinung

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aber Sie sollten trotzdem dabei überlegen.)

und Sie können gerne Ihre Meinung nachher vortragen, meine Damen und Herren.

Und da Sie ja klare Wahrheiten nicht vertragen können, will ich Ihnen noch mal vortragen,

(Heinz Müller, SPD: Haben Sie sich das jetzt überlegt oder wie?)

wie es sich beim Feindbild Bayern, das Sie immer herbeiführen,

(Heinz Müller, SPD: Nein!)

verhält.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Ach was! Sie können nur nicht jodeln.)

Da ist es so,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Dass es keine Kindertagesstättenplätze gibt.)

dass die Menschen ab 60 Jahre geriatrische Betreuung und Behandlung in der Rehabilitation erfahren können.

(Beifall Nils Albrecht, CDU)

Auch dort ist der Hausarzt, der ambulante Arzt, berechtigt, einzuweisen. Sie machen hier riesige Antragspapiere,

(Torsten Koplín, PDS: Also wir reden über Ihren Antrag, Herr Glawe.)

Sie schalten MDK und Kassen dazwischen. Sie machen nur alles über die Krankenhäuser und dabei reden Sie immer dem hohen Lied der ambulanten Vorsorge vor der stationären das Wort. In der Praxis machen Sie genau das Gegenteil, meine Damen und Herren. Es hilft nun mal keinem Patienten, der einen Schlaganfall hatte, der Parkinson hat, der Schwindelzustände hat, der Probleme mit dem Bewegungsapparat hat. Das alles kriegen Sie, meine Damen und Herren, in diesem Land nicht in den Griff, und es wird Zeit, denke ich, dass am 22. September hier ein Wechsel durch den Bürger nach der Wahl stattfindet,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

denn Sie bringen dieses Land nicht voran. – Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Beate Mahr, SPD:
Ich vermisse die rote Laterne, Herr Glawe.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Glawe.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit bis zu 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch.

(Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Oder ist das ein Widerspruch, Herr Nolte, zur Redezeit?

(Wolfgang Riemann, CDU: Wie könnten wir es wagen, Ihnen zu widersprechen?)

Dann ist das also so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erste hat das Wort die Sozialministerin des Landes Frau Dr. Bunge.

Ministerin Dr. Martina Bunge: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Lieber Herr Glawe! Ich benutze mal das Wort „lieber“, weil es eigentlich ein wichtiges Anliegen ist, was Sie aufgegriffen haben, und ich meine, wir sollten für eine flächendeckende, qualitätsgerechte und wirtschaftliche Versorgung in der geriatrischen Versorgung von Patientinnen und Patienten sorgen, und weil wir wirklich ein gemeinsames Ziel haben und uns hier nicht vorführen lassen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Torsten Koplín, PDS: Richtig.)

Der Weg bis zu diesem Ziel ist jedoch steinig und voller sperriger Hindernisse.

(Heiterkeit bei Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Schon der Weg ist das Ziel. –
Heiterkeit bei Norbert Baunach, SPD)

Nee, nee, nicht ganz. Das war Bernstein.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ganz Unrecht hat er vielleicht nicht gehabt.)

Wie oft in der Gesundheitspolitik müssen alle Beteiligten an einem Strang ziehen.

(Georg Nolte, CDU: Das ist immer viel leichter.)

Wenn es dann wieder einmal hakt, hat die Politik die Aufgabe, Impulse für die Diskussion zu geben, stimulierend einzuwirken und zwischen den Verhandlungspartnern zu moderieren. Es gibt Zeiten, in denen man sich besser zurückhält, und es gibt Zeiten, in denen man sich einmischen muss.

Erst seit 1999 werden in Mecklenburg-Vorpommern geriatrische Rehabilitationsmaßnahmen in eigens dafür eingerichteten Kliniken durchgeführt. Im Bereich der AOK als einem der Hauptbeleger ist seit dieser Zeit eine wachsende Zahl von Patientinnen und Patienten nach dem Krankenhausaufenthalt in eine geriatrische Rehabilitationsmaßnahme überwiesen worden. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Noch 1999 gab es nur 827 geriatrische Rehabilitationsmaßnahmen, in 2000 waren es 1.521, im Jahre 2001 1.905, die ausschließlich im Bereich

der AOK bewilligt wurden. Nicht unerwähnt bleiben sollten die jährlich über 6.800 allgemeinen Rehabilitationsmaßnahmen für Ältere,

(Torsten Koplín, PDS: Die hat Herr Glawe nicht erwähnt.)

die also auch Geriatrieeffekte haben, aus Mecklenburg-Vorpommern kommend in den übrigen Rehabilitationskliniken unseres Landes. Natürlich sind Friktionen und Probleme in einem Aufbauprozess normal. Die Planungsbeteiligten haben ihr Konzept für die geriatrische Versorgung der Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns im März 1998 verabschiedet. Zielsetzung dieses Konzeptes war es, eine vernetzte geriatrische Versorgung durch Bildung aufeinander abgestimmter Versorgungsketten zu erreichen.

(Nils Albrecht, CDU: War es oder ist es?)

Dazu braucht es bei allen Beteiligten ein großes Maß an inhaltlicher Übereinstimmung. Es muss ein gemeinsames Bewusstsein geben, welcher Patient wann in einen Teil dieser Kette einzuordnen ist. Dieses Bewusstsein schaffen sie nicht von heute auf morgen. Dieses Bewusstsein – das ist auch die Erfahrung in anderen Ländern – wächst über Jahre. Und ich sage ganz offen: In einem kleinen Land wie dem unsrigen ist es oft eine Frage des Engagements weniger, wenn nicht sogar Einzelner. Ich sehe einige Einzelne aus den Kliniken heute in der Besucherbanksitzen, die sich engagieren, und ich möchte meinen ausdrücklichen Dank für dieses Engagement der Einzelnen, was oft gegen Mauern rennt, aussprechen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS – Nils Albrecht, CDU:
Und was ist mit Ihrem Engagement?)

Das werden Sie noch hören, Herr Albrecht. Bleiben Sie mal ganz ruhig!

Es war deshalb richtig, zunächst erst einmal die Erfahrungen mit dem Geriatriekonzept zu sammeln, vom Sozialministerium von Anbeginn begleitet. Ich habe mir auch alle drei Einrichtungen angeschaut. Diese Begleitung war notwendig, denn man kann dann auf geordneter Basis zielgerichteter reagieren.

Zunehmend zeigt sich, dass es bei der tatsächlichen Umsetzung des Konzepts schwerwiegende Probleme gibt. Trotz der ansteigenden Zahl der Maßnahmen gelang es den drei Einrichtungen der geriatrischen Rehabilitation in Tessin, Greifswald und Neubrandenburg nicht, für sie befriedigende wirtschaftliche Ergebnisse zu erzielen. Die Situation scheint sich im Jahr 2002 nach Angaben der Betreiber sogar noch zu verschärfen. Die letzten Einweisungs- und Belegungszahlen zeigen jedoch Besserung.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich meine, das Einwirken des Sozialministeriums hat geholfen, damit nicht Strukturen zerschlagen werden, die wir langfristig brauchen. Nur muss natürlich diese Entwicklung dauerhaft stabilisiert werden. Ich sage deshalb hier und heute noch einmal ganz deutlich: Ich bekenne mich zur Notwendigkeit einer geriatrischen Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern. Ich will, dass es spezielle geriatrische Rehabilitation mit diesen auf die Bedürfnisse älterer Patientinnen und Patienten abgestimmten Leistungsangeboten gibt.

Nach allen mir zur Verfügung stehenden Daten sind 184 Betten in drei Einrichtungen nicht zu viel. Das ist eher

ein maßvolles Angebot, das wir aufgrund der demographischen Entwicklung tatsächlich brauchen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die durchschnittliche Verweildauer in den geriatrischen Reha-Kliniken des Landes liegt bei 20 bis 21 Tagen, während sie im Bundesdurchschnitt bei 26 liegt. Gleichwohl verzeichnen unsere Einrichtungen im bundesweiten Vergleich gute Rehabilitationserfolge. Wir müssen deshalb weniger über die Kapazität als vielmehr über die Sicherung der Einrichtungen nachdenken.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das Thema eignet sich nicht für billige Wahlkampfmunition.

(Harry Glawe, CDU: Jaja.)

Dies ist das Befremden, was ich mit dem Antrag und auch mit den Schlagzeilen in den Medien habe.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Nils Albrecht, CDU: Das begründen Sie
mal! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ja, das begründe ich gleich.

Konstruktives Miteinander bedeutet doch wohl, dass man auch einmal zur Problemlösung seitens der Opposition beiträgt.

(Harry Glawe, CDU: Sie haben doch monatelang nichts gemacht. Wir mussten Sie doch dazu treiben. Sonst hätten Sie noch nichts gemacht.)

Der Antrag enthält keinen einzigen brauchbaren konzeptionellen Gedanken.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Sie tun so, als wenn die Landesregierung nur auf den Knopf drücken müsste, um den Patientenfluss zu den geriatrischen Rehabilitationskliniken zu erhöhen

(Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Torsten Koplín, PDS)

und dadurch deren wirtschaftlichen Probleme zu lösen.

(Nils Albrecht, CDU: Sie müssen einfach mal mit der Faust auf den Tisch hauen. Das ist alles.)

Sie tun, als ob hier Zentralismus ist.

(Torsten Koplín, PDS: Den hätten sie gern. –
Harry Glawe, CDU: Sie müssen sich drum kümmern. Sie müssen sich drum kümmern.)

Sie bemühen sich nicht in die Niederungen,

(Harry Glawe, CDU: Sie
müssen sich drum kümmern.)

die die Selbstverwaltung auch für solche Prozesse bringt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Sie schlagen darüber hinaus versorgungsspezifische Budgets für die Einrichtungen vor, obwohl Sie genau wissen, dass es diesen Begriff nur für Krankenhäuser, nicht aber für Rehabilitationskliniken gibt.

Sie wissen, dass es in meinem Haus eine ganze Reihe von Aktivitäten gerade in den letzten Wochen und Monaten gegeben hat, und tun dennoch so, als müssten Sie mich auffordern.

(Nils Albrecht, CDU: Es ist doch nur passiert, weil es in der Presse stand. –
Torsten Koplín, PDS: Ach! Das ist doch gar nicht wahr. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Beweisen kann ich das, weil Sie sich in Ihrem Antrag nicht einmal die Mühe gemacht haben, diesen mit eigenen Worten zu untersetzen. Am 04.04. hat es in meinem Haus eine Beratung zur geriatrischen Versorgung gegeben,

(Harry Glawe, CDU: Ja, natürlich. Sehr schön.)

an der neben Planungsbeteiligten Vertreter der Konsilkrankenhäuser, der Reha-Kliniken sowie des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung teilgenommen haben.

(Harry Glawe, CDU: Sehr gut.)

Die von mir mitformulierte Zielsetzung dieses Kreises ist eine Überprüfung des Geriatriekonzepts, verbunden mit Adaption und Konkretisierung. Ich finde es schon phantasielos,

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

wenn Sie zur Begründung Ihres Antrages genau diese Begrifflichkeiten übernehmen.

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Dr. Margret Seemann, SPD)

Und Sie haben nicht nur dieses Protokoll, also wissen Sie genau, was im Sozialministerium passiert. Sie brauchen mich nicht aufzufordern.

(Harry Glawe, CDU: Wir mussten Sie auffordern. Sonst hätten Sie nichts gemacht.)

Sie, sehr geehrter Herr Glawe, kennen genau die bundesgesetzlichen Vorgaben für die geriatrische Rehabilitation.

(Peter Ritter, PDS: Er hört die Ministerin so gern reden. Deswegen macht er solche Anträge. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Pflegesatzverhandlungen werden zwischen den Krankenkassen und den Klinikträgern ausgetragen. Die Zuweisung in geriatrische Rehabilitationskliniken ist einzelfallorientiert. Jeder Antrag auf geriatrische Rehabilitation wird durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung geprüft. Es gibt keine unmittelbare Einwirkungsmöglichkeit der Politik in diese Systematik. Wir sollten hier nicht alle den Eindruck erwecken, Dinge entscheiden zu können, für die wir in der Konsequenz überhaupt keine Zuständigkeit haben.

(Zurufe von Nils Albrecht, CDU,
Harry Glawe, CDU, und Torsten Koplín, PDS)

Das ist eine Frage der Glaubwürdigkeit.

(Nils Albrecht, CDU: Unseriös!)

Und ich bin trotz meines Engagements nicht bereit, mir systembedingte Schwierigkeiten zuschreiben zu lassen, für die ich keine Verantwortung trage.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Nils Albrecht, CDU: Jaja.)

Natürlich kenne ich die Probleme. Es wurde im Frühjahr 1998 entschieden, zwischen geriatrischer Rehabilitation und Krankenhausleistungen einen Schnitt zu machen.

(Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Die geriatrischen Reha-Kliniken sind nicht –

(Harry Glawe, CDU: Das wollte sogar die SPD mit der CDU zusammen. Das haben Sie wohl vergessen! – Angelika Gramkow, PDS: Hören Sie doch mal zu, Herr Glawe!)

auch nicht zum Teil – in den Krankenhausplan des Landes Mecklenburg-Vorpommern aufgenommen worden. Diese Schnittstelle beim Übergang von Akutversorgung in die Rehabilitation verursacht die meisten Probleme. Die Vorverweildauer der Patienten im Krankenhaus ist häufig zu lang.

(Beifall Nils Albrecht, CDU)

Es gibt keinerlei wirtschaftliche Anreize für die Krankenhäuser, Patienten frühzeitig in die geriatrische Rehabilitation zu entlassen. 20 Tage Aufenthalt in den Krankenhäusern und dann erst die Überweisung in eine Reha-Klinik ist keine Seltenheit.

(Harry Glawe, CDU: Ja, das ist auch unpraktisch. Das ist doch Papierkrieg ohne Ende.)

Das Krankenhaus hält die Menschen, weil in einer Vielzahl der Fälle immer noch die so genannten Tagespflegeplätze gezahlt werden. Je länger der Patient also liegt, desto mehr Geld bringt er dem Krankenhaus. Das Antragsverfahren für die geriatrische Reha ist aufwendig und macht Arbeit. Auch hier sind Schwellen zu überwinden, die angesichts der Arbeitsbelastung von Ärztinnen und Ärzten im Krankenhaus manchmal nur ungern angegangen werden.

Der Medizinische Dienst der Krankenversicherung hat deshalb für den von mir berufenen Arbeitskreis Geriatrie einen Vorschlag erarbeitet, der eine frühzeitige Identifizierung von geriatrischen Patientinnen und Patienten mit Reha-Bedarf und geriatrischem Reha-Potential im Krankenhaus ermöglichen soll. Bei vier zentralen Diagnosen – dem Schlaganfall, dem Herzinfarkt, dem Schenkelhalsbruch sowie der Hüft- und Gelenkarthrose – soll das Verfahren stark vereinfacht

(Harry Glawe, CDU: Aha?!)

und sollen Leitkriterien erarbeitet werden. Der Vorschlag ist mit Skepsis, aber auch mit Interesse aufgenommen worden, natürlich entsprechend der Interessenlage, die ich eben dargestellt habe. Es gilt jetzt, ihn weiterzuführen. Nach meinen Vorstellungen wäre es ideal, wenn diese Arbeit bis Ende Mai fertig gestellt werden könnte.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Das Geriatriekonzept wäre an einer der entscheidenden Schnittstellen konkretisiert und damit wären Vereinfachungen, das heißt Verbesserungen für die Lenkung der Patientenströme in die geriatrischen Rehas geschaffen.

Ein zweites Problem für die betroffenen Einrichtungen sehe ich im Fehlen tragfähiger betriebswirtschaftlicher Kalkulationsgrundlagen, die mit den Krankenkassen abgestimmt sind. Die Krankenkassen haben zu Recht auf das Problem der Begrenzung der Veränderungsrate

(Harry Glawe, CDU: Seit '98 ist doch nichts mehr erhöht worden. Das ist doch derselbe Pflegesatz wie 1998.)

für das Reha-Budget nach Paragraph 23 Absatz 8 SGB V hingewiesen. Ausgangspunkt für dieses Budget ist das Jahr 1999. Und wie eben dargestellt an unserer Entwick-

lung, ist das ein atypisches Jahr für Mecklenburg-Vorpommern. Aber die Kassen handeln nach Recht und Gesetz. Ich sage deshalb hier – und das wissen auch die Kassen –, ich sage es ganz deutlich, dass ich keinen Anlass sehe, dazu aufsichtsrechtliche Maßnahmen anzustringen, wenn es in diesem Bereich zu Überschreitungen kommt. Vielleicht übersetzen Sie sich mal in Ruhe diesen Satz, Herr Glawe!

(Heiterkeit bei Torsten Koplín, PDS)

Er ist nicht einfach, aber anders möchte ich ihn hier nicht formulieren, damit ich rechtlich keine Probleme bekomme.

Ich appelliere an die Vertreter der Krankenkassen an dieser Stelle ausdrücklich, verantwortungsbewusst gegenüber den Trägern der geriatrischen Rehabilitation in Mecklenburg-Vorpommern zu handeln. Es sollte betriebswirtschaftliche Steuerungsziele für beide Seiten geben, die eine qualitativ hochwertige Versorgung geriatrischer Patienten ermöglichen, den Bestand von vorhandenen Einrichtungen sichern und gleichzeitig wirtschaftliches Verhandeln auf Seiten der Krankenkassen ermöglichen. Ich werde deshalb den Antrag ablehnen

(Harry Glawe, CDU: Was?)

und empfehle den Koalitionsfraktionen, dasselbe zu tun.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Der Antrag der CDU geht in die verkehrte Richtung. Er kommt zu spät.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Nils Albrecht, CDU: Wieso kommt er zu spät? – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wir sind bereits bei der Arbeit und

(Nils Albrecht, CDU: Kommt er erst dann richtig, wenn die Ersten von der Schippe gesprungen sind?)

brauchen dazu nicht eine nochmalige Aufforderung von Ihrer Seite. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Ministerin.

Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Reißmann für die Fraktion der SPD.

Dr. Manfred Reißmann, SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mit einem Patientenbeispiel beginnen: 1994, eine Klinik in Berlin, Information an die Verwandten: Der 77-jährige Großvater ist mit einem Schlaganfall in die Akutklinik eingeliefert worden. Sprachstörungen, Bewegungsstörungen beider Seiten, Arme, Beine, geringe, aber sichtbare Tendenz zu einer Besserung, drei Wochen stationärer Aufenthalt, danach die Information an die Verwandten: Wo wünschen Sie denn, dass Ihr Angehöriger hinkommt? Nehmen Sie die Pflege zu Hause wahr oder soll er in ein Alten- und Pflegeheim? Berlin, Sozialsenator Ulf Fink.

Es ist kein regionales, kein lokales, kein mecklenburg-vorpommersches Problem. Dieser ältere Herr ist danach auf Betreiben der Angehörigen in eine Rehabilitationseinrichtung gekommen. Er ist dann in die Lage versetzt worden, in seiner eigenen Wohnung sich wieder eigenständig bewegen, beköstigen, bekochen und sogar Einkäufe

machen zu können. Sie mögen aus diesem Beispiel, das heute acht Jahre zurückliegt, entnehmen, dass es sehr wohl auch in anderen Bereichen, nicht nur in unserem Bereich, hier in Mecklenburg-Vorpommern, Schwierigkeiten in der Umsetzung, in der korrekten Wahrnehmung und dem korrekten Anfassen der Probleme gegeben hat. Ich meine, wir sind im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern auf einem Weg, bei dem das Sozialministerium sehr wohl die Verantwortung wahrnimmt, moderierend und manchmal auch mit etwas Nachdruck den berechtigten Zielen,

(Nils Albrecht, CDU: Ach!)

nämlich Wiedergewinnung, Verbesserung oder Erhalt einer möglichst weitgehenden Selbständigkeit von Patienten oder Beseitigung, Minderung oder Verhütung einer Verschlimmerung von Pflegebedürftigkeit, Rechnung zu tragen.

Dazu hat es 1998 mit an der Krankenhausplanung Beteiligten, mit den Krankenkassen, dem Sozialministerium, mit den Spitzenverbänden und mit der Ärztekammer eine einvernehmlich beschlossene Konzeption für Mecklenburg-Vorpommern gegeben. Natürlich ist die Umsetzung nicht reibungslos vor sich gegangen und Probleme, die dabei aufgetreten sind, möchte ich auch nicht kleinreden. Sicher ist, die frühzeitige Sondierung, wann und in welcher Einrichtung eine Rehabilitation älterer Bürger nach Akutkrankenhausaufenthalt in Frage kommt, ist wichtig. Ein Konsil, das in Schwerin, in Rostock, in Greifswald, in Stralsund, in Neubrandenburg, am Städtischen Klinikum Wismar möglich ist, soll das aus diesen Einrichtungen heraus in die geriatrischen Rehabilitationseinrichtungen sichern. Offensichtlich ist noch nicht in allen Einrichtungen diese Möglichkeit ausgeschöpft und voll wirksam geworden. Das will ich nicht in Abrede stellen.

Die Umsetzung dieses Konzepts erfolgt sicher schleppender, als man es sich wünscht. Die Bearbeitung der Antragstellung durch Ärztinnen und Ärzte, die Antragsbearbeitung durch die Krankenkassen – überall kann es mal klemmen. Damit dürfen wir uns natürlich nicht abfinden und es ist – Sie haben Recht, Herr Glawe – auch Sache des Sozialministeriums, da den Finger in die Wunde zu legen und aktiv zu werden. Die Ministerin hat hier geschildert, in welcher Weise sie das tut, dass sie längst unterwegs ist und es dieser Anregung durch den Antrag nicht bedarf.

(Harry Glawe, CDU: Was? Dr. Reißmann!)

Was in der Öffentlichkeit wichtig ist: Die Akzeptanz für die Geriatrie ist noch auf einem Weg, der mich auch nicht zufrieden stellt. Ein weiterer Aspekt: Natürlich ist es ein Recht älterer Bürger, dass eine korrekte, der Diagnose entsprechende Betreuung erfolgt, sprich auch richtige Einweisung in eine Geriatrie- oder in eine Rehabilitationseinrichtung, die zum Ziel hat, die Krankheitsursache oder die auslösende Ursache zu behandeln. Und dabei ist – auch da gebe ich Ihnen Recht, allerdings in der anderen Richtung auch, Herr Glawe – das Alter nicht das entscheidende Kriterium. Es kann durchaus ein 70-Jähriger mit einer akuten neurologischen Auffälligkeit nach Schlaganfall, nach Hirntumoroperation die gleiche Chance für eine Rehabilitation in einer neurologischen Rehabilitation haben wie ein Jüngerer,

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

denn es gibt Untersuchungen, die belegen, dass die Rehabilitationsfähigkeit, wenn man sie fachspezifisch

betreibt, nicht vom Alter abhängt. Es wäre also falsch, nur das Alter als Maßstab zu nehmen, der gehört in eine geriatrische Rehabilitation, der älter als 65 Jahre ist,

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

a priori, auch wenn er in einer Fachrehabilitation bessere Chancen zur Wiederherstellung hätte.

Und dazu noch ein Wort: Natürlich sind die finanziellen Bedingungen, die ausgehandelten 300 DM Pflegesatz, nicht das Ende der Möglichkeiten. Ich würde hier einmal zitieren, was eine Arbeitsgruppe von Rehabilitationsneurologen und geriatrisch tätigen Neurologen festgehalten hat und als wichtig und unverzichtbar herausstellen. Das Alter allein stellt keine Indikation für die Ablehnung einer neurologischen Rehabilitation dar. Das ist das, was ich eben ausführte. Die Behandlung von geriatrischen Patienten mit neurologischen Erkrankungen in geriatrischen Kliniken erfordert die neurologische Fachkompetenz mit Entscheidungsfunktionen bei der Behandlung dieser Patienten auch dort. Das hieße, neurologische Fachärzte, auch dort. Grundsätzlich: Die Rehabilitation von alten Patienten mit multiplen Fähigkeitsstörungen erfordert eine mehr als dreiwöchige Behandlungsdauer. Auch da befinden wir uns nicht weit auseinander oder gar nicht auseinander.

Ich stelle fest, dass offensichtlich die Umsetzung der Konzeption noch nicht auf dem Stand ist, den wir uns wünschen, dass die Einflussmöglichkeiten seitens des Sozialministeriums genutzt werden und dass Patienten indikationsspezifisch zu behandeln ein wichtiges Anliegen ist und bleibt, nicht nur wegen eines bestimmten Alters, dass die 300 DM, sprich 153 Euro – oder wie viel Euro? –,

(Harry Glawe, CDU: 153 Euro und 30 Cents.)

nicht das letzte Wort sein dürfen, weil eben auch in der Geriatrie neurologisch notwendige Rehabilitationsmaßnahmen apparativ in gleicher Qualität vorgehalten werden müssen.

Ein letzter Aspekt: Es kann eigentlich nicht darum gehen, nur die Patienten, die in Akutkrankenhäusern landen, unter dem Aspekt zu sehen, anschließend eine Rehabilitation von verschiedenen Belastungen und Fähigkeitsstörungen vornehmen zu wollen, sondern es muss auch in der Richtung diskutiert werden, dass auch die niedergelassenen Ärzte, wenn eine Indikation besteht, mit der Möglichkeit einer Antragstellung einer Einweisung in eine Rehabilitationseinrichtung berechtigt werden.

In diesem Sinne befindet sich also vieles hier bei uns auf einem Weg. Die Ministerin hat dazu Stellung genommen. Mit dem bin ich, weil es ab und zu klemmt an der einen oder anderen Stelle, auch nicht immer voll zufrieden. Aber eines Antrags in der Richtung, doch endlich tätig zu werden, bedarf es nun wirklich nicht.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Und es ist kein lokales, spezifisches Problem. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und darf namens meiner Fraktion sagen, wir stimmen diesem Antrag nicht zu.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Dr. Reißmann.

Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Herr Albrecht für die Fraktion der CDU.

(Ministerin Dr. Martina Bunge: Na, nun bin ich aber gespannt, was da wieder kommt.)

Nils Albrecht, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vieles von dem, was vorgetragen wurde, was die Bedeutung und die Aktualität dieses Antrages unterstreicht, möchte ich gar nicht wiederholen. Zentrale Botschaft – auch gerade durch den Vortrag des Kollegen Reißmann – ist, es gibt Handlungsbedarf. Und auch die Ministerin hat gesagt, dieser Antrag, der Ihnen jetzt vorliegt, kommt eigentlich etwas zu spät, der hätte viel früher da sein müssen, weil die Probleme schon längst bekannt sind. Das war Ihre Aussage. Der Antrag kommt zu spät.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Nicht, weil die Probleme bekannt sind, weil die Probleme gelöst sind.)

Meine Damen und Herren, und das zeigt, dass dieser Antrag natürlich auch nicht Wahlkampfpolitik wäre, sondern er ist ganz klar das Ergebnis aus der Analyse des Bedarfes, aus der Analyse der Proteste, aus der Analyse der Situation der Betroffenen.

Lassen Sie mich nun zwei, drei Sätze sagen zur Bedeutung der geriatrischen Versorgung im Land. Frau Ministerin Bunge, gestern haben wir hier ausführlich diskutiert über das Landesseniorenprogramm und ein ganzes ...

(Torsten Koplín, PDS:
Das hätten Sie lesen sollen.)

Herr Kollege Koplín, Sie werden mir ja wohl zutrauen,

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

dass ich das sehr ausführlich gelesen habe.

(Unruhe bei Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Torsten Koplín, PDS)

Und wenn Sie mich so fragen, dann werde ich Ihnen gerne auch noch mal die Stellen zitieren in dem Landesseniorenprogramm, im Kapitel 2.2, unter anderem Punkt 2.2.1:

(Peter Ritter, PDS: Also wir haben nicht den Eindruck, als ob Sie alles lesen würden, Herr Albrecht.)

„Ein großes Problem stellen vermeidbare Krankenhaus-einweisungen durch niedergelassene Ärztinnen und Ärzte dar.“ Hier sind bereits die Ansätze der Probleme ganz klar beschrieben und auch eine Vielzahl von Defiziten beschrieben worden,

(Torsten Koplín, PDS: Richtig.)

die sich sehr wohl auch wieder in dem Anliegen unseres Antrages vorfinden. Der Vorwurf, wir hätten uns nicht mit dieser Unterlage beschäftigt, geht völlig ins Leere. Im Gegenteil, er dient mir gerade heute auch als Grundlage für die Argumentation zu unserem Antrag.

Auch die stattgefundenen Anhörungen in vielen Ausschüssen zur demographischen Entwicklung haben noch mal deutlich gemacht, dass wir hier vor einer großen Herausforderung stehen. Wir haben die Aufgabe, hier sehr wohl den älteren Mitmenschen das Gefühl und auch die Garantie zu geben, dass sie eine humane Sphäre finden zum Älterwerden. Das gilt natürlich für die gesunden Älteren genauso wie für diejenigen, die hilfsbedürftig sind. Und „MV tut gut“ ist eine sehr gute Werbekampagne und

sie ist genau für diejenigen, die herkommen sollen und hier sich ihren ...

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das hat doch Herr Rehberg vorhin gerade bestritten. –
Torsten Koplín, PDS: Wir haben das verstanden.)

Wir haben das alle sehr gut verstanden.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Herr Rehberg hat das doch vorhin erzählt. Der hat das nicht verstanden. –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aber Sie wollen es vielleicht nicht zugeben, oder was?)

Wir müssen aber auch auf Details eingehen. Und es geht nicht nur um den Bereich der Wellness oder des Spaßhabens, um gesund Radfahren oder was auch immer darunter zu verstehen ist. Es ist ja eine Vielzahl von Momenten, die dazuzuzählen sind. Nein, wir müssen auch den hilfsbedürftigen älteren Menschen eine klare Antwort auf die Frage geben: Was will sich dieses Land leisten, um älteren pflegebedürftigen Menschen zu helfen? Und diese Frage ist offen.

(Harry Glawe, CDU: Pflege zu vermeiden vor allen Dingen. Das ist wichtig. –
Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Jedes Gesetz in der Pflege hat dieses Ziel, Pflege zu vermeiden, aktivierende Pflege zu betreiben, damit die Menschen eben wieder selbständig arbeiten, leben können, so, wie der Kollege Reißmann das an einem Beispiel aus Berlin vorgetragen hat. Aber Sie alle, die sich mit diesem Thema beschäftigen, wissen, dass aktivierende Pflege gar nicht möglich ist, dass die Rahmenbedingungen derart schlecht geworden sind, dass aktivierende Pflege nicht mehr möglich ist.

(Torsten Koplín, PDS: Die gibt es aber im bundespolitischen Rahmen.)

Und mir machen sehr viel Sorgen die Berichte in den Medien. Nicht nur der Beitrag im Norddeutschen Rundfunk unter der Überschrift „Das Elend vom Altwerden“ oder die Berichterstattung des ZDF in der Sendung „Frontal 21“ zeigen uns, wie menschenunwürdig, ja, wie katastrophal die Zustände in den Heimen sind. Wir werden auch noch zu dem anderen Antrag ...

(Torsten Koplín, PDS: Keine Verallgemeinerungen! Keine Verallgemeinerungen! – Dr. Margret Seemann, SPD:
Von welchen Heimen reden Sie?)

Von welchen Heimen reden Sie? Sie haben die Sendung nicht gesehen?

(Dr. Margret Seemann, SPD: Nee.)

Na, dann schauen Sie sich die Sendung an! Und ich gebe Ihnen gerne mal die schriftliche Zusammenstellung, wie hier durchaus vermutet werden kann, dass Menschen sterben, weil sie nicht versorgt werden.

Aber eins sage ich auch dazu:

(Torsten Koplín, PDS: Aber nicht diese Kliniken. Das müssen Sie auch unterscheiden. –
Dr. Margret Seemann, SPD: Welcher Zusammenhang besteht zu dem Thema?)

Wir kommen auch noch mal auf die Differenzen zwischen Ost und West. Ich sage Ihnen, die Situation in den

Pflegeheimen ist katastrophal. Ich sage Ihnen auch, wenn Sie sich die Beiträge angucken und in den Medien genau nachlesen, stellen Sie einen Unterschied zwischen Ost und West fest. Wer sich persönlich die Mühe macht, einmal in die Heime zu gehen, wird feststellen, dass es hier eine ganz andere Situation gibt. Wir werden zum anderen Antrag, der nach diesem Tagesordnungspunkt kommt, noch ausführlich darauf eingehen. Aber das zeigt, dass wir vor Herausforderungen stehen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Waren Sie schon einmal in einem Heim, Herr Albrecht? Ich fasse es ja nicht!)

Frau Kollegin Dr. Seemann, in den letzten drei Wochen habe ich eine Vielzahl von Heimen besucht. Ich werde darauf nachher noch mal eingehen und Ihnen erzählen, was mir dort berichtet worden ist.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Fragen Sie mal Frau Nehring-Kleedehn! Mit der war ich letzte Woche unterwegs. Also ich fasse das ja nicht! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich finde das ja auch begeisterungswürdig, dass Sie sich auch mal auf den Weg machen und die Betroffenen fragen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das sind alles dumme Sprüche, Herr Albrecht.)

Aber lassen Sie uns zurückkommen zu diesem speziellen Fall der geriatrischen Altersheilkunde. Das Ziel ist natürlich hier die aktivierende Pflege, natürlich zu helfen, dass sie wieder reinkommen in den Alltag. Die derzeitige Situation haben wir hier auch beschrieben, ich will sie noch mal kurz wiedergeben: Der Patient geht zu seinem Hausarzt. Es wird eine Rehabilitationsbedürftigkeit festgestellt. Aber hier kann nicht, wie in dem Fall vom Kollegen Reißmann beschrieben, der Patient entscheiden, Frau Dr. Seemann, dass er in eine Einrichtung geht, wie in eine Rehabilitationsklinik. Er muss in ein Akutkrankenhaus eingewiesen werden. Er muss zunächst einmal dort behandelt werden, um dann in den Genuss dieser Behandlung zu kommen. Das sind Auswirkungen des Geriatriekonzeptes und das sind die Dinge, die wir kritisieren und verändern wollen.

Und wenn Sie die Probleme ein wenig ernst nehmen wollen –

(Torsten Koplín, PDS: Das nehmen wir ernst.)

und es sind genügend Beispiele von Ihren Kollegen, von der Ministerin hier genannt worden, die darauf hindeuten, dass es hier einen starken Veränderungsbedarf gibt –, dann sollten Sie das nicht einfach von der Tagesordnung wischen, indem Sie den Antrag ablehnen mit dem Hinweis, er enthält keine konkreten Hinweise, keine konkreten konzeptionellen Ansätze.

Frau Ministerin, gerade das ist ja das Interessante an dem Antrag, er gibt Ihnen den Handlungsspielraum, hier zu entscheiden. Es wäre ja traurig, wenn jetzt die Opposition Ihnen noch Punkt für Punkt aufzählen muss, was Sie zu tun haben, um diese Probleme zu beseitigen. Dann frage ich mich, wozu wir hier noch ein Sozialministerium haben.

Der Hinweis auf die Selbstverwaltung, Frau Ministerin, ist auch ein Zeichen, das nicht optimistisch stimmt. Sie haben eine Verantwortung wahrzunehmen, Sie haben Ihre Aufsichtspflicht wahrzunehmen.

(Torsten Koplín, PDS: Das hat sie doch gemacht. Das haben Sie nur nicht verstanden.)

Und Sie selbst haben die Probleme beschrieben. Und der Hinweis auf wohlformulierte Gesetze und mögliche rechtliche Probleme, wenn sie noch deutlicher werden, der tröstet nicht, der hilft den Menschen auch nicht. Es ist nicht so, dass Sie mit dem Finger auf den Knopf drücken müssen und können. Das ist wohl wahr.

(Dr. Martina Bunge, PDS: Aber das verlangen Sie, das verlangen Sie.)

Aber ich wiederhole noch mal das, was ich in Zwischenrufen artikuliert habe: Einmal mit der Faust auf den Tisch hauen und sagen: Einigt euch!

(Torsten Koplín, PDS: Aber damit ist es nicht getan. Das ist das Gesetz.)

Ich sage Ihnen bei aller Kritik an Ihrem ehemaligen Herrn Azzola das, was die Leute mir draußen sagen,

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

dass das wenigstens mal einer war, der mit der Faust auf den Tisch gehauen hat. Das ist die Fähigkeit, die Ihnen verloren gegangen ist oder die Sie nie hatten. Es hilft den Betroffenen überhaupt nicht.

(Heiterkeit bei Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ach, es wird doch immer das beklagt, was man gerade nicht hat.)

Hören Sie ein paar Minuten zu! Sie können ja gerne noch darauf eingehen. Wir haben ja noch ein paar Minuten Zeit, darüber zu diskutieren.

(Dr. Martina Bunge, PDS: Ich war acht Jahre Opposition, mit konstruktiven Vorschlägen. Ich weiß, was Opposition ist.)

Ja, aber Sie haben doch als Opposition nicht ernsthaft Punkt für Punkt den Ministern diktiert, was sie zu tun haben.

(Dr. Martina Bunge, PDS: Nein, aber ...)

Das ist Aufgabe des Sozialministeriums und Ihre Aufgabe.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aber Sie glauben doch nicht ernsthaft, ...)

Und sich hier hinzustellen und von uns zu verlangen, wir hätten konzeptionelle Arbeit hier zu leisten,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Herr Albrecht, Sie meinen doch nicht ernsthaft, dass wir sozusagen mit der Forderung mit der Faust auf den Tisch hauen können?!)

wissen Sie, da verkennen Sie die Aufgabe des Parlamentes, Frau Ministerin. Ich glaube, da muss ich Ihnen keinen Unterricht erteilen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ist das vielleicht ein Hinweis für die Opposition?)

Das wissen Sie genauso. Das ist reine Rhetorik.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Oh, oh, oh!)

Meine Damen und Herren, auch bei der Frage des Alters, müssen die Menschen 75 sein, liegen wir nicht auseinander. Sie haben das hervorragend beschrieben, was wir hier gemeinsam ändern wollen.

(Torsten Koplín, PDS:
Wieso? Es geht ums Gesetz.)

Und deshalb entzieht sich das meiner Kenntnis, warum es nun wirklich Gründe gibt, diesen Antrag abzulehnen. Sie selbst haben gesagt, er kommt zu spät. Sie selbst haben auch deutlich gemacht, Frau Ministerin, dass hier im Bereich der Pflegekassen ein Monopol herrscht. Anschließend die AOK hat hier die Patienten eingewiesen.

(Dr. Martina Bunge, PDS: Die Krankenversicherung ist dafür zuständig.)

Die Krankenversicherung! Sie haben diese Aufsichtspflicht für diese Krankenversicherung.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Er versteht das nicht.)

Sie haben eindeutig formuliert, welches Monopol hier herrscht, und insbesondere Sie sind an dieser Stelle gefragt.

Die Kapazitäten sind nicht zu viel – eindeutige Aussage. Das heißt, Sie müssen hier dafür sorgen, dass auch die vorhandenen Einrichtungen erhalten bleiben. Und wenn uns aus den Einrichtungen von den Betroffenen gesagt wird, dass hier die Wirtschaftlichkeit deshalb nicht mehr gegeben ist, weil die Verhandlungsergebnisse derart schlecht sind und weil wie auf dem türkischen Basar verhandelt wird, dann ist es Ihre Pflicht – ob moderierend oder mit etwas mehr Nachdruck –, dort entsprechend zu handeln.

(Ministerin Dr. Martina Bunge:
Ich habe doch gehandelt.)

Sie haben keine Ergebnisse vorgelegt.

(Ministerin Dr. Martina Bunge: Oh!)

Ich sage Ihnen auch noch einmal, es nützt nichts, nur mit Papieren zu arbeiten, die Ankündigungen enthalten. Auch das Landesseniorenprogramm ist ein Sammelwerk von Ankündigungen. Die konkreten Taten erschöpfen sich bislang in einem Sportmobil. Ich unterstütze diese Idee, aber das kann sich nicht allein mit solchen kleinen Tropfen auf den heißen Stein erschöpfen.

(Torsten Koplín, PDS: Es geht hier um das Gesetz, was Sie sagen. Das ist nicht korrekt.)

Ja, dann sagen Sie mir in Ihrer Rede, Herr Koplín, wo Sie konkret an diesem Problem der geriatrischen Versorgung arbeiten!

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Wir sehen die Probleme, wir sehen, dass die Menschen nicht allein entscheiden können, die Betroffenen nicht allein entscheiden können, ob sie sofort in diese geriatrischen Einrichtungen gehen können. Wir sehen das Problem von denjenigen, die unter 75 sind,

(Torsten Koplín, PDS: Das sehen wir auch.)

dass sie nicht in den Genuss kommen. Und diese Dinge wollen wir im Geriatriekonzept geändert wissen. Nichts anderes verlangt unser Antrag. Und weil unser Antrag hier Handlungsspielraum zulässt, ist er besonders interessant und deshalb auch Zustimmungswürdig. Sie müssen schon sehr deutlich den Betroffenen sagen, warum Sie sich einer solchen Veränderung versperren, obwohl Ihre Ministerin ganz deutlich gesagt hat, dieser Antrag ist schon längst überfällig. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Margret Seemann, SPD: Was haben Sie
denn hier von der Ministerin gehört?)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Albrecht.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Koplín von der Fraktion der PDS.

Torsten Koplín, PDS: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Albrecht, ich gebe Ihnen gerne Auskunft darüber. Erst einmal möchte ich mich jedoch beziehen auf die Einbringungsrede von Herrn Glawe. Ich finde, Herr Glawe, Sie haben bis auf einige parteipolitische Entgleisungen

(Harry Glawe, CDU: Was?)

recht sachlich wiedergegeben, wie sich die Situation darstellt. Es ist nur auffällig, dass Sie sich lediglich mit den Symptomen des Geschehens auseinander gesetzt haben, viel weniger mit den eigentlichen Gründen, warum wir eine solche Debatte überhaupt führen müssen.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Ich behaupte ganz einfach mal, dass Sie diese eigentlichen Gründe bewusst nicht ansprechen, denn sie liegen in den Webfehlern rechtlicher Regelungen und Mechanismen, die Sie ausdrücklich unterstützt beziehungsweise seinerzeit auch selbst mit initiiert haben. Der Grund für die Probleme liegt in der gesellschaftlichen Sicht auf das Gesundheitswesen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Um noch tiefer einzusteigen: Die PDS sagt, dass es für eine Gesellschaft mit einer humanistischen Grundorientierung inakzeptabel ist, an Gesundheit reinweg die ökonomische Messlatte anzusetzen.

(Nils Albrecht, CDU: Sie haben
aber Selbstbewusstsein.)

Die Unvorhersehbarkeit des menschlichen Schicksals lässt sich nicht schadlos in ein noch so ausgeklügeltes Budget pressen. Und da sind wir bei grundsätzlichen Betrachtungsweisen zum Gesundheitswesen in dieser Gesellschaft. Wir reden also über dieses Thema, weil soziale Zusammenhänge von Gesundheit und Krankheit nicht ausreichend berücksichtigt werden, weil die Profitorientierung – leider haben Sie über solche Sachen nicht gesprochen, Herr Albrecht – der Medizinindustrie dominiert und weil die Einnahmeproblematik der gesetzlichen Krankenversicherung immer noch ungelöst ist,

(Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

wobei ich hier ausdrücklich sagen möchte, dass ich die neuesten Initiativen der Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt ausdrücklich unterstütze. Und wir reden über dieses Thema, weil soziale Prävention und Rehabilitation systematisch unterschätzt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Sicherung der geriatrischen Rehabilitation ist ein ernsthaftes Thema. Das sehen wir genauso wie Sie, die Sie den Antrag gestellt haben. Mit der gebotenen Seriosität – und das bedauere ich sehr – und Ernsthaftigkeit gehen Sie jedoch nicht an diese Problematik heran. Das möchte ich Ihnen gerne an zwei Punkten ...

(Nils Albrecht, CDU: Das ist unerhört, dass Sie uns die Seriosität absprechen, dass Sie mit solchen Totschlagargumenten arbeiten auf Kosten hilfebedürftiger Menschen! Das finde ich unerhört! – Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Nein. Ein Totschlagargument ist ein Argument, das sozusagen auf eine Behauptung keine Begründung folgen lässt. Ich will nicht genauso damit umgehen.

(Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Ich möchte Ihnen gern beweisen, warum ich das so sehe.

(Harry Glawe, CDU: Ja, dann mach mal!)

Sie sagen, die Landesregierung soll die Rahmenbedingungen für eine wirtschaftliche Versorgung in der geriatrischen Rehabilitation schaffen.

(Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Lassen Sie sich das mal bitte auf der Zunge zergehen! Die Gegenfrage, die ich stellen möchte, ist: Soll die Landesregierung jetzt die Bundesgesetze beschließen?

(Nils Albrecht, CDU: Nee, ein Geriatriekonzept ändern, mehr nicht. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Nein, nein. Es geht um die grundsätzlichen Rahmenbedingungen. Und die grundsätzlichen Rahmenbedingungen sind geregelt im SGB V. Wir sprechen über den Paragraphen 23 Absatz 8 des SGB V – Sie können ja gern nachfragen, Herr Glawe –

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und der hat in der Tat einen Webfehler. Das sehen wir. Nach diesem Paragraphen ist die geriatrische Rehabilitation in das Gesamtbudget der medizinischen Rehabilitation eingeordnet. Und um das mal plastisch zu machen, wie sich sozusagen dieses Problem quantifiziert darstellt, ist zu sagen, dass der Basiswert demnach aus dem Jahre 1999 stammt und damals sind 71,37 DM für die stationäre Rehabilitation je Versicherten festgelegt worden. Dieser Basiswert ist dann dynamisiert worden und der Betrag wurde angesichts der medizinischen und demographischen Entwicklungen, die durchaus nachvollziehbar sind, aus unserer Sicht um 8,72 DM im vergangenen Jahr überschritten. Und diese Gesetzessystematik Paragraph 23 Absatz 8 SGB V sagt, was ihr in dem einen Jahr überschritten habt, müsst ihr – in diesem Fall im Jahre 2002 – vom eigentlich zustehenden System wieder abziehen. Also anstelle der eigentlichen 74,95 DM, die es hätten sein sollen je Versicherten, sind es nur noch 66,23 DM. Und darin quantifiziert zeigt sich das Defizit. Es ist letztendlich eine Abwärtsspirale, um die es geht.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und das ist die widersinnige Situation, mit der wir es zu tun haben, dass wir einen Bedarf wegen der demographischen Entwicklung haben und gleichzeitig ein künstlich auf mathematischer Basis beruhendes abgesenktes Budget.

Wir haben im Übrigen im Gegensatz zu Ihnen dieses Budget nie verteidigt. Sie waren die Verteidiger eines Mechanismus, der jetzt wirkt, und dieser wirkt sich dann nun hier so konkret aus.

(Zuruf von Ministerin Dr. Martina Bunge)

Und Sie wissen – das wird ja deutlich, auch an dem, was Sie zur Einbringung oder zur Diskussion gesagt

haben – um diese rechtliche Systematik und die parlamentarischen Mechanismen. Sie suggerieren aber gleichzeitig – und das werfe ich Ihnen eben vor –, die Landesregierung würde boshaft den Menschen die Heilbehandlung verwehren.

(Nils Albrecht, CDU: Also an keiner Stelle lese ich dieses Boshafte.)

Mit Ihrem Antragstext liefern Sie den Beweis. Sie wollten hier nur den politischen Showeffekt. Sie wollten mal richtig auf die Pauke hauen

(Nils Albrecht, CDU: Das soll Ihre Ministerin tun. Wir müssen das überhaupt nicht tun.)

und dafür haben Sie sich den Rücken der Reha-Patienten dieses Landes ausgesucht. Und das ist mit uns nicht zu machen.

(Nils Albrecht, CDU: Jaja. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Zweitens. Ich habe ja gesagt, an zwei Punkten wollte ich das gern beweisen.

(Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Sie erklären wörtlich, dass die Überprüfung des Geriatriekonzeptes notwendig sei. Da kommt es auf die Worte an, die Überprüfung wäre notwendig. Und deswegen, Herr Albrecht, das hatte ich vorhin gesagt, haben Sie richtig im Landesseniorenprogramm nachgelesen. Dort steht drin, nicht nur die Überprüfung, sondern das Geriatriekonzept wird zu überarbeiten sein. Die Ministerin hat über den Arbeitsstand und den Arbeitsprozess hier gesprochen.

(Harry Glawe, CDU: Sie haben einen Termin genannt.)

Und weil Sie das gelesen haben, Sie haben es ja deutlich gemacht, ignorieren Sie letztendlich, dass die Landesregierung an einer Überarbeitung arbeitet.

(Nils Albrecht, CDU: Nein.)

An dieser Stelle muss ich Ihnen wirklich dann mangelnde Seriosität vorwerfen.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD – Heiterkeit bei Nils Albrecht, CDU, und Harry Glawe, CDU – Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, wir verschließen uns aber selbstverständlich nicht dem Problem. Das wäre ja auch fahrlässig und unverantwortlich. Drei Probleme müssen aus unserer Sicht betrachtet und sie müssen dringend und rasch gelöst werden:

a) die Frage der Budgetierung
Da sind wir wieder beim Paragraphen 23.

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

b) die Einweisungspraxis
Das kann ich fachlich nicht besser darlegen als mein geschätzter Kollege Herr Dr. Reißmann.

c) die Verweildauer in der geriatrischen Rehabilitation

Zur Budgetierung. Die PDS – ich möchte Ihnen nämlich deutlich sagen, wofür wir stehen und wie wir damit umzugehen gedenken – spricht sich dafür aus, dass die geriatrische Rehabilitation im Prozess der Planung und Bereitstellung finanzieller Mittel durch die Kostenträger ein eige-

nes Budget erhält, solange es noch Budgets gibt. Dazu muss das SGB V novelliert werden und die geriatrische Rehabilitation muss einen höheren Stellenwert erhalten.

(Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Zur Einweisungspraxis. Mit dem fortgeschriebenen Geriatriekonzept muss die Einweisungspraxis verändert werden. Es kann nicht sein – das ist hier deutlich gemacht worden –, dass der Hausarzt nicht verantwortungsvoll direkt zuweisen kann, denn wenn ...

(Harry Glawe, CDU: Das machen sogar die Bayern, sogar die Bayern.)

Wegen der Bayern. Warum sollen wir nicht darauf verweisen, darauf Bezug nehmen?

(Harry Glawe, CDU: Aber der Ministerpräsident hat doch was gegen Bayern.)

Die Idee haben wir nicht aus Bayern, die haben wir aus der Lebenssituation der Menschen hier vor Ort, dass sozusagen bei der Verschlechterung eines Gesundheitsstatus eines Patienten der Hausarzt sagen kann, er kann nicht direkt einweisen. Dann verschlechtert sich der Zustand gegebenenfalls noch mehr. Es muss über ein Akutkrankenhaus gegangen werden und wenn die Sache so weit gediehen ist, dann erst kommt sozusagen die Überweisung in eine Reha. Und das ist eigentlich widersinnig in Bezug auf die Ökonomisierung, von der ja dann letztendlich doch geredet wird.

Und zur Verweildauer möchte ich Ihnen sagen, dass die bisherige Erstbefristung der Verweildauer von 20 Tagen auf – Herr Glawe, und da sind wir uns wieder nahe – das Bundesniveau von 25 Tagen angehoben werden sollte. Notwendig ist, dass die geriatrische Rehabilitation einen eigenen gesetzlichen Status bekommt, und die geriatrischen Kliniken sollten die Möglichkeit erhalten, auch andere Versorgungsverträge abzuschließen. Das können sie bislang nicht. Es gibt so genannte Streubetten, wenn die Bettenauslastung so nicht gegeben ist, dass gegebenenfalls über Kurzzeitpflege auch die Wirtschaftlichkeit geregelt wird.

(Harry Glawe, CDU:
Oder Umsetzung von Betten.)

Und das muss auch wiederum gesetzlich geklärt werden.

Darüber hinaus spricht sich die PDS für eine Stärkung der Aus- und Fortbildung in der Geriatrie aus. Wir unterstützen die Forderung aus dem Hamburger Geriatriemanifest vom 10. Oktober vergangenen Jahres, das die Errichtung weiterer Lehrstühle für Geriatrie an den Medizinischen Fakultäten fordert. Des Weiteren sind wir der Meinung, dass durch Stärkung der Fortbildung herkömmliche Fachabteilungen befähigt werden müssen, geriatrisches Fachwissen umzusetzen. Und mit dem fortgeschriebenen Geriatriekonzept muss das geriatrische Konzil gestärkt werden. Es kann seiner aus unserer Sicht Leit- und Ausstrahlungsfunktion nicht umfassend gerecht werden, wenn lediglich in Stralsund 2,5, in Neubrandenburg eine, in Schwerin 0,5 und in Rostock 1,5 Stellen hierfür in unserem Flächenland zur Verfügung stehen.

Wir werden seitens der PDS die laufenden Aktivitäten der Sozialministerin konstruktiv und kritisch begleiten, so, wie es bislang auch der Fall war und, wie gesagt, sein wird.

(Nils Albrecht, CDU: Mit welchen Ergebnissen, Herr Koplin? Reden Sie doch mal von den Ergebnissen!)

Und eine Initiative der PDS zur Novellierung des SGB V – darauf kommt es sehr an – im Zuge der für 2003 angekündigten Gesundheitsreform

(Nils Albrecht, CDU: Ah!)

kündige ich hiermit seitens der PDS an. Ihren Antrag lehnen wir jedoch aus den besagten Gründen ab.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Koplin.

Das Wort hat jetzt noch mal Herr Glawe von der Fraktion der CDU.

Harry Glawe, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen!

(Dr. Margret Seemann, SPD: Und Kolleginnen.)

Und Kolleginnen, genau.

Geriatrische Rehabilitation in Mecklenburg-Vorpommern ist, denke ich, ein wichtiges Thema und wenn ich jetzt die Koalitionäre so verstanden habe, wie die Reden gehalten worden sind, sind Sie ja in der Sache unseren Forderungen sehr nahe gekommen. Das heißt, Sie lehnen den Antrag jetzt nur noch ab, weil er von der CDU kommt.

(Nils Albrecht, CDU: Ja, genau so. –
Torsten Koplin, PDS: Das ist doch Quatsch!
Das ist doch Quatsch! – Nils Albrecht, CDU:
Es gab keine Begründung dafür.)

Das ist ja eigentlich die Wahrheit. Ansonsten sind Sie ja gegenüber allen Fragen und Forderungen, die wir gestellt haben, sehr offen. Und Sie geben es ja auch zu. Herr Koplin hat vor allen Dingen auch gesagt, er will jetzt die Arbeit der Sozialministerin konstruktiv begleiten.

(Torsten Koplin, PDS: Das haben wir bislang immer gemacht.)

Im Umkehrschluss heißt das doch, dass Sie sozusagen durch unser Engagement auf dieses Thema gestoßen sind.

(Heiterkeit bei Nils Albrecht, CDU)

Und das finden wir schon hochinteressant.

Frau Bunge, noch mal zu Ihren Ausführungen, Sie hätten am 04.04.2002 dieses Thema abschließend behandelt und es sozusagen einer Lösung zugeführt.

(Angelika Gramkow, PDS: Das hat sie nicht gesagt. – Ministerin Dr. Martina Bunge:
Das habe ich nicht gesagt.)

Da kann ich Ihnen nur sagen: Kucken Sie mal zu diesem Thema in die Pressemitteilung der „Ostsee-Zeitung“ vom 5. März hinein, da war es schon öffentlich.

(Ministerin Dr. Martina Bunge:
Ich verhandle nicht nur einmal.)

Ja, es war auch mehrmals in anderen Zeitungen und es gibt einen regen Schriftverkehr mit Ihrem Ministerium. Das heißt, sehr viele besorgte Persönlichkeiten in unserem Land haben die Gefahr gesehen bei dem, was der Landtag 1998 wollte, die Lücke zwischen der Akutbehandlung in einem Krankenhaus mit einer geriatrischen Rehabilitation abzusichern, also sozusagen den Menschen eine höhere Versorgung zukommen zu lassen, eine bessere Lebensqualität letzten Endes, um Pflege zu vermeiden, also auch um Kosten zu sparen. Das heißt es ja letzten

Endes auch, denn die Pflegesätze 1, 2 und 3 kosten ebenfalls Geld und kommen aus einem Pflgetopf. Das heißt also: Dieses Ziel, was 1998 noch auf Initiative des damaligen Sozialministers Hinrich Kuessner, heutiger Präsident hier im Landtag, und der SPD- und CDU-Fraktion vorangetrieben wurde, stand in Gefahr zu scheitern. Deswegen, meine ich schon, ist unser Antrag vollkommen richtig. Es ist schon erstaunlich, dass Sie sozusagen nach der Vogel-Strauß-Methode verfahren: Erst mal Kopf in den Sand, nicht zur Kenntnis nehmen und dann wieder auftauchen und sagen, es hat sich alles aufgelöst, wir haben die Probleme gelöst.

Natürlich haben Sie in der letzten Zeit auch für Belegung in den Einrichtungen gesorgt. Dafür bin ich Ihnen auch dankbar, Frau Ministerin. Vor allen Dingen die Mitarbeiter sind dankbar, denn die Sorge ist ja einmal, den Patienten zu helfen. Andererseits geht es ja natürlich um Humankapital. Es geht darum, dass Arbeit im Land bleibt und sozusagen die hochmotivierten Mitarbeiter und Ärzte ihrer Tätigkeit nachgehen können und nicht immer unter dem Gefühl arbeiten müssen: Morgen muss ich vier Stunden arbeiten, übermorgen darf ich drei Stunden arbeiten, dann wieder sechs, je nach Bedarf. Das ist natürlich keine Kontinuität und verunsichert.

Deswegen, denke ich schon, ist es richtig, dass wir dieses Thema heute hier im Landtag behandeln und es auch den Medien im Vorfeld zugänglich gemacht haben. Dazu stehe ich und ich freue mich auch darüber, dass Sie letzten Endes, Frau Ministerin, dann jetzt bereit sind, die Dinge etwas konstruktiver zu begleiten von Seiten der Aufsicht.

(Angelika Gramkow, PDS: Ach, Herr Glawe! – Dr. Ulrich Born, CDU: Sie schüttelt mit dem Kopf, Harry.)

Sie schütteln mit dem Kopf?

(Ministerin Dr. Martina Bunge: Ja, weil ich das tue.)

Sie tun das. Dann ist es doch in Ordnung. Ich habe nichts anderes gesagt.

(Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Ich habe doch nichts anderes gesagt. Das ist doch in Ordnung.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Aber ab und zu ist es doch gut, wenn die Opposition Sie auch mal auffordert, dass Sie es noch mal richtig verinnerlichen und es nicht nur Strohfeuer ist,

(Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

sondern sozusagen die Belegungszahlen kontinuierlich bleiben, denn das ist ja entscheidend.

(Peter Ritter, PDS: Mensch, wir könnten so viel Zeit einsparen!)

Denn wenn Sie sich die Belegungszahlen letztens ansehen im Rahmen der Tage plus Pflgetage und Zuweisungen – was hatten Sie gesagt? Sie sprachen von 1.900 Fällen, ich hatte 1.880 Fälle. Gut, das ist eine kleine Differenz, aber ich meine, das reicht im Prinzip nicht aus, um diese drei Einrichtungen auf Dauer kontinuierlich auch im wirtschaftlichen Bereich zu halten.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Denn ich glaube nicht, dass die Geschäftsführer und Ökonomen an den Einrichtungen so unwirtschaftlich denken, denn sie müssen Abschreibungen kalkulieren, sie müssen Betriebskosten kalkulieren, sie müssen Löhne kalkulieren und ich muss auch gute Mitarbeiter halten. Die Fragen, denke ich, sind in diesen Häusern ganz gut aufgehoben. Und ich glaube auch nicht, dass die Krankenkassen, die seit 1998 die Tagessätze nicht erhöht haben, hier nun mit großem Beispiel vorangehen und sozusagen diesen Einrichtungen durch Nichtstun eben helfen oder durch Verweigerung der Erhöhung der Budgets. Das ist, denke ich, nicht auskömmlich. Man muss da auch ein bisschen – zumindest im Rahmen der Inflationsrate – nachlegen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Meine Damen und Herren, ich freue mich letzten Endes, dass es uns gelungen ist, der CDU gelungen ist, dieses Thema zu transportieren, bei Ihnen eine gewisse Sensibilität zu erreichen. Und wenn Sie den Antrag jetzt ablehnen,

(Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

ist es zwar schade, aber in der Sache haben wir uns durchgesetzt, und darüber freuen wir uns. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS – Angelika Gramkow, PDS: Sie sind aber schon mit wenig zufrieden. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das nimmt sowieso keiner zur Kenntnis.)

Vizepräsidentin Renate Holznel: Danke schön, Herr Glawe.

Das Wort hat noch mal der Abgeordnete Herr Koplín von der Fraktion der PDS.

Torsten Koplín, PDS: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Glawe, ich wollte Ihre Freude dann doch noch ein ganz klein wenig trüben.

(Harry Glawe, CDU: Das ist klar. Wasser in den Wein kippen. – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Ja, aber nicht Wasser in den Wein, den Wermutstropfen, den Sie selbst geliefert haben, denn Sie verhalten sich einfach unseriös.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Erstens. Sie ignorieren die Zuständigkeiten im Gesundheitswesen und versuchen hier glaubhaft zu machen, es würde nichts getan werden.

(Nils Albrecht, CDU: Nein, Sie verbarrikadieren sich!)

Und zweitens suggerieren Sie Handlungsverweigerung im Sozialministerium, die es einfach nicht gibt.

(Harry Glawe, CDU: Wollen Sie die Aufsicht des Sozialministeriums über die AOK in Frage stellen? – Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Dann jetzt noch mal die Zeitschiene – das Problem ist präsent, das ist uns hier auch noch mal jetzt von allen dargelegt worden.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Die Aufsicht des Sozialministeriums über die AOK bestreiten wir doch nicht.)

Im Oktober ist zum Landessenorenplan darüber bereits gesprochen worden, dass dieses Konzept überarbeitet wird.

(Harry Glawe, CDU: Aber die Wirkung ist doch nicht da, mein Lieber.)

Und die Ministerin hat eben noch mal deutlich gemacht, dass es sowohl im März als auch im April

(Nils Albrecht, CDU: SGB V 2003.)

eine entsprechende Verhandlung an ihrem Tisch gegeben hat. Aber ich will Ihnen ganz gern sagen, wie ich das bewerte, was die da tun. Sie initiieren ja die Probleme, Sie initiieren sie.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU:
Wir sind das Problem, ja?)

Nein, nein, nicht Sie. Aber Sie initiieren sie anhand der Pflege. Wir werden nachher noch darüber reden. Dann melden bestimmte Kreise ihren kreislichen Pflegeplan nicht ...

(Nils Albrecht, CDU: Und das legitimiert Sie zum Nichthandeln?! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Nein, nein. Sie melden ihn nicht, sie springen drauf und sagen, es gibt den Landespflegeplan deshalb nicht.

(Harry Glawe, CDU: Gibt's auch nicht.)

Wissen Sie, ich will Ihnen mal sagen, wie ich das ganz einfach sehe, und werde daran erinnert, wie Goethe seine Zeitgenossen in jungen Jahren mal reflektierte, als er ganz verwundert gesagt hat, er trifft immer wieder auf Menschen, die irgend etwas in Erfahrung bringen und gleichzeitig schon glauben, dass Sie es verstanden haben.

(Harry Glawe, CDU: Ja, wir haben es verstanden.)

Und mir scheint, solche Zeitgenossen sind Sie wohl. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Da hilft auch Goethe nicht.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Koplín.

Ich schließe die Aussprache.

(Harry Glawe, CDU: Kann ich noch mal? –
Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD,
CDU und PDS – Heinz Müller, SPD:
Affront gegen die Präsidentin.)

Die Aussprache ist jetzt bereits geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2821. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2821 bei Zustimmung der Fraktion der CDU mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 21:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Landesprogramm zur Förderung von Investitionen zur qualitativen und quantitativen Verbesserung der Situation bei den Pflege- und Behinderteneinrichtungen sowie den Gemeinschaftseinrichtungen der Altenhilfe des Landes, Drucksache 3/2822.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Landesprogramm zur Förderung von Investitionen zur qualitativen und quantitativen Verbesserung der Situation bei den Pflege- und Behinderteneinrichtungen sowie den Gemeinschaftseinrichtungen der Altenhilfe des Landes
– Drucksache 3/2822 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Glawe.

(Angelika Gramkow, PDS: Ein bisschen flott,
Herr Glawe! – Zuruf von Nils Albrecht, CDU –
Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS:
Herr Glawe, Sie haben das jetzt nicht gehört.)

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der aufgerufene Tagesordnungspunkt ist, denke ich, ein ganz wichtiger.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Der Landespflegeplan hätte schon vor gut 18 Monaten fortgeschrieben sein müssen und wir stellen fest, dass sozusagen das Sozialministerium, sprich die Sozialministerin, diesem gesetzlichen Auftrag bis heute nicht nachgekommen ist.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Uecker-Randow,
CDU-Landrat. – Nils Albrecht, CDU: Sind
Sie denn da gewesen und haben es geändert?)

Und das, denke ich, sollten wir hier mal besprechen.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Meine Damen und Herren, von Seiten des Sozialministeriums ist mit Stichtag vom 31.12. ...

(Nils Albrecht, CDU: Für Ihren Landrat sind Sie
selber zuständig. – Volker Schlotmann, SPD:
Ich möchte Herrn Glawe hören.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordnete – Herr Glawe, entschuldigen Sie –, ich bitte, die Gespräche untereinander zu unterlassen und dem Redner zuzuhören.

(Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Harry Glawe, CDU: Das darf mir dann von der Zeit eigentlich abgezogen werden, nicht?

Landesweit ist am 31.12. eine Analyse aller Pflegeheimen und ihrer Bewohner durch das Sozialministerium erhoben worden. Damals – und zwar 1999 – waren Pflegekapazitäten von 14.682 Pflegeplätzen festgestellt worden. Davon waren mit Altenheimbewohnern in der Pflegestufe null 250 sowie zum Stichtag 14.367 Betten belegt, davon 164 Apallikerbetten, 762 Suchtkranke, 1.079 geistig Behinderte, 537 psychisch Kranke und 932 geistig und psychisch Kranke. In den Pflegeeinrichtungen im Land Mecklenburg-Vorpommern leben 605 Bewohner aus anderen Bundesländern und 1.654 Bewohner, die aus anderen Landkreisen oder kreisfreien Städten in Heimen sind, die also regional den jeweiligen Gebietsstrukturen nicht zuzuordnen sind. Das entspricht einem Anteil von 17,5 Prozent der Bewohner.

Meine Damen und Herren, in Mecklenburg-Vorpommern lebten im Jahr 2000 268.000 Bürger, die älter als 65 Jahre waren, und davon lebten allein in den Altenheimen 10.893 und in den Sondereinrichtungen 3.774. Ins-

gesamt ergab sich die Frage: Wie ist mit diesen Zahlen umzugehen, was ist im Gegensatz zu dem ersten Landespflegeplan zu machen, und zwar bei den vorausschauenden Daten? Es wurden Bettenkapazitäten zwischen drei bis vier Betten je 100 Einwohner ab 65 Jahre als Kriterium 1997 festgestellt und danach wurde empfohlen, an alle Landkreise und kreisfreien Städte jetzt 3,5 bis 4,5 als Richtwert anzusetzen. Damit haben sich automatisch die Rahmenbedingungen in den einzelnen Landkreisen geändert und diese Rahmenbedingungen drücken jetzt sozusagen auf die Zukunft.

Einerseits haben wir es dem Artikel 52 zu verdanken, dass wir im Land Mecklenburg-Vorpommern rund 8.000 Betten sanieren oder neu bauen konnten. Und das ist ein Bundesprogramm, das durch die CDU initiiert worden ist, meine Damen und Herren, und eigentlich für die neuen Länder gedacht war bis zum Jahr 2002. Durch Finanzsorgen des Bundes sind jetzt diese Mittel bis zum Jahre 2004 gestreckt worden und stehen also noch weiterhin zur Verfügung. Aber die Krux dieser Geschichte ist, dass alle Mittel weitestgehend schon gebunden sind und mit Blick auf den neuen Landespflegeplan in dieser Richtung eine Aussage des Landes Mecklenburg-Vorpommern, also auch des Landtags letzten Endes erwartet wird, nämlich die folgende Frage zu beantworten: Ist das Land Mecklenburg-Vorpommern weiterhin bereit, einen Investitionszuschuss für Alten- und Pflegeheime zu garantieren, zu sichern, durch Darlehen bereitzustellen, oder ist das Land Mecklenburg-Vorpommern dazu nicht bereit? Die Artikel-52-Finanzierung war bis jetzt so, dass 75 Prozent der Mittel vom Bund kamen, 20 Prozent vom Land und 5 Prozent haben sich Kommunen und Träger geteilt. Diese Finanzierung hat, denke ich, einen Standard erreicht, wo man sagen kann, hier ist eigentlich Beispielhaftes geleistet worden, und zwar durch alle Parteien, die hier im Landtag mal das Sagen hatten.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Aber jetzt kommt die Frage, die ich vorhin angesprochen habe: Was kommt danach? Was kommt also sozusagen in den Haushaltstiteln, die bis zum Jahre 2004 durch Artikel-52-Gelder plus Landesgelder gebunden sind? Welche Mittel bekommen wir noch? Sind es 20 Prozent, sind es 10 Prozent, sind es gar keine Mittel? Dazu muss von der Sozialministerin eine Aussage getroffen werden. Alle Wohlfahrtsverbände, freien Träger, Landkreise und Sozialhilfeträger erwarten hier eine Antwort. Wenn es nicht so sein sollte, dass das Land sagt, wir finanzieren in dieser Frage nicht mehr, muss ja über neue Finanzierungsmodelle und Investitionsmodelle nachgedacht werden, denn es kann ja nicht so weitergehen. Wir müssen die Bauwirtschaft ankurbeln, also hier auch etwas tun.

Dann ist die Frage zu stellen, sind private Finanzierungen nötig und in welchem Umfang fallen diese dann den Pflegesätzen anheim? Nach unseren Schätzungen werden die Pflegesätze dann etwa um 25 bis 30 Euro pro Tag steigen. Das heißt, es ist zu erwarten, dass ein gewisser Anteil von Pflegebedürftigen trotz Pflegestufe, trotz Rente dann auch wieder in Sozialhilfe fällt. Es ist ja so gewesen, dass durch die Pflegeversicherung eine Million Menschen aus der Sozialhilfe herausgeführt worden sind, aber mit Blick auf den Landespflegeplan muss hier für die Zukunft und für die Planungssicherheit aller Beteiligten eine Aussage her. Und, Frau Ministerin, ich hoffe, dass Sie uns die heute geben. Ich weiß auch, dass in Ihrem Hause etliche Schreiben eingegangen sind, die eine Aussage Ihrerseits

und Stellungnahme Ihres Hauses zu diesem brennenden Thema fordern.

(Nils Albrecht, CDU: Na, das ist doch schon mal ein guter Anfang, Harry. – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Ja, Frau Bunge sagt ja, das alles, was sie hat, habe ich auch.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist ja sehr gut. – Nils Albrecht, CDU: Aha!)

Das sagt sie, es ist zwar nicht so, aber wenn es uns gelingt, den Eindruck zu erwecken, ist es ja auch nicht schlecht.

(Nils Albrecht, CDU: Du hast alles, was sie hat.)

Meine Damen und Herren, wir wollen die Zukunft der älteren Generation im Land Mecklenburg-Vorpommern weiter sichern. Dazu brauchen wir diesen Pflegeplan, dazu brauchen wir Aussagen in der teilstationären Pflege und in der stationären Pflege, natürlich auch in der ambulanten Pflege. Es ist sicherlich so, wie vorhin Frau Seemann gesagt hat, alle Landkreise sind noch nicht in der Diskussion. Ich habe aber vorher diesen Termin 31.12.1999 nicht umsonst genannt. Das Sozialministerium hat die Eckdaten der Planung seit zwei Jahren auf dem Tisch. Sie kennt also die gesamte Ausgangslage

(Nils Albrecht, CDU: Richtig, richtig.)

und braucht bis heute, um sozusagen uns zu erklären, dass sie noch nicht so weit sind, dass der eine und der andere Landkreis noch nicht beschlossen hat. Die entscheidende Botschaft ist doch: 16 oder 15 Gebietskörperschaften haben die Entscheidung gefällt

(Dr. Margret Seemann, SPD: Aber zum Teil doch auch erst vor kurzem, Herr Glawe.)

und es kann nicht daran scheitern, dass zwei oder drei säumig sind und der Rest darunter leidet. Vor allen Dingen leiden ja auch die älteren Bürger, die auf einen Heimplatz warten. Die Wartelisten im Land sind größer geworden, die Singlehaushalte sind größer geworden, die Lebenserwartung steigt, die Gesellschaft sucht Antworten und wir als CDU wollen sie der Gesellschaft nicht vorenthalten. Deswegen haben wir uns entschlossen, dieses Thema auf die Tagesordnung zu setzen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr gut.)

Und es ist uns ja auch gelungen, bei Ihnen in gewisser Weise für Überraschungen zu sorgen.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Sie sehen, dass wir trotz Opposition intensiv an den Dingen dran sind, und ich würde mich freuen, wenn wir hier eine konstruktive Diskussion zu den Alten- und Pflegeheimen, aber auch zu den Sondereinrichtungen, die gerade für geistig und mehrfach Geschädigte und andere, wie Drogensüchtige, psychisch Kranke uns so weiter, wichtig sind, führen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Glawe.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen

Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Sozialministerin Frau Dr. Bunge.

Ministerin Dr. Martina Bunge: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Meine Damen und Herren von der CDU, mit Ihrem Antrag zur Pflegeplanung in Mecklenburg-Vorpommern sprechen Sie eine höchst wichtige Problematik an.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr wahr! Sehr wahr! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Das sei Ihnen zugestanden. Wenn Sie dabei jedoch suggerieren, die Landesregierung auf Trab bringen zu müssen, dann kann ich Ihnen nur sagen, wir unternehmen die erforderlichen Maßnahmen, wir handeln in kontinuierlicher Abfolge und wir setzen uns wie alle Landesregierungen Mecklenburg-Vorpommerns seit Beginn der 90er Jahre mit den quantitativen und qualitativen Konsequenzen des demographischen Alterungsprozesses auseinander.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Also ein untauglicher Versuch. Mit Strafe wird das nichts.)

Mit dem zweistufigen In-Kraft-Treten der Pflegeversicherung wurde 1994 eine selbständige Säule der Sozialversicherung zur Versorgung pflegebedürftiger Bevölkerungskreise fest etabliert. Seit 1996 gilt im Land das Gesetz über die Planung und Förderung von Pflegeeinrichtungen. An diese Rahmenbedingungen hat sich die Landespolitik in Gänze zu halten.

(Nils Albrecht, CDU: Eben.)

Und das halte ich für wichtig an dieser Stelle zu betonen.

(Harry Glawe, CDU: Sehr gut. – Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Sie werden noch sehen.

(Nils Albrecht, CDU: Jaja.)

Oberstes Ziel unseres Wirkens ist, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass immer mehr Ältere möglichst lange in der vertrauten Wohnung, im gewohnten sozialen Umfeld leben können. Dazu unterstützt das Land den Aufbau von Sozialstationen und Pflegediensten und mit dem Ausbau des betreuten Wohnens, mit Mitteln des Arbeits- und des Sozialministeriums untersetzt, entsteht eine echte Alternative in der Versorgungslandschaft.

Das alles macht die stationäre Altenhilfe nicht überflüssig. In den vergangenen zehn Jahren wurden in Alten- und Pflegeheimen rund 10.800 Plätze neu gebaut oder grundlegend saniert, im Wesentlichen durch öffentliche Haushaltsmittel. Der Bund unterstützte dabei die neuen Länder mit einem großzügigen Investitionsprogramm nach Artikel 52 des Pflegeversicherungsgesetzes. Von 1995 bis 2004 hat Mecklenburg-Vorpommern 761 Millionen DM beziehungsweise 389 Millionen Euro Bundesmittel mit Landes- und kommunalen Mitteln gebunden und verbaut. Nahezu drei Viertel des gesamten Platzangebotes sind im letzten Jahrzehnt auf hohem Niveau fertig gestellt worden.

Die statistisch sich abzeichnende demographische Entwicklung und auch die Bedarfslage in den kreisfreien Städten und in den Landkreisen zeigt, dass die Aufstockung der Platzzahl in den Heimen weiterhin notwendig ist. Bezogen auf 1991 bis 2008 – ein Zeitraum, den wir

in die konkrete Vorausschau einbezogen haben – entwickelt sich die Anzahl der über 60-Jährigen auf 160 Prozent, die der über 80-Jährigen auf über 120 Prozent. Wir stehen also vor der Aufgabe, wegen baulicher und räumlicher Gegebenheiten weiterhin Ersatzbauten zu schaffen und zugleich die Platzzahl bedarfsgerecht aufzustocken.

Seit dem Jahr 2000 befassen sich nach Aufforderung des Sozialministeriums die Kreise mit ihrer Pflegeplanung, die laut Gesetz Voraussetzung für die Landespflegeplanung ist. Zunächst erfolgte in den Landkreisen und kreisfreien Städten eine Bestandserhebung zum 01.01.2000. Das Sozialministerium hat parallel die konzeptionellen Vorgaben und Rahmendaten für die Fortschreibung der Landespflegeplanung erarbeitet. Vor der Beschlussfassung der Kreispflegepläne wurden die Träger beziehungsweise deren Verbände einbezogen, die Entwürfe mit der Arbeitsebene des Sozialministeriums besprochen.

Leider haben bis heute noch nicht alle Kreise ihre Pflegeplanung abgeschlossen. Dazu gehört auch ein CDU-geführter Kreis. Bei der Verwaltung ist alles klar, aber die politische Ebene, die CDU-Seite, blockiert. In dem anderen Kreis liegt es an einem fünffachen Wechsel auf einer Stelle, die in der Verwaltung dafür zuständig ist. Die neue Landrätin auf Rügen hat es schwer in der Zeit, aber sie wird es bis Anfang Mai schaffen, die Pflegeplanung vorzulegen.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Gesine Skrzepski, CDU)

Trotz mehrmaliger Appelle meinerseits gegenüber den Sozialdezernenten, den Landräten und den kommunalen Spitzenverbänden ist diese Situation entstanden. Also diejenigen, die einwirken konnten, haben es auch nicht geschafft, dass ihre Pläne fertig werden.

Ungeduldig werdend tendierte daher der Landespflegeausschuss, der letztlich das Benehmen über die Landespflegeplanung herstellen muss, bereits in die Richtung, die säumigen Kreise gar nicht in die Landespflegeplanung aufzunehmen, ein Herangehen, das ich natürlich unter dem Gesichtspunkt einer gleichmäßigen Entwicklung aller Landesteile nicht billigte. Ich konnte eine Verständigung dahin gehend erwirken, dass wir Anfang Mai die Landespflegeplanung abschließen und gegebenenfalls auch einen kreislichen Planentwurf einbeziehen. Ich rechne fest damit, dass am 6. Mai im Landespflegeausschuss das Benehmen über den Landespflegeplan herbeigeführt wird.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Dieser Vorgang zeigt, in welches Spannungsfeld auch die Landesregierung bei strikter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben kommt. Und die gesetzliche Vorgabe ist die Achtung der kommunalen Selbstverwaltung. Hier war zu entscheiden zwischen Termintreue, die in der Verordnung fixiert ist, und der kommunalen Selbstverwaltung, die im Gesetz fixiert ist. Ich habe mich für Letzteres entschieden.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Durch die gegenüber den Planvorgaben der Pflegeplanungsverordnung verspätete Vorlage des Papiers bleibt aber kein Heim ungebaut – und ich glaube, das ist das Wichtigste –, denn für die Jahre 2002 und 2003 sind die für die Finanzierung von Neubauten und Sanierung von Altenpflegeheimen im Haushalt vorgesehenen Mittel wei-

testgehend für die Abwicklung des Investitionsprogramms nach Artikel 52 Pflegeversicherungsgesetz gebunden und mit den betreffenden Landkreisen und kreisfreien Städten sowie mit dem Bundesarbeitsministerium abgestimmt. Folglich können bis auf wenige dringende Ausnahmen neue Maßnahmen erst für die Jahre ab 2004 eingeordnet werden. Das ist den Kreisen bekannt.

Auch darum, wie es dann weitergeht mit der Finanzierung von stationären Pflegeeinrichtungen, hat sich die Landesregierung kontinuierlich gekümmert:

Erstens. In der Mittelfristigen Finanzplanung ist der bisherige Mittelansatz weitestgehend gleichbleibend fortgeschrieben worden. Das ist angesichts der dringend erforderlichen Haushaltssanierung eine bewusste Prioritätensetzung.

Zweitens. Im Sommer letzten Jahres trafen sich die Sozialministerinnen und Sozialminister der ostdeutschen Länder mit der Bundesebene, um eine gemeinsame Strategie für die Erfordernisse nach Auslaufen von Artikel 52 des Programms zu verabreden. Eine Weiterführung des speziellen Ostprogramms konnte wegen des prekären Zustands, in dem sich weite Teile der Altenpflegeeinrichtungen in den alten Bundesländern befinden, nicht erzielt werden. Ich meine, Sie sollten mal Ihre rosa Brille absetzen und wirklich sehen, was auch in den alten Bundesländern teilweise für problematische Zustände herrschen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Erreicht werden konnte aber, dass mit dem Solidarpakt II festgelegt wurde, dass die IFG-Mittel auch für den Ausbau der sozialen Infrastruktur einsetzbar sind.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS,
und Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Drittens. Das Sozialministerium entwickelt seit letztem Jahr Finanzierungsvarianten für die Realisierung des künftigen Bedarfs für die Jahre ab 2004. Dabei sind Fragen nach dem Verhältnis von Zuschuss- und Kreditfinanzierung, der Akquirierung von IFG-Mitteln, zum Maß der künftigen Einbeziehung Pflegebedürftiger, zum Beibehalten der Objektförderung oder Umstieg auf Subjektförderung zu stellen.

Der Landespflegeplan wird nach der Sitzung des Landespflegeausschusses im Amtsblatt veröffentlicht. Er wird wie die Finanzierungsüberlegungen die Grundlage für die Haushaltsentscheidungen für die Jahre 2004 und folgende sein. Die detaillierten endgültigen Haushaltsentscheidungen müssen nach Auffassung der Landesregierung dem kommenden Landtag obliegen.

Ich unterbreite heute hiermit das Angebot, dem Sozialausschuss im Juni die vom Sozialministerium erarbeiteten Entscheidungsgrundlagen für die Pflegeinvestition ab dem Jahre 2004 zur Kenntnis zu geben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS und Dr. Margret Seemann, SPD)

Summa summarum wird die Landesregierung den eingeschlagenen Weg der Verbesserung sowie des Ausbaus der Altenhilfeliandschaft konsequent weitergehen.

Ich hoffe, Herr Glawe, Sie haben trotz Ihrer Ablenkung meinen Vorschlag gehört,

(Harry Glawe, CDU: Ich habe ihn gehört. Im Juni im Landtag wollen wir darüber reden.)

falls Sie noch mal sprechen und Sie wieder nicht wissen, worüber hier debattiert wird.

Die stationären Pflegeheime werden weiterhin als ein fester Bestandteil eines ganzheitlichen Hilfesystems bei Vernetzung mit anderen Hilfeangeboten dienen. Ich erwarte aber auch, dass aus der Zusammenführung von Entscheidungs- und Kostenverantwortung in der Sozialhilfe bei den Landkreisen und kreisfreien Städten etliche Impulse für die bürgerorientierte Sozialplanung im kleinräumigen Bereich und damit auch für die Bewältigung des enormen Pflegebedarfs hervorgehen. Diese Politik gilt es in der nächsten Legislaturperiode fortzusetzen. – Ich danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Seemann von der Fraktion der SPD.

Dr. Margret Seemann, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Der Bund gewährt gemäß Artikel 52 Pflegeversicherungsgesetz seit 1995 zur zügigen und nachhaltigen Verbesserung der Qualität der ambulanten, teil- und vollstationären Versorgung der Bevölkerung und zur Anpassung an das Versorgungsniveau der alten Länder zeitlich befristet Finanzhilfen in Höhe von jährlich 800 Millionen DM, insgesamt also 6,4 Milliarden DM. Nach dem Jahresbericht 2000 der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit konnten von 1995 bis 1999

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

378 Einrichtungen in Betrieb genommen werden. Hierfür wurden den neuen Ländern bisher über 3,1 Milliarden DM zur Verfügung gestellt. Die Länder stellen sicher, dass wenigstens 20 Prozent der öffentlichen Investitionsmittel aus Mitteln des Landes beziehungsweise der Gemeinden aufgebracht werden.

Die Investitionsprogramme der Länder enthielten nach dem Bericht mit Stand 1. Januar 2000 insgesamt 827 Einzelprojekte mit einem Volumen von rund 7,2 Milliarden DM. Davon wurden rund 5,2 Milliarden DM als Finanzhilfen des Bundes eingeplant. Frau Ministerin Bunge hat heruntergebrochen auch schon dargestellt, was das für unser Bundesland bedeutet. Und ich denke, daran wird auch die gewaltige Leistung deutlich, die in diesem Bereich in den letzten Jahren vollbracht wurde. Darüber hinaus wurden im Rahmen des „Modellprogramms zur Verbesserung der Versorgung Pflegebedürftiger“ seit 1991 für 73 Projekte Mittel in Höhe von rund 135 Millionen DM für ambulante Einrichtungen, Tages- und Kurzzeitpflege sowie stationäre Pflegeeinrichtungen ausgegeben.

Wir sollten also nicht vergessen, wenn wir heute über das Thema debattieren, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass wir große Fortschritte gerade im Bereich der Pflegeeinrichtungen vorzuweisen haben. Ich habe zu DDR-Zeiten einige Zeit in einem Heim für Schwerstbehinderte gearbeitet. Und wenn wir das vergleichen,

(Nils Albrecht, CDU: Da können wir Herrn Blüm danken.)

wie das Heim ausgesehen hat und in welchen Einrichtungen die Betroffenen jetzt leben, dann können wir mit Fug und Recht sagen, dass sich in den letzten zwölf Jah-

ren hier Gewaltiges vollzogen hat, auch im Interesse der Betroffenen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig.)

Nach dem Landesseniorenprogramm wurde in Mecklenburg-Vorpommern in den Jahren von 1991 bis 2000 durch umfangreiche Neubauten und grundlegende Sanierungen die Infrastruktur erheblich verbessert, so dass heute etwa 8.000 Plätze in stationären Pflegeeinrichtungen und 300 Plätze in Tagespflegeeinrichtungen mit finanzieller Förderung des Bundes,

(Nils Albrecht, CDU: Können Sie weglassen, haben Sie doch schon mal gesagt.)

des Landes und der Kommunen hinsichtlich ihrer räumlichen Ausgestaltung ...

Herr Albrecht, ich rede immer noch das, was ich reden möchte, und nicht das, was Ihnen einfällt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

... und Ausstattung dem heutigen Stand der pflegerischen Versorgung entsprechen und für die Zukunft gerüstet sind.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

In den nächsten Jahren, so heißt es im Landesseniorenprogramm, bis zum Abschluss des Investitionsprogramms, nach Artikel 52 Pflegeversicherungsgesetz etwa im Jahr 2004, werden noch circa 2.000 Plätze in stationären Pflegeeinrichtungen und voraussichtlich etwa 100 Plätze in Tagespflegeeinrichtungen durch Neubau oder durch grundlegende Sanierung mit einer Förderung im Rahmen des Artikels 52 Pflegeversicherungsgesetz den heutigen Anforderungen entsprechend angepasst werden. Damit wird dieses Investitionsprogramm mit einem Ergebnis, das sich sehen lassen kann, zum Abschluss kommen.

Ich war letzte Woche zu einer Rundreise durch DRK-Einrichtungen im Landkreis Ludwigslust

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

mit der DRK-Präsidentin des Landesverbandes des DRK Frau Kollegin Bärbel Nehring-Kleedehn und ich kann nur sagen, man konnte stolz sein, was dort wirklich vorgezeigt werden konnte und wie auch das Pflegepersonal, Herr Albrecht, sich dort im Interesse der Bewohner engagiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Problem, das besteht und auch schon angesprochen wurde, ist die Fortschreibung der Landespflegeplanung. Und wir haben es wiederholt gesagt, hier fehlen eben noch einige Kreise, unter anderem auch der Landkreis Uecker-Randow, Herr Glawe. Vielleicht sollte man da mal mit dem CDU-Landrat sprechen, dass sie ein bisschen schneller in die Puschen kommen.

(Nils Albrecht, CDU: Der hört mehr auf Frauen. Fahren Sie mal hin!)

Aber die Fortschreibung der Landespflegeplanung soll nach dem Willen der Sozialministerin Anfang Mai abgeschlossen werden, unabhängig davon ...

(Harry Glawe, CDU: Es kann doch nicht sein, dass man 720 Tage dafür braucht, um das Ergebnis hinzukriegen.)

Darf ich weiterreden, Herr Glawe?

(Harry Glawe, CDU: Wir fahren beide hin.)

Die Landespflegeplanung soll also Anfang Mai abgeschlossen werden.

(Unruhe bei Dr. Ulrich Born, CDU, Wolfgang Riemann, CDU, und Reinhard Dankert, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren der Fraktion der CDU! Das Wort hat Frau Dr. Seemann.

Dr. Margret Seemann, SPD: Die Landespflegeplanung wird Anfang Mai abgeschlossen, unabhängig davon, ob die Kreise fertig sind oder nicht. Aus heutiger Sicht soll also am 6. Mai des Jahres das Benehmen mit dem Landespflegeausschuss herbeigeführt werden. Nach den vorliegenden Daten resultiert daraus ein zu finanzierender Platzbedarf für 68 Investitionsmaßnahmen mit 2.563 Plätzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ursprünglich sollte das Programm 2002 auslaufen. Da der Bund die Bereitstellung der Bundesmittel im Investitionsprogramm nach Artikel 52 Pflegeversicherungsgesetz auf die Zeit bis zum Jahr 2004 gestreckt hat, wird auch das Land die Bereitstellung der Landesmittel auf diesen Zeitraum strecken. Was wir natürlich brauchen, ist eine Finanzierungsregelung für danach. Und einmal ganz nebenbei bemerkt, Herr Glawe, vielleicht ist es Ihnen entgangen, dass wir uns eigentlich mit dem Thema auch schon mal beschäftigt hatten.

(Harry Glawe, CDU: Ich habe nichts gehört.)

Ich hatte das mehrfach während der Haushaltsberatungen angesprochen.

(Harry Glawe, CDU: Und was war die Konsequenz?)

Ich kann mich aber nicht entsinnen, dass bei Ihnen was Substantielles daraus hervorgegangen ist.

(Harry Glawe, CDU: Da hätten Sie gleich Mittel einstellen müssen. Dann wäre es gut gewesen.)

Wir können sicherlich in dieser Legislaturperiode nicht mehr beschließen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

welche Art der Finanzierung dann durchgeführt werden sollte,

(Harry Glawe, CDU: Natürlich hätten Sie das machen können.)

denn ich bin der Auffassung, dass dies in die Entscheidung und Verantwortung des nächsten Haushaltsgesetzgebers gelegt werden muss, denn es betrifft den Haushalt 2004 und 2005.

(Beifall Sylvia Bretschneider, SPD, und Dr. Harald Ringstorff, SPD)

Und wenn ich noch daran denke, dass Sie schon Probleme mit dem Doppelhaushalt 2002/2003 hatten, und dann stellen Sie sich hin und sagen, machen Sie mal was fertig für 2004/2005.

(Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Harry Glawe, CDU)

Was ist denn das für eine Doppelzüngigkeit? Das erklären Sie mir mal!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Gerade so, wie es Ihnen passt. Einmal passt Ihnen 2002/2003 nicht und plötzlich soll es noch zwei Jahre länger gehen. Also!

(Dr. Ulrich Born, CDU: Versuchen Sie es doch mal bei der Mittelfristigen Finanzplanung!)

Somit sollte zu Beginn der nächsten Legislatur dieses Thema sofort auf die Tagesordnung gesetzt werden,

(Harry Glawe, CDU: Es gibt die Mittelfristige Finanzplanung, Frau Seemann.)

damit den Abgeordneten ausreichend Zeit verbleibt, sich intensiv mit der Problematik auseinander zu setzen und sich auch über das weitere Vorgehen zu verständigen.

(Harry Glawe, CDU: Bloß, Sie konnten sich wieder nicht gegen Frau Keler durchsetzen.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, uns allen ist natürlich klar, dass wir zukünftig mehr Pflegebetten benötigen werden, und dies nicht erst seit der Diskussion zur demographischen Entwicklung im Landtag. Wir haben einen Nachholbedarf für vorhandene Einrichtungen, die aufgrund der Heimmindestbauverordnung zukünftig nicht mehr belegt werden können. Ich gehe ja davon aus, dass das Sozialministerium auch ohne abgeschlossene Landespflegeplanung den zukünftigen Bedarf einschätzen kann. Wir haben schon einen höheren Bedarf aufgrund der jetzt vorliegenden Zahlen aus Landkreisen und kreisfreien Städten.

(Harry Glawe, CDU: Sie haben doch die Eckzahlen vom 01.01.1999. Da hätten Sie doch die Konsequenzen ziehen können.)

Auch die aktuellen Unterbringungsfälle weisen auf einen höheren Bedarf hin. Insbesondere wenn wir positive Konsequenzen aus der demographischen Entwicklung ziehen wollen, dann müssen wir uns auf die Seniorinnen und Senioren aus unserem Bundesland, aber auch aus anderen Bundesländern und insbesondere auf den Bedarf an Pflegeplätzen einstellen.

Dies, meine Damen und Herren, wird in Zukunft einen Schwerpunkt im Bereich der Gesundheits- und Seniorenpolitik für Mecklenburg-Vorpommern darstellen und wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten – da können Sie sicher sein –

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

werden uns dafür mit aller Kraft einsetzen. Ich nehme gerne das Angebot von Frau Ministerin Bunge an, dass wir uns im Rahmen der Selbstbefassung mit der Problematik spätestens im Juni, denke ich, im Sozialausschuss noch mal beschäftigen. Ich denke, das ist eine Art und Weise, Herr Born, was Sie ja vorhin ein bisschen in Abrede gestellt haben, was sich bei uns im Ausschuss sehr gut bewährt hat, denn wir arbeiten sehr konstruktiv im Sozialausschuss zusammen.

(Beifall Nils Albrecht, CDU: Ja, das kann ich bestätigen. – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Dr. Seemann.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Albrecht von der Fraktion der CDU.

Nils Albrecht, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein interessiertes Publikum, zahlreich erschienen, und die verbliebenen Abgeordneten werde ich nicht konfrontieren

(Dr. Margret Seemann, SPD: Ein paar mehr bei der SPD.)

mit der Wiederholung dessen, was hier bereits ausführlich besprochen worden ist, Frau Dr. Seemann. Insofern ist klar, was der Bedarf ist, ist klar, wie die Finanzmittelverwendung der letzten Jahre, die Finanzierung gelaufen ist, und es bleibt auch ganz deutlich in der Debatte, es ist klar geworden die Frage nach den Lösungen für die Zukunft.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Wissen Sie überhaupt, wovon Sie reden, Herr Albrecht?!)

Das alles will ich nicht wiederholen, damit ich Ihnen hier nicht unnötig die Zeit raube und Sie langweile. Ich glaube, wir sind alle gut damit beraten, es beim Gesagten zu belassen.

Ich möchte eine Lanze brechen für Pflegeheime und ambulante Dienste in diesem Land.

(Angelika Gramkow, PDS: Das müssen Sie nicht.)

Doch, das tue ich ganz bewusst, denn ich bin in den letzten drei Wochen durch Heime gelaufen, ich habe mir mit den Heimleitungen gemeinsam Details angeguckt.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Dann sind Sie da wohl durchgerast, oder wie?!)

Frau Dr. Seemann, ich wiederhole das noch mal: Uns dieses Engagement absprechen zu wollen, ernsthaft die Auseinandersetzung mit den Themen zu suchen, das gehört sich einfach nicht und widerspricht eigentlich auch Ihrer Position im Ausschuss.

(Peter Ritter, PDS: Sie müssen doch nicht alle fünf Minuten auf Ihre Heldentaten hinweisen.)

Sie haben eben noch mal betont, wie konstruktiv wir zusammenarbeiten.

(Peter Ritter, PDS: Denken Sie denn, wir machen nichts? – Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Sprechen Sie mir nicht ab, dass ich das ernst meine, wenn ich gemeinsam mit den Betroffenen durch die Heime gehe!

(Peter Ritter, PDS: Glauben Sie denn, wir machen nichts, dass Sie alle fünf Minuten auf Ihre Heldentaten hinweisen müssen?!)

Dann hören Sie einfach mal zu! Vielleicht können Sie hinterher ja noch mal Stellung nehmen. Aber ich denke, das ist nicht angebracht, hier mir diese Ernsthaftigkeit abzusprechen.

In den Heimen ist eins deutlich geworden: Das Engagement des Pflegepersonals ist einmalig. Es ist vor allem deshalb einmalig, weil es immer schwieriger wird, angesichts der Auflagen, angesichts der immer kürzer werdenden Zeit, die zur Verfügung steht, und angesichts der zusätzlich übertragenen Aufgaben aus dem Krankenversi-

cherungsbereich in den Pflegeversicherungsbereich hinein hier noch Dienst am Menschen zu tun. Und vor diesem Hintergrund haben gerade die Personalbereiche größte Anerkennung verdient.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS –
Dr. Margret Seemann, SPD: Was hat
denn das jetzt mit dem Thema zu tun?)

Wir sind auch bei der Frage der Heimausstattung um ein Vielfaches weiter als in den alten Bundesländern.

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig. –
Dr. Margret Seemann, SPD: Das ist
doch das Thema, Herr Albrecht!)

Herr Ministerpräsident, Sie waren vor kurzem in der Hansestadt Rostock und haben noch mal deutlich gemacht, was in den letzten Jahren investiert worden ist. Keine Frage! Sie haben auch noch mal in Ihrer Rede deutlich gemacht, Frau Dr. Seemann, welche sozialpolitische Bedeutung die Einführung der Pflegeversicherung hatte, dank des Herrn Kollegen Blüm und anderer, die hier sehr aktiv mitgearbeitet haben.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Mahr?

Nils Albrecht, CDU: Bitte sehr.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Frau Mahr.

Beate Mahr, SPD: Herr Albrecht, vor vielleicht einer halben Stunde haben Sie in Ihrer Rede, ausgehend von dem Beitrag der Sendung „Frontal“, ein sehr schlechtes Bild über die Altenheime hier vorgetragen.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Frau Mahr, bitte die Frage!

Beate Mahr, SPD: Sie hätten das auch selbst so beachtet. Wie verstehe ich nun den Widerspruch zwischen Ihrer Rede jetzt und der vor einer halben Stunde?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Nils Albrecht, CDU: Es gibt keinen Widerspruch, und zwar deshalb nicht, weil ich auch in dieser Rede betont habe, dass es einen Unterschied zwischen der Situation der Altbundesländer und der neuen Bundesländer gibt.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das kann
man doch nicht so pauschal sagen!)

Die Verhältnisse – und das haben Sie in den Berichten sehr wohl vernommen – sind verschieden. Sowohl der Bericht „Das Elend vom Altwerden“ im „Norddeutschen Rundfunk“ als auch die „Frontal“-Sendung bezogen sich ausschließlich auf Beiträge in Heimen der alten Bundesländer.

(Karsten Neumann, PDS: Das haben Sie
aber vorher nicht so deutlich gesagt.)

Das habe ich ganz deutlich gemacht.

(Karsten Neumann, PDS: Das haben
Sie vorher aber nicht so gesagt. –
Angelika Gramkow, PDS: Das haben Sie so
nicht gesagt. – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Dann sage ich das jetzt gerne noch einmal. Wenn es Ihnen vorhin nicht möglich war zuzuhören, dann will ich das gerne noch einmal unterstreichen. Das ist noch mal der Hinweis, im Internet nachzulesen, und Sie werden das

bestätigt finden. Es gibt keinen Widerspruch, aber ich komme auch gerne noch einmal darauf zurück, wie ich die Situation der kommenden Jahre sehe. Und die ist nicht dazu angeraten, hier Begeisterungstürme auszulösen.

Ich hoffe, ich habe Ihre Frage damit beantwortet.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Herr Albrecht! Herr Albrecht!)

Noch einmal zurück zum Lanzebrechen für die Dienste. Wir haben hier natürlich 9.000 sanierte Plätze. Wir haben etwa 3.000 Plätze im Bereich betreutes Wohnen neu geschaffen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Sie wollten
doch nichts wiederholen, Herr Albrecht.)

Meine Damen und Herren, jetzt kommt es darauf an, die qualitative Sicherung der Pflege zu gewährleisten, nämlich dass wir hier den Menschen auch wirklich die Pflege angeeignet lassen können, die möglich ist. Und das hat natürlich was mit Geld zu tun. Und deshalb bin ich bei dem Punkt Investitionen. Denn die Frage der Investitionen, die jetzt ansteht, die haben Sie bei Ihren Besuchen in den Heimen deutlich gesagt bekommen, davon bin ich fest überzeugt, so, wie mir das gesagt worden ist, dass wir die Frage klären müssen in diesem Haus, insbesondere durch die Antworten des Sozialministeriums, wie die künftigen Investitionen refinanziert werden sollen.

Ich möchte nicht noch mal all das wiederholen, was die Problemlage darstellt. Ich möchte eher den Blick darauf lenken, was den Kommunen auch als Dienstleister für den sozialen Bereich droht, denn diese Investitionen müssen umgelegt werden auf die Pflegesätze. Das heißt, wir müssen hier die Pflegebedürftigen, so nichts anderes vom Sozialministerium vorgeschlagen wird – wir werden das im Juni, da bin ich dankbar, ja diskutieren –, mit höheren Kosten belegen. Ist das unser Ziel, frage ich. Das führt dazu, dass immer mehr Menschen in dem Alter, immer mehr Heimbewohner beispielsweise in die Sozialhilfe abrutschen werden. Das heißt, ihr Einkommen wird nicht mehr reichen, den Heimplatz zu bezahlen. Denn diese Investitionskosten müssen refinanziert werden. Und bislang ist darauf keine Antwort gefunden worden, Frau Dr. Seemann. Und es hilft auch nicht, wenn Sie da protestieren, schreien, mit dem Kopf schütteln.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Weil
das in der Sache falsch ist. Das ist
in der Sache falsch, Herr Albrecht!)

Das ist die Realität. Das ist nicht in der Sache falsch. Genau so wird die Frage zu beantworten sein, wollen wir diese Umlage zulassen.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Beschäftigen Sie sich doch mal mit
den Themen, bevor Sie hier vortragen!)

Dann wird mit höheren Eigenbeteiligungen der zu Pflegenden zu rechnen sein.

Und das ist meine Sorge, die mich umtreibt, die sagt, was machen wir denn, wenn immer mehr Sozialhilfeempfänger in die Kommunen gehen, das heißt, die kommunalen Haushalte noch stärker belastet werden

(Zuruf von Ministerin Sigrid Keler)

und immer öfter finanzielle Mittel nicht mehr zur Verfügung stehen für soziale Bereiche,

(Ministerin Sigrid Keler: Der hat doch von nichts 'ne Ahnung.)

wie zum Beispiel auch die Begleitung von älteren Menschen, die noch nicht in den Heimen sind.

(Harry Glawe, CDU: Will Frau Keler Geld bereitstellen? – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Will Frau Keler Geld bereitstellen, ist beispielsweise die Frage.

(Ministerin Sigrid Keler: Nee, das müssen wir nicht.)

Wird Frau Bunge sich hier durchsetzen? Das ist die Frage.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Und nichts anderes ist in unserem Antrag, der Ihnen vorliegt, formuliert. Wir möchten eine Antwort haben. Aber nicht nur wir haben einen Anspruch auf eine Antwort hinsichtlich der zukünftigen Finanzierung und damit auch auf die Frage, wie sieht es mit den finanziellen Belastungen der Heimbewohner aus. Nein, auch die Betroffenen haben Anspruch auf eine Antwort und insbesondere auch diejenigen, die hier noch auf diesem Markt tätig sein wollen.

(Karsten Neumann, PDS: Und finanziert wird durch die Senkung der Sozialbeiträge.)

Sie sprachen davon, Frau Bunge, dass bislang die Finanzierung ausgereicht hat. Kein Heim blieb ungebaut, haben Sie gesagt. Wohl wahr, es war tatsächlich so. Jedes Heim wurde gebaut.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das hat sie doch gar nicht gesagt.)

Also, Frau Kollegin Bunge, ich habe mir sehr aufmerksam Ihre Rede angehört. Ich habe sogar mitgeschrieben, damit ich hier nichts durcheinander bringe. Nun brauchen Sie nicht den Kopf zu schütteln. Das ist ja auch eine positive Aussage, dass bis jetzt alle Heime gebaut worden sind. Nur die Frage der Standards würde ich schon nicht mehr so mit Ihnen teilen. Ob ein Heimbewohner einen Balkon braucht oder nicht, das haben Sie mittlerweile entschieden. Natürlich würden wir uns freuen, wenn solche Standards möglich sind. Die finanziellen Mittel haben Sie dafür gekürzt und deshalb sind beispielsweise solche wichtigen Elemente heute beim Heimbau schon nicht mehr zu berücksichtigen.

Lassen Sie mich auch noch mal sagen, was mich an der Debatte bislang von Seiten der Sozialministerin und der SPD besonders gestört hat. Es ist immer wieder das Verstecken hinter Einzelheiten von Gesetzen. Es kann doch nicht wahr sein, Frau Ministerin, dass Ihre Entscheidungen abhängig gemacht werden von zwei oder drei Landkreisen, die noch fehlen! Sie haben alle Zahlen vorliegen im Ministerium, das ist hier mehrfach gesagt worden. Nun stellen Sie sich hin und sagen, mir ist die kommunale Mitbestimmung wesentlich wichtiger. Und Sie wissen, das ist ein Scheinargument, um hier nicht handeln zu müssen. Und Sie haben es noch deutlicher gesagt an anderer Stelle, insbesondere Frau Dr. Seemann, wir werden dieses Jahr nicht entscheiden. Das heißt, diejenigen, die Anspruch auf Antworten haben, werden in dieser Legislaturperiode keine Antwort mehr bekommen. Das ist eine ganz klare Botschaft, finde ich, die sehr wohl aufhorchen lassen wird in den Kommunen und bei den Betroffenen. Und ich sage Ihnen, Ihr Ausweg, sich im Juni selbst damit in den

Ausschüssen zu befassen, das reicht ja wohl nicht, wenn man hier wirklich progressiv arbeiten will, wirklich Politik im Sinne der Betroffenen machen will.

Lassen Sie mich noch einmal zusammenfassen. Es geht nicht darum, das Bild von der Pflegelandschaft in Ostdeutschland oder insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern schlechtzureden. Im Gegenteil, wir haben hervorragende Voraussetzungen gerade für Bewohner aus alten Bundesländern. Kommen Sie her! Wir können Sie nur einladen. Schauen Sie sich das an! Aber wir legen auch den Finger mit diesem Antrag in die Wunde und sagen, langfristig, mittelfristig müssen diese Standards gesichert sein. Deshalb verlangen wir Antworten von Ihnen jetzt und hier. Und wir wollen nicht, dass die Antwort so ist, dass die Kommunen hier letztendlich mit mehr Sozialhilfeempfängern belastet werden und weniger Spielraum zur Verfügung haben. Und weil diese Antworten so wichtig sind, glaube ich, dass es sinnvoll ist, hier eine Entscheidung zu treffen in dem Sinne, dass uns Antworten noch in dieser Legislaturperiode vorgelegt werden und nicht nur debattiert werden in Ausschüssen. – Vielen Dank.

(Beifall Harry Glawe, CDU – Angelika Gramkow, PDS: Wir können es aber auch lassen mit dem Ausschuss. – Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Albrecht.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Koplin von der Fraktion der PDS.

Torsten Koplin, PDS: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe meine Rede am Platz gelesen, weil das Entscheidende, was hier gesagt werden musste, durch Frau Dr. Bunge und Frau Dr. Seemann gesagt wurde.

(Vizepräsident Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz.)

Kurz datieren möchte ich zumindest eins: Sie besuchen – ich glaube, Herr Glawe, Sie waren es – den Uecker-Randow-Kreis, der, das sagte die Ministerin hier völlig zu Recht, aus politischen Gründen seine Hausaufgaben nicht gemacht hat. Kein Wort der Kritik an dem Verhalten des Landrates ist über Ihre Lippen gekommen. Sie sind aber mit wehenden Fahnen zum „Nordkurier“ gezogen und haben geklagt, dass es noch keinen Landespflegeplan gibt. Und das lässt mich dann denken an das alte Sprichwort, das da heißt: „Haltet den Dieb, schrie der Dieb.“

Worum es eigentlich geht – und das ist von Frau Dr. Seemann gesagt worden –, ist die Planung, die entscheidungsrelevant, was die haushalterische Seite betrifft, für die Jahre 2004 und folgende gilt. Und diesen Haushalt entscheiden wir naturgemäß nicht in diesem Jahr. Was in diesem Jahr noch entschieden und behandelt werden muss, wird geschehen, die Ministerin hat darauf verwiesen. Am 6. Mai tritt der Ausschuss zusammen, es werden Vereinbarungen getroffen und im Juni werden wir eine Entscheidungsgrundlage im Ausschuss debattieren. Also, sage ich mal, wir sind völlig im Zeitrahmen. Und, wie gesagt, die relevante Entscheidung wird mit dem Haushaltsplan getroffen.

Und was Sie mit dem Antrag noch bezweckten, eine Analyse zu bekommen über die bisherige Situation, da muss ich sagen: Warum wollen Sie doppelt moppeln? Sie

haben das im Grunde genommen vorliegen. Sie haben selbst eine Anfrage an die Landesregierung gestellt. Auf Drucksache 3/2797 vom 26. März liegen Ihnen alle Analysen und statistischen Angaben über Mittelabflüsse in diesem Bereich vor. Wir sind somit round about bestens informiert und insofern stößt Ihr Antrag ins Leere. Wir werden ihn ablehnen und ich sehe mit gesundem Optimismus der Debatte im Sozialausschuss im Juni entgegen. – Ich danke für Ihr Interesse.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Koplín.

Das Wort hat noch einmal die Abgeordnete Frau Dr. Seemann für die Fraktion der SPD.

Dr. Margret Seemann, SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte von dieser Stelle eigentlich nur noch mal das Signal aussenden, dass hier keine Verschlechterung in der Situation der Pflege auftreten wird.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Im Gegenteil, die Landesregierung hat alle Anstrengungen unternommen, um die Situation zu verbessern. Ich habe vorhin darauf hingewiesen.

(Nils Albrecht, CDU: Das glauben Sie doch selbst nicht! Haben Sie in der Zwischenzeit Kaffee getrunken, oder was?)

Und, Herr Albrecht, sie wird es auch weiterhin tun. Das hat Frau Ministerin Bunge gesagt.

Und, Herr Albrecht, bevor Sie über solche Themen reden, also das soll jetzt wirklich nicht arrogant wirken, aber bitte machen Sie sich da in der Sache kundig. Sprechen Sie erst mit Herrn Glawe!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Nils Albrecht, CDU: Ich habe mit den Heimen gesprochen.)

Wenn Sie selbst örtliche und überörtliche Sozialhilfe durcheinander würfeln

(Nils Albrecht, CDU: Katastrophal! Katastrophale Verhandlungen zu den Pflege-sätzen! – Glocke des Vizepräsidenten)

und wenn durch diese Unkenntnis der konkreten Situation – Sie haben Frau Nehring-Kleedehn bei sich in der Fraktion sitzen, warum sprechen Sie nicht mal mit ihr? –,

(Nils Albrecht, CDU: Gehen Sie doch mal in die Heime vor Ort! Ich weiß, wie es da ist.)

wenn durch solche Unkenntnis eine Botschaft hier aus dem Landtag herausgeht, die heißt, es wird in Zukunft eine Verschlechterung geben, dann ist das eine falsche Botschaft,

(Nils Albrecht, CDU: Nein.)

denn wir haben gerade in dem Bereich so viel geleistet,

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

wie wir in anderen Bereichen noch vor uns haben. – Schönen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Um das Wort hat gebeten die Finanzministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Frau Keler, bitte schön, Sie haben das Wort.

Ministerin Sigrid Keler: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vielleicht noch mal zur Klarstellung. Wir haben über 1 Milliarde DM in den letzten zehn Jahren in Alten- und Pflegeheime investiert und der Solidarpakt II läuft nach 2005 weiter. Wir werden auch in den Jahren weiterhin Geld zur Verfügung haben, um da zu investieren. Wer jetzt von dieser Stelle aus irgendwie etwas anderes verbreiten will, der macht hier ganz bewusst Angst und Panik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Und, Herr Albrecht, ich habe es Ihnen schon mal gesagt: Sie sollten sich vielleicht doch erst mal ein bisschen mehr informieren und sich dann hier vorn hinstellen und reden

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

und hier nicht ein solches Kauderwelsch zum Besten geben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es ist eigentlich unerträglich, was Sie hier anbieten.

Also ich formuliere hier noch mal ganz deutlich: Wir werden auch in den nächsten Jahren gerade im Alten- und Pflegeheimbereich und auch im Krankenhausbereich weiter investieren können, weil der Solidarpakt II uns dazu die Möglichkeit gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Peter Ritter, PDS: Sehr gut.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Finanzministerin.

Gemäß Paragraph 85 der Geschäftsordnung hat jetzt noch einmal mit einer Redezeit von bis zu fünf Minuten der Abgeordnete Glawe von der Fraktion der CDU das Wort.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landespflegeplanung, denke ich, ist ein wichtiges Thema und ich bin froh, dass wir es eigentlich in einer relativ sachlichen Diskussion heute hier über die Bühne gebracht haben und dass sich die Parteien in dieser Frage weitestgehend einig sind, dass es darum geht, den Älteren in unserem Land einen vernünftigen Lebensabend zu garantieren, wenn sie pflegebedürftig und hilfebedürftig werden.

Nichtsdestotrotz ist es natürlich immer richtig, dass ein qualifiziertes Leben im Alter in den eigenen vier Wänden, in der eigenen Wohnung oder im betreuten Wohnen natürlich viel sinnvoller ist, als Pflege in einem Heim in Anspruch nehmen zu müssen. Aber wenn es nicht mehr anders geht, dann ist die Gesellschaft hier bereit, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass ein Leben in Würde möglich wird. Und die Investitionen sind genannt worden, Frau Ministerin Keler. 1 Milliarde ist richtig, 800 Millionen sind auch richtig, nur, es darf doch gestattet sein, danach zu fragen, wann ein neuer Landespflegeplan kommt. Und wir alle wissen, dass wir etwa 2.000, vielleicht auch etwas weniger, Betten mehr brauchen an Planungssicherheit. Dann wissen wir alle, Sanierungen kosten pro Platz zwischen 100.000 und 130.000 DM nach unserer Landesphilosophie oder Neubauten zwischen 130.000 und 160.000 DM Förderung.

(Dr. Margret Seemann, SPD, und
Ministerin Sigrid Keler: 150.000!)

Das ist unterschiedlich. Bei manchen sagen Sie 150.000, bei manchen 140.000 für Neubauten. Bei Sanierungen gibt es ja auch die Spanne. Ich will nur sagen, es wird individuell zu einem jeweiligen Standort ein Investor gesucht und es wird ausgehandelt. Wenn also sozusagen die Baupläne bei der OFD vorliegen, dann hat man erst noch diskutiert, dann gibt es die Fördermittelbescheide. So ist das Verfahren doch.

Deswegen ist es doch legitim, hier darüber zu diskutieren, wie können wir denn ab dem Jahre 2004 diese Investitionen weiter sichern, dass wir das Niveau auf 100 Prozent Sanierung und Neubau bringen, dass wir sozusagen die gleiche Qualität in allen Einrichtungen gleich haben. Das ist die entscheidende Botschaft. Und diese Botschaft haben bis jetzt die Wohlfahrtsverbände und privaten Träger vermisst, auch der Städte- und Gemeindetag hat es vermisst und der Landkreistag auch.

(Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Und es gibt dazu ja Schreiben, hier zum Beispiel, das will ich nur mal zeigen, Frau Ministerin, das haben Sie ja auch, für die Kollegen. Also, dieselbe Sorge treibt nicht nur die CDU um, sondern sie treibt eben auch die Verantwortlichen in den Gemeinden und den Landkreisen um.

Herr Koplin, noch mal zu Ihnen hier, zu den Vorwürfen, dass es politisch motiviert wäre. Das ist totaler Quatsch und das weise ich eigentlich zurück,

(Beifall Nils Albrecht, CDU)

denn es ist manchmal so, dass nicht genügend Kontrolle ausgeübt wird. Frau Bunge hat gesagt, sie hat sich dafür entschieden, dass sie sozusagen auf freiwilligem Wege die Dinge begleiten will. Dadurch ist Zeitverzug da, dadurch ist Unruhe da.

(Heiterkeit bei Ministerin Dr. Martina Bunge:

Jaja. – Dr. Margret Seemann, SPD:

Das ist kommunale Selbstverwaltung,

Herr Glawe. – Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Ja, kommunale Selbstverwaltung ist ja gut und schön, aber die hört dann auf, wenn sozusagen ein Landespflegeplan gefährdet ist, er nicht auf den Weg kommt und alle anderen Beteiligten darauf warten, dass der Letzte fertig wird.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Die Insel Rügen ist doch genauso ein Problemfall. Da regiert nur die PDS zurzeit mit der Landrätin und kriegt nichts auf die Reihe.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Ja, ist doch so! Und dann haben Sie dazu noch eine Dezernentin, die also sehr erfahren in dieser Frage ist. Die kommt nämlich, glaube ich, aus Leipzig und heißt Frau Dr. Lucas.

(Birgit Schwebs, PDS: Sie kommt aus Güstrow.)

Sie ist eine erwiesene Fachfrau, das ist so, das sage ich hier von diesem Podium auch aus. Nur, ich kann nicht verstehen, dass das Ding nicht auf der Reihe ist. Dann müssen wir mal hinfahren und mit ihr diskutieren, warum das so ist.

(Dr. Martina Bunge, PDS: Die
bemüht sich wirklich, Herr Glawe.)

Und ich sage hier auch, es gibt in der einen oder anderen Frage, wenn Sie hier immer Ihre politischen Spielchen treiben, PDS oder CDU da und da, es gibt immer auch in einzelnen Landkreisen oder kreisfreien Städten besondere Situationen, wo mal andere Prioritäten gesetzt worden sind. Das jetzt sozusagen hier zur Politschlacht verkommen zu lassen, den Landespflegeplan, das halte ich gelinde gesagt für wenig hilfreich

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Also erst fangen Sie den Schlagabtausch an, dann kriegen Sie Watschen und dann erzählen Sie so ein Zeug.)

und spricht so ein bisschen dafür, dass Sie nervös geworden sind,

(Beifall Nils Albrecht, CDU)

dass Sie Ihre Versprechen nicht alle umsetzen. Und ab und zu, sage ich mal, müssen wir Ihnen ja auch mal auf die Sprünge helfen,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das sind doch lauter Rückzugsgefechte, die Sie hier machen.)

dass Sie etwas schneller zum Arbeiten kommen,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Rückzugsgefechte!)

denn die Entscheidungen müssen noch in dieser Legislaturperiode fallen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Da passiert gar nichts mehr.)

Und ich will mich hier an dieser Stelle auch noch mal ausdrücklich dafür bedanken, dass Frau Bunge im Juni bereit ist, im Ausschuss, im zuständigen Sozialausschuss darüber zu berichten, wie es bei den Investitionen weitergehen kann.

Hier ist schon wieder eine rote Lampe an, also das heißt für mich, ich soll aufhören. Dann werde ich das auch tun.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja, das ist auch gut so. – Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

Ich will nur sagen, wir alle fühlen uns der älteren Generation verpflichtet

(Dr. Martina Bunge, PDS: Dann können Sie ja mal sagen, was für Vorschläge Sie haben. Von Ihnen habe ich noch nichts gehört.)

und wir handeln in diesem Sinne.

Und, Frau Ministerin, ich hoffe dann, dass wir am 6. Juni noch einen Kaffee bekommen, denn das wird ja fast die letzte Sitzung sein.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Na, dafür bin ich aber immer noch zuständig. –
Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Dann beantrage ich das jetzt förmlich auch bei der Ausschussvorsitzenden,

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

um nur sozusagen den Dienstweg eingehalten zu haben. – Danke schön.

(Beifall Nils Albrecht, CDU –
Dr. Martina Bunge, PDS: Kaffee ist ungesund. Ich trinke lieber Fruchtsaft.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2822. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2822 mit einigen Jastimmen der Fraktion der CDU bei Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und PDS sowie vier Stimmenthaltungen der Fraktion der CDU abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 22:** Beratung des Antrages der Abgeordneten Martin Brick, Gesine Skrzepski und Reinhardt Thomas, Fraktion der CDU – Offshore-Anlagen zur Windenergienutzung – Bericht zur Umsetzung der Seeanlagenverordnung, auf Drucksache 3/2815.

**Antrag der Abgeordneten
Martin Brick, Gesine Skrzepski und
Reinhardt Thomas, Fraktion der CDU:
Offshore-Anlagen zur Windenergienutzung
Bericht zur Umsetzung der
Seeanlagenverordnung
– Drucksache 3/2815 –**

Das Wort zur Einbringung hat der Abgeordnete Thomas.

Reinhardt Thomas, CDU: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Mit unserem Antrag wollen wir die sachliche parlamentarische und damit öffentliche Diskussion über Offshorewindanlagen voranbringen, denn gerade bei Offshorewindanlagen stellen wir fest, dass es in den Parteien eine Neigung gibt, die Sachdiskussion etwas zu verdrängen. Augen zu und durch, das scheint hier die Devise zu sein. Das genügt aber nicht.

Rot-Grün und Rot-Rot setzen auf Windenergie, wie wir wissen, die der Steuerzahler im Wesentlichen finanzieren muss. Der Windkraftbranchenbeschäftigte kostet Deutschland – und das muss man deutlich sagen – dreimal mehr als der Steinkohlebergmann.

Die Opposition, sonst sind wir ja wirtschaftspolitisch wirklich auf der Höhe, reagiert verhalten beziehungsweise stillschweigend. Die Situation kann kurz so beschrieben werden: Deutschland zwischen Ökonomie und Gigantomanie. Was da vor unserer Küste geplant wird und durchgezogen werden soll, ist mehr als nur eine Gratwanderung zwischen umweltpolitischen Zielen und Großprojekten mit unabsehbaren Folgen für die Küstenregionen. Das ist aus unserer Sicht eine radikale Veränderung unserer Küsten- und Kulturlandschaft, zu der auch die AWZ gehört.

Obwohl die technischen Probleme der 2,5- bis 5-Megawatt-Anlagen mit bis zu 200 Metern Höhe noch völlig ungelöst sind, noch kein Seekabel für die Landanbindung genehmigt ist, werden die Offshorewindparks schon geplant. Das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie sieht im vorausseilenden Gehorsam schlichtweg keinerlei Probleme.

Die politisch Verantwortlichen gehen offenbar davon aus, dass die BSH-Beamten unfehlbar sind. Wie unfehlbar und wie kurzsichtig leitende Bundesbeamte sind, haben wir bei der „Pallas“-Katastrophe und beim Sicherheitskonzept Ostsee erfahren dürfen. Fehler über Fehler, Fehlplanungen bis heute und Missmanagement in entscheidenden Situationen, das ist leider die Realität. Realität ist

auch, dass einmal erteilte Genehmigungen für Offshoreanlagen in der AWZ von niemandem, ich betone, von niemandem mehr angefochten werden können, weil es keinen klagebefugten Kläger in der AWZ und damit natürlich auch keinen Richter gibt. Und das bei den wohl größten Bauprojekten aller Zeiten!

(Peter Ritter, PDS: Sie waren doch gegen die Verbandsklage. – Heiterkeit bei Minister Dr. Wolfgang Methling)

Das Bundesumweltministerium gab Anfang März bei der Windenergiekonferenz in Cuxhaven bekannt, dass Anträge für Offshoreanlagen mit einer Leistung von bis zu 60.000 Megawatt beim BSH in Hamburg vorliegen. Zum Vergleich, ein großes Atomkraftwerk hat circa 1.300 Megawatt. Anfang November genehmigte das BSH in Hamburg das erste Pilotprojekt Borkum West in der AWZ. Die Anlage soll nahe eines Verkehrstrennungsgebietes für Seeschifffahrt errichtet werden. Der Betreiber, Prokron Nord, nicht etwa das BSH, hat den Germanischen Lloyd als so genannten Meeres-TÜV beauftragt und natürlich bezahlt. Wir befürchten, deswegen sieht der Germanische Lloyd keine Gefahren für die Seeschifffahrt durch Offshoreanlagen. Das Risiko wird offenbar etwas heruntergespielt. Der Germanische Lloyd will natürlich auch bei Offshoreanlagen mit verdienen und das BSH baut im Wesentlichen leider allein bei der Seeschifffahrt auf den Germanischen Lloyd. Neutrale Sachverständige sind nicht vorgesehen. Wir befürchten, das läuft so auch in unserer AWZ bei den Plänen für „Oderbank“, „Adlergrund“, „Arkonabecken“, „Kriegers Flak“ und „Arcadis“.

Deutschland ist bereits Windenergieweltmeister. Ende 2001 drehten sich 11.438 Windräder mit einer Gesamtnennleistung von 8.754 Megawatt. Mit 1.700 Vollaststunden bei einem Normalwindjahr, das sind 19,4 Prozent der 8.760 Jahresstunden, wurden 14,9 Milliarden Kilowattstunden, also rund 15 Terawattstunden eingespeist. Bezogen auf den jährlichen Gesamtenergieverbrauch, einschließlich der Bereiche Verkehr und Raumheizung von 2.500 Terawattstunden, beträgt der Windstromanteil dann nur noch sage und schreibe 0,6 Prozent. Und dafür sollen bis 2010 durch die Einspeisevergütung sowie weitere Begünstigungen durch Steuerrecht und Zinsverbilligungen aus dem Bundeshaushalt weitere 100 Milliarden DM/50 Milliarden Euro in diese Landschaftsverhandlung fließen. Kosten für die Landschaftsschäden und Entsorgung der Anlagen sind da noch nicht dabei.

Bei diesen Größenordnungen – und das muss man auch ganz deutlich und nüchtern sagen – geht es natürlich auch um Geldzuwendungen der Windenergielobby an Privatpersonen, Vereine und politische Parteien.

(Peter Ritter, PDS: Davon müsste ich aber was wissen. – Zuruf von Birgit Schwebs, PDS)

Und deswegen benötigen wir bei diesem Thema Windenergie und Offshoreanlagen eine Grundsatzdiskussion vor allem über das steigende Risiko einer Ölkatastrophe und über die Wirtschaftlichkeit der Anlagen.

Die heutigen Sicherheitsprobleme in der Seeschifffahrt haben etwas damit zu tun, dass den wirtschaftlichen Interessen bei der Ausflagung der Vorrang eingeräumt worden ist. Und wenn die wirtschaftlichen Interessen der Offshorelobby zur Basis von Entscheidungen gemacht werden, dann, befürchten wir, steigt das Risiko einer Ölpest oder eines Großschadensereignisses vor unserer

Küste. Deswegen, meinen wir, müssen wir Sicherheiten einbauen, müssen die norddeutschen Küstenländer Sicherheiten einbauen.

Das geht natürlich nur mit Initiativen zur Änderung der Seeanlagenverordnung vom 23. Januar 1997, die ja für die AWZ gilt, und deswegen wurde ja auch bei der Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes eine Änderung der Seeanlagenverordnung mitbeschlossen. Als Versagungsgrund für Anlagen wie Offshoreanlagen wurden eine erhebliche Beeinträchtigung des Vogelzuges und sonstige schädliche Umwelteinwirkungen eingefügt. Damit sollte das Vorsorgeprinzip angewandt werden. Rot-Grün ging es dabei aber in erster Linie um die Umwelt- und Naturverträglichkeit der Anlagen, nicht um die direkte Bewahrung des Schutzgutes Wasser, und darum geht es ja bei Havarien. Statt des dehnbaren Begriffes „erheblich“ sollte aus unserer Sicht gerade nach dem Vorsorgeprinzip die Abwehr von Beeinträchtigungen des Vogelzuges im Vordergrund stehen, weil schon jetzt durch die Anlagen an Land viele Vogelflugrouten, Nahrungs- und Brutflächen für Vögel nicht mehr nutzbar sind. Circa 500.000 Vögel plus einer großen Zahl von Fledermäusen werden pro Jahr in Deutschland von Windflügeln erschlagen.

(Birgit Schwebs, PDS: Seit wann haben Sie so viel mit Viechern am Hut?)

Wir erwarten also auch hier Ihre Antwort. Die Rettung von Menschenleben, die Schiffssicherheit, die Bergung von Havaristen sowie die Bekämpfung von Havarien, Katastrophen und Großschadensereignissen innerhalb der Offshoreparks müssen sichergestellt werden, und zwar richtig sichergestellt werden. Mit Offshoreanlagen steigt nämlich die Wahrscheinlichkeit einer Havarie mit nachfolgender Ölverschmutzung unserer Küstenregion.

Die Sicherheitsabstände zwischen den Anlagen und zu den Schifffahrtsrouten sind zu gering. Vom Kurs abgekommene Schiffe können kaum geborgen werden. Trotz vieler Unfälle an Land, wo es durch fehlende Sicherheitsabstände zu Havarien kam, werden die Risiken von Windrädern im Falle einer Kollision beziehungsweise von abgebrochenen und herumfliegenden tonnenschweren Windflügeln, die auf Tanker stürzen und Explosionen auslösen können beziehungsweise Bordwände aufreißen, völlig ausgeblendet oder heruntergespielt. Wie ist die Bergung von Havaristen und der Einsatz von Hubschraubern zur Rettung von Menschenleben geregelt? Hat jede Anlage Notplattformen für Schiffbrüchige?

Wir halten es insgesamt für unverantwortlich, das Gefährdungspotential für die See- und Küstenschifffahrt sowie für den maritimen Tourismus mit Anlagen zu erhöhen, ohne die bisherigen Forderungen für ein nationales Sicherheitskonzept Ostsee auch nur annähernd erfüllt zu haben. Mit dem Bodewig-Konzept für die Ostsee sind wir heute nicht auf Großschadensereignisse, geschweige denn auf Tankerunfälle in Offshorewindparks vorbereitet.

Bei den Punkten 3 und 4 geht es insgesamt um die negativen Auswirkungen auf den Ostseefisch und um den Ausgleich für Ertragseinbußen für die Fischerei. Fakt ist, dass mit der Errichtung und Nutzung von Offshoreanlagen in den engen Arealen der westlichen Ostsee negative Auswirkungen auf den Fischbestand und auf die Fischerei zu befürchten sind. Wenn die Laichwanderung der Fische zu den Laichplätzen sowie die Nahrungswanderung gestört werden, kommt es eben zu dramatischen Verlusten.

Unsere Küsten und Boddengewässer sind die letzten Laichplätze in der Ostsee. Schäden durch Bau- und Baggerarbeiten, durch die treibender Laich vernichtet wird, führen erst nach circa drei Jahren zu einem Bestandsrückgang. Wir befürchten schlicht und einfach eine Fischereipolitik, die da heißt: „Windräder auf See – Fischer an Land“.

Offshoreanlagen erzeugen auch Schallwellen, die zu Orientierungsproblemen bei Meeressäugtieren führen können. Man vermutet schon heute, dass die vielen Strandungen von Walen etwas mit den vermehrten Schallgeräuschen auf See zu tun haben.

(Zuruf von Birgit Schwebs, PDS)

Und hier fragen wir auch: Liegen dazu schon gesicherte Erkenntnisse vor?

Zu klären ist aus unserer Sicht auch, ob unabhängige Wind- und Eisgutachten im Zusammenhang mit dem geplanten Bau von Offshoreanlagen vorliegen, und vor allem, ob die schon vorhandenen Erkenntnisse der DDR bis 1989 da eingeflossen sind. Die Windparkindustrie, und das ist klar, wird natürlich Gutachten in Auftrag geben, die ihre Projekte präferieren. Optimale Windstandorte sind aber nicht gleich optimal mögliche Windparkstandorte. Wer harte Eiswinter an der Küste und auf See erlebt hat, weiß, dass kaum ein Bauwerk dem gewaltigen Druck des Eises standhalten kann.

Wichtig, ja lebenswichtig für die Küstenregion sind der Rückbau und die Entsorgung der Anlagen. Das BSH begnügt sich nach unseren Informationen derzeit mit 20-prozentigen Bankrücklagen, die aber aus unserer Sicht nicht rechtssicher und einklagbar sind. Die Orientierung an dem Oslo-Paris-Übereinkommen zum vollständigen Rückbau erscheint uns aus diesem Grunde sinnvoller.

In der Seeanlagenverordnung sind nach Paragraph 7 Sicherheitszonen für die Schifffahrt von etwa 500 Metern vorgesehen. Die Abtriebsgeschwindigkeit eines Havaristen beträgt bei Sturm circa zwei bis vier Seemeilen. Der Mindestabstand von den Schifffahrtswegen muss also in Abhängigkeit von der Fahrzeit des Hochseeschleppers vom nächsten Stationierungshafen und seiner Schwerkettergeschwindigkeit sowie der Abtriebsgeschwindigkeit eines manövrierunfähigen Havaristen bis zum Eintreffen eines Schleppers festgelegt werden. Zurzeit haben wir aber nur einen 65-Tonnen-Schlepper in Warnemünde. Wer Offshoreanlagen in diesen Größenordnungen plant, der muss auch dafür ein funktionierendes präventives Notschleppkonzept haben und nicht nur darauf hoffen, dass der Havarist vorher auf Grund läuft.

Unsere vorläufige Bilanz: Zig Milliarden werden für neue Schifffahrtshindernisse unter Umständen zur Verfügung gestellt. Was ist aber mit dem Geld für die Sicherheit? Wir hatten hier mal über ein präventives Konzept in diesem Landtag gesprochen und uns alle geeinigt.

Mit Punkt 9 wollen wir die Frage beantwortet wissen, welcher Mindestabstand zu den Fisch-, Laich- und Fanggebieten vorgesehen ist. Aus der Sicht der Fischerei sollten das drei bis vier Seemeilen sein.

Energiepolitisch, und das müssen wir auch offen sagen, sind diese Anlagen höchst umstritten. Ob sie die Energiequelle der Zukunft sind, ist höchst fraglich. Hochsubventioniert und nicht grundlastfähig machen Windkraftanlagen bei Windstille oder bei zu hohen Windstärken

den Parallelbetrieb von herkömmlichen Kraftwerken erforderlich und verringern durch die Zunahme der An- und Abfahrvorgänge deren Wirkungsgrad. Deswegen müssen teure Kraftwerkskapazitäten weiter vorgehalten werden. Die Strompreise werden nicht nur in Folge der Subventionen, sondern auch in Folge der Kosten für den Weiterbetrieb konventioneller Kraftwerke drastisch ansteigen. Dann haben wir eben die dänischen Verhältnisse, die mit hohem Windstromanteil auch die höchsten Strompreise der Welt haben. Und ich denke, das kann nicht in unserem Interesse sein.

Der Bau von diesen Anlagen in sehr begrenzten Seeräumen ist also aus unserer Sicht wirtschaftlich nur schwer darstellbar und unter dem Gesichtspunkt der Steigerung des Gefährdungspotentials für die Seeschifffahrt kritisch zu hinterfragen. Bei der Steigerung des Schiffsverkehrs zum Beispiel in der Kadet-Rinne und rund um Rügen von derzeit 60.000 auf 180.000 im Jahre 2012, so befürchten wir, wird es unter Umständen zu einem Unfall oder einer Katastrophe kommen.

Die Genehmigungsverfahren nach der Seeanlagenverordnung, und diesen Eindruck hat man manchmal, werden im Windhundverfahren erteilt. Das BSH hat für Versagungsgründe derzeit wenig beziehungsweise kaum Ermessensspielraum. Die Seeanlagenverordnung ist ein völlig unzureichendes Rechtsinstrumentarium, das planerischen Mindestanforderungen aus unserer Sicht eben nicht gerecht wird. Die Interessen der Küstenregion und die der hier lebenden Menschen zum Schutz vor Ölkatastrophen, zum Schutz des naturverbundenen Tourismus und des Fischereiwesens werden aus unserer Sicht nicht ausreichend berücksichtigt.

Mit dem Bericht der Landesregierung erwarten wir schlicht und einfach den derzeitigen Sachstand im Hinblick auf die Genehmigung von Offshoreanlagen im Bereich der 12-Seemeilen-Zone, aber vor allen Dingen im Bereich der AWZ. Unsere Fragestellung richtet sich natürlich in die Richtung, dass die Landesregierung, wenn hier Lücken festgestellt werden, auch mit entsprechenden Initiativen an den Bund herantritt beziehungsweise dass Bundesratsinitiativen über den Landtag oder über die Regierung eingeleitet werden, denn das ist doch ganz wichtig für den Schutz unserer Region.

Aus diesem Grunde bitten wir – und ich sage noch mal deutlich, es ist ein ganz normaler Berichtsantrag – um Zustimmung zu unserem Antrag und ich bitte auch namens meiner Kolleginnen Gesine Skrzepski, Bärbel Kleedehn und meines Kollegen Martin Brick um namentliche Abstimmung nach Paragraph 92 GO. Wir sind hier schlicht und einfach gegen das Prinzip „Augen zu und durch“ und deswegen bitte ich auch um Verständnis für den Antrag auf namentliche Abstimmung. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall Gesine Skrzepski, CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Thomas.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster erhält das Wort der Abgeordnete Klostermann von der Fraktion der SPD.

Dr. Henning Klostermann, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Wenn man sich die Einbringung so richtig vor Augen führt, fragt man sich bei der enormen Bedeutung des Antrages: Warum hat nicht die CDU-Fraktion diesen Antrag eingebracht, sondern nur eine Gruppe? Die Frage hätte ich gern noch beantwortet.

Meine Damen und Herren, es ist unbestritten, ein besonderes Highlight rot-grüner Politik in der Bundesrepublik Deutschland ist der erreichte Konsens dieser Koalition mit der Energiewirtschaft in Richtung Atomausstieg. Das ist eine Genugtuung für alle, die auf politischem Wege lange für den Ausstieg aus der Kernenergie gekämpft haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Es ist ein Ergebnis erzielt worden, das dem Wohle der Menschheit insgesamt dient, wenn Sie mir diese Wertung gestatten. Die Nutzung regenerativer Energiequellen hat damit einen neuen, weit höheren Stellenwert bekommen. Leider ist nicht wieder gutzumachen, dass zuvor von Regierungen in Deutschland Dutzende Milliarden von Fördergeldern in die Erforschung der Kernenergie und die Anwendung gesteckt wurden. Mit der Entsorgung des radioaktiven Mülls wird man sich darüber hinaus noch Jahrhunderte beschäftigen müssen. Nur allein die Demontage der kerntechnischen Anlagen in Greifswald kostet ohne die Bauhüllen zur Entsorgung rund 6 Milliarden DM.

Wenn nur ein Millionstel – und das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen – der weltweit bereits für die Erforschung und Anwendung der Kernenergie investierten Mittel in die Forschungsarbeit regenerativer Energien – auch in der 16 Jahre währenden glorifizierten Kohl-Ära – gesteckt worden wäre, hätte man heute mehr Antworten auf viele Fragen der regenerativen Energiequellen, so auch zur seeseitigen Nutzung der Windenergie durch so genannte Offshoreanlagen. Wir wüssten heute besser Bescheid und brauchten keine Fragen unbeantwortet stehen zu lassen.

Meine Damen und Herren, Bundes- und Landesregierung sehen in der Offshorewindenergienutzung gemeinsam eine Chance. Bundes- und Landesregierung sehen aber auch Widersprüche, das ist einfach so und es ist ja auch bei der Einbringung diskutiert worden. Zum einen sind dies Widersprüche in Gestalt von Nutzungskonflikten, zum anderen entstehen Konflikte aufgrund zu erwartender massiver Eingriffe in den sensiblen marinen Bereich.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, Eingriffe in das Küstenmeer müssen – und dazu bedurfte es nicht erst dieses Antrages – mit allen verfügbaren rechtlichen Mitteln auf Herz und Nieren geprüft werden. Ohne Zweifel sind Land und Bund in einer hohen Verantwortung. In der letzten Zeit gab es hier im Landtag reichlich Gelegenheit, die in diesem Antrag gestellten Fragen zu thematisieren, abgesehen davon auch in einer ganzen Reihe von Fachtagungen populärer Art. Zum Beispiel hat der Tourismusausschuss das Thema aufgegriffen.

Am vergangenen Mittwoch, dem 17.04., zum Beispiel wurde auch im Umweltausschuss die Gelegenheit geboten, sich im Detail zu landesplanerischen Aspekten der Ausweisung von Windkraftanlagen, insbesondere im Offshorebereich, in Mecklenburg-Vorpommern zu informieren. Das Umweltministerium hat sich hier wirklich sehr

gut informativ verhalten. Leider waren die drei Antragsteller – mir sind nur drei bekannt, ich habe jetzt gehört, es gibt noch einen Vierten – nicht zugegen. Ausgerechnet Sie, Herr Brick, Frau Skrzepski und Herr Thomas, die sonst alles unternehmen, um den Naturschutz in Grenzen zu halten,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Martin Brick, CDU: Na, na, na!)

nachweislich, machen sich nun zum Anwalt für den marinen Naturschutz. Warum haben Sie sich zu gegebener Zeit nicht mit einem Antrag dazu eingebracht? Warum haben Sie die Chance der Ausschüsse nicht genutzt?

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

Sie, Herr Brick, lassen sich schwerlich als bekennender Naturschützer einordnen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Im Gegenteil, mit schnoddrigen Redensarten –

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

hören Sie bitte zu! – haben Sie in Ihrer Regierungszeit nichts unterlassen, den Naturschutz und verantwortungsvolle, dem Naturschutz verbundene Menschen lächerlich zu machen.

(Martin Brick, CDU: Das ist Ihre ganz persönliche Ansicht.)

Ich erinnere mich an sehr viele Details. Ich könnte wörtlich zitieren, ersparen Sie sich das.

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

Herr Thomas, der dritte Umweltschützer in dieser „unheiligen“ Antragsallianz hat Informationen und Diskussionen im Umweltausschuss immer tunlichst vermieden. Selbst bei einem interfraktionellen Antrag zur maritimen Sicherheit auf der Ostsee hat er seine Zustimmung verweigert und beruft sich heute in der Einbringung darauf, dass wir uns hier geeinigt haben.

(Peter Ritter, PDS: Zumindest Herr Thomas.)

Er doch nicht! Stattdessen hat er in höchst fleghafter und unparlamentarischer Weise tote, verölte Vögel hier im Parlament vorgeführt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Ich habe andere Vorstellungen von sachlicher Mitarbeit, Herr Abgeordneter Thomas.

(Sigrid Keler, SPD: Henning, du bist Klasse heute!)

Jetzt präsentieren Sie alle Drei, alle Vier einen pseudo-populistischen Antrag. Beides muss gelten: pseudo und populistisch.

An die Adresse von Frau Skrzepski sei gesagt, wer sich wie Sie, Frau Abgeordnete, mit dem uns vorliegenden Antrag für den Tourismus stark macht, der sollte dies mit einem offenen Visier tun. Bei unserem Antrag zu den Geoparks in Mecklenburg-Vorpommern hätten Sie die Chance gehabt, sich als Tourismusexpertin positiv für Ihre geliebte Insel,

(Barbara Borchardt, PDS: Für unsere.)

für die Sie sich immer so gern in Positur setzen, einzubringen. Sie haben unseren Antrag abgelehnt.

(Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Sie können noch mal nachlesen in den „Landtags-Nachrichten“, die heute und gestern verteilt wurden, welcher Chance Sie sich beraubt haben. Wo war denn in diesem Fall Ihr touristisches Engagement hinsichtlich der Küstenlandschaft? Sie haben, meine ich, objektiv die Zeichen der Zeit nicht erkannt.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, ersparen Sie mir jetzt, auf die Dinge einzugehen, die ausführlich schon dargelegt wurden im Umweltausschuss, als die landesplanerischen Aspekte vorgestellt wurden. Das Bauministerium hat uns die Information auf Bitten auch schriftlich übergeben. Das kann jeder Abgeordnete nachlesen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Wenn er denn will. – Peter Ritter, PDS: Kann.)

So ist das, aber ich bin nicht geneigt, hier Nachhilfeunterricht zu geben, sondern fordere zum Lesen auf.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Gut, ist in Ordnung. – Peter Ritter, PDS: Wir sollten den Beruf des Vorlesers auch hier einführen. – Sigrid Keler, SPD: Wir haben kein englisches Parlament. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ja gut, aber wir haben ja keine Vorlesung.

Ich denke schon – und das hat die Darlegung im Umweltausschuss gezeigt –, die Landesregierung und auch wir als Koalitionsparteien nehmen das Thema sehr ernst.

(Beifall Sigrid Keler, SPD)

Sorgfältige Untersuchungen sind erforderlich, weil hochsensible Technik unter extremen Bedingungen des Meeres eine Eigendynamik entwickelt, die nach heutigem Kenntnisstand noch nicht vollständig übersehen wird. Es ist so und daher auch diese Pilotanlagen.

So finden – ich will nur einen Fall anführen, der hier noch keine Erwähnung fand – an den Fundamenten und den anderen Unterwasserteilen der Anlagen im Meer, insbesondere in Flachwasserbereichen oder an Schwellen, siehe Darßer Schwelle, wenn dort solche Anlagen hinkämen, schon hydrodynamische Prozesse statt, Verwirbelungen, Turbulenzbildungen und so weiter, die sauerstoffreiches, lebenswichtiges Salzwasser in die oberen Schichten transportieren, anstelle es in das Innere der Ostsee einfließen zu lassen, wenn es denn schon mal aus dem Westen Richtung Nordsee kommt. Damit würde also dieses Wasser zurückfließen in Richtung Nordsee. Das sind schon Dinge, die man dabei beachten und untersuchen muss. Wir sind, wie Sie alle wissen, total abhängig von der Salzwasseranreicherung, von der O₂-Zufuhr, die durchschnittlich alle acht bis neun Jahre stattfindet. Dieses Mal warten wir aber schon elf Jahre darauf. Also wenn wir hier durch Einbauten Probleme herbeiführen, dann bedeutet das, dass man das auch berücksichtigen muss, aber man kann das nicht im Laborexperiment alles vorrechnen und man kann auch nicht alles simulieren, sondern es bedarf bestimmter Experimente im Maßstab 1 zu 1.

Und ich will Ihnen sagen, diese Tatsachen, die ich eben angeführt habe, die meistens vergessen werden, sind für mich aus ökologischer Sicht die entscheidendsten bei der

Beurteilung der ganzen Materie. Ich weiß aber auch, dass diese Geschichten in einem Gutachten eines hiesigen Instituts Bestandteil sind, was auf diese ganzen raumordnerischen Dinge Einfluss nimmt und einbezogen wird im Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie. Also das sind keine Geheimnisse. Was man dazu weiß, das ist eingebracht und nachlesbar, und an diesem Thema wird genauso gearbeitet wie an allen anderen Einflüssen, die Herr Thomas hier aufgeführt hat.

Insofern, meine Damen und Herren Abgeordnete, ich kann nur für die SPD-Fraktion sprechen, werden wir diesen Antrag ablehnen.

(Peter Ritter, PDS: Du kannst auch für uns sprechen, Henning. –
Barbara Borchardt, PDS: Ja, für uns auch. –
Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Ich danke fürs Zuhören.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Klostermann.

Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Skrzepski von der Fraktion der CDU.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Ich möchte meinen Windpark.)

Gesine Skrzepski, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Wenn wir heute als drei politische Einzelkämpfer der CDU-Fraktion auftreten, so sehen wir unsere politische Verantwortung für Tausende Wähler im Land, die ein Recht darauf haben, über den beantragten Bericht sach- und fachlich zum Thema Offshore unterrichtet zu werden und insbesondere über die Maßnahmen. Und im Übrigen, Herr Klostermann, ist das heute nicht unsere Premiere. Wir haben im Mai 2001 bereits hier einen umfangreichen Offshoreantrag eingebracht. Es kann nicht sein, dass aus einer gegenwärtigen Euphorie zu erneuerbaren Energien ein einseitiger energiepolitischer Gigantismus erwächst und wir aus einem Legislaturdenken heraus eventuell und vielleicht den Zukunftsraum Meer mit zukünftigen Industriefriedhöfen verplanen. Politische Sündenfälle haben wir genügend.

(Barbara Borchardt, PDS: Ach ja?)

Doch leider ufern die Ausmaße immer mehr aus, auch diese Sündenfälle werden globaler. Doch sie nehmen ihren Anfang dort, wo wir als Abgeordnete Entscheidungen zu treffen haben.

Nachdem Deutschland in den siebziger Jahren in Ost wie West flächendeckend mit seelenlosen Betonwüsten überzogen wurde, ich meine da unsere Neubaugebiete, die wir heute mit viel Geld zu, ich sage mal, sehr schönen Wohnstätten wieder umrüsten, man Schlafstätten für Tausende Menschen und damals mit sozialem Sprengstoff geschaffen hat, die Wende bis heute in jeder Großstadt brachliegende Landschaften an Bürogebäuden produzierte und Innenstädte lahm legte, gibt es heute deutschlandweit, lieber Herr Klostermann, über 650 Bürgerinitiativen gegen die Flut von Windkraftanlagen im Land. Windreiche Gebiete in Niedersachsen und Schleswig-Holstein sind dicht belegt beziehungsweise heute schon verspargelt.

Es gibt 11.500 Windräder, die derzeit 3,3 Prozent des deutschen Strombedarfs decken. Wir haben den so genannten Ökostrom, teuer und hochsubventioniert, für die

Wirtschaft, für unsere deutsche Wirtschaft, auch für unsere im Land, die beklagenswerterweise auch durch eine rot-grüne Bundesregierung das Schlusslicht im Wirtschaftsstadion Europa ist. Über vier Millionen Arbeitslose sitzen auf den Rängen und wir Politiker in den Logen, die einen mit Transparenten und die anderen brüllen laut ins Volksstadion den nächsten Boom an Windkraftanlagen aus

(Barbara Borchardt, PDS:
Was ist denn das für ein Bild?)

und verzerren den so guten und ernsthaften Anspruch, mit erneuerbaren Energien auch Deutschlands Wirtschaft in eine energiepolitisch solide Zukunft zu führen.

(Sylvia Bretschneider, SPD:
Das war aber ein schöner Satz.)

Es ist unbestritten, das erste Jahrhundert des neuen Jahrtausends wartet mit drängenden Energiefragen auf. In seiner Studie „Living in One World“ hat der Weltenergieberater klargemacht, dass bis zum Jahr 2050 der Primärenergiebedarf im Vergleich zu heute um etwa 50 Prozent wachsen wird.

(Zuruf von Birgit Schwebs, PDS)

Gleichzeitig nehmen die Vorräte an fossilen Energieträgern, Öl, Gas und Kohle, ab. Ihr Anteil wird von heute 80 Prozent auf 50 Prozent sinken. Dabei bieten natürlich – und das im doppelten Sinne des Wortes – natürliche erneuerbare Energien wie Sonne, Wasser, Biomasse und auch Wind einen Ausweg.

Bereits heute entstehen 40 Prozent der weltweit erzeugten Windenergie in Deutschland. Damit ist Deutschland beim Ausbau der Windenergie an der Weltspitze – eine Spitzenposition, die stolz machen kann, aber auch uns sehr nachdenklich.

Fakt ist, über das Energieeinspeisegesetz wird über den gesetzlich festgelegten Einspeisepreis künstlich eine Nachfrage geschaffen. So liegt der Preis für Windkraft bei bis zu rund 9 Cent pro Kilowattstunde. Atomstrom dagegen kostet beispielsweise rund 5,5 Cent pro Kilowattstunde. Tatsächlich aber sind Deutschlands Stromunternehmen seit April 2000 gesetzlich dazu verpflichtet, Windstrom zu dem festgelegten Preis – Höchstsatz, ich sage es noch mal in deutschen Pfennigen, 17,8 Pfennige –, der bis zu 9 Jahren gewährt wird, zu kaufen.

So titelt die „Welt am Sonntag“ vom 10.02.2002 zu Recht „Windkraft – Bruchlandung der deutschen Energiewirtschaft“

(Beifall Reinhardt Thomas, CDU)

und führt aus: „Windkraftanlagen sind für Betreiber inzwischen zu einer Lizenz zum Geld drucken geworden.“ Die OZ vom 19.04.2002 titelt: „Globale Trends bringen Kapital auf Trab“. Und weiter: „Die Aktienkultur in Deutschland wird weiter aufblühen, 23 Millionen potentielle Arbeitnehmer werden durch die Riester-Rente auf Kapitalmarktprodukte zugreifen“.

Ein Trend wie das Global Warning und regenerative Energien, die Brennstoffzelle und die alternative Windkraft sind zu Geschäftsfeldern avanciert.

Fakt ist: 12 Windkraftanlagenhersteller sind bereits am neuen Markt in Frankfurt notiert. Weitere Firmengebilde werden durch politische Flanken wie Steuervergünstigun-

gen, Zinsverbilligungen und 51 Milliarden Euro, also über 100 Milliarden DM Bundesmittel bis 2010 hervorgespielt.

In der „WirtschaftsWoche“ Januar 2002 und auch in dieser Ausgabe, die wir jetzt vorliegen haben, wird unter der Rubrik Steuern und Recht vor Anlagemodellen wie zum Beispiel Enron-Anlagen, einer der größten Hersteller von Windkraftanlagen, gewarnt. Denn es ist nicht ausgeschlossen, dass ein Unternehmen verkauft und ein neues Schild über die Tür gehängt wird.

(Beifall Reinhardt Thomas, CDU)

Die Frage bleibt offen: Wer übernimmt die Gewährleistung und die technisch aufwendige Wartung? Lesen Sie dazu bitte auch den Artikel in der „WirtschaftsWoche“ vom 18.04.02, Seite 116, wie Kopfgeldjäger agieren! Herrenlose Anlagen, die wir alle nicht wollen, als wirtschaftliche Mahnmale der Zukunft wären in Größendimensionen eine Horrorvision.

Sehr geehrte Abgeordnete, ich denke, es geht schon lange nicht mehr nur bei Windkraft um die Nutzung der natürlichen Ressourcen für eine vernünftige wirtschaftliche Dimension. Hier bestimmt das Kapital die Dimensionen des Beutezuges in die Natur.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Oh, des Beutezuges. – Peter Ritter, PDS: Böses Kapital.)

Ein großartiges Ziel, die Nutzung erneuerbarer Energien, doch sie werden auf dem Weg zum Ziel zu erbeuteten Energien. Der ökonomische Weg, Herr Klostermann, konkurrenziert das ökologische Ziel. Und lassen Sie sich einmal gegenrechnen in der Bauzeit für diese gigantischen Anlagen, wie viel Energie aufgebracht wird, um diese Anlagen erst mal zu errichten,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

und dann im Ziel die Energieleistung, die wir dagegenzurechnen haben.

(Barbara Borchardt, PDS: Das geht bei anderen Einrichtungen nicht?)

Politisch euphorisch vermeldet der Bundesumweltminister Trittin, es gibt zurzeit 66 Antragsteller für Offshoreprojekte. Nach Angaben des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie gibt es derzeit 30 konkrete Anträge für immerhin 6.000 Windräder vor den Küsten.

Auch für und vor Mecklenburg-Vorpommerns Küste werden die Claims abgesteckt. Mit Unterrichtung des Ministeriums für Arbeit und Bau auf der 47. Tourismusausschusssitzung am 10.04. sind 7 Projekte mit immerhin 1.298 Anlagen aufgezeigt. Für 6 Projekte haben bereits die Anlaufberatungen begonnen. Schwerwiegend ist hierbei, dass zwar für die Projekte innerhalb der 12-Seemeilen-Zone ein Suchverfahren nach Raumordnungsprinzip staatlich durchgeführt wird, doch für die Ausschließliche Wirtschaftszone, siehe auch heute SVZ und „Nordkurier“, es keinerlei Raumordnung gibt, also eindimensional gearbeitet wird. Das Land wird zwar im Antragsverfahren in der AWZ als Art Anrainer beteiligt, wird aber nie Herr des Verfahrens sein.

Verwiesen wird im Schreiben vom 4. April 2002 des Ministeriums für Arbeit und Bau an den Tourismusausschuss darauf, dass diese vom Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie durchgeführten Verfahren erkennen lassen, dass hier mit äußerster Korrektheit gehandelt wird. Welch eine politische Farce! Erst jetzt werden 3 Mil-

ionen Euro Bundesmittel, und zwar durch bundesdeutschen Druck Schleswig-Holsteins, die da ein ganz starker Partner für uns sind, für 15 Forschungsprojekte zu ökologischen Auswirkungen von Offshoreanlagen bereitgestellt und erste belastbare Aussagen liegen frühestens 2003 vor, Herr Klostermann. Aber mit der ersten Genehmigung eines Offshoreparks vor Borkum wurden bereits Fakten geschaffen.

Ich denke, das ist im höchsten Maße politisch fahrlässig, nach dem Motto: Das Ziel heiligt die Mittel. Das bedeutet, dass, wenn keine Versagungsgründe vorliegen – und die können ja erst vorliegen, wenn diese Forschungsprojekte gelaufen sind, wenn man erkennt, das ist nicht so gut –,

(Beifall Reinhardt Thomas, CDU)

ein Rechtsanspruch des Antragsstellers auf Erteilung der Genehmigung besteht. Damit werden alle Beschlüsse von Kreistagen – Rügen, Fischland, Darß –, von Verbänden wie dem Regionalen Planungsverband Vorpommern, auch Hiddensee, unsere Willensbekundungen ignoriert beziehungsweise wir werden lediglich als Anrainer über Landesebene betrachtet. Erst wenn es um die Stromableitung auf dem Hoheitsgebiet Mecklenburg-Vorpommerns geht, sind Steuerungsmöglichkeiten über Raumordnungsverfahren gegeben.

Es ist kaum glaubhaft, dass vor unserer Küste möglicherweise gigantische Industriewindparke hochgerüstet werden mit so imposanten Namen wie „Kriegers Flak“ (70 Anlagen), „Adlergrund“ (163 Anlagen) oder „Oderbank“ (200 Anlagen), und erst wenn teurer, hoch subventionierter Strom durch unser Land zur Einspeisung kommen soll, lediglich das Stromkabel nach links oder ein bisschen nach rechts gelegt werden darf, denn auch hier gilt nach EEG klar, dem Energieeinspeisegesetz, den erneuerbaren Energien Vorrang einzuräumen. Steuerungsmöglichkeiten bei der Anlandung der Energie Ja, grundsätzlich zu den Projekten Nein, so Professor Methling im Tourismusausschuss. Und deshalb fordern wir eben Maßnahmen, um Einfluss zu nehmen auf die Seeanlagenverordnung, die bisher die Versagungsgründe nicht so klar definiert. Ich vermisse auch bei der energiepolitischen Diskussion total den visionären Ansatz, wie wir Mecklenburg-Vorpommern zum Beispiel zum Niedrigpreisenergiestromland entwickeln könnten,

(Beifall Reinhardt Thomas, CDU)

denn erneuerbare Energien sollten nicht teurer für den Verbraucher werden, sondern sie sollten zum wirtschaftlichen Standortfaktor und Vorteil für unser Land entwickelt werden.

(Beifall Reinhardt Thomas, CDU)

Sehr geehrte Abgeordnete, ich bitte Sie, auch im Namen meiner beiden Kollegen und, ich denke, auch vieler, die sich hier nicht offen äußern, dass wir aus unserer gemeinsamen politischen Verantwortung hier im Landtag für unseren Lebensraum Mecklenburg-Vorpommern diesem Berichtsantrag zustimmen. Zu viele Fragen bleiben noch unbeantwortet. Lassen Sie uns keinen neuen politischen Sündenfall, diesmal nicht vom Reißbrett, sondern gleich vom Aktienmarkt inszenieren, denn auch auf dem Reißbrett existiert bis heute noch nicht eine 5-Megawatt-Anlage. Bis zum heutigen Tag liegen keine realistischen, aussagefähigen Energiebilanzen und Energieeinspeisungsmöglichkeiten vor. Lubmin und Bentwisch werden

benannt als Standorte, aber die Möglichkeit besteht noch nicht.

Es gilt auch, sehr ernsthaft die prognostizierten Arbeitsplätze im Land – „Nordex“ machte unlängst Schlagzeilen mit Billigarbeitsplätzen, auch für Ingenieure, man staune, die Belegschaft ging damit an die Öffentlichkeit – gegen die Tausenden Arbeitsplätze im Tourismus wirtschaftlich ins Verhältnis zu setzen und weitere Subventionen wirtschaftspolitisch klug abzuwägen.

Und ich mache hier mal aufmerksam, Herr Professor Methling, damit ich es hier nicht in den Saal posaune, ohne mich absolut rückversichert zu haben, auf der e.dis-Aktionärsversammlung voriger Woche in Fürstenwalde wurde vom Vorstandsvorsitzenden im Saal verkündet, dass es in Dänemark einen Super-GAU gegeben hat mit einer Windflaute von zwei Tagen, wo sich kein Windrad mehr auf See drehte

(Reinhardt Thomas, CDU:
Ist zusammengebrochen.)

und man ein totales Umdenken in der Subventionierung staatlicherseits einbringt und keinerlei Subventionen mehr für Windkraftträder einstellen will.

(Minister Dr. Wolfgang Methling:
So ist das, wenn kein Wind weht.)

So ist das, wenn kein Wind weht. Es wird ja auch nicht, wenn die Windräder sich drehen, ein Atomkraftwerk abgestellt. Das ist ja der Trugschluss, der hier suggeriert wird.

(Peter Ritter, PDS: Wir können es doch
aber befördern, Frau Skrzepski, befördern. –
Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Solche Artikel wie in der „Ostsee-Zeitung“ bitte ich hierbei zu beachten, die natürlich sehr interessant gestaltet sind.

(Peter Ritter, PDS: Wir könnten
Atomkraftwerke schon heute abschalten,
ohne dass wir im Dunkeln sitzen.)

Unten heißt es: „e.dis zieht Preise an“, obwohl 17 Prozent der Energieleistung bei e.dis durch Windkraftanlagen geliefert wird, und oben brillieren wir, man setzt als Mecklenburg-Vorpommer auf die Entwicklung der Fischwirtschaft. Dazu wird mein verehrter Herr Landtagskollege Herr Brick noch reden. Die Ostsee als Ernährungsgrundlage der Zukunft soll zum Beispiel bei nur einem der Projekte – und ich bitte Sie, das wirklich noch mal zu verinnerlichen, vor Rügen zum Beispiel – mit 200 Windkraftanlagen um eine Fläche von 195 Quadratkilometern, ein Fünftel der Fläche Rügens, beraubt werden. Riesige Monopile werden in Stahlfundamente installiert, die 20 Meter tief in den Meeresgrund gerammt werden und das Meer auf diesen riesigen Flächen mit Tausenden Kubikmetern Beton auf Ewigkeit versiegeln. Das sind Mahnmale der Zukunft für mich. Oberhalb des Wassers können wir alles abtragen, aber diese Betonfundamente bleiben ewig.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Der Kreistag Rügen und die Insel Hiddensee sowie Ämter und Gemeinden Rügens und auch die PDS auf der Insel Rügen warnen davor, stimmen dem Kreistag einstimmig zu, auch die Landrätin, und sie erwarten die Aussetzung dieser Offshoreanlagen, sie lehnen diese Projekte ab.

Ich denke, sehr geehrte Abgeordnete, setzen wir unsere menschliche Energie dafür ein, sehr verantwortungsvoll für unsere Menschen im Land, in der Tradition, für die Seefahrt und die Fischereiwirtschaft eine hochwertige Tourismusregion, die wir mit vielen Geldern, mit Milliarden geschaffen haben, mit 8 Milliarden Investitionen, vor politischen Auswüchsen und einem energiepolitischen Gigantismus zu bewahren. Lassen Sie uns Entscheidungen mit Sach- und Fachkenntnis treffen, nicht mit Halbwissen und Legislaturdenken! Es gibt den Einen, der da mit der ruhigen Hand regiert

(Siegfried Friese, SPD: Und der regiert gut.)

im Bund, und Herr Methling wird uns heute bestimmt sagen, dass er mit wissenden professionellen Händen, im wahrsten Sinne des Wortes grünen Händen regiert, aber das Volk hat zurzeit nur Halbwissen in den Händen,

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

und ich wäre sehr dankbar, wenn wir dieser Aufgabe Genüge tun,

(Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

dass wir unsere Verantwortung wahren und wahrnehmen, dass wir die Menschen wissen lassen, was hier passiert. – In diesem Sinne herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall Reinhardt Thomas, CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Klostermann? (Zustimmung)

Dr. Henning Klostermann, SPD: Frau Abgeordnete Skrzepski, Sie haben uns hier wortreich unterhalten, aber eine Frage, die ich am Anfang gestellt habe, bisher nicht beantwortet. Und zwar darf ich die Frage noch mal wiederholen, nämlich warum es sich in dem Fall um einen Gruppenantrag handelt und nicht um den der Fraktion der CDU.

(Peter Ritter, PDS: Man muss doch die Frage
stellen fürs Protokoll, sonst kriegt er doch Ärger.)

Gesine Skrzepski, CDU: Herr Klostermann, unterhaltsam ist das gar nicht. Das ist hier eine wichtige Sache, ich sehe hier mein politisches Mandat und Sie täuschen sich, wenn ich hier nur als Gesine Skrzepski stehe, ich rede für fast 10.000 Wählerstimmen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Da haben
Sie ja wenigstens zugegeben,
worum es geht, nicht um die Sache.)

Und da wir einvernehmlich, einstimmig im Kreistag so entschieden haben, gebe ich Ihnen hier die Stimmen Rügens bekannt. Wenn hier drei Landtagskollegen aus der CDU-Fraktion ganz einfach sagen, wir nehmen das Thema auf, weil Sie es aus Ihren Fraktionen niemals so ehrlich bekannt geben würden, dann ist immer wieder ein Hick und Hack, denn im Moment spalten sich alle in das Für und das Gegen Offshore. Dazwischen gibt es noch etwas anderes. Man muss erst mal wissen, um echte, gute Grundlagen und solide Entscheidungen zu schaffen.

(Beifall Reinhardt Thomas, CDU)

Mir geht es hier um die Wissensentscheidung und dafür wollen wir Vorreiter sein, damit wir auch denen in meiner Fraktion die Entscheidung erleichtern, wollen wir dafür

oder dagegen sein. Ich will nicht spalten, sondern ich möchte, dass wir hier gemeinsam etwas an Wissen erreichen, und da traue ich mich schon mal vorzuschauen. Sie kennen meinen Ausspruch vom Landesparteitag: „Ich bin Volkspolitiker und kein Parteisoldat.“ In diesem Sinne meine Antwort. – Danke.

(Beifall Reinhardt Thomas, CDU)

Dr. Henning Klostermann, SPD: Gestatten Sie noch eine Zusatzfrage?

Vizepräsident Andreas Bluhm: Frau Abgeordnete, gestatten Sie noch eine Zusatzfrage? – Herr Klostermann, bitte.

Dr. Henning Klostermann, SPD: Ich bin nicht auf Ihrem Parteitag gewesen, aber ich möchte ganz gern meine Frage beantwortet haben. Die ist für mich nicht beantwortet.

Gesine Skrzepski, CDU: Das müssen Sie für sich beurteilen, Herr Klostermann.

(Siegfried Friese, SPD: Aber Fragen beantwortet man doch, Frau Skrzepski.)

Ihre Denkweisen sind oftmals so abstrakt und abstrus, die sind für uns ohnehin ab und zu schwierig nachzuvollziehen.

Dr. Henning Klostermann, SPD: Beantworten Sie doch einfach die Frage!

Gesine Skrzepski, CDU: Sie haben zur Kenntnis zu nehmen, dass drei CDU-Landtagsabgeordnete hier wahrscheinlich die Verantwortung für 71 Abgeordnete im Hause in die Hand nehmen müssen,

(Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS – Beifall Peter Ritter, PDS –

Barbara Borchardt, PDS: Werden Sie eigentlich mit dieser Last fertig? Sie müssten doch Tag und Nacht nicht mehr schlafen können.)

damit Sie sich endlich hinreißen lassen dürfen, mal einen Bericht zu hören zu Wissensfakten. Und ich hoffe sehr für Sie, Sie gehen alle in den Wahlkampf, dass Ihnen nicht ein Bürger zu Hause die Frage zu Offshore stellt, wenn Sie mit Eiapopeia und Gelaber und Populismus diese Fragen beantworten. Über die Zeit sind die Wähler hinaus, die wollen Fakten und Sachwissen.

(Barbara Borchardt, PDS: Deswegen haben wir sie auch immer ernst genommen.)

In diesem Sinne, lieber Herr Klostermann!

Es liegt mir auch noch auf dem Herzen ein Wort: Geopark.

(Zurufe von Dr. Gerhard Bartels, PDS, und Peter Ritter, PDS)

Danke. Darf ich vielleicht noch einmal reden?! Es wäre sehr charmant.

(Barbara Borchardt, PDS: Nee! Nein, Sie haben doch die Frage beantwortet.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Ich gehe davon aus, dass Sie die Fragen des Abgeordneten Klostermann beantwortet haben.

Gesine Skrzepski, CDU: Aber er darf gern auch die Antwort haben zu Geoparks.

(Peter Ritter, PDS: Da hat er jetzt aber nicht danach gefragt. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Hat er nicht. Er hat doch gar nicht gefragt.)

Natürlich, zu Anfang.

(Peter Ritter, PDS: Aber doch nicht jetzt.)

Ich war gerne bereit und habe mich dazu verleiten lassen, mich mental umzustimmen.

Herr Dr. Körner hat so eine Schimpftirade auf die CDU abgelassen

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Barbara Borchardt, PDS: Das macht er nie, der Dr. Körner. So was würde er nie tun.)

und uns von vorn herein als Naturfrevler frech abgestempelt, dass es mir einfach nicht mehr möglich war, diesem Antrag zuzustimmen, da es eine Verurteilung schon vorher gab.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: So böse, Herr Dr. Körner?! Also wissen Sie!)

Diese Umgangskultur möchte ich hier nicht haben, Herr Klostermann.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU – Dr. Till Backhaus, SPD: Das müssen Sie Herrn Rehberg aber auch mal sagen. –

Peter Ritter, PDS: Welche Frage stand denn eigentlich heute noch im Raum? –

Birgit Schwebs, PDS: Nach der Rügenbrücke.)

Und deshalb würde ich Sie sehr persönlich auch bitten, werter Herr Klostermann: Stimmen Sie diesem Antrag zu! – Danke schön.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Um das Wort hat gebeten der Minister für Arbeit und Bau Herr Holter. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Ich komme auch noch. – Angelika Gramkow, PDS: Was?! – Unruhe und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ihr gebt euch wirklich Mühe mit den vier Leuten. – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Minister Helmut Holter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin sehr dafür, dass wir über das Thema Windkraft und Offshorewindenergieanlagen diskutieren. Ich bin auch dafür, dass man Bedenken äußert, aber ich habe etwas dagegen, wenn Horrorvisionen

(Beifall Barbara Borchardt, PDS, und Birgit Schwebs, PDS – Birgit Schwebs, PDS: Wir sind ja nicht in Hollywood. – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

wie eben von Frau Skrzepski und von Herrn Thomas hier vorgeführt und aufgemacht werden.

Das dient der Entwicklung des Landes, Herr Thomas und Frau Skrzepski, überhaupt nicht, denn Ihr Beitrag, den Sie hier heute geliefert haben, ist der Einstieg in den Ausstieg aus der Wirtschaftskompetenz der CDU.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Peter Ritter, PDS – Heiterkeit bei Dr. Henning Klostermann, SPD)

Und das werden wir sehr wohl den Herstellern und Betreibern von Windenergieanlagen übermitteln, was Sie hier heute an den Tag gelegt haben.

(Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Erste Frage, die tatsächlich zu beantworten ist: Wie soll denn die neue energiepolitische Orientierung in der Welt und auch in Deutschland, in Mecklenburg-Vorpommern nun tatsächlich funktionieren? Wenn es um den Ausstieg aus der Atomenergie geht,

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

werden die fossilen Brennstoffe abnehmen und wir werden den CO₂-Ausstoß auf der Erde und in Deutschland senken wollen.

(Peter Ritter, PDS: Müssen, müssen! –
Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Das müssen Sie mal beantworten.

Und die zweite Sache, insbesondere Herr Thomas sprach davon, es liegen keine Erkenntnisse vor. Es ist zu vermuten, dass, ... Es ist anzunehmen, dass ...

(Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Und deswegen meine ich, lassen Sie uns doch Pilotprojekte bauen, wo wir genau zu diesen Erkenntnissen kommen.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Erst mal prüfen.
Erst mal prüfen, ob Sie überhaupt können.)

Ich komme ja noch, Herr Backhaus, zu den einzelnen Schritten.

(Zurufe von Reinhardt Thomas, CDU,
und Barbara Borchardt, PDS)

Also ich meine, Bedenken, Anmerkungen sind vollkommen in Ordnung, aber mir geht es um eine sachliche Debatte. Wir haben – und so schreibt es dieses Gesetz vor – das Ziel, in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 2010 12,5 Prozent des Energieaufkommens aus alternativen Energien zu gewinnen, darunter Windenergie, nicht ausschließlich, darunter Windenergie.

Wir in Mecklenburg-Vorpommern – das wissen alle Beteiligten hier, das ist ja nun schon lang und breit debattiert worden – haben mit dem Landesraumordnungsprogramm und mit den regionalen Raumordnungsprogrammen Eignungsräume ausgewiesen, Eignungsräume für Windkraftanlagen landseitig, also onshore. Diese Eignungsräume – das geht, Herr Jäger, glaube ich, auch vollkommen in Ordnung, auch wenn es hier und da Widersprüche gibt und Bürgerinitiativen –, diese Eignungsräume sind zu einem Drittel belegt, jetzt ganz grob, ein Drittel sind sie teilweise belegt und ein Drittel ist noch frei, aber man kann pauschal sagen, alle Eignungsräume sind ausgeplant, also in den nächsten Jahren werden sie alle mit diesen Anlagen entsprechend besetzt werden. Damit erreichen wir heute ein Energieaufkommen aus Windkraftanlagen in Mecklenburg-Vorpommern von 23 Prozent, ebenfalls eine runde Zahl, legen Sie mich jetzt nicht auf die Kommastelle fest. Das wird sich mit dem weiteren Besatz dieser Eignungsräume, also dem weiteren Aufbau von Windenergieanlagen, landseitig selbstverständlich, erhöhen. Das ist auch Ziel unserer energiepolitischen Politik. Da gibt es bisher auch keinen Widerspruch, den habe ich zumindest nicht vernommen.

Nun geht es darum, wenn es also darauf ankommt, 2010 und in den Folgejahren mehr alternative Energieformen zu nutzen, gibt es Chancen, seeseitig, also offshore, tatsächlich Windenergieanlagen aufzubauen. Die erste Frage, die

sich damit stellt, ist: Wie viel Platz haben wir eigentlich seeseitig, wie viel Platz ist eigentlich vor unserer Küste?

Und das Erste, was hier gesagt wurde, ist, unsere Küsten werden hier massenhaft zugepflastert mit irgendwelchen Windkraftanlagen. Sie wissen ganz genau und die Unterrichtung in den Ausschüssen hat das sicherlich gezeigt, dass in der 12-Seemeilen-Zone gar nicht so viel Platz ist, weil nämlich durch militärische Nutzung, durch archäologische Bedingungen, durch Kriegsfolgeerscheinungen und weitere Ausschlussgründe so viel Platz in der 12-Seemeilen-Zone gar nicht vorhanden ist.

Deswegen sind raumordnungsseitig Untersuchungen durchgeführt worden, wo in der 12-Seemeilen-Zone – und darüber möchte ich Sie noch mal kurz informieren – denn ein Pilotvorhaben möglich scheint. Dieses Pilotvorhaben mit 21 Windkraftanlagen soll nördlich vom Darß und westlich von Hiddensee/Rügen errichtet werden. 21 Anlagen! Wie ist der Ablauf? Wir werden jetzt am 1. Mai dieses Jahres beginnen mit der Umweltverträglichkeitsprüfung und einer Vogelzählung, weil natürlich zu prüfen ist, wie viele Vögel – Fledermäuse, vermute ich mal, fliegen über der Ostsee nicht –, aber wie viele Vögel sich dort befinden. Die Hauptvogelzuglinie befindet sich auf alle Fälle in diesem Bereich nicht. Das kann man schon definitiv sagen. Aber es wäre eben festzustellen, ob es nicht nur in Parteien, sondern auch unter Vögeln Abwechler gibt, die möglicherweise die vorgeschriebene Linie nicht beachten.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Dr. Till Backhaus, SPD: Die gibt es ja überall, solche schrägen Vögel.)

Ja.

Und das wollen wir im nächsten Jahr zählen und das soll am 31.05.2003 abgeschlossen sein. Das glaube ich ...

(Martin Brick, CDU: Das lassen Sie mal lieber Herrn Methling beantworten. Davon haben Sie keine Ahnung. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Wissen Sie, Herr Brick,

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

wissen Sie, Herr Brick, das ist genau, ...

(Martin Brick, CDU: Das wissen Sie doch nicht.)

Warten Sie doch mal ab!

Erstens unterschätzen Sie mich und zweitens ...

(Martin Brick, CDU: Das andere machen wir unter vier Augen aus.)

Zweitens glaube ich, es steht Ihnen nicht zu, darüber zu urteilen, wovon ich Ahnung habe und wovon ich keine Ahnung habe. Das maße ich mir auch nicht an, Herr Brick.

(Beifall Dr. Henning Klostermann, SPD –
Martin Brick, CDU: Das merke ich.)

Also ich verwahre mich gegen so was, was Sie hier vornehmen. Das hat mit politischer Kultur und Auseinandersetzung nämlich nichts mehr zu tun.

(Martin Brick, CDU: Na ja.)

Ja. Also,

(Harry Glawe, CDU: Zurück zu den Vögeln. –
Birgit Schwebs, PDS: Genau, zu den schwarzen.)

zurück zu den Vögeln, richtig. Wir werden also eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchführen, wir werden die Vögel zählen und im Ergebnis der Umweltverträglichkeitsprüfung – wozu auch die Untersuchungen gehören, wie sich solche Anlagen möglicherweise auf die Fische, ihr Laichverhalten und auf die Meeressäuger auswirken – wird dann tatsächlich entschieden, ob ein Raumordnungsverfahren eingeleitet wird. Das Raumordnungsverfahren wird frühestens im Mai/Juni 2003 eingeleitet. Eine Baugenehmigung – es wird ja hier immer so getan, als wenn schon übermorgen diese Anlagen errichtet werden –, eine Baugenehmigung ist frühestens Ende 2003 zu erwarten. Das sind die ganz konkreten Schrittfolgen.

Es geht tatsächlich darum, die Erkenntnisse, die Sie hier einfordern, Herr Thomas, über eine solche Umweltverträglichkeitsprüfung, über das Raumordnungsverfahren zu erhalten, in dem natürlich die Träger öffentlicher Belange, auch die Kreistage, die hier genannt wurden – Frau Skrzepski ist irgendwie abhanden gekommen –, gehört werden können, so dass also alle beteiligt werden an diesem Raumordnungsverfahren, es geht darum, genau diese Erkenntnisse zu bekommen, die hier immer eingefordert werden.

Zweitens wissen wir alle, dass außerhalb der 12-See-meilen-Zone die Ausschließliche Wirtschaftszone, beginnt. Ja, es gibt Interessensbekundungen von einer Vielzahl von Windkraftanlagenherstellern, die in der Ausschließlichen Wirtschaftszone, insbesondere nördlich von Rügen und östlich von Rügen, tatsächlich Anlagen errichten wollen. Aber nur ein Unternehmen – ein Unternehmen! –, und zwar in der Oderbank, ist zurzeit dabei, eine Antragskonferenz durchzuführen. Eine Antragskonferenz hat natürlich zum Gegenstand, ob und unter welchen Bedingungen solche Anlagen zu errichten sind.

Und nun – das haben Sie ja zitiert – gibt es die Seeanlagenverordnung, die jetzt mit dem Bundesnaturschutzneuregelungsgesetz am 04.04.2002 in Kraft getreten ist. Da ist jetzt ebenfalls geregelt, und das haben Sie nicht gesagt, dass bei Projekten in der Ausschließlichen Wirtschaftszone ebenfalls eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist. Das ist, glaube ich, im Interesse der Fischer genauso wie im Interesse der Vogelschützer, um mal bei den beiden zu bleiben.

Was Ihre Kritik betrifft, dass die Ausschließungsgründe, sprich Versagungsgründe, gering bemessen sind, da stimme ich mit Ihnen überein und darüber muss man sich tatsächlich verständigen, ob nicht weitere Gründe für die Versagung aufgenommen werden müssen.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Und das werden wir auch in der Raumordnungsministerkonferenz einbringen und sicherlich auch der Herr Umweltminister in der Umweltministerkonferenz, um hier weitere Punkte zu diskutieren, damit mögliche Beeinträchtigungen, die sich im Zuge von Untersuchungen ergeben, hier berücksichtigt werden können.

Neu ist auch – und das, glaube ich, steht dann dem etwas entgegen, was gegenwärtig läuft, also gegenwärtig ist es ja so, dass ein Unternehmen, welches dort eine Anlage errichten will, erklärt, okay, ich möchte an der und der Stelle, bei den Koordinaten meine Anlage errichten –, also heute, nach der Seeanlagenverordnung, wird es so sein, dass besondere Eignungsgebiete in der Ausschließlichen Wirtschaftszone ausgewiesen werden und damit

auch ein bisschen Raumordnung zumindest im Bereich der Ausschließlichen Wirtschaftszone einzieht.

Es ist natürlich und richtig, dass die Fragen der Schiffsicherheit – das ist das Letzte, was ich hier kurz erwähnen will – nicht nur wichtige und interessante Fragen sind, aber neben dem Umweltschutz ist die entscheidende Frage, wie die Schiffsicherheit im Zusammenhang mit Windkraftanlagen auf See gesichert wird. Sie haben das ja, Herr Thomas, richtig gesagt, dass der Germanische Lloyd und das Ingenieurbüro für Schiffsicherheit Gaus in Bremen dazu eine Risikoanalyse durchführen und genau die von Ihnen geforderten wissenschaftlichen Daten und Fakten, Kenntnisse, Erkenntnisse bringen werden, um Schlussfolgerungen abzuleiten, was denn notwendig sein wird,

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

um die Schiffsicherheit in diesen Bereichen zu gewährleisten. Deswegen, meine ich, warten wir doch mal diese ganz konkreten Ergebnisse ab.

Ich kann Ihnen sagen, und das haben meine Kollegen aus dem Ministerium dem Ausschuss ja sicherlich deutlich gemacht, dass wir mit der Bundesbehörde, also mit dem Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie, ganz konkret zusammenarbeiten und sehr gut zusammenarbeiten, dass wir schnell und umfassend informiert sind. Ja, da stimme ich Ihnen zu, es wäre wünschenswert, wenn die Verantwortung der Raumordnung, der Landesraumordnung ausgedehnt werden würde auf die Ausschließliche Wirtschaftszone, ...

(Reinhardt Thomas, CDU:
Genau. Und das haben wir nicht.)

Ich mache ja sehr deutlich, wo es auch die Gemeinsamkeiten gibt.

... damit die Prinzipien der Raumordnung, in dem Falle Mecklenburg-Vorpommerns, auch dort ihre Anwendung finden können, damit alle die Belange, die wir gemeinsam diskutieren, da bin ich sehr dafür, bei Entscheidungen zu Windkraftanlagen auf See tatsächlich berücksichtigt werden können.

Das ist Ziel meiner Politik und das ist auch Ziel der Politik dieser Landesregierung. Und deswegen meine ich, sachliche Diskussion ja, aber in der Art und Weise Horrordiskussionen aufzuzeigen,

(Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

dass Gefährdungen damit verbunden sind und dass das wirtschaftsschädlich ist, diese Auffassung kann ich nicht teilen. Deswegen meine ich, das, was gegenwärtig läuft, was vorgesehen ist, eine Pilotanlage in der 12-See-meilen-Zone an dem Ort, der beschrieben ist, und eine Antragskonferenz – und eine Antragskonferenz heißt ja noch nicht, dass die Anlagen in der Ausschließlichen Wirtschaftszone errichtet werden –, eine Antragskonferenz in der Oderbank, das ist der aktuelle Stand über Vorhaben zur Windenergienutzung auf der Ostsee im unmittelbaren Küstenbereich und in der Nähe Mecklenburg-Vorpommerns. Und ich meine, mit dieser Information dürfte auch Ihrem Anliegen Genüge getan sein. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Herr Brick von der Fraktion der CDU. Bitte schön, Herr Brick.

Martin Brick, CDU: Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren Abgeordnete! Es hat den Anschein, dass ich neuerdings wiederholt als Letzter einlaufe.

(Peter Ritter, PDS: Nein, nein, Frau Schwebs kommt noch. – Barbara Borchardt, PDS: Und der Umweltminister.)

Aber machen Sie die Rechnung bitte nicht ohne den Wirt.

(Barbara Borchardt, PDS:
Sind Sie jetzt Wirt geworden?)

Zum Thema. Mein Thema, Herr Klostermann, ist Fischerei und Windkraftanlagen. Ich verstehe Ihren Angriff auf meine Person nicht. Sie können wohl nicht anders und so was nennt man gemeinhin Schmalspurpolitiker.

(Beifall Reinhardt Thomas, CDU)

Was ich in der Vergangenheit gesagt habe, dazu stehe ich. Hier geht es nicht um Umweltschutz, hier geht es um Wirtschaft. Ich denke, das haben alle Beiträge bisher deutlich gemacht. Und bitte merken Sie sich, das tägliche Duschen ersetzt noch nicht das Kapitänspatent. Wären Sie mal in Stralsund gewesen, dann hätten Sie die Fragen der Grünen-Verbände und die viele Unsicherheit dort gespürt. Was Sie hier abgezogen haben, nennt man wohl „Schaf im Schafspelz“.

(Harry Glawe, CDU: Wolf!)

Die Fischer sind nicht gegen moderne Technik und auch nicht gegen alternative beziehungsweise erneuerbare Energien. Dieser mit zu den ältesten Handwerken gehörende Berufszweig wehrt sich ganz einfach gegen weitere Einschränkungen seines Tuns. Und er hat Grund dazu. Dem Berufsstand fehlt es an Lobby und er stößt zunehmend auf Unverständnis und Unkenntnis vor allen Dingen in Berlin, was die Politik angeht. Sein Anteil am Bruttosozialprodukt, am Bruttoinlandsprodukt ist gering, die Arbeitskräftezahl wird immer bedeutungsloser und die meisten Anlandungen kommen aus dem Ausland. Das ist sicher dann auch der Grund, wie wir es jetzt gerade erlebt haben im Bundesnaturschutzgesetz, dass Fischerei keine Berücksichtigung findet trotz guter Zuarbeit. Ich denke hier insbesondere an die Paragraphen 3 und 3 a Seeanlagenverordnung, Versagungsgründe, auch hier kommt die Fischerei nicht vor.

(Gesine Skrzepski, CDU: So ist es.)

Das wissen nun mal die Politiker und sie erinnern sich in der Regel nur in bestimmten Zeiten an diesen Berufszweig. Jetzt ist deutschlandweit so eine Zeit. Politiker werden blind und taub, wenn es um Investitionen und Arbeitsplätze geht. Und darum geht es in der Tat bei der Offshoretechnik. Aber lassen Sie sich von mir sagen: Das, was an Arbeitskräften bei den Atomkraftwerken, AKWs, abgebaut wird, wird nicht im Entferntesten kompensiert.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Gesine Skrzepski, CDU: Richtig. So ist es.)

Dies alles ändert nichts an den fortwährenden Einschränkungen. Und darum geht's, Quotierungen auf allen Gebieten für die Fischerei. Und bitte bedenken Sie, ein Fischer muss entweder an Bord oder im Kopf bisher über 3.000 Verordnungen und Gesetze haben. Die überaus

sensiblen Gebiete Ost- und Nordsee – man kann eben das alles woanders machen – scheinen Tummelplatz für Entfaltungsmöglichkeiten aller möglichen Bereiche zu sein. Nur für die Fischerei häufen sich Einschränkungen, vor allen Dingen was die Fanggebiete angeht. Und darum geht es mir.

(Beifall Gesine Skrzepski, CDU,
und Reinhardt Thomas, CDU)

Ich darf Ihnen vielleicht mal darstellen, wo die Einschränkungen bisher schon liegen: Kiesabbau, Ölbohrungen, die Bundeswehrgebiete,

(Birgit Schwebs, PDS: Abschaffen!)

Verkehrstrennungslinien, nicht abgedeckte Kabel, Altlasten auf der einen Seite, Nationalparke, Nullnutzungszone, Walschutzgebiete, Vogelschutzgebiete, FFH-Gebiete, Meeresboden- und Meeresumweltschutzgebiete auf der anderen Seite. Nun auch noch Offshoreanlagen, sagen die Fischer, und dagegen wehren sie sich. Sowohl der Deutsche Verband als auch die Fischer in Mecklenburg-Vorpommern haben Widerspruch eingelegt. Man hat nicht einmal gemerkt, dass ein Verband gar keinen Widerspruch einlegen darf, sondern nur Betroffene.

(Beifall Gesine Skrzepski, CDU –
Reinhardt Thomas, CDU: Richtig.)

Aber weil man diese nicht informiert hat, haben die ein Jahr lang Zeit, Widerspruch einzulegen. Und sie werden es für jede Anlage tun. Bisher ist es für die einzige genehmigte gemacht worden, für die, die vor Borkum genehmigt worden ist.

Darüber hinaus wird der VDSF als Paragraph-29-Verband – oder heißt er jetzt Paragraph-58-Verband? – die Verbandsklage bemühen.

(Birgit Schwebs, PDS: Gut, dass es sie gibt.)

Und daraus erklärt sich auch mein abweichendes Stimmverhalten von gestern. Vielleicht ist es dem einen oder anderen nicht aufgefallen.

(Birgit Schwebs, PDS: Doch.)

Der Grund also über eigene Belange,

(Dr. Till Backhaus, SPD: Doch,
doch, das ist schon aufgefallen.)

der Grund über eigene Belange der weiteren Einschränkung hinaus ist für die Fischer die Unausgegorenheit der Projekte. Das betrifft einmal die Größenordnung. Die ist nirgendwo erprobt, das heißt, es stimmt nicht ganz, in Deutschland gibt es ganze zwei Anlagen. Eine davon ist unlängst umgekippt und dies wird nun erst mal untersucht. Zweitens gibt es keinerlei Erfahrungen, was die Schadwirkungen angeht auf die Meeresumwelt. Hier ist gar nichts erforscht. Und dies lässt sich in Kürze auch nicht machen. Wer auf der Tagung in Stralsund gewesen ist, in der es sachlich, harmonisch zugeht und die gut besucht war, der hat dort erfahren, dass es 15 Projekte für 3 Millionen Euro gibt, um die eventuellen Auswirkungen zu untersuchen. Es ist sogar schon ein Schiff draußen, obwohl noch gar keine Anlage steht. Was will das da eigentlich für Auswirkungen untersuchen? Also 15 Projekte für 3 Millionen Euro, aber nicht ein einziges Projekt untersucht die Auswirkungen auf die Fischbestände.

(Beifall Gesine Skrzepski, CDU,
und Reinhardt Thomas, CDU)

Meine Damen und Herren, darüber hinaus läuft die Zeit. Die Förderung über das EEG geht bis 2006. Und das erklärt eigentlich alles, das erklärt die Eile, den Run auf diese Eignungsgebiete.

Und lassen Sie mich noch etwas sagen zu den Eignungsgebieten. Juristisch gesehen gibt es keine Rechtsgrundlage für Eignungsgebiete, so dass die Betreiber sich mit diesen Eignungsgebieten überhaupt nicht zufrieden geben werden, auch nicht zufrieden geben müssen. Aber ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Brick, ich bitte Sie, langsam zum Schluss zu kommen.

Martin Brick, CDU: Ja, und ich komme zum Schluss: Wenn die Untersuchungen nicht aussagekräftig sind, dann können wir damit gar nichts anfangen. Wir brauchen Zeit. Was passiert eigentlich – diese Frage wird auch nicht beantwortet – mit den 30 gestellten Anträgen vor dem 4. April? Darum bitte ich die Landesregierung persönlich, das betrifft ja vier Ministerien, um diesen Bericht, um Unkenntnis, Ungewissheit zu beseitigen. Die machen Angst und lassen die Gerüchteküche kochen. Helfen Sie mit uns, die richtige Meinung an die richtigen Leute zu bringen! – Ich schließe damit dann meinen Vortrag.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Brick.

Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Schwebs für die Fraktion der PDS.

Birgit Schwebs, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schon in der Antike, meine Damen und Herren, wurde Windenergie wirtschaftlich genutzt, beispielsweise zum Mahlen von Brotgetreide, zur Be- und Entwässerung von Acker- und Weideland. So gab es zum Beispiel um 1880 20.000 Windmühlen in Deutschland. Und schon immer gab es Gegner der Windenergie. Der bekannteste,

(Dr. Till Backhaus, SPD:
Und wie viel gab es 1880?)

der bekannteste von ihnen – jetzt rede ich! – ist der spanische Adlige Don Quichotte. Er sah es schon im Mittelalter als seine Berufung an, gegen Windmühlen zu kämpfen. Das war einigermaßen sinnlos, wie wir aus dem weiteren Verlauf der Geschichte und aus der Erzählung von Cervantes wissen.

(Peter Ritter, PDS: Wovon redet sie jetzt?)

Allerdings erinnert mich dieser CDU-Antrag in seiner Zielrichtung doch sehr an Don Quichotte und Sancho Pansa.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der PDS und Heidemarie Beyer, SPD –
Beifall Barbara Borchardt, PDS)

Dieser Antrag ist, auch wenn er ein Einzelantrag ist, wieder mal ein typischer oppositioneller Rundumschlag gegen alles. Und er verkennt in seiner Blindwütigkeit wie so oft den richtigen Adressaten und das Problem gleichermaßen.

Ich wollte eigentlich eine kurze Version hier reden, aber die Einbringung des Herrn Thomas bringt mich doch dazu, dass ich Ihnen die lange Version zumuten muss.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nö! Nö! –
Barbara Borchardt, PDS: Wir hören dich gern.)

Ich möchte deshalb ganz von vorne aufdröseln, was die CDU in ihrem Antrag fordert.

Im Punkt I wird die Landesregierung aufgefordert zu berichten, was sie tut, um bestimmte Probleme zu lösen, indem sie deren Lösungen in der Seeanlagenverordnung festschreibt, und wie die Interessen bestimmter wirtschaftlicher Gruppen bei der Genehmigung von Offshoreanlagen in der AWZ und in der 12-Seemeilen-Zone gewahrt werden. Im Punkt II wird die Landesregierung aufgefordert zu berichten, wie insgesamt neun verschiedene Probleme – soziale, ökologische, wirtschaftliche, sicherheitstechnische und so weiter und so fort – mit der oben genannten Verordnung gelöst werden. Mit Punkt III wird die Landesregierung aufgefordert zu erklären, welchen energie- und wirtschaftspolitischen Vorteil das Land insgesamt und die Verbraucher im Besonderen von der Nutzung der Windenergie auf der Ostsee haben. Diese drei Punkte bis zum Ende des Monats Mai endgültig zu klären gleicht einer herkulischen Aufgabe oder besser wohl einer Sisyphusaufgabe, denn der Stein des Wissens über Offshore, den Sisyphus hier den Berg hinaufwuchtet, verändert ständig sein Gleichgewicht durch zunehmendes Wissen und neue Erkenntnisse.

Nicht beschlossen wird selbstverständlich die Begründung des Antrages. Dennoch möchte ich sie hier kurz darstellen, weil sie das eigentliche Anliegen des Antrages auf den Punkt bringt. In der Begründung heißt es sinngemäß, es wurde hier auch von allen drei Referenten aus der CDU-Fraktion noch einmal dargestellt: Das Erneuerbare-Energien-Gesetz und das Profitstreben der Windenergieindustrie befördern den schnellen Ausbau der Offshoreanlagen in der Ostsee. Bevor dieses passieren sollte, besteht nach Auffassung der Kollegen aus der CDU-Fraktion noch erheblicher Forschungsbedarf. Da gebe ich Ihnen Recht, liebe Kollegen aus der CDU-Fraktion, es besteht erheblicher Forschungsbedarf an dieser Problematik zu allen von Ihnen benannten Punkten.

Ja, natürlich, es geht immer um wirtschaftliche Interessen bei der Verwertung, bei der Nutzung der Meere, egal ob es um Offshore geht, egal ob es um die Fischerei geht, egal ob es um Tourismus geht. Und jeder potentielle Nutzer der Meere hat seine Lobby, hat seinen Lobbyverband. Und um diese Nutzer geht es im Antrag vorrangig, um die Nutzer der Meere. Aber kritisiert werden im Antrag nur die wirtschaftlichen Interessen der Windenergienutzer! Nur lese ich weder im Antrag noch in der Begründung einen Satz über vorbeugenden Umweltschutz und die Substitution fossiler Brennstoffe durch erneuerbare Energien. Kein Wort wird verloren im Antrag und in der Begründung über Klimaschutz und über das Kyoto-Protokoll. Nicht ein Satz reflektiert den wachsenden globalen Energiebedarf und dessen externe Kosten für die Menschheit. Nicht bedacht wird der sich abzeichnende Klimawandel und der durch Unmengen von anthropogenen Emissionen sich beschleunigende Treibhauseffekt. Das aber ist des Pudels Kern, liebe Kollegen von der CDU-Fraktion. Deshalb werden Windkraftanlagen gebaut – onshore und offshore.

Meine Fraktion wird den Antrag aus zwei Gründen ablehnen:

Der erste Grund ist formaler Natur. Die Seeanlagenverordnung wurde vom Bundesministerium für Verkehr im Januar 1997 erlassen und regelt die Errichtung und den Betrieb von Anlagen im Bereich der AWZ der Bundesrepublik, so steht es im Paragraphen 1 Abschnitt 1 Punkt 1 der Verordnung. Das deutsche föderale System hat – und

ich gehe davon aus, dass dieses auch die Antragsteller wissen – einen ehernen Grundsatz und der heißt: Bundesrecht bricht Landesrecht.

(Reinhardt Thomas, CDU: Aber es geht darum, Bundesrecht im Sinne der Küstenländer zu beeinflussen.)

Das ist nicht immer schön, aber es ist Fakt. Im Umkehrschluss bedeutet diese Tatsache, ein Umweltminister hat wenig oder gar keinen direkten – die Betonung liegt auf „direkten“ – Einfluss auf Bundesgesetze. Nun kann man ja darüber streiten, wie eine Landesregierung doch Bundesgesetze beeinflussen kann, zum Beispiel mit Absprachen oder Inszenierungen im Bundesrat.

(Peter Ritter, PDS: Inszenierung? Das verstehe ich jetzt nicht.)

Das kann man ebenfalls bedauern oder begrüßen, aber es ist ebenfalls Fakt. Deshalb ist der Umweltminister der falsche Adressat Ihrer Forderungen.

Des Weiteren regelt die Seeanlagenverordnung in dem von mir oben zitierten Satz eindeutig und unmissverständlich, dass sie nur und ausschließlich in der AWZ Gültigkeit hat. Damit kann die Landesregierung auch den Punkt 2 nicht erfüllen, selbst wenn sie es könnte vom Wissensstand her.

Die AWZ, sehr geehrte Antragsteller, liegt außerhalb der 12-Seemeilen-Zone. Nur diese wiederum untersteht – wenn man das so salopp sagen kann – der Gesetzlichkeit des Bundeslandes. Und hier plant die Landesregierung, das wurde ja im Tourismus- und auch in der letzten Woche im Umweltausschuss vom zuständigen Ministerium für Arbeit und Bau ausführlich dargestellt, die Errichtung des Pilotprojektes. Der Herr Minister Holter hat ja auch heute darüber sehr informativ berichtet und ich kann Ihnen natürlich auch noch aus beiden Ausschüssen die Drucksachen zur Verfügung stellen und Sie können Ihre Wählerinnen und Wähler darüber informieren.

(Barbara Borchardt, PDS: Meinst du, das wollen sie?)

Sicherlich ist das ein großes und ein ehrgeiziges Projekt für die drei mecklenburg-vorpommerschen Investoren und für unser Land. Verglichen aber mit den 30 Anträgen, die der Bundesregierung für die AWZ vorliegen, ist es ein eher winziges Unterfangen, das für viel Wind zu Wasser und zu Lande sorgt, vor allem wenn man bedenkt, dass formal im Suchraum des Landes 250 Anlagen Platz hätten. Und hier möchte ich Ihnen widersprechen, Herr Thomas, es ist nämlich nichts mit „Augen zu und durch“ bei diesem Thema. Es wird wirklich gründlich geprüft, wenn nur 21 Anlagen in der 12-Seemeilen-Zone errichtet werden und 250 Anlagen Platz hätten. Man muss alles auch etwas relativieren.

Ja, auch ich habe Bedenken gegenüber Offshoreanlagen. Bestätigt wurden diese Bedenken – Herr Brick war ja auch da – auf dem Forum, das am Freitag letzter Woche im Meeresmuseum in Stralsund stattfand. Ich teile die Bedenken der Naturschützer über die Auswirkungen auf Flora und Fauna. Ich teile die Bedenken der Ornithologen und auch die der Fischer, denn jedes Gebiet, das für die Windenergieanlagen im Offshorebereich genutzt wird, entzieht den Vögeln Nahrungs- und Schlafgründe, ist nicht mehr für die Fischerei nutzbar. Auswirkungen der Bauphase und Auswirkungen des Betriebes sind noch gar

nicht absehbar. Fanggründe gehen unter Umständen für Jahrzehnte verloren. Die möglichen Bedenken sind, wie gesagt, im Punkt 2 des Antrages aufgelistet. Aber sie fallen nicht hinten runter, wie die Antragsteller mit diesem Antrag suggerieren wollen.

Minister Holter hat es Ihnen ausführlich erklärt. Die Erkenntnisse über die neun Punkte, unter anderem, die Sie dort aufgezählt haben, werden im Genehmigungsverfahren untersucht und sie fließen in die Genehmigung ein. Gerade deshalb finde ich das Vorgehen der Landesregierung bezüglich der Ausweisung der Flächen für Offshoreanlagen vorbildlich und akzeptabel.

(Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Und ich betone es noch mal: Ich finde es vorbildlich, wie es in der 12-Seemeilen-Zone durch das Land getan wird.

(Gesine Skrzepski, CDU: Na, das sagen Sie mal Frau Kassner!)

Durch die Weißflächenkartierung, die Abwägung der Nutzungsansprüche und der Ausschließungsgründe sowie durch die Ausweisung nur eines Gebietes in der 12-Seemeilen-Zone für ein Pilotprojekt besteht die reale Chance, die neue Technik und auch die Bedenken der Gegner genau gegeneinander abzuwägen.

Verbunden mit der Akzeptanz des Vorgehens ist natürlich die Hoffnung, dass Schützer und Nutzer des Meeres miteinander ins Gespräch kommen und aufeinander zugehen.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Dass es hier ein Kommunikationsdefizit, und zwar ein riesengroßes, von beiden Seiten gibt, zeigten ebenfalls Diskussionen am Rande des Stralsunder Forums. Und dass es auch Lösungen für beide Seiten gibt, auch das zeigten Gespräche am Rande des Stralsunder Forums.

Der zweite Grund, aus dem wir den Antrag ablehnen werden, wiegt wesentlich schwerer, obwohl er sich eigentlich in wenigen Worten zusammenfassen lässt: Es geht um unseren wachsenden Energieverbrauch in der Zukunft in den Industrie- und in den Entwicklungsländern und den daraus entstehenden zunehmenden Treibhauseffekt. Selbst wenn – wenn! – die Menschheit äußerst sparsam mit den Energieressourcen umgehen würde, selbst wenn ständig neue Verfahren der Energieumwandlung mit höheren Wirkungsgraden entwickelt und eingeführt werden würden, wird das Problem der Klimabelastung und der Endlichkeit der Reserven nicht gelöst. Irgendwann werden wir nämlich keine Öltanker mehr haben, die auf den Meeren fahren.

Es gibt zurzeit nur eine Lösung und diese ist im Kyoto-Protokoll festgehalten. Die verschiedenen Staaten haben sich verpflichtet, es national umzusetzen. Es geht um den Rückgang der Emissionen, und zwar weltweit und auch in Deutschland. Ein Meilenstein dorthin ist die Offshoretechnik. Die politischen Vorgaben dazu liefert die EU in ihrem „Weißbuch der erneuerbaren Energien“. Darin wird gefordert, dass der Marktanteil der erneuerbaren Energien bis 2012 in der EU auf zwölf Prozent steigen soll.

Welchen Nutzen – und danach fragen Sie in Ihrem Antrag im Punkt 3 ja auch –, welchen Nutzen haben die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern von der Offshoretechnik zur Erzeugung von Windenergie? Dazu möchte ich nur zwei Beispiele skizzieren:

Zum Ersten sind da die externen Kosten, die bei der Nutzung der verschiedenen Energien unweigerlich auftreten. Externe Kosten oder Nachfolgekosten, meine Damen und Herren, das sind die Kosten, die letztlich bei der Gesellschaft bleiben, das sind die Kosten, die kein Investor übernimmt. Es sind geldwerte Folgen bei der menschlichen und tierischen Gesundheit, es sind die Folgen für Nutzpflanzen und die Folgen auf natürliche Ökosysteme, einschließlich der Kosten des Treibhauseffektes. Die externen Kosten für eine Kilowattstunde, die heute in einem Braunkohlekraftwerk produziert wird, liegen bei 1,45 Pfennigen. Die Kilowattstunde Atomstrom hat externe Kosten von nur 0,50 Pfennig. Ich denke, Sie wissen es nicht, sonst würden Sie vielleicht einmal darüber nachdenken: Die externen Kosten für die Erzeugung einer Kilowattstunde Windenergie betragen sage und schreibe nur 0,06 Pfennige im Gegensatz zu – ich wiederhole es noch mal – 1,45 Pfennigen bei Braunkohle. Ich denke, das muss man nicht weiter kommentieren, es relativiert einige Vorurteile.

(Martin Brick, CDU: Das stimmt nicht.)

Das zweite Beispiel sind die möglichen Auswirkungen auf existenzsichernde Tätigkeit, auf Arbeitsplätze. Wenn der Ausbau der Windenergietechnik bis 2010 auf 10.000 Megawatt realisiert wird – und ich möchte noch mal in Erinnerung bringen, allein für Offshoreanlagen in der AWZ und in der 12-Seemeilen-Zone liegen Anträge für 7.500 Megawatt vor –, dann erfordert dieses ein Investitionsvolumen von 15 Milliarden Euro. Damit könnten bundesweit 20.000 Dauerarbeitsplätze für den Bau der Anlagen und weitere 10.000 für die Wartung entstehen. So gesehen, nämlich volkswirtschaftlich und nicht auf einzelne Interessengruppen beschränkt, ist die Nutzung der Windenergie durchaus sinnvoll und auch nachhaltig.

Um noch einmal auf Don Quichotte zurückzukommen, meine Damen und Herren. Der Ritter von der traurigen Gestalt hatte ein ehrenwertes, vielleicht ein bisschen altertümliches Anliegen in seinem sinnlosen Kampf gegen die Windmühlenflügel. Er wollte seine Dulcinea von Toboso, er wollte sich ihrer würdig erweisen. Er wollte sie beeindrucken. Wenn ich mir Ihre Reden hier angehört habe, dann frage ich mich wirklich, wofür, für wessen Ehre kämpfen Sie eigentlich mit diesem Antrag.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS – Zuruf von Martin Brick, CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Schwebs.

Um das Wort gebeten hat der Umweltminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Professor Methling. Herr Methling, Sie haben das Wort.

(Peter Ritter, PDS: Wir haben die namentliche Abstimmung nicht beantragt, dass Sie noch mal herkommen mussten.)

Minister Dr. Wolfgang Methling: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist interessant, eine namentliche Abstimmung zu beantragen. Aber es ist nur ein Gruppenantrag aus der CDU. Ich bin gespannt, wie Sie das in der Öffentlichkeit werten wollen für Ihre Partei. Ich hätte mir gewünscht, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass wir einen Antrag gehabt hätten, der solider gemacht ist, denn der Gegenstand, den Sie vorlegen zur Diskussion, ist außerordentlich wichtig und das zeigt ja auch die Debatte. Aber Ihr Antrag ist, mit Verlaub gesagt,

ganz einfach nicht zustimmungsfähig, weil er handwerklich so nicht geht, weil Zuständigkeiten nicht berücksichtigt sind und anderes. Insofern könnte ich, wenn ich Abgeordneter wäre, diesen nur ablehnen.

Aber Ihre inhaltlichen Anregungen, die Sie zum Teil geben, sollten doch aufgenommen werden. Ich kann Ihnen auf jeden Fall zusichern, dass ich das tun werde, so, wie Kollege Holter das auch getan hat, denn es sind ja wichtige Dinge hier vorgetragen worden. Natürlich sind sie nicht neu, denn Windkraft hat an Land und im Meer Befürworter und Gegner. Es gibt neue und alte Argumente. Die alten Argumente und die neuen wechseln sich auch ab. Es gibt unterschiedliche Akzentuierungen. Ich könnte eine ganze Reihe aufzählen. Die meisten sind hier genannt worden. Ich will darauf verzichten. Hauptkritiker sind aus meiner Sicht Ornithologen. Das gehört ja mehr in meinen Zuständigkeitsbereich aus der Sicht des Tiereschutzes beziehungsweise Naturschutzes, der Tourismusbranche und der Fischereiverbände.

Zur Fischerei will ich feststellen: Kollege Brick, ich kann Ihre Bedenken nachvollziehen. Es geht dabei um den Verlust von Fanggründen. Deswegen haben Sie sicherlich auch unterschrieben, weil es Ihnen um die Sache ging und weniger um die Präzision des Antrages. Ich bin wie Sie der Auffassung, dass die Wirkungen auf Fischbestände zu prüfen sind. Und wir sollten darüber reden, wie wir dieses hinbekommen und wer diese Untersuchung zu finanzieren hat, denn bisher sind in den ökologischen Untersuchungen diese Aufgaben nicht vorgesehen. Insofern will ich Ihnen dort gerne Recht geben.

Was die Wirkung auf den Tourismus betrifft, habe ich den Eindruck, also, Frau Skrzepski, beim besten Willen – wir haben auch schon des Öfteren darüber diskutiert –, Sie malen hier eine tödliche Gefahr an den Horizont, die es so nicht gibt,

(Gesine Skrzepski, CDU: Doch, ich sehe das so.)

die es so nicht gibt. Und, ich denke, es ist auch nicht maßvoll, solche Botschaften zu verbreiten. Wenn das so wäre, wie Sie es hier beschreiben, dann hätten andere auch schon sehr energisch reagiert und sich darum gekümmert. Die Gefahren für den Tourismus, die Sie hier aufrechnen, 150 Arbeitsplätze, 300 Arbeitsplätze bei NORDEG, sind sozusagen nichts gegen die vielen Tausend Arbeitsplätze in der Tourismuswirtschaft. Dann unterstellen Sie ja, dass es diese Wirkungen gibt, die bisher noch keiner nachgewiesen hat. Übrigens, auch solche Studien werden durchgeführt auf der Insel Rügen. Soweit ich informiert bin, will man solche Befragungen vornehmen, wie Wertungen sind. Die aus Schleswig-Holstein – das wissen Sie genau – haben zum gegenteiligen Ergebnis geführt, was Bedenken von Touristen betrifft, dass sie nicht mehr hinkämen, wenn sie Windräder sähen. Also, dieses ist ganz bestimmt nicht so eingetreten und bei Windparks 40, 50 Kilometer vor der Küste ist dieses wohl wirklich nicht anzunehmen, sondern da stehen andere Aspekte im Vordergrund. Das spielt eine Rolle bei unserem vorgesehenen Pilotprojekt vor der Halbinsel Darß. Dort sind sicherlich solche Wirkungen zu berücksichtigen und deswegen, meine ich, ist es auch richtig, ein Pilotprojekt durchzuführen. Und ich glaube, es ist denkbar.

Ein Krisenszenario, meine sehr verehrten Damen und Herren, kann ich so nicht nachvollziehen und am liebsten würde ich Herrn Brick erinnern an die Diskussion zu Schweineanlagen, die in unserem Land errichtet werden.

Also wenn Sie so wollen, ist das eine ähnliche Diskussionslage hier. Und ich wundere mich, dass ausgerechnet die Wirtschaftspartei CDU, die Sie immer sind, sein wollen, für diese Möglichkeit der wirtschaftlichen Entwicklung so wenig Interesse aufbringt, dass Sie am Klimaschutz ohnehin nichts geändert haben. Das überrascht mich jetzt, weil es selbst in Ihrem Landesprogramm Festlegungen gibt, dass Sie regenerative Energien fördern wollen.

(Martin Brick, CDU:
Fischerei ist auch Wirtschaft.)

Meine Damen und Herren! Es gibt kein Nullrisiko. Es gibt kein Nulltarif, den man sich leisten könnte, wenn es um solche Anlagen geht. Dann geht es um einen hohen Grad der Sicherheit, der herzustellen ist, und viele dieser Sicherheitsfaktoren sind in der Seeanlagenverordnung geregelt. Und ich bin erstaunt, wie wenig Sie dieses zur Kenntnis nehmen, dass viel mehr geregelt ist, als Sie geregelt wünschen. Dass wir das nicht regeln können, haben Sie ja schon gesagt und damit Ihren Antrag auch selber kommentiert. Aber ich bin schon der Auffassung, dass Defizite, die da sind, vielleicht mit unserer Hilfe ausgefüllt werden, und da sollten wir zusammenarbeiten. Da bin ich sehr gerne bereit, mit Ihnen darüber auch noch zu diskutieren, auf welchem Wege wir das gemeinsam, vielleicht auch über Verbände, erreichen, Herr Brick mit seinem Bundesverband der Fischer, dass wir dort noch manches nachziehen.

Ich bin davon überzeugt, dass wir mit einer Pilotanlage, mit einem Pilotprojekt vor unserer Küste einen Beitrag leisten, ob die Windkraftnutzung Offshore eine Zukunft hat, ja oder nein. Bis heute gibt es viel zu viele Unklarheiten. Die betreffen übrigens auch technische Fragen.

(Gesine Skrzepski, CDU: Ja.)

Die Techniker haben auch manches zu klären. Insofern ist es richtig, Pilotanlagen zu errichten. Man kann keine Prüfung am Schreibtisch vornehmen. Aber es sind natürlich Voruntersuchungen nötig und deswegen muss man es nicht lächerlich machen, wenn jetzt schon beispielsweise die Gründe untersucht werden. Dass man damit keine Wirkung untersuchen kann, das weiß ja wohl jeder. Aber potentielle Wirkung kann man natürlich davon ableiten und auf jeden Fall Vergleiche vornehmen. Darum geht es ja und darüber sollten wir froh sein, dass diese Untersuchungen bereits begonnen haben.

Ich meine auch, es steht wenig, vielleicht zu wenig Geld für die Prüfung insgesamt zur Verfügung. Ich kenne das Monitoringprogramm, die ökologischen Begleitforschungen, die durchgeführt werden sollten.

(Martin Brick, CDU: Die wird schon untersucht.)

Ich würde mir auch noch manches andere wünschen. Ich hätte mir auch gewünscht, dass mehr in Mecklenburg-Vorpommern stattfindet. Aber wir sind nicht der Geldgeber, insofern ist es nicht so einfach, dort Festlegungen zu treffen. Ich will daran erinnern, dass wir gegenwärtig 23 Prozent der Nettostromerzeugung aus regenerativen Energien in Mecklenburg-Vorpommern haben und davon sind 82 Prozent aus der Windkraft. Und dieses darf man nicht gering schätzen.

Und was nun das Risiko betrifft, ich komme noch einmal darauf zurück, wissen Sie, wer ein Restrisiko von Atomkraftwerken für kalkulierbar hält, der kann wohl nicht

das Risiko durch Windkraftanlagen so groß schätzen. Also dieses geht meines Erachtens auf keinen Fall.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Sicherheitsvorschriften sind notwendig. Ich denke, wir brauchen eine rationale Diskussion. Wir brauchen sorgfältige Vorprüfungen. Wir brauchen ein Monitoring, wir brauchen eine sorgfältige Auswahl von Standorten für den Darß. Für den Standort vor dem Darß ist das meines Erachtens verantwortungsvoll geschehen. Ich glaube, kleine Windparks als Pilotanlage sind eine Chance, die Zukunftsfähigkeit zu erproben. Sie sind auch eine Chance für das Land Mecklenburg-Vorpommern, nicht zu spät zu kommen, denn „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“, wie ein großer Spruch sagt.

Wir wollen prüfen, ob dieses eine Zukunftsversion ist, und ich denke, diese Prüfung ist notwendig. Windkraft kann dazu beitragen, die Energiefragen der Zukunft mit zu lösen, nicht allein, nicht allein. Aber ich will daran erinnern: Die fossilen Energien, ob sie nun 60 oder 80 oder 100 Jahre reichen, sind keine Zukunftsvision. Übrigens ist auch Uran ein endlicher Rohstoff. Also braucht man doch neue Perspektiven. Lassen Sie uns daran arbeiten, das, was von der Natur gegeben wird, zu nutzen. Es ist letztendlich alles Sonnenkraft, die wir nutzen, auch Wind ist durch Sonnenkraft erzeugt. Lassen Sie uns die Kraft der Sonne nutzen, um die Zukunft zu sichern! – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Minister, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Brick?

Minister Dr. Wolfgang Methling: Oh ja!

Vizepräsident Andreas Bluhm: Die hat er mir nämlich signalisiert.

Martin Brick, CDU: Ja, sonst müsste ich nach vorne gehen. Vielen Dank, Herr Präsident.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Ja, bitte schön.

Martin Brick, CDU: Eine kurze Frage: Sind wir uns einig, dass Pilotanlagen zur Prüfung der Auswirkungen von Windkraftanlagen für uns beide innerhalb der 12-See-meilen-Zone tolerabel sind? Wenn ja, warten wir wirklich die Ergebnisse ab und können erst danach in der AWZ Anlagen errichten oder meinen Sie nicht auch, dass da keiner nachfragen wird nach Ergebnissen, sondern diese parallel errichtet werden?

(Gesine Skrzepski, CDU: Ja, genau.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Brick, bleiben Sie bitte am Mikro stehen.

Martin Brick, CDU: Ach so. Entschuldigung. Ich habe lange genug gegessen.

Minister Dr. Wolfgang Methling: Ja, tut mir Leid, dass Sie stehen bleiben müssen.

Martin Brick, CDU: Mache ich gerne.

Minister Dr. Wolfgang Methling: In dem Ersten sind wir uns einig. Ich freue mich, dass Sie da mit mir konform gehen, dass es Sinn macht, in unserer Zuständigkeitszone eine Pilotanlage zu errichten.

Was die Nutzung dieser Ergebnisse betrifft in der Bewertung der Anlagen an anderen Standorten, das würde

ich mir wünschen. Ich bin mir bloß nicht sicher, ob das eine ausreichende Basis ist.

Im Übrigen will ich darauf hinweisen, dass auf drei Plattformen solche Untersuchungen durchgeführt werden sollen. Diese Plattformen sind dann praktisch Pilotanlagen. Darauf ist ja das Bundesprogramm ausgelegt.

Des Weiteren will ich feststellen: Wenn es über 1.000 Vorhaben gibt, die diskutiert worden sind, bleiben davon wenig Anträge übrig. Und Helmut Holter hat gesagt, bei dem, was dann eigentlich noch davon übrig bleibt, brauchen wir keine Vorstellung zu entwickeln, dass die Ostsee voller Windräder sein wird. Das wird ganz bestimmt nicht eintreten.

Im Übrigen bin ich wie Sie der Auffassung, auch ingenieurtechnische und wirtschaftliche Fragen sind noch zu klären. Und es wird auch durch diese Pilotanlagen zu klären sein, was Standfestigkeit betrifft, was Vibrationen betrifft, was die Einfriergefahr betrifft. Selbst wenn wir im Moment offensichtlich in der warmen Zeit sind und nicht in der Kaltzeit, gibt es diese Gefahr ja in der Ostsee viel mehr als in der Nordsee. Insofern brauchen wir auf jeden Fall Projekte in der Ostsee. Ich würde mir wünschen, dass alles tippel, tappel die Tour geht, aber wodurch der Zeitdruck erzeugt wird, das haben Sie ja selber gesagt. Das hängt mit den Förderungen durch das Gesetz über erneuerbare Energien zusammen und deren Einspeisung.

Martin Brick, CDU: Ja, danke.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön.

Damit schließe ich die Aussprache.

Gemäß Paragraph 92 unserer Geschäftsordnung ist beantragt worden durch die Abgeordneten Thomas, Skrzepski, Brick und Nehring-Kleedehn, alle Fraktion der CDU, die Drucksache 3/2815 namentlich abzustimmen.

Meine Damen und Herren, wir beginnen nun mit der namentlichen Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Ich bitte nun die Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Götz Kreuzer, PDS (zur Geschäftsordnung): Da ich diese Angelegenheit für völlig überzogen und unangemessen halte, nehme ich an der Abstimmung nicht teil.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat? – Frau Muth.

Ist noch ein weiteres Mitglied im Hause, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung. Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

Herrn Abgeordneten Kreuzer möchte ich sagen, dass die namentliche Abstimmung nach Paragraph 92 unserer Geschäftsordnung das Recht von mindestens vier Abgeordneten ist und eine Bewertung nicht legitim ist in dieser Frage.

Ich unterbreche die Sitzung für eine Minute. Ich glaube, Sie bleiben auch noch bis zur Verkündigung des Ergebnisses. Ich unterbreche für eine Minute. Bitte nicht rausgehen, wir sind gleich so weit.

Unterbrechung: 16.19 Uhr

Wiederbeginn: 16.21 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine sehr verehrten Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

An der Abstimmung haben insgesamt 49 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 7 Abgeordnete, mit Nein stimmten 36 Abgeordnete, es enthielten sich 6 Abgeordnete. Damit ist der Antrag der Abgeordneten Martin Brick, Gesine Skrzepski und Reinhardt Thomas, Fraktion der CDU, auf Drucksache 3/2815 abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich ging davon aus, dass wir noch etwas eher fertig sind und hatte mir einen Spruch von Jean de La Bruyère aus seiner Schrift „Das Urteil“ herausgesucht: „Wer seine Stunden besser zu nutzen versteht, behält noch Zeit übrig.“ Ein bisschen Zeit ist noch übrig geblieben. Nutzen Sie sie gut für den heutigen Tag! Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages auf Mittwoch, den 29. Mai 2002, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 16.22 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Dr. Christian Beckmann, Gerd Böttger, Lutz Brauer, Klaus Schier und Dr. Berndt Seite.

Namentliche Abstimmung

über den
**Antrag der Abgeordneten Martin Brick, Gesine Skrzepski
 und Reinhardt Thomas, Fraktion der CDU
 Offshore-Anlagen zur Windenergienutzung
 Bericht zur Umsetzung der Seeanlagenverordnung**
 – Drucksache 3/2815 –

Jastimmen

SPD

Polzin, Heike

CDU

Bollinger, Hermann
 Brick, Martin
 Skrzepski, Gesine
 Thomas, Reinhardt

PDS

Koplin, Torsten
 Neumann, Karsten

Neinstimmen

SPD

Baunach, Norbert
 Beyer, Heidemarie
 Borchert, Rudolf
 Bretschneider, Sylvia
 Dankert, Reinhard
 Friese, Siegfried
 Gerloff, Claus
 Dr. Klostermann, Henning
 Dr. Körner, Klaus-Michael
 Mahr, Beate
 Monegel, Hannelore
 Müller, Detlef
 Müller, Heinz
 Dr. Reißmann, Manfred
 Schildt, Ute
 Dr. Seemann, Margret
 Staszak, Karla

CDU

Albrecht, Nils
 Dr. Born, Ulrich
 Glawe, Harry

Holznagel, Renate
 Dr. Jäger, Armin
 Markhoff, Dieter
 Nehring-Kleedeihn, Bärbel

PDS

Dr. Bartels, Gerhard
 Bluhm, Andreas
 Borchardt, Barbara
 Dr. Bunge, Martina
 Gramkow, Angelika
 Holter, Helmut
 Muth, Caterina
 Ritter, Peter
 Schmidt, Karin
 Dr. Schoenenburg, Arnold
 Schulz, Gabriele
 Schwebs, Birgit

Enthaltungen

SPD

Dr. Backhaus, Till
 Krumbholz, Bodo

CDU

Nitz, Thomas
 Schnoor, Steffie
 Vierkant, Jörg

PDS

Prehn, Lieselotte

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	49
Gültige Stimmen	49
Jastimmen	7
Neinstimmen	36
Enthaltungen	6